

Geschäftsbericht der  
Deutschen  
Bundesbank

für das Jahr 1982



## Wir beklagen den Verlust der Mitarbeiter

Katharina Trauppell	† 30. 1. 1982	Paul Merkel	† 25. 5. 1982
Fritz Früh	† 5. 2. 1982	Wolfgang Köster	† 29. 5. 1982
Maria Andre	† 19. 2. 1982	Herbert Keck	† 13. 7. 1982
Gottlieb Jaschek	† 5. 3. 1982	Wilhelm Schmidt	† 16. 7. 1982
Horst Schneider	† 10. 3. 1982	Werner Pirchner	† 24. 7. 1982
Friederich Schuldes	† 18. 3. 1982	Georg Sadowski	† 3. 10. 1982
Helmut Sturm	† 27. 3. 1982	Erwin Knabe	† 27. 10. 1982
Friedrich Stumpf	† 30. 3. 1982	Herbert Zimmermann	† 8. 11. 1982
Heinz Muzeiko	† 31. 3. 1982	Wolfgang Klein	† 14. 11. 1982
Richard Rabold	† 4. 4. 1982	Wilhelm Scherer	† 27. 11. 1982
Josef Müller	† 10. 4. 1982	Alfred Horn	† 3. 12. 1982
Willibald Rauer	† 10. 4. 1982	Herbert Wetzel	† 4. 12. 1982
Heinz Weber	† 11. 5. 1982	Rolf Schneider	† 22. 12. 1982
Karl Heinz Ringler	† 24. 5. 1982		

Wir gedenken auch der im Jahre 1982 verstorbenen ehemaligen  
Angehörigen der Bank und der früheren Deutschen Reichsbank

Ihnen allen ist ein ehrendes Andenken gewiß

DEUTSCHE BUNDESBANK



**Mitglieder des  
Zentralbankrats  
der Deutschen  
Bundesbank im  
Geschäftsjahr  
1982**

Karl Otto Pöhl, Vorsitzender des Zentralbankrats  
Dr. Drs. h. c. Helmut Schlesinger, stellv. Vorsitzender des Zentralbankrats  
Dr. Julia Dingwort-Nusseck  
Prof. Fritz Duppré  
Dr. Hans Georg Emde  
Dr. Leonhard Gleske  
Hans Gliem  
Dr. Alfred Härtl  
Hans Hermsdorf (bis 31. Mai 1982)  
Dr. Dieter Hiss  
Prof. Dr. Dr. h. c. Norbert Kloten  
Prof. Dr. Claus Köhler  
Lothar Müller  
Dr. Kurt Nemitz  
Dr. Wilhelm Nölling (ab 1. Juni 1982)  
Dr. Johann Baptist Schöllhorn  
Ottomar Werthmüller  
Hans Wertz



**Mitglieder des  
Direktoriums der  
Deutschen  
Bundesbank und  
der Vorstände  
der Landes-  
zentralbanken**

Am 1. April 1983 gehörten an

**dem Direktorium der Deutschen Bundesbank**

Karl Otto Pöhl, Präsident der Deutschen Bundesbank  
Dr. Drs. h. c. Helmut Schlesinger, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank  
Dr. Hans Georg Emde  
Dr. Leonhard Gleske  
Prof. Dr. Claus Köhler  
Ottomar Werthmüller

**den Vorständen der Landeszentralbanken**

Baden- Württemberg	Prof. Dr. Dr. h. c. Norbert Kloten Dr. Volkhard Szagunn Helmut Holzmaier	Präsident Vizepräsident
Bayern	Lothar Müller Herbert Zimmer Dr. Walter Gulden	Präsident Vizepräsident
Berlin	Dr. Dieter Hiss Dr. Werner Tratzsch	Präsident Vizepräsident
Bremen	Dr. Kurt Nemitz Joachim Treskow	Präsident Vizepräsident
Hamburg	Dr. Wilhelm Nölling Gerhard Jennemann	Präsident Vizepräsident
Hessen	Dr. Alfred Härtl Prof. Dr. Dr. Adolf Hüttl Walter Kulla	Präsident Vizepräsident
Niedersachsen	Dr. Julia Dingwort-Nusseck Dr. Gerhard Hauptmann	Präsidentin Vizepräsident
Nordrhein- Westfalen	Hans Wertz Helmut Röthemeier Edgar Krug	Präsident Vizepräsident
Rheinland- Pfalz	Prof. Fritz Duppré Eberhard Weiler	Präsident Vizepräsident
Saarland	Hans Gliem Dr. Herwald Schmidt	Präsident Vizepräsident
Schleswig- Holstein	Dr. Johann Baptist Schöllhorn Helmuth Homp	Präsident Vizepräsident

# Inhalt

## Teil A Allgemeiner Teil

### Währung und Wirtschaft 1982

<b>I. Wirtschaftsentwicklung und Notenbankpolitik</b>	1
1 Günstige Perspektiven nach ausgeprägter Wirtschaftsschwäche im Jahre 1982 . . . . .	2
2 Neue Weichenstellung in der Finanzpolitik . . . . .	14
3 Absicherung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts . . . . .	22
4 Geldpolitische Auflockerung vor dem Hinter- grund stabilitätspolitischer Erfolge . . . . .	31
a. Geldmengenziel und geldpolitische Linie im Jahre 1982 . . . . .	31
b. Wachstum der Zentralbankgeldmenge 1982 und Geldmengenziel 1983 . . . . .	34
c. Beschleunigte Geldmengenexpansion . . . . .	37
d. Verzögerte Belebung der privaten Kredit- nachfrage . . . . .	38
e. Geschäfts- und Ertragslage der Banken- gruppen . . . . .	40
f. Kapitalmarkt im Zeichen der Zinsauf- lockerung . . . . .	42
5 Schwäche der Kapitalbildung und ihre Konse- quenzen . . . . .	48
<b>II. Internationale Währungsentwicklung und Währungspolitik . . . . .</b>	54
1 Zur Lage der Weltwirtschaft . . . . .	54
2 Das Leistungsbilanzgefüge der Welt . . . . .	56
3 Probleme und Aussichten der internationalen Finanzmärkte . . . . .	59
4 Zur Rolle des IWF und anderer internationaler Institutionen in der gegenwärtigen Lage . . . . .	62
5 Entwicklung der Weltwährungsreserven . . . . .	66
6 Wechselkursentwicklung und Wechselkurs- politik . . . . .	69
a. Tendenzen der wichtigsten Währungen . . . . .	69
b. Entwicklungen im Europäischen Währungs- system . . . . .	74
c. Wechselkursentwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit . . . . .	76
d. Zu den Bestimmungsfaktoren der Wechsel- kursentwicklung . . . . .	78
<b>Bankenaufsicht, kreditpolitische Regelungen, Regelungen des Devisen- und Währungsrechts . . . . .</b>	81
<b>I. Änderungen des Bankenrechts und Mitwirkung der Deutschen Bundesbank bei der Bankenaufsicht . . . . .</b>	82
<b>II. Die zur Zeit gültigen kreditpolitischen Regelungen der Deutschen Bundesbank . . . . .</b>	92
1 Diskontkredit . . . . .	92
a. Rediskont-Kontingente für Kreditinstitute . . . . .	92
b. Bundesbankfähige Wechsel . . . . .	93
2 Lombardkredit . . . . .	95
3 Geschäfte am offenen Markt . . . . .	95



	4	Mindestreservebestimmungen . . . . .	96
		Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) . . . . .	98
	5	Mindestreservesätze und Zinssätze der Deutschen Bundesbank . . . . .	104
	<b>III.</b>	<b>Regelungen des Außenwirtschaftsverkehrs</b> . . . . .	107
	<b>IV.</b>	<b>Regelungen des innerdeutschen Zahlungsverkehrs</b> . . . . .	108
	<b>V.</b>	<b>Währungsrechtliche Genehmigungen</b> . . . . .	110
<b>Teil B</b>	1	Rechtsgrundlagen, Gliederung und Bewertung	112
<b>Erläuterungen zum Jahres- abschluß 1982 der Deutschen Bundesbank</b>	2	Jahresabschluß . . . . .	112
<b>Teil C</b>		<b>Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen</b>	135
<b>Teil D</b>		<b>Bericht des Zentralbankrats</b> . . . . .	138
<b>Anlagen zu Teil B und C</b>	1	Jahresabschluß der Deutschen Bundesbank zum 31. Dezember 1982	
		Bilanz zum 31. Dezember 1982 . . . . .	142
		Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1982	144
	2	Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen (Stand am 31. Dezember 1982) . . . . .	145
	3	Geschäftsübersichten	
		Ausweise der Deutschen Bundesbank . . . . .	146
		Umsätze auf den Girokonten der Deutschen Bundesbank . . . . .	151
		Vereinfachter Scheck- und Lastschriftinzug . . . . .	151
		Telegrafischer Giroverkehr . . . . .	151
		Vereinfachter Einzug von Auslandsschecks . . . . .	152
		Bestätigte Schecks . . . . .	152
		Umsätze im Abrechnungsverkehr . . . . .	152
		Banknotenumlauf . . . . .	152
		Münzumlauf . . . . .	152
	4	Verzeichnis der Zweiganstalten der Deutschen Bundesbank (Stand am 1. April 1983) . . . . .	153

Abgeschlossen am 7. April 1983

ISSN 0070-394 X

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

Teil A: Allgemeiner Teil

Währung und Wirtschaft 1982

## I. Wirtschaftsentwicklung und Notenbankpolitik

Die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland wurde im Berichtsjahr 1982 von einem konjunkturellen Rückschlag überschattet. Er setzte um die Jahresmitte ein und enttäuschte damit die früheren Hoffnungen auf eine Aufwärtsbewegung in der zweiten Hälfte des Jahres. Maßgeblich für die verschlechterte Situation zur Jahresmitte war in erster Linie die negative Entwicklung in der Weltwirtschaft, von der die Bundesrepublik als ein außenwirtschaftlich stark verflochtenes Land zwangsläufig in Mitleidenschaft gezogen wurde. Neben der allgemeinen Konjunkturlaute wurde die Weltwirtschaft im letzten Jahr zunehmend durch Verschuldungskrisen verschiedener Länder belastet. Der Warenaustausch in der Welt ging erstmals seit 1975 leicht zurück. Die Exporteure der Bundesrepublik bekamen dies vom Frühjahr 1982 an zu spüren, als die Auslandsbestellungen abnahmen und alsbald auch zur Verminderung der Warenausfuhr zwangen.

Der Ausfall an Auslandsnachfrage konnte im Inland kurzfristig nicht kompensiert werden. Die Grundtendenz der Binnennachfrage war vielmehr während des ganzen Jahres auch unter dem Einfluß der schon seit längerem erkennbaren Strukturschwierigkeiten eindeutig nach unten gerichtet. Besonders gilt das für die Investitionstätigkeit, die sich aus zyklischen Gründen verringerte, die aber zugleich auf Grund langfristiger Fehlentwicklungen geschwächt war und immer noch ist. Als Ursachen hierfür sind vor allem die seit längerem unzureichende Ertragskraft der Wirtschaftsunternehmen und der damit eng zusammenhängende Mangel an Eigenkapital zu nennen. Die erneut zu Tage getretenen Finanzlücken in den öffentlichen Haushalten, die Diskussion darüber, wie diese zu schließen seien, verbunden mit einer Regierungskrise, vergrößerten zweifellos die bereits vorhandenen Unsicherheiten. Entsprechend vorsichtig fielen zunächst die weiteren Dispositionen aus, und Produktionseinschränkungen wurden unumgänglich. Die gesamtwirtschaftliche Bilanz des Jahres 1982 war deshalb zum einen gekennzeichnet durch einen Rückgang des realen Brutto sozialprodukts gegenüber dem Vorjahr um gut 1 %, eine Verminderung der Zahl der Erwerbstätigen um mehr als 1 ½ % und eine Zunahme der Arbeitslosenquote von knapp 5 % aller Erwerbspersonen 1981 auf über 6 ½ % im Jahre 1982.

In dem Gesamtbild der wirtschaftlichen Entwicklung von 1982 fehlen aber zum anderen nicht die positiven Tendenzen. Hervorzuheben sind vor allem die Fortschritte, die im inneren und äußeren Stabilisierungsprozeß erzielt wurden. Außenwirtschaftlich konnte das Gleichgewicht zurückgewonnen werden, ja die vordem stark defizitäre Leistungsbilanz schloß wieder mit einem Überschuß ab; im Kapitalverkehr hielten sich Zu- und Abflüsse weitgehend die Waage, und der DM-Kurs festigte sich im Jahresverlauf. Der Stabilisierungserfolg im Innern zeigte sich auf allen Stufen; die Teuerungsrate der Verbraucherpreise, die zum Jahresbeginn 1982 noch über 6 % gelegen hatte, sank bis März 1983 auf 3 ½ %.

Die Geldpolitik der Bundesbank mußte unter den geschilderten Umständen im Geschäftsjahr 1982 den außenwirtschaftlichen Problemen nicht mehr das gleiche Gewicht wie 1981 beimessen; sie konnte, mit anderen Worten, der internen Wirtschaftsschwäche vermehrt Rechnung tragen. Im Rahmen des für 1982 gesetzten Geldmengenziels war insbesondere ein stärkerer Anstieg der Geldbestände der Wirtschaft als im Vorjahr vertretbar. Die Bundesbank setzte zu diesem Zweck ihre Zinssätze in mehreren Schritten herab und flankierte dies durch liquiditätspolitische Lockerungen. Zusammen mit dem Zinsrückgang im Ausland, insbesondere in den USA, trug dies dazu bei, daß sich das Zinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt beträchtlich zurückbildete und finanzielle Spannungen bei vielen Unternehmen und Banken gemildert wurden. Gleichzeitig gaben die niedrigeren Zinsen dem Wohnungsbau und zum Teil auch dem privaten Konsum im Verlauf des vergangenen Jahres fühlbare Impulse, die über die Jahreswende 1982/83 hinweg weiterwirkten.

Eckdaten der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung						
Zeit	Brutto- sozial- produkt 1)	Erwerbstätige 2)		Arbeitslosen- quote 3) in %	Verbraucher- preise 4) jährliche Zunahme in %	Saldo der Leistungs- bilanz in Mrd DM
	jährliche Veränderung					
	in %	in 1000				
JD 1970—1973	+ 4,2	+ 0,5	+ 140	0,8	+ 5,3	+ 5,3
JD 1974—1979	+ 2,4	— 0,6	— 150	3,5	+ 4,6	+ 10,5
JD 1980—1982	+ 0,2	— 0,5	— 120	4,9	+ 5,6	— 11,7
1974	+ 0,5	— 1,3	— 360	2,2	+ 7,0	+ 26,6
1975	— 1,6	— 2,8	— 760	4,0	+ 6,0	+ 9,9
1976	+ 5,6	— 0,8	— 220	4,0	+ 4,3	+ 9,9
1977	+ 2,8	— 0,2	— 40	3,9	+ 3,7	+ 9,5
1978	+ 3,5	+ 0,6	+ 150	3,8	+ 2,7	+ 18,1
1979	+ 4,0	+ 1,3	+ 340	3,3	+ 4,1	— 11,2
1980 p)	+ 1,8	+ 1,0	+ 260	3,3	+ 5,5	— 28,5
1981 p)	— 0,2	— 0,7	— 180	4,8	+ 5,9	— 14,7
1982 p)	— 1,1	— 1,7	— 460	6,7	+ 5,3	+ 8,1

1 In Preisen von 1976. — 2 Inländerkonzept, absolute Zahlen gerundet. — 3 Arbeitslose in % aller Erwerbs-  
personen. — 4 Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. — p Spalten 1 bis 3 vorläufig.

Auf der Basis der bereits im abgelaufenen Jahr geschaffenen günstigeren Ausgangsdaten kam es in der Bundesrepublik Anfang 1983 zu einer spürbaren Verbesserung des Konjunkturklimas. Die Anstöße hierzu gingen nicht zuletzt von einer verstärkten Ordertätigkeit im Inland aus, die zu einem Teil auf früher gegebenen wirtschaftspolitischen Anregungen beruhte, jedoch offensichtlich auch eine allgemein wachsende Kaufneigung bei den Investoren und Verbrauchern signalisiert. Der inzwischen zu verzeichnende Rückgang der Energiekosten dürfte dazu beitragen, die reale Kaufkraft zu stärken. Damit erscheinen die Aussichten recht gut, daß bei den gegebenen wirtschaftspolitischen Rahmendaten der bereits für 1982 erwartete, letztlich jedoch nicht eingetretene Erholungsprozeß nun in Gang kommt. Eine Verbesserung der konjunkturellen Lage würde auch die Lösung mancher struktureller Probleme erleichtern. Für die Wirtschafts- und Finanzpolitik ergeben sich hier Aufgaben, die nur längerfristig gelöst werden können. Die Geldpolitik der Bundesbank kann diesen Prozeß am besten dadurch unterstützen, daß sie für Geldwertstabilität sorgt und damit die wichtigste Dispositionsgrundlage der Wirtschaft sichert.

### 1. Günstige Perspektiven nach ausgeprägter Wirtschaftsschwäche im Jahre 1982

Abschwächung der  
Wirtschaftsaktivität  
vor allem auf Grund  
rückläufiger  
Exportnachfrage

Gedämpfte Nachfrage und rückläufige Produktion, verbunden mit wachsender Arbeitslosigkeit, kennzeichneten die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im abgelaufenen Jahr. Zwar war die Wirtschaft unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen in das Jahr 1982 gegangen, und die Chancen, daß sich die Wirtschaftsaktivität nach einer langen Phase der Stagnation beleben würde, schienen zunächst nicht schlecht. Diese Ansätze zu einer positiven Entwicklung haben sich jedoch im Jahresverlauf nicht fortgesetzt, vor allem, weil die Auslandsnachfrage bald nach Jahresbeginn unerwartet stark zurückging. Im Monatsdurchschnitt Juli/August lagen die Exportorders saisonbereinigt dem Wert nach um 12% und dem Volumen nach um 13½% unter dem in den beiden ersten Monaten von 1982 erreichten Stand. Besonders dem deutschen Investitionsgütergewerbe — und damit dem aus gesamtwirtschaftlicher Sicht mit Abstand bedeutendsten Träger des Exportgeschäfts — fehlten die positiven Nachfrageimpulse aus dem Ausland. Erst gegen Jahresende stabilisierten sich die Auslandsbestellungen insgesamt auf dem reduzierten Niveau. Der Exportrückschlag traf die Wirtschaft um so mehr, als viele Unternehmen ihre Disposi-

tionen zunächst an den aus damaliger Sicht durchaus begründeten positiven Exporterwartungen orientiert hatten. In den meisten Vorausschätzungen für 1982 war mit einem weiter lebhaften, wenn auch nicht mehr so stürmisch wie im Vorjahr verlaufenden Exportgeschäft gerechnet worden. Die Bundesregierung beispielsweise veranschlagte in ihrem Jahreswirtschaftsbericht die Zunahme der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen im Jahre 1982 in jeweiligen Preisen auf 10½ bis 11½ % (nach 14½ % im Jahr davor). Tatsächlich wuchsen die Güterexporte 1982 dann aber nur um etwa 8 %. Der Exportausfall und die damit verbundenen dämpfenden Wirkungen auf die deutsche Wirtschaft erklären einen Großteil (nach ökonomischen Berechnungen: zwei Drittel) des 1982 gegenüber den ursprünglichen Erwartungen eingetretenen Rückgangs des Bruttosozialprodukts.

Von Bedeutung für den Exportrückgang war vor allem, daß einige OPEC-Staaten 1982 ihre zuvor sehr stark ausgeweitete Nachfrage nach Industriegütern ziemlich abrupt drosselten, als ihre Erdöleinnahmen schrumpften, weil die Weltölmärkte die angebotenen Fördermengen nicht mehr aufnahmen und schließlich auch die Preise nachzugeben begannen. Das Nachlassen des Einfuhrsogs aus den Ölförderländern fiel in eine Zeit, in der andere Länder ihre aus der geänderten weltwirtschaftlichen Lage erwachsenen Anpassungsprobleme noch nicht annähernd gelöst hatten und wegen ihrer defizitären Leistungsbilanzen die Importe allgemein zurücknehmen mußten.

Die Bekämpfung der in den westlichen Industrieländern aufgetretenen Ungleichgewichte, die sich sowohl in hohen Inflationsraten als auch in großen Budget- und vielfach auch Leistungsbilanzdefiziten zeigten, dämpfte die Nachfrage und die Produktion in diesen Staaten und schwächte sowohl ihren gegenseitigen Warenaustausch als auch den Bedarf an Importen aus den hauptsächlich Rohstoffe liefernden Entwicklungsländern. Zusammen mit den wachsenden Schuldenproblemen beeinträchtigte dies die Importkapazität der Rohstofflieferländer in besonderem Maße. Dieser abwärts gerichtete kumulative Prozeß erklärt zu einem erheblichen Teil die unerwartet rasche und kräftige Abschwächung der Exportnachfrage in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres, während die mit den Preisrückgängen an den Weltrohstoffmärkten verbundene Entlastung der Industrieländer dort zunächst nicht zu einer neuen Kräftigung des Wirtschaftswachstums führte.

Mit dem Einbruch der Auslandsnachfrage im Verlauf von 1982 fiel in der Bundesrepublik ein wichtiger Faktor fort, der lange Zeit den von der Inlandsnachfrage ausgehenden Schwächetendenzen entgegengewirkt hatte. Viele Firmen sahen sich in ihren Absatzerwartungen enttäuscht und hielten sich bei neuen Investitionsvorhaben zurück. Außerdem zeichnete sich im Verlauf des Jahres immer deutlicher ab, daß sich die Ertragsverhältnisse in der Wirtschaft nicht in dem zunächst erwarteten Umfang bessern würden; vielmehr wurden zahlreiche Unternehmen mit der Gefahr von Forderungsausfällen und anderen Sekundärwirkungen einer — wie weiter unten noch näher dargelegt wird — bisher in der Bundesrepublik noch nicht erlebten Insolvenzenwelle konfrontiert. Unter diesen Umständen konnten auch die investitionsfördernden staatlichen Maßnahmen — vor allem sind hier die Investitionszulage sowie die im Rahmen der „Operation '82“ im Herbst 1981 beschlossene Verbesserung der degressiven Abschreibung für Gebäude und Ausrüstungen zu nennen — die Investoren lange Zeit nicht aus ihrer Reserve locken. Viele Unternehmen sahen sich sogar veranlaßt, die Investitionsbudgets im Verlauf des Jahres 1982 zu kürzen. In den Auftragsbüchern der Investitionsgüterhersteller schlug sich dies deutlich nieder. Im Durchschnitt der Monate Januar bis Oktober unterschritten die Inlandsbestellungen bei den Investitionsgüterindustrien (ohne Fahrzeugbau) das Vorjahrsniveau dem Wert nach um 1½ % und dem Volumen nach um 7 %. Auch die Inlandsnachfrage nach Nutzfahrzeugen war in der gleichen Zeit merklich niedri-

Abrupte Drosselung der Importnachfrage seitens einiger OPEC-Länder

Beeinträchtigung des Welthandels durch weltweite Wachstumschwäche

Verschlechterung des Investitionsklimas infolge erhöhter unternehmerischer Risiken

## Grunddaten zur Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

Position	Einheit	1979	1980	1981	1982	1979	1980	1981	1982
						Veränderung gegen Vorjahr in %			
<b>Gesamtwirtschaftliche Nachfrage</b>									
Privater Verbrauch	Mrd DM	779,0	834,7	874,1	899,2	+ 7,4	+ 7,1	+ 4,7	+ 2,9
Staatsverbrauch	Mrd DM	273,5	298,4	319,8	330,3	+ 8,3	+ 9,1	+ 7,2	+ 3,3
Anlageinvestitionen	Mrd DM	304,8	338,0	339,3	328,6	+ 14,3	+ 10,9	+ 0,4	- 3,2
Ausrüstungen	Mrd DM	119,7	127,9	128,8	124,8	+ 12,5	+ 6,9	+ 0,7	- 3,0
Bauten	Mrd DM	185,2	210,1	210,5	203,7	+ 15,4	+ 13,5	+ 0,2	- 3,2
Vorratsinvestitionen	Mrd DM	27,0	17,5	- 1,4	5,4	.	.	.	.
Inländische Verwendung	Mrd DM	1 384,3	1 488,5	1 531,7	1 563,5	+ 10,5	+ 7,5	+ 2,9	+ 2,1
Außenbeitrag 1)	Mrd DM	+ 11,0	- 4,3	+ 11,4	+ 36,5	.	.	.	.
Ausfuhr	Mrd DM	383,2	431,6	496,1	535,0	+ 9,6	+ 12,6	+ 15,0	+ 7,9
Einfuhr	Mrd DM	372,2	435,9	484,7	498,5	+ 19,2	+ 17,1	+ 11,2	+ 2,9
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	Mrd DM	1 395,3	1 484,2	1 543,1	1 600,0	+ 8,2	+ 6,4	+ 4,0	+ 3,7
Nachrichtlich:									
Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	1976 = 100	117,8	122,2	127,7	126,4	+ 10,8	+ 3,8	+ 4,5	- 1,0
aus dem Inland	1976 = 100	118,5	122,0	120,5	119,8	+ 9,2	+ 3,0	- 1,2	- 0,6
aus dem Ausland	1976 = 100	116,3	122,8	143,4	140,6	+ 14,6	+ 5,6	+ 16,8	- 1,9
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	1976 = 100	160,8	165,2	140,9	141,8	+ 12,9	+ 2,7	- 14,7	+ 0,6
<b>Einkommensverteilung</b>									
Einkommen aus unselbständiger Arbeit desgl. in % des Volkseinkommens	Mrd DM %	776,7 71,5	841,7 73,3	881,2 74,3	901,4 73,5	+ 7,7 .	+ 8,4 .	+ 4,7 .	+ 2,3 .
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen desgl. in % des Volkseinkommens	Mrd DM %	310,3 28,5	306,2 26,7	304,7 25,7	325,2 26,5	+ 7,6 .	- 1,3 .	- 0,5 .	+ 6,7 .
Volkseinkommen	Mrd DM	1 087,0	1 147,9	1 185,9	1 226,6	+ 7,7	+ 5,6	+ 3,3	+ 3,4
<b>Produktion</b>									
Bruttosozialprodukt in Preisen von 1976	Mrd DM	1 241,6	1 264,3	1 261,9	1 248,6	+ 4,0	+ 1,8	- 0,2	- 1,1
Produktivität 2)	1976 = 100	111,4	113,2	115,0	116,4	+ 3,2	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,2
Produktion im Produzierenden Gewerbe (ohne Bauhauptgewerbe)	1976 = 100	109,8	109,8	108,4	105,7	+ 5,2	+ 0,0	- 1,3	- 2,5
Produktion im Bauhauptgewerbe	1976 = 100	117,4	114,2	105,3	95,8	+ 6,7	- 2,7	- 7,8	- 9,0
<b>Beschäftigung</b>									
Erwerbstätige	Mio	26,0	26,3	26,1	25,7	+ 1,3	+ 1,0	- 0,7	- 1,7
Abhängig Beschäftigte	Mio	22,7	23,0	22,9	22,5	+ 1,8	+ 1,4	- 0,5	- 1,8
Nachrichtlich:									
Arbeitsvolumen 3)	1976 = 100	99,3	99,4	97,7	95,5	+ 0,8	+ 0,2	- 1,8	- 2,3
Arbeitslose desgl. in %	Tsd	876	889	1 272	1 833	- 11,8	+ 1,5	+ 43,1	+ 44,2
aller Erwerbspersonen	%	3,3	3,3	4,8	6,7	.	.	.	.
der abhängigen Erwerbspersonen	%	3,8	3,8	5,5	7,5	.	.	.	.
<b>Preise</b>									
Preisindex des Sozialprodukts	1976 = 100	112,4	117,4	122,3	128,1	+ 4,0	+ 4,5	+ 4,2	+ 4,8
Nachrichtlich:									
Lohnkosten je Produkteinheit in der Gesamtwirtschaft 4)	1976 = 100	109,6	116,2	121,6	125,9	+ 3,2	+ 6,0	+ 4,7	+ 3,5
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	110,9	117,0	123,9	130,5	+ 4,1	+ 5,5	+ 5,9	+ 5,3
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	1980 = 100	93,0	100,0	107,8	114,1	+ 4,8	+ 7,5	+ 7,8	+ 5,8
Gesamtwirtschaftliches Baupreisniveau	1976 = 100	120,1	133,2	140,2	143,7	+ 8,7	+ 10,9	+ 5,3	+ 2,5
Index der Einfuhrpreise	1976 = 100	109,1	125,3	142,9	145,0	+ 11,6	+ 14,9	+ 14,0	+ 1,5

1 Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs mit dem Ausland (einschl. DDR). —  
2 Bruttosozialprodukt in Preisen von 1976 je geleistete Arbeitsstunde; eigene Berechnung. —

3 Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden. — 4 Quotient aus dem Index der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten und dem Index des realen

Bruttosozialprodukts je Erwerbstätigen. —  
ts Teilweise geschätzt. — Die Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind ab 1980 vorläufig.

ger als ein Jahr zuvor. Erst gegen Jahresende, vor Ablauf der Bestellfrist im Rahmen der Investitionszulagenregelung, kam es zu einem stärkeren Auftragsstoß, der freilich erst im Verlauf von 1983 produktions- und ausgabenwirksam werden wird. Im Jahresergebnis 1982 unterschritten die Ausgaben für Ausrüstungsgüter in der Gesamtwirtschaft den Vorjahrsstand in jeweiligen Preisen um 3% und in konstanten Preisen sogar um 7%. Mit Ausnahme der Energiewirtschaft und des Bergbaus dürfte in allen großen Wirtschaftsbereichen weniger investiert worden sein als 1981. Aufwendungen zur Rationalisierung und zur Modernisierung der Anlagen standen dabei eindeutig im Vordergrund.

Bei ihren Lagerdispositionen wurden die Unternehmen unter dem Eindruck enttäuschter Absatzerwartungen, reduzierter Produktionspläne und gesteigerter Liquiditätsrisiken im Verlauf des vergangenen Jahres erheblich vorsichtiger. Hatten Industrie und Handel ihre Bestände an Fertigprodukten in Erwartung sich bessernder Absatzverhältnisse zunächst noch aufgestockt, so überwog in der zweiten Hälfte v. J. das Bestreben, die Fertigwarenlager abzubauen. Auch beim Bezug von Vormaterialien wurde zunehmend knapper disponiert. Die Kohlehalden des Bergbaus sind allerdings stark gestiegen, da hier die Produktion nicht an den gesunkenen Absatz angepaßt wurde. Infolge guter Ernten sind ferner die landwirtschaftlichen Vorräte merklich gewachsen.

Im Jahresverlauf wachsende Zurückhaltung bei Lagerdispositionen

Die Ausweitung der Verbrauchsausgaben hielt sich im vergangenen Jahr in recht engen Grenzen. Die öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) erhöhten ihre Personal- und Sachaufwendungen 1982 um 3½% und damit deutlich weniger als im Vorjahr (7%), wozu geringere Gehalts- und Besoldungsaufbesserungen im öffentlichen Dienst sowie die Bemühungen um eine Verbesserung der Finanzlage im Sozialversicherungsbereich beitrugen. Dem Realwert nach entsprach der Staatsverbrauch 1982 etwa dem des Vorjahrs. Von den privaten Haushalten wurden 1982 dem Wert nach 3% mehr, dem Volumen nach aber 2½% weniger als 1981 für Verbrauchszwecke aufgewendet. Verstärkt nachgefragt haben die privaten Haushalte vor allem Güter des täglichen Bedarfs, für die schon wegen der weiteren, wenn auch im Jahresverlauf zum Teil nachlassenden Preissteigerungen merklich mehr ausgegeben werden mußte als im Jahr zuvor. Dies ging teilweise zu Lasten der Anschaffungen von Gütern, bei denen schon ein hoher Versorgungsgrad erreicht ist, was insbesondere der Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung und Schuhen sowie mit Hausrat und Wohnbedarf zu spüren bekam. Die Käufe neuer Personenkraftwagen blieben deutlich unter ihrem Vorjahrsniveau. Ihre Ausgaben für Urlaubsreisen ins Ausland haben die Haushalte 1982 nach Jahren ständigen Wachstums nicht mehr ausgeweitet. Erst im Herbst v. J. und in den ersten Monaten von 1983 stieg die private Verbrauchsnachfrage wieder etwas stärker.

Schwache Verbrauchsnachfrage . . .

Von der Einkommensseite her war der Spielraum der privaten Haushalte für eine Verbrauchsausweitung im vergangenen Jahr gering. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme wuchs 1982 lediglich um 2%; netto, d. h. nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsabgaben, erhöhten sich die Arbeitseinkommen nur um 1%. Zwar wurden die durch Beschäftigungsausfälle bedingten Einkommenseinbußen teilweise durch höhere Zahlungen von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe sowie Kurzarbeitergeld ausgeglichen. Dem stand aber gegenüber, daß aus den Unternehmen wegen der ungünstigen Ertragsverhältnisse per Saldo nur relativ wenig Mittel für privaten Verbrauch und Ersparnis entnommen wurden und auch die Erträge aus privaten Geldanlagen 1982 erheblich weniger stiegen als im Jahr davor. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist daher nur um 2½%, also nicht so stark wie die Verbrauchsausgaben (3%) gestiegen.

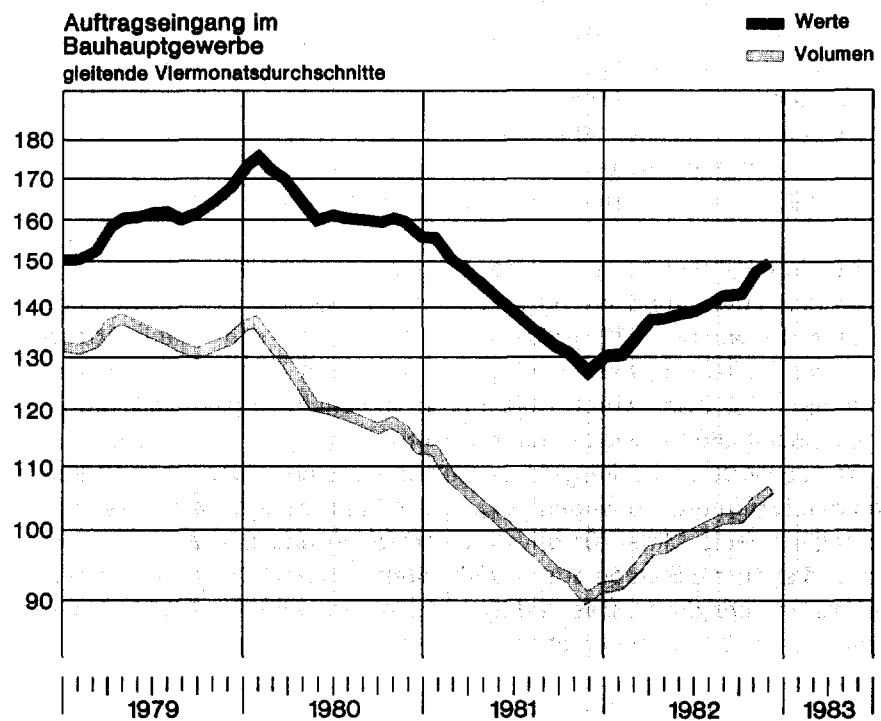
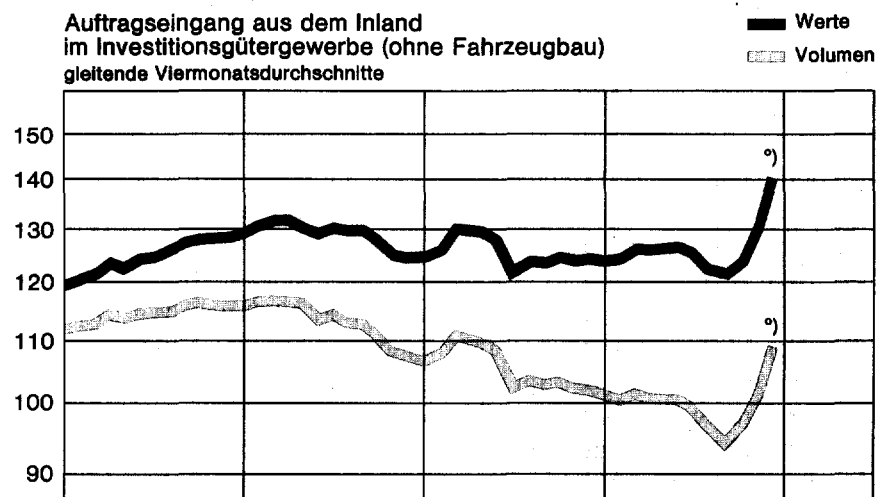
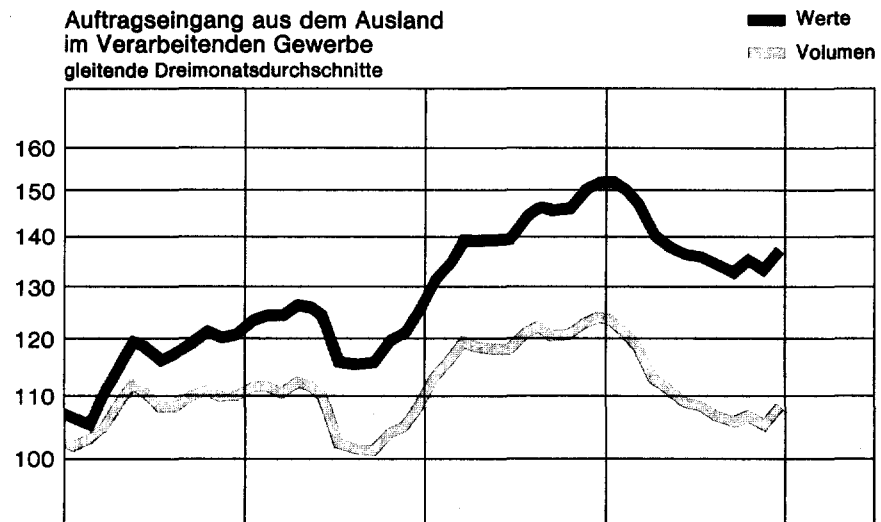
. . . infolge eng begrenzten Einkommensspielraums

Die Ausweitung des privaten Verbrauchs ging unter diesen Umständen teilweise zu Lasten der Ersparnisbildung. Im Jahresergebnis haben die privaten

Sparquote leicht vermindert

## Zur Nachfrageentwicklung

1976=100, saisonbereinigt, log. Maßstab



9) Beeinflusst durch den Fristablauf für die Inanspruchnahme der Investitionszulage (31.12.1982) und Großaufträge.



Haushalte 1982 nur unwesentlich mehr gespart als ein Jahr zuvor; die Sparquote hat sich damit leicht (auf 14½%) vermindert. Bei ihren neuen Geldanlagen haben die privaten Sparer 1982 angesichts der fortschreitenden Normalisierung der Zinsstruktur wieder mehr die traditionellen Anlageformen bevorzugt. So sind z. B. auf kurzfristigen Terminkonten bei Banken 1982 weit weniger private Sparmittel aufgekommen als im Jahr davor. Ferner haben die privaten Anleger ihre Käufe festverzinslicher Wertpapiere auf weniger als die Hälfte des Vorjahrsbetrages reduziert. Dagegen dotierten sie ihre Sparguthaben bei Banken außerordentlich stark, nachdem sie 1981 per Saldo Gelder von ihren Sparkonten abgezogen hatten. Relativ kräftige Mittelzuflüsse von privaten Sparern verzeichneten ferner die Versicherungsunternehmen, während die Geldanlage bei Bausparkassen gegenüber dem Vorjahr geringfügig abgenommen hat. Im gesamten Sparergebnis wirkte sich schließlich negativ aus, daß die privaten Haushalte angesichts der rückläufigen Zinsen offenbar wieder mehr Bereitschaft zeigten, sich zu verschulden.

Anders als die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern nahmen die Aufträge für neue Bauten im Verlauf des Jahres 1982 merklich zu. Im vierten Quartal gingen im Bauhauptgewerbe rd. 16% mehr Aufträge ein als in der gleichen Vorjahrszeit, in der freilich die Baunachfrage auf ein außerordentlich niedriges Niveau gesunken war. Im Jahresergebnis blieb die Auftragsituation im Bauhauptgewerbe gleichwohl unbefriedigend; die Auftragsbestände waren Ende 1982 niedriger als ein Jahr zuvor. Besonders stark hat während des vergangenen Jahres die Nachfrage nach Wohnbauten zugenommen; die in dieser Sparte erteilten Aufträge überschritten im vierten Quartal 1982 ihr Vorjahrsniveau um annähernd ein Drittel. Die Bereitschaft, neue Projekte in Angriff zu nehmen, wurde zum einen dadurch gefördert, daß sich deren Finanzierung wesentlich verbilligte; Hypothekarkredite für Wohnbauten kosteten Ende 1982 im Durchschnitt rd. 9%, verglichen mit etwa 12% im September 1981. Auch konnten die Bauherren angesichts hoher unausgelasteter Baukapazitäten davon ausgehen, daß ihre Objekte in relativ kurzer Bauzeit fertiggestellt würden, und dies zu vergleichsweise günstigen Preisen. Zum anderen reagierte die Wohnungsbau nachfrage zunehmend auf die staatlichen Anregungen, die im Rahmen der „Operation '82“ beschlossen worden und rückwirkend ab 30. Juli 1981 in Kraft getreten waren. So wurden die Abschreibungsmodalitäten nach § 7 b EStG (in Verbindung mit der Einführung eines Steuernachlasses für kinderreiche Familien) und § 7 Abs. 5 EStG verbessert. Ferner dürfte die für 1985 in Aussicht genommene Aufhebung der sogenannten Umsatzsteueroption beim Bauherrenmodell manche Bauherren veranlaßt haben, Wohnprojekte beschleunigt in Auftrag zu geben. Schließlich haben die Bundesländer 1982 mehr Mittel als im Vorjahr für den Sozialen Wohnungsbau bereitgestellt. Sie waren dazu in der Lage, weil ihnen durch Gesetzesänderung die Möglichkeit gegeben worden war, die Zinsen für ihre vor 1970 gewährten Baudarlehen den weit höheren Marktsätzen anzunähern. Viele Darlehensnehmer machten überdies von dem gleichzeitig eröffneten Angebot Gebrauch, solche Darlehen mit einem erheblichen Abschlag vorzeitig abzulösen. In Gemeinden mit mehr als 300 000 Einwohnern war es den Ländern außerdem möglich, Abgaben für „fehlbelegte“ Sozialwohnungen zu erheben; davon ist allerdings bisher nur wenig Gebrauch gemacht worden.

Zunahme der Baunachfrage im Verlauf von 1982, insbesondere im Wohnungsbau

Die Aufträge für gewerbliche Bauten haben seit dem Frühjahr 1982 saisonbereinigt ebenfalls recht kräftig zugenommen. Der Zuwachs hing zu einem guten Teil mit der Vergabe einiger größerer Projekte im Kraftwerksbau sowie mit der Inangriffnahme von Vorhaben der Bundesbahn und Bundespost zusammen. Im übrigen spielten die mit der „Operation '82“ verbesserten Abschreibungsbedingungen bei der höheren Nachfrage nach gewerblichen Bauten eine Rolle. Außerdem sind im vergangenen Jahr auch schon Aufträge für Bauten erteilt worden, für die die Investitionszulage in Anspruch genommen werden soll. Begünstigt von der Zulagenregelung sind nämlich gewerbliche Bauprojekte, für

Mehr Auftragsvergaben für gewerbliche Bauten

Zur Baunachfrage						
Veränderung gegen Vorjahr in %						
Position	1980	1981	1982			
			Jahr	1. Hj.	3. Vj.	4. Vj.
<b>Auftragszugang im Bauhauptgewerbe</b>						
insgesamt (Werte)	+ 2,7	-14,7	+ 0,6	- 7,1	+ 3,7	+15,9
Wohnungsbau	- 1,3	-10,4	+ 1,0	-11,5	+ 5,9	+30,8
Gewerblicher Bau 1)	+12,3	- 9,5	+ 1,7	- 6,2	+ 0,6	+21,4
Öffentlicher Bau 2)	- 0,7	-21,2	- 0,4	- 4,1	+ 4,9	+ 1,2
insgesamt (Volumen)	- 7,7	-18,5	p) - 0,1	- 8,4	p) + 3,7	p) +15,9
Nachrichtlich:						
<b>Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe 3)</b>						
insgesamt (Werte)	+ 3,8	- 6,5	-11,4	-14,5	- 9,0	- 6,4
insgesamt (Volumen 4)	- 7,0	-11,5	p) -12,6	-16,5	- 9,3	p) - 6,5

1 Einschl. Bahn und Post. — 2 Ohne Bahn und Post. — 3 Quartalsendstände; Jahres- und Halbjahreswerte errechnet als einfaches arithmetisches Mittel. — 4 Eigene Berechnung. — p) Vorläufig.

die die Baugenehmigung im Jahre 1982 beantragt wurde und die bis zum 31. Dezember 1984 fertiggestellt werden. Öffentliche Bauherren haben ihre Nachfrage nach Bauleistungen im vergangenen Jahr vorübergehend ebenfalls erhöht, nachdem sie sie 1981 sehr stark gedrosselt hatten. Im Jahresdurchschnitt gingen die neu erteilten öffentlichen Bauaufträge allerdings nicht über das sehr niedrige Vorjahrsergebnis hinaus.

Produktionsrückgang  
seit der Jahresmitte

Die gesamtwirtschaftliche Produktion — gemessen am realen Bruttosozialprodukt — blieb noch bis zur Jahresmitte 1982 annähernd auf dem Niveau, auf dem sie sich zuvor unter geringen Schwankungen rund zwei Jahre gehalten hatte. Danach aber paßte die Wirtschaft ihre Gütererzeugung ziemlich rasch dem im ganzen reduzierten Nachfrageniveau an. Im Gesamtergebnis war das reale Bruttosozialprodukt 1982 um gut 1% niedriger als im Jahr davor. Die Arbeitsproduktivität konnte, wie schon 1980 und 1981, nur noch leicht gesteigert werden; je Erwerbstätigen gerechnet hat das reale Bruttosozialprodukt im vergangenen Jahr um etwa ½% zugenommen.

Differenzierte Produktionsentwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen

Die unterschiedlichen Nachfragetendenzen, aber auch anhaltende strukturelle Schwierigkeiten spiegelten sich in der Produktionsentwicklung der einzelnen Branchen wider. Wenn es beispielsweise in der Stahlindustrie zu einer Produktionseinschränkung um 12½% kam, so war dies nicht nur auf die konjunkturelle Dämpfung, sondern auch auf eine Fortdauer der seit längerem schwelenden Strukturkrise dieser Branche zurückzuführen, die vielfältige Ursachen hat. Einige Zweige des Investitionsgüterbereichs, die sich im Aufwind des technischen Fortschritts befinden, konnten dagegen auch 1982 ihre Produktion ausweiten (z. B. die Daten- und Informationstechnik um 5%). Primär konjunkturbedingt sank dagegen die reale Wertschöpfung im Baugewerbe um 4½% und im Handel um 4%. In den meisten Dienstleistungsbereichen hat sie dagegen noch zugenommen. Wesentlich höher als im Vorjahr fiel 1982 — wegen der guten Ernten bei manchen Agrarprodukten — auch die Wertschöpfung der Landwirtschaft aus.

Auslastung des Produktionspotentials  
erneut gesunken

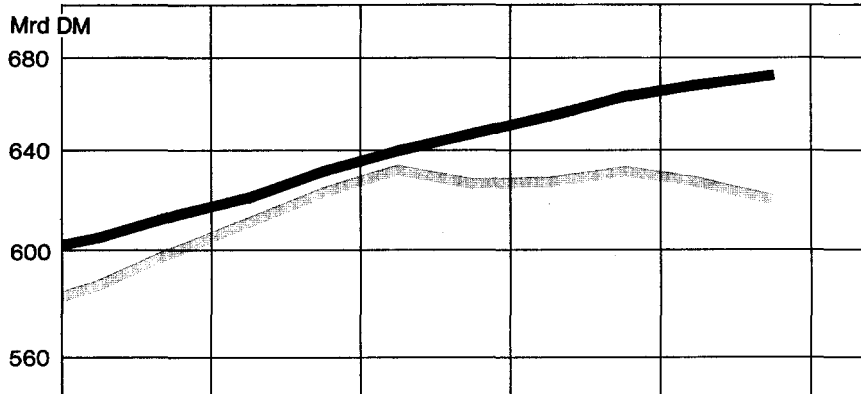
Die Produktionsmöglichkeiten der Wirtschaft waren 1982 weniger als vorher ausgeschöpft. Zwar ist das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential — nicht zuletzt auf Grund der schwachen Investitionstätigkeit — nur noch um knapp 2% gewachsen und damit erneut weniger als im Vorjahr (2½%). Da sich jedoch die gesamtwirtschaftliche Produktion, wie erwähnt, um rd. 1% verminderte, ging die Auslastung des Produktionspotentials 1982 weiter zurück, nach Schätzung der Bundesbank von 95½% auf nun 93%. Eine Vollausslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten wurde seit längerem nicht erreicht; ein noch relativ günstiger Wert wurde zuletzt für 1979 mit 98½% er-

saisonbereinigt

Produktionspotential und Sozialprodukt

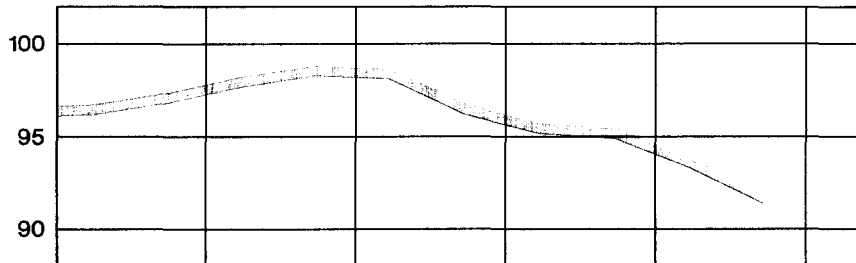
■ Produktionspotential 1)  
 ▨ Bruttoinlandsprodukt

in Preisen von 1976, halbjährlich, log. Maßstab



Auslastungsgrad des Produktionspotentials

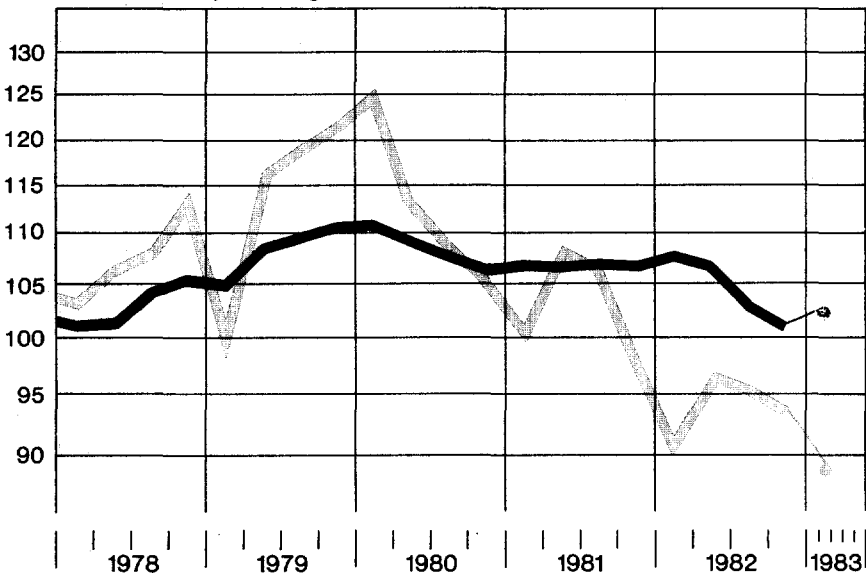
Potentialwert = 100, halbjährlich, lin. Maßstab



Produktion im Produzierenden Gewerbe

■ insgesamt (ohne Bau)  
 ▨ Bauhauptgewerbe

1976 = 100, vierteljährlich, log. Maßstab



1) Eigene Berechnung. - ● = Januar/Februar.

mittelt, wobei darauf hinzuweisen ist, daß solche Schätzungen nur Näherungswerte darstellen können').

1 Vgl.: „Neuberechnung des Produktionspotentials für die Bundesrepublik Deutschland“, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 33. Jg., Nr. 10, Oktober 1981, S. 32 ff. Die Zahlenangaben in diesem Aufsatz sind allerdings durch die Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vom Herbst v. J. und die damit verbundene Umstellung auf die Preisbasis 1976 = 100 inzwischen überholt.

Kräftiger Rückgang  
der Erwerbstätigkeit  
und Zunahme der  
Kurzarbeit

Besonders gravierend waren die Folgen der Unterauslastung der verfügbaren Ressourcen für den Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbstätigen verringerte sich im Jahresdurchschnitt 1982 um rd. 460 000 Personen oder gut 1½ %. Allein etwa 420 000 abhängig Beschäftigte verloren ihren Arbeitsplatz, und zwar — wie schon im Jahr zuvor — mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe; hier nahm der Personalbestand um gut 3½ % ab. Auch im Handel und im Verkehrsbereich ging die Beschäftigtenzahl 1982 erstmals deutlich zurück. In den Dienstleistungsunternehmen dürften im Durchschnitt des vergangenen Jahres zwar mehr Arbeitnehmer als 1981 tätig gewesen sein; aber auch hier hielten sich die Unternehmen mit Neueinstellungen zurück. Nicht wenige Unternehmen waren außerdem bestrebt, zeitweilige Produktionsausfälle mit Kurzarbeit zu überbrücken. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg im Jahresdurchschnitt 1982 auf über 600 000, wobei der Schwerpunkt in Industrie und Bauwirtschaft lag; hier waren rd. 6 % aller Beschäftigten von Kurzarbeit betroffen. Um die Jahreswende 1982/83 erreichte die Zahl der Kurzarbeiter mit 1,2 Mio ihren bisher höchsten Stand.

Starke Zunahme der  
Arbeitslosenzahl bei  
hoher Fluktuation

Unter diesen Bedingungen mußte die Arbeitslosigkeit weiter steigen, zumal bei rückläufiger Beschäftigung per Saldo keine Chance bestand, den Neuzugang an Arbeitskräften zu absorbieren. Im Jahresdurchschnitt 1982 waren bei den Arbeitsämtern 1,83 Mio Arbeitslose registriert, 560 000 mehr als 1981. Die Arbeitslosenquote — die Zahl der Arbeitslosen bezogen auf die abhängigen Erwerbspersonen — stieg auf 7,5 %; die Arbeitslosenzahl in Relation zu allen Erwerbspersonen, wie international überwiegend gemessen wird, betrug 6,7 %. Der Arbeitsmarkt erwies sich freilich nicht als so unelastisch, wie es diese Zahlen nahelegen. Nach einer Schätzung der Bundesanstalt für Arbeit haben 1982 rd. 5 Mio Personen einen Arbeitsplatz gefunden; mehr als 2 Mio von ihnen waren zuvor arbeitslos gemeldet gewesen, gut eine halbe Million begann eine betriebliche Ausbildung. Beendet wurden 1982 schätzungsweise 5½ Mio Arbeitsverhältnisse. Rd. 2,8 Mio Arbeitnehmer, die ihre Arbeit aufgaben oder verloren, meldeten sich bei der Arbeitsverwaltung arbeitslos. Hinzu kamen weitere 600 000 Personen, darunter 70 000 Ausländer, die sich erstmals oder nach längerer Unterbrechung ihrer Erwerbstätigkeit um eine Stelle bemühten. Insgesamt haben sich im Verlauf des Jahres 3,7 Mio Personen (einschließlich rd. 270 000 Jugendlicher, die nach Abschluß ihrer Betriebs- oder Schulausbildung zunächst keinen Arbeitsplatz fanden) neu als arbeitslos registrieren lassen; gut die Hälfte davon konnte — wie erwähnt — ihre Arbeitslosigkeit durch eine Arbeitsaufnahme beenden. Gleichwohl hat die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit 1982 spürbar zugenommen. Von den im September v. J. erfaßten Erwerbslosen waren 21 % schon seit mehr als einem Jahr ohne Stellung, verglichen mit 16 % ein Jahr zuvor. Mit der Dauer der individuellen Arbeitslosigkeit aber wächst naturgemäß die damit verbundene wirtschaftliche und psychologische Belastung.

Erhöhte  
Schwächeanfälligkeit  
der Wirtschaft  
wegen ungelöster  
Strukturprobleme

Zur Ausbreitung und Intensivierung der Schwächetendenzen in der Wirtschaft trug im vergangenen Jahr bei, daß der strukturelle Anpassungsprozeß, der von den beiden großen Ölpreiserhöhungen ausgelöst worden war und durch die wachsende Konkurrenz der „neuen Industrieländer“ zusätzliche Impulse erhalten hatte, zum Teil zu Lasten der Substanz der Unternehmen ging. Der Kostenanstieg ist zwar im vergangenen Jahr langsamer geworden. Die Tarifverdienste sind um durchschnittlich 4 % heraufgesetzt worden gegen 5½ % 1981. Außerdem haben sich eingeführte Waren und Dienstleistungen 1982 insgesamt nur wenig verteuert. Auch der Rückgang der Zinsen an den Kreditmärkten wirkte sich positiv auf die Ertragsverhältnisse aus. Auf der anderen Seite waren aber die Kostenrechnungen der Unternehmen durch hohe Fixkosten infolge weiter gesunkener Auslastung der Sachkapazitäten belastet, und die Möglichkeiten, Kostensteigerungen in den Absatzpreisen weiterzugeben, blieben recht begrenzt. Die Ertragslage und damit die Selbstfinanzierung konnten sich daher

<b>Zur Lage am Arbeitsmarkt</b>						
	1979	1980	1981	1982	1981	1982
Position	in 1000, Jahresdurchschnitte				Veränderung gegen Vorjahr in 1000	
<b>Beschäftigung</b>						
Erwerbstätige	26 039	26 302	26 123	25 668	- 179	- 455
darunter:						
abhängig Beschäftigte	22 659	22 986	22 877	22 455	- 109	- 422
Arbeitslose	876	889	1 272	1 833	+ 383	+ 561
davon:						
Jugendliche unter 20 Jahren	71	73	112	165	+ 39	+ 53
Männer (20 bis 59 Jahre)	350	355	549	874	+ 194	+ 325
Frauen (20 bis 59 Jahre)	396	395	531	701	+ 136	+ 170
Ältere (über 59 Jahre)	59	65	80	93	+ 15	+ 13
Kurzarbeiter	88	137	347	606	+ 210	+ 259
Offene Stellen	304	308	208	105	- 100	- 103
<b>Struktur der Arbeitslosigkeit</b>					in % der Gesamtzahl der Arbeitslosen	
Arbeitslose insgesamt	737	823	1 256	1 819	100	100
nach Berufsausbildung						
Facharbeiter	94	109	182	318	14,5	17,5
Angestellte mit gehobener Tätigkeit	193	205	282	388	22,5	21,3
übrige	450	509	792	1 113	63,0	61,2
nach früherer Erwerbstätigkeit						
abhängiges Arbeitsverhältnis	573	633	962	1 356	76,6	74,5
selbständige Tätigkeit	9	11	17	34	1,3	1,9
betriebliche und schulische Ausbildung	44	53	95	154	7,6	8,5
ohne Erwerbstätigkeit	111	127	182	275	14,5	15,1
nach Dauer der Arbeitslosigkeit						
bis 3 Monate	308	372	532	643	42,3	35,4
3 bis unter 6 Monate	135	153	245	332	19,5	18,3
6 Monate bis unter 1 Jahr	147	158	276	457	21,9	25,1
1 Jahr und länger	146	140	203	386	16,2	21,3

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1982 nur in Ansätzen verbessern, jedenfalls weit weniger, als ursprünglich erwartet worden war. Zur Ertragsklemme kamen für nicht wenige Firmen Liquiditätsprobleme hinzu, sei es auf Grund des stockenden Absatzes und der wachsenden Schuldenlast, sei es auf Grund von Forderungsausfällen im Zusammenhang mit Insolvenzen von Geschäftspartnern. Für rd. 12 000 Firmen, darunter zunehmend auch große, seit langem etablierte Unternehmen, mußte 1982 Konkurs angemeldet oder ein Vergleichsverfahren eingeleitet werden, verglichen mit 8 500 Firmen 1981 und 7 000 Firmen im Jahre 1975, dem Höhepunkt der Insolvenzenwelle von Mitte der siebziger Jahre. Wie weiter unten näher ausgeführt wird, ist die nachhaltige Überwindung der gegenwärtigen Ertragsschwäche in der Wirtschaft eine notwendige, wenn auch allein freilich nicht hinreichende Voraussetzung für die unerläßliche Kräftigung der finanziellen Stabilität der Unternehmen.

Unter den positiven Punkten der Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1982 stehen die Fortschritte in der Eindämmung des Preisanstiegs an erster Stelle. Bis zur Jahreswende 1982/83 sanken die Teuerungsraten auf der Erzeuger- und Verbraucherstufe auf einen seit Anfang 1979 nicht mehr erreichten niedrigen Stand. Nicht zuletzt trug dazu bei, daß die Preise wichtiger Industrierohstoffe an den internationalen Märkten nachgaben. Auch die Ölmärkte gerieten gegen Jahresende bei reichlichem Angebot zunehmend unter Preisdruck. Gleichzeitig festigte sich der Außenwert der D-Mark gegenüber dem US-Dollar, in dem viele Öl- und Rohstoffgeschäfte fakturiert werden. Die in D-Mark berechneten Einfuhrpreise gingen unter diesen Umständen zum Jahreswechsel 1982/83, sai-

Deutliche  
Abschwächung des  
Preisaufretriebs

sonbereinigt betrachtet, spürbar zurück; im Jahresdurchschnitt 1982 übertrafen sie ihr Vorjahrsniveau nur um 1,5% nach 14% im Jahr davor (im Februar 1983 waren sie um rd. 2% niedriger als vor Jahresfrist).

Preisstabilisierung auf der gewerblichen Erzeugerstufe und am Baumarkt

Auf den Inlandsmärkten wirkte sich dies allerdings nur abgeschwächt, aber immer noch deutlich aus. Um die Jahresmitte wurde die Verlangsamung des Preisanstiegs auf der gewerblichen Erzeugerstufe zwar durch die drastische Heraufsetzung der Tabaksteuer zeitweilig unterbrochen; außerdem verteuerten sich im Sommer und Frühherbst Mineralölprodukte vorübergehend recht kräftig. Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte setzte sich aber die Tendenz zur Verminderung der Teuerungsraten wieder durch. Seit Dezember v. J. sind die Erzeugerpreise — saisonbereinigt betrachtet — gesunken; sie lagen im Februar 1983 um 2% über dem gleichen Vorjahrswert. Spürbar gebremst wurde auch der Preisanstieg am Baumarkt. Das Baupreisniveau war im Jahresdurchschnitt 1982 um rd. 2½% höher als 1981, sein Anstieg hat sich damit gegenüber dem Vorjahr halbiert.

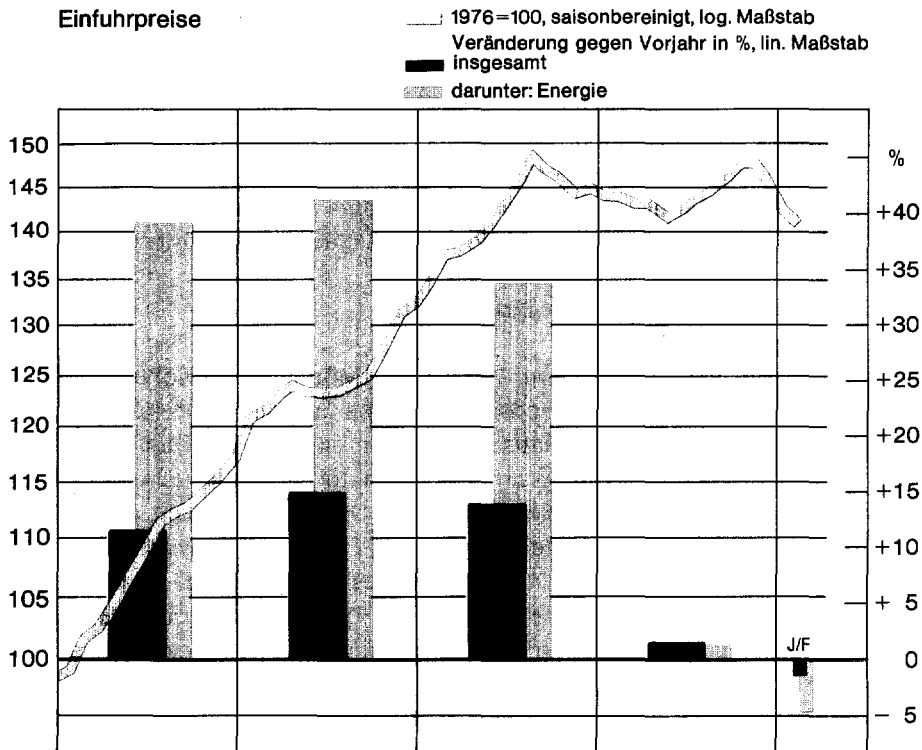
Fortschritte in der Preisstabilisierung auf der Verbraucherstufe

Von besonderer Bedeutung für das allgemeine Preisklima war, daß 1982 der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe ebenfalls schwächer wurde. Dieser Prozeß wurde auch hier für eine gewisse Zeit unterbrochen, wobei administrative Preisanhebungen (Heraufsetzung der Branntwein- und Tabaksteuer sowie der Postgebühren) und eine vorübergehende Verteuerung der Mineralölprodukte den Ausschlag gaben. Im Jahresdurchschnitt 1982 ist das Verbraucherpreisniveau daher zwar noch um 5,3% gestiegen (nach 5,9% 1981), aber Ende 1982 belief sich der Anstieg gegenüber dem gleichen Vorjahrsmonat nur noch auf 4½%, und im März d. J. — um die letzten verfügbaren Zahlen anzufügen — betrug die Rate nur noch 3,5%.

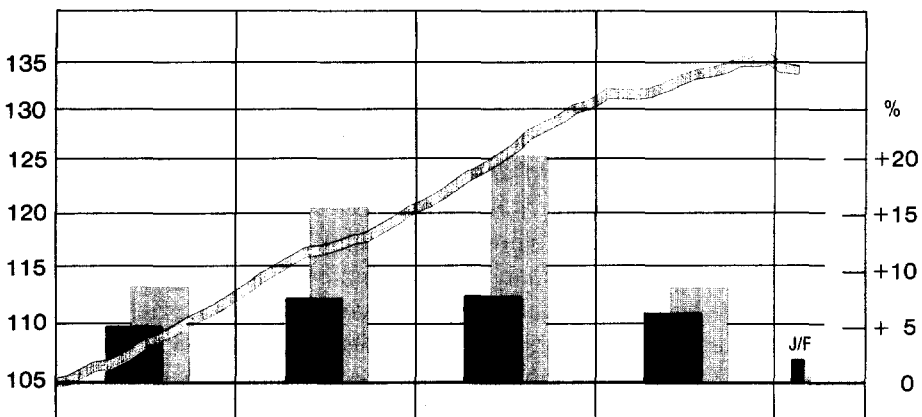
Etwas freundlichere Perspektiven zu Beginn des Jahres 1983

Gegen Ende 1982 und in den ersten Monaten dieses Jahres eröffneten sich ganz allgemein freundlichere Perspektiven für die Wirtschaft der Bundesrepublik. Die Anfang v. J. in Gang gekommene Belebung der Baunachfrage hat sich als nachhaltig erwiesen. Sinkende Zinsen sowie weitere staatliche Subventionen für den Wohnungsbau — erhöhter steuerlicher Schuldzinsenabzug beim Neubau von Eigenheimen, 2 Mrd DM-Sonderprogramm für den Sozialen Wohnungsbau —, die allerdings unter längerfristigen, mehr struktur- und ordnungspolitischen Gesichtspunkten nicht unproblematisch erscheinen (vgl. hierzu S. 49), wirkten in die gleiche Richtung. Sowohl die Zahl der Genehmigungsanträge an die Bauämter als auch die Vergabe von Bauaufträgen sind um die Jahreswende beträchtlich gestiegen. Außerdem entfaltete die Investitionszulagenregelung gegen Jahresende ihre Anstoßwirkungen für Ausrüstungsinvestitionen. Zweifellos wurden damit manche Hemmschwellen, die bislang einer Belebung der Investitionsnachfrage entgegenstanden, reduziert. Da sich auch die Auslandsnachfrage in Teilbereichen wieder etwas lebhafter entwickelt hat, verbesserte sich insgesamt die Auftragslage. Die für die ersten beiden Monate von 1983 vorliegenden Produktionsergebnisse deuten darauf hin, daß die Wirtschaft auf die positiven Nachfrageimpulse zu reagieren beginnt: Im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) wurden in diesen Monaten saisonbereinigt immerhin knapp 2% mehr erzeugt als im Durchschnitt des vierten Quartals von 1982. Unter diesen Umständen beurteilten die Unternehmen die künftige Geschäftsentwicklung merklich günstiger als noch vor kurzem. Jedenfalls sprechen viele Indikatoren dafür, daß der seit langem erwartete Wiederanstieg der Produktion, der später auch zu einer zunehmenden Beschäftigung führen wird, nun begonnen hat.

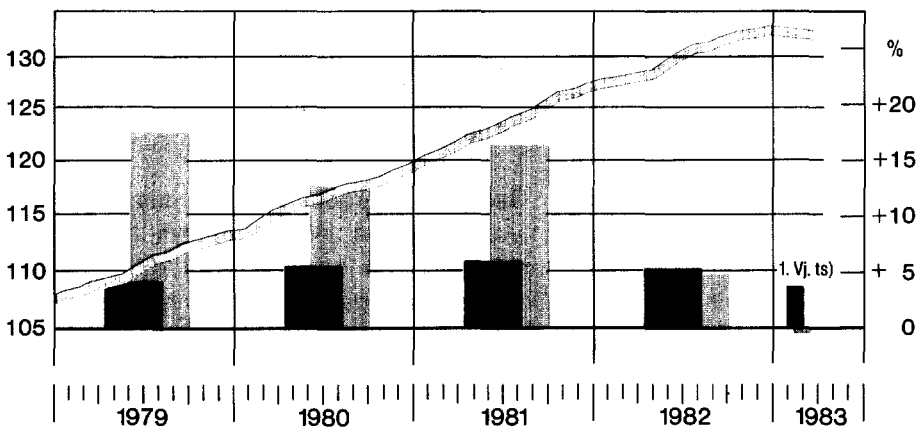
Einfuhrpreise



Erzeugerpreise gewerblicher Produkte 1)



Preisindex für die Lebenshaltung



1) Umbasiert von Originalbasis 1980=100.- ts) Teilweise geschätzt.

Lösung der Struktur- und Arbeitsmarktprobleme nur bei dauerhafter Kostendämpfung und Stärkung der Erträge

Die strukturellen Schwierigkeiten in verschiedenen Teilen der Wirtschaft bleiben freilich bestehen. Um sie zu überwinden, bedarf es vor allem, wie weiter unten noch näher ausgeführt wird, einer nachhaltigen Verbesserung der Ertragskraft der Unternehmen, ohne die eine Verbreiterung der Kapitalbasis und eine ausreichende Bereitschaft, neue Investitionsrisiken einzugehen, nicht gesichert sind. Die strukturellen Schwächen lassen sich nur Schritt für Schritt beheben. Die in den letzten Wochen zustande gekommenen zurückhaltenden Tariflohnabschlüsse leisten einen wesentlichen Beitrag hierzu. Das Nachlassen des Preisauftriebs in jüngster Zeit — der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte übertraf das Vorjahrsergebnis im März, wie erwähnt, nur noch um 3,5% — hat diese Entscheidungen sicherlich erleichtert.

## 2. Neue Weichenstellung in der Finanzpolitik

Finanzpolitik auf einem mittleren Kurs

Die Finanzpolitik schlug im Jahre 1982 einen Mittelweg zwischen der Rücksichtnahme auf die aktuelle Wirtschaftsschwäche und dem mittelfristig notwendigen Abbau der strukturellen Haushaltsdefizite ein. Die Mehrbelastungen, die im Jahresverlauf infolge der schwachen Konjunktur in den Haushalten entstanden, wurden im wesentlichen hingenommen. Damit war freilich auch das ursprüngliche Ziel außer Reichweite gerückt, das Defizit der Gebietskörperschaften im Jahre 1982 etwa auf den Umfang des Jahres 1980 (rd. 60 Mrd DM) zu begrenzen, wie dies im Finanzplanungsrat von Bund, Ländern und Gemeinden noch Ende 1981 anvisiert worden war. Tatsächlich belief sich das Kassendefizit der Gebietskörperschaften im abgelaufenen Jahr auf 70 Mrd DM. Die Deckungslücke war damit zwar um 10 Mrd DM geringer als im Jahre 1981; jedoch beruhte diese Verbesserung zum größten Teil darauf, daß der an den Bund abgeführte Bundesbankgewinn von 2½ Mrd DM 1981 auf 10½ Mrd DM im Jahre 1982 gestiegen ist. Gewinnablieferungen dieses Ausmaßes können freilich nicht für die kommenden Jahre erwartet werden. Aber auch dann, wenn der Sonderfaktor der höheren Gewinnablieferung der Bundesbank ausgeschaltet wird, ergibt sich, daß 1982 der strukturelle Teil des Defizits — also jener Teil, der bei wieder günstigerer Konjunktur gleichwohl bestehen bliebe — merklich abgenommen hat, während der konjunkturbedingte Teil des Defizits weiter gewachsen ist. An der Reduzierung des strukturellen Defizits hatte die „Operation '82“ vom Herbst 1981 wesentlichen Anteil. Die vom Gesetzgeber beschlossenen Eingriffe entlasteten zum einen die Gebietskörperschaften von unmittelbar an Private zu leistenden Ausgaben (vor allem beim Kindergeld), zum anderen ließen sie aber auch die Zuschüsse des Bundes an die Sozialversicherungen weniger als nach den bis dahin geltenden Regelungen steigen (Einsparungen bei verschiedenen Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz sowie Erhöhung des Beitragssatzes der Bundesanstalt für Arbeit); außerdem wurden Verbrauchsteuern erhöht. Länder und Gemeinden waren wie der Bund entsprechend der finanzpolitischen Zielvorstellung für 1982 bestrebt, die mittelfristige Konsolidierung der Haushalte einzuleiten. Im Bereich der Sozialversicherungen<sup>1)</sup> entstand 1982 ähnlich wie im Vorjahr ein Überschuß von ca. 5 Mrd DM; zwar verschlechterte sich die Finanzlage der Rentenversicherung, jedoch schloß die gesetzliche Krankenversicherung dank eines schwächeren Kostenanstiegs günstiger ab als im Jahre 1981.

Ausgabenanstieg gebremst

In der Ausgabenentwicklung der Gebietskörperschaften kam das mittelfristige Konsolidierungsziel deutlich zum Ausdruck. Im Jahre 1982 erhöhten sich die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden lediglich um 2½%, verglichen mit nahezu 7% ein Jahr zuvor. Die Ausgaben der Sozialversicherungen wuchsen um 6%, wobei der größtenteils konjunkturbedingte Anstieg der Arbeitslosenunterstützungen um fast 40% besonders zu Buche schlug. Die öffentli-

<sup>1</sup> Gesetzliche Renten-, Kranken- und Unfallversicherung, Bundesanstalt für Arbeit, Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst, Landwirtschaftliche Alterskassen.



## Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte\*)

Position	1979	1980	1981 ts)	1982 ts)	1979	1980	1981 ts)	1982 ts)
	Mrd DM				Veränderung gegen Vorjahr in %			
<b>A. Ausgaben, Einnahmen und Kassenabschlüsse</b>								
<b>Gebietskörperschaften</b>								
<i>Ausgaben</i>								
Personalausgaben	151,9	164,1	174,4	178,5	+ 6,9	+ 8,0	+ 6,3	+ 2,5
Laufender Sachaufwand	71,2	77,0	82,0	87	+10,5	+ 8,1	+ 6,6	+ 6
Transferausgaben	121,3	130,9	142,2	146	+ 3,9	+ 7,9	+ 8,7	+ 3
Zinsausgaben	25,0	29,6	36,8	45,5	+13,7	+18,3	+24,2	+23,5
Sachinvestitionen	55,3	62,2	59,2	53	+12,0	+12,5	- 4,9	-10,5
Mittelbare Investitionen 1)	34,0	36,1	37,7	37	+19,2	+ 6,3	+ 4,3	- 1
Sonstige Ausgaben 2)	8,7	11,2	13,8	13,5	+41,7	+29,1	+22,8	- 2
<b>Insgesamt</b>	<b>467,5</b>	<b>511,1</b>	<b>546,1</b>	<b>561</b>	<b>+ 8,9</b>	<b>+ 9,3</b>	<b>+ 6,8</b>	<b>+ 2,5</b>
darunter:								
Bund	212,7	228,3	247,7	259	+ 8,1	+ 7,3	+ 8,5	+ 4,5
Länder	191,6	208,6	217,4	223	+ 8,5	+ 8,8	+ 4,2	+ 2,5
Gemeinden	130,4	145,6	152,7	152,5	+10,3	+11,7	+ 4,9	- 0,0
<i>Einnahmen</i>								
Steuereinnahmen	342,8	365,0	370,3	378,5	+ 7,4	+ 6,5	+ 1,5	+ 2,5
Sonstige Einnahmen	77,6	86,8	95,4	112	+ 8,3	+11,9	+ 9,9	+17,5
<b>Insgesamt</b>	<b>420,4</b>	<b>451,8</b>	<b>465,7</b>	<b>491</b>	<b>+ 7,6</b>	<b>+ 7,5</b>	<b>+ 3,1</b>	<b>+ 5,5</b>
darunter:								
Bund	186,7	199,5	207,8	222,5	+ 9,1	+ 6,9	+ 4,2	+ 7
Länder	177,3	186,2	190,7	198	+ 8,1	+ 5,0	+ 2,4	+ 4
Gemeinden	125,1	139,9	142,0	145	+ 7,3	+11,9	+ 1,5	+ 2
<b>Kassendefizit (-)</b>	<b>- 47,1</b>	<b>- 59,3</b>	<b>- 80,3</b>	<b>- 70</b>				
darunter:								
Bund	- 26,0	- 28,8	- 39,9	- 36				
Länder 3)	- 15,0	- 23,2	- 27,6	- 25,5				
Gemeinden	- 5,3	- 5,7	- 10,7	- 7,5				
<b>Sozialversicherungen</b>								
Ausgaben	252,9	272,1	293,5	311	+ 6,3	+ 7,6	+ 7,9	+ 6
Einnahmen	253,4	275,3	299,0	315,5	+ 7,3	+ 8,6	+ 8,6	+ 5,5
<b>Kassenüberschuß (+)</b>	<b>+ 0,5</b>	<b>+ 3,2</b>	<b>+ 5,5</b>	<b>+ 4,5</b>				
<b>Öffentliche Haushalte insgesamt</b>								
Ausgaben	687,2	745,6	797,4	827	+ 8,2	+ 8,5	+ 7,0	+ 3,5
Einnahmen	640,6	689,5	722,7	761,5	+ 7,8	+ 7,6	+ 4,8	+ 5,5
<b>Kassendefizit (-)</b>	<b>- 46,6</b>	<b>- 56,1</b>	<b>- 74,8</b>	<b>- 65,5</b>				
<b>B. Verschuldung der Gebietskörperschaften</b>								
	Stand am Jahresende, Mrd DM				Veränderung gegen Vorjahr in Mrd DM			
Schuldscheindarlehen	283,0	334,4	409,3	449,5	+36,6	+51,4	+74,9	+40
Wertpapiere	110,8	111,9	110,7	142,5	+ 7,1	+ 1,1	- 1,1	+31,5
Sonstige Schulden	20,1	22,3	25,5	22,5	- 0,5	+ 2,2	+ 3,2	- 3
<b>Insgesamt 4)</b>	<b>413,9</b>	<b>468,6</b>	<b>545,6</b>	<b>614,5</b>	<b>+43,1</b>	<b>+54,7</b>	<b>+77,0</b>	<b>+69</b>
darunter:								
Bund	205,5	232,3	273,1	309	+24,9	+26,8	+40,8	+36
Länder	115,9	137,8	165,2	190,5	+13,8	+21,9	+27,3	+25,5
Gemeinden	83,4	88,1	95,1	101,5	+ 3,4	+ 4,7	+ 7,0	+ 6,5

\* In kassenmäßiger Abgrenzung, die in mehreren Punkten vom Staatskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abweicht. Anders als in früheren Berichten wird für die Länder statt der Vierteljahresstatistik die jährliche Rechnungsstatistik zugrunde gelegt. Außerdem werden die Renten- und Krankenversicherungsbeiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen nicht mehr als Verrechnung zwischen öf-

fentlichen Haushalten behandelt, sondern den Einnahmen und Ausgaben zugerechnet. — 1 Ausgaben für Investitionszuschüsse und Darlehen an Dritte sowie Beteiligungserwerb. — 2 Weiterleitung des EG-Anteils an den Steuern, Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften sowie Sondertransaktionen. — 3 Das Kassendefizit der Länder weicht aus buchungstechnischen Gründen vom

Saldo der Einnahmen und Ausgaben ab. — 4 Die Veränderung der Verschuldung weicht vom Kassendefizit ab, weil daneben vor allem auch die Veränderung der Kassenmittel zu den Finanzierungspositionen gehört. — ts Teilweise geschätzt. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

chen Haushalte insgesamt weiteten ihre Ausgaben 1982 um  $3\frac{1}{2}\%$  aus, d. h. parallel zum Sozialprodukt. Der Anstieg der „Staatsquote“ in den beiden vorangegangenen Jahren (auf  $51\frac{1}{2}\%$  1981, nach gut  $49\%$  1979) konnte also gestoppt werden. Stellt man den Konjunkteinfluß auf die Ausgaben, insbesondere bei der Arbeitslosenversicherung, in Rechnung, so wird erkennbar, daß mit der Ausgabengestaltung des Jahres 1982 ein erster Schritt in Richtung auf das Ziel gelungen ist, den Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt mittelfristig wieder zu verringern. Die Bemühungen der Gebietskörperschaften, Mittel einzusparen, haben auch in der Struktur der Ausgaben deutliche Spuren hinterlassen. Zwar konnte das starke Wachstum des Zinsaufwands praktisch nicht mehr beeinflußt werden. Die Zunahme der übrigen Ausgaben im konsumtiven Bereich wurde jedoch gebremst, und die Investitionsausgaben wurden erheblich eingeschränkt.

Stark gewachsene  
Zinslasten

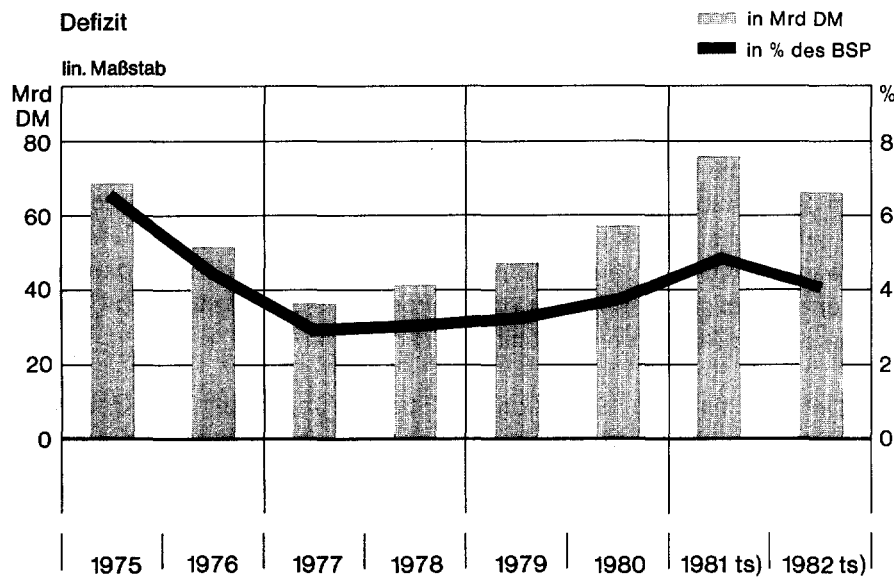
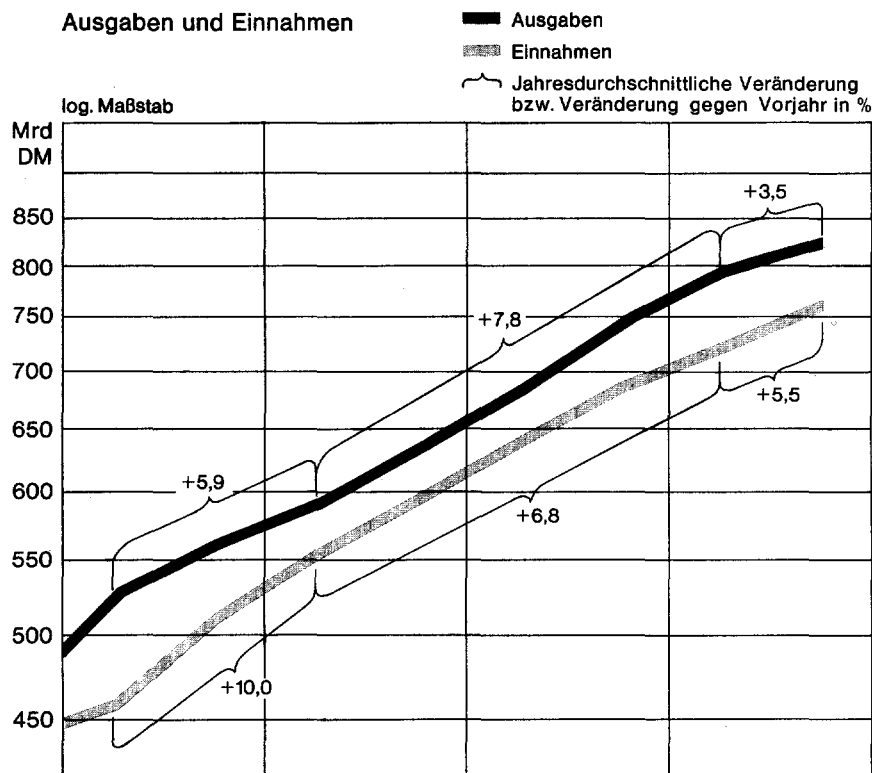
Wie stark die Zinslasten inzwischen die Gebietskörperschaften in ihrer finanziellen Bewegungsfähigkeit einengen, zeigt sich schon daran, daß der Anstieg der Aufwendungen für Zinsen von fast 37 Mrd DM 1981 auf  $45\frac{1}{2}$  Mrd DM 1982 mehr als die Hälfte der Zunahme der Gesamtausgaben ausmachte. Der Anteil der Zinskosten am Haushaltsvolumen der Gebietskörperschaften hat sich damit von  $6\%$  auf gut  $8\%$  erhöht. Die Mehrausgaben für Zinsen waren wegen der meist jährlich im nachhinein zu leistenden Zahlungen größtenteils auf die Kreditaufnahmen im Jahre 1981 zurückzuführen. Reichlich zur Hälfte erklären sich die höheren Zinsausgaben mit der Ausweitung des Schuldenstands; daneben spielte eine Rolle, daß die Kapitalmarktzinsen für Neukredite — einschließlich jener Mittel, die zur Rückzahlung früherer Kredite benötigt wurden — bis zum Herbst 1981 noch gestiegen waren. Der Rückgang der Zinsen für im Jahre 1982 aufgenommene Kredite wirkte sich in den kassenmäßig zu leistenden Zinszahlungen im gleichen Jahr noch nicht aus; er berührt erst die Zinszahlungen 1983.

Konsumtive Ausgaben  
weniger gestiegen

Die übrigen konsumtiven Ausgaben haben 1982 langsamer als zuvor zugenommen. Die Personalausgaben — hier der größte Posten — erhöhten sich nur um  $2\frac{1}{2}\%$ . Die Arbeitsentgelte im öffentlichen Dienst wurden durch die tariflichen bzw. gesetzlichen Regelungen nämlich weniger angehoben als ein Jahr zuvor; außerdem haben die Gebietskörperschaften ihren Personalbestand kaum noch ausgeweitet. Der Anstieg der Einkommenstransfers (einschließlich der Zuschüsse an die Sozialversicherungen) konnte trotz der Mehrbelastungen durch die höhere Arbeitslosigkeit auf  $3\%$  beschränkt werden, was nicht zuletzt auf Maßnahmen im Rahmen der „Operation '82“ zurückzuführen ist. Der laufende Sachaufwand nahm allerdings noch relativ kräftig zu ( $+6\%$ ).

Öffentliche  
Sachinvestitionen  
eingeschränkt

Die Ausgaben für Sachinvestitionen (hauptsächlich Bauten), die haushaltspolitisch nicht so starken Bindungen unterliegen wie viele andere Ausgaben, sanken dagegen 1982 um  $10\frac{1}{2}\%$ ; die Gemeinden, bei denen der Schwerpunkt der öffentlichen Investitionstätigkeit liegt, verringerten ihre Bauausgaben unter dem Druck der Defizite besonders stark. Damit folgten die Ausgaben nunmehr dem schon in den Jahren 1980 und 1981 eingetretenen Rückgang der öffentlichen Bauaufträge; daß im Jahresverlauf 1982 — von einem recht niedrigen Niveau aus — zeitweise wieder etwas mehr öffentliche Bauaufträge vergeben worden sind, dürfte die Ausgaben des vergangenen Jahres noch kaum beeinflußt haben. Einschränkungen der öffentlichen Sachinvestitionen generell negativ zu bewerten wäre allerdings wegen der recht differenzierten Verhältnisse unangebracht. Zum einen dienen nicht alle hier erfaßten Ausgaben, vorwiegend Bauausgaben, produktiven Zwecken im weitesten Sinne, also der ökonomischen und ökologischen Infrastruktur, sondern mit ihnen wird teilweise Konsumvermögen gebildet. Zum anderen müssen Investitionsplanungen öffentlicher Stellen auch im Hinblick auf ihre Folgekosten kritisch geprüft werden, denn staatliche Investitionen finanzieren sich nur zum Teil selbst (durch Ge-



\*) Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen. - ts) Teilweise geschätzt.

bühren oder zusätzliche Steuereinnahmen). All dies bedeutet freilich keineswegs, daß die für das Wachstum der Wirtschaft und für die Befriedigung dringlichen Kollektivbedarfs notwendigen staatlichen Investitionen zu kurz kommen müssen.

Die Gesamteinnahmen der Gebietskörperschaften erhöhten sich 1982 um 5 1/2 %, also erheblich stärker als die Ausgaben. Hierzu trug die Gewinnabführung der Bundesbank beträchtlich bei; ohne sie wären die gesamten Einnahmen nur um gut 3 1/2 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Vergleichsweise stark sind auch die übrigen nichtsteuerlichen Einnahmen — zum Beispiel auf Grund von Gebührenerhöhungen — gewachsen. Dagegen kam es im Bereich

Einnahmen der Gebietskörperschaften kräftig gestiegen

der Steuern gegenüber den Haushaltsplänen zu — vor allem konjunkturbedingten — Einnahmefällen. Das Steueraufkommen wuchs 1982 nur um 2½ %, während bei den Planungen von einem Plus von 5½ % ausgegangen worden war. Die volkswirtschaftliche Steuerquote, die seit 1978 tendenziell zurückgegangen war, hat sich 1982 weiter vermindert (auf 23,7 % des Sozialprodukts).

Fast alle wichtigen Steuern von konjunkturbedingten Ausfällen betroffen

Die ungünstige wirtschaftliche Situation spiegelte sich in den Erträgen fast aller wichtigen Steuern wider. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer stagnierten, da die privaten Verbrauchsausgaben nur schwach wuchsen und die (mit Mehrwertsteuer belasteten) Umsätze im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau zurückgingen. Auch brachten die mit der „Operation '82“ beschlossenen Steuererhöhungen für Tabakwaren, Branntwein und Schaumwein weniger zusätzliche Einnahmen als erwartet, weil die Verbraucher auf die steuerlich bedingten Preiserhöhungen mit starken Einschränkungen der Nachfrage reagierten. Das Aufkommen aus der Lohnsteuer wurde durch den Rückgang der Beschäftigung erheblich geschmälert. Gleichwohl wies die im Quellenabzug einbehaltenen Lohnsteuer einen Zuwachs von 6 % auf, da sich — nach den Steuersenkungen von 1981 — der progressive Tarif wieder voll auswirkte. Allerdings sagt die Entwicklung des Lohnsteueraufkommens zunehmend weniger über die endgültige steuerliche Belastung von Löhnen und Gehältern aus, vor allem weil immer mehr Arbeitnehmer zur Einkommensteuer veranlagt werden und die — häufig vorkommende — Erstattung zuviel gezahlter Lohnsteuer (z. B. wegen erst nachträglich geltend gemachter Sonderausgaben) vom Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer abgesetzt wird. Dies ist freilich wohl nur einer der Gründe, die dazu führten, daß die als Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer ausgewiesenen Beträge 1982 um weitere 7 % geringer ausfielen als 1981, nachdem dieses Steueraufkommen schon in den beiden vorangegangenen Jahren gesunken war. Vermutlich spielt hier auch eine Rolle, daß die gesetzlich eingeräumten Möglichkeiten des „Steuersparens“, etwa über § 7 b EStG, Bauherrenmodelle und „Abschreibungsfirmer“, immer mehr genutzt wurden. Diese sehr unterschiedlichen Einflüsse dürften es auch größtenteils erklären, daß sich die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer ungünstiger entwickelt haben als das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer, das im vergangenen Jahr erstmals seit 1979 wieder zugenommen hat (+6½ %); dabei gibt es keine Hinweise darauf, daß sich die Ertragslage der Kapitalgesellschaften besser entwickelt hätte als die der Einkommensteuer zahlenden Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Kreditaufnahme am Markt nur wenig verringert

Mit den Defiziten hat sich 1982 auch der Finanzierungsbedarf der Gebietskörperschaften gegenüber dem Vorjahr verringert. Die Aufnahme von Kreditmarktmitteln wurde jedoch nicht gleich stark reduziert. Unter diesen Umständen haben die Gebietskörperschaften den — zur Überbrückung eines kurzfristigen Mittelbedarfs dienenden — Buchkredit der Bundesbank Ende 1982 weniger beansprucht als vor Jahresfrist, während sie im Jahre 1981 ihr Defizit auch mit Hilfe höherer Buchkredite und durch Rückgriff auf Einlagen finanziert hatten. Am Kreditmarkt haben sich Bund, Länder und Gemeinden im Jahre 1982 mit netto 72 Mrd DM nur 2½ Mrd DM weniger Mittel beschafft als im Jahr zuvor. Die Auslandsverschuldung der Gebietskörperschaften erhöhte sich dabei mit 12½ Mrd DM nur noch halb so stark wie 1981, was der Tendenz nach mit der Verbesserung der Leistungsbilanz im Einklang stand. In entsprechend größerem Umfang wurde der inländische Kreditmarkt beansprucht, nämlich mit 60 Mrd DM (das waren gut 10 Mrd DM mehr als ein Jahr zuvor). Wie der (an anderer Stelle dieses Berichts näher geschilderte) Rückgang der Zinsen zeigte, hat sich dadurch die Lage am Kapitalmarkt insgesamt nicht verschlechtert. Zwar wurde das Kapitalmarktklima vorübergehend dadurch belastet, daß sich wachsende Haushaltslücken abzeichneten und Unsicherheit darüber aufkam, ob es gelingen würde, die öffentlichen Finanzen mittelfristig auf Konsolidierungskurs zu halten, doch war der Kapitalmarkt insgesamt ergiebiger gewor-

den. Die Gebietskörperschaften konnten daher wieder einen beträchtlichen Teil ihrer Fremdmittel durch die Emission von Wertpapieren<sup>1)</sup> beschaffen (brutto 51 Mrd DM, netto — d. h. nach Abzug gleichartiger Tilgungen — 32 Mrd DM), während sie 1981 per Saldo nur Schuldscheindarlehen aufgenommen hatten.

Als sich die Wirtschaftstätigkeit im Sommer 1982 überraschend stark abschwächte (statt sich wie erwartet zu beleben), wurde deutlich, daß über die „Operation '82“ hinaus im Zuge der Planungen für das Jahr 1983 weitere Eingriffe notwendig waren, um die Defizite der Gebietskörperschaften nicht ausufern zu lassen. Die Bundesregierung beschloß deshalb Anfang Juli zusammen mit dem Entwurf des Bundeshaushaltsplans 1983 eine Reihe von Maßnahmen, die im Herbst von der neuen Regierungskoalition weitgehend übernommen, zum Teil aber auch abgewandelt und in mehrerer Hinsicht erheblich erweitert wurden. Die Haushalte der Gebietskörperschaften werden hierdurch 1983 — verglichen mit der Entwicklung beim Status quo — um schätzungsweise 18 Mrd DM entlastet, darunter der Bundeshaushalt allein um 12 Mrd DM<sup>2)</sup>. Gleichwohl dürften 1983 die Defizite der Gebietskörperschaften insgesamt aus heutiger Sicht etwa in der gleichen Größenordnung wie im vergangenen Jahr liegen (die Sozialversicherungen eingeschlossen, wird die Deckungslücke beim Staat eher etwas zunehmen, da sich die Finanzlage der Rentenversicherung aller Voraussicht nach verschlechtern wird). Dies zeigt, daß sich die Finanzpolitik im Jahre 1983 — ähnlich wie im Jahr zuvor — „auf einem mittleren Pfad bewegt“. Da nämlich das reale Sozialprodukt im Jahresdurchschnitt 1983 nur wenig höher sein wird als 1982, das Produktionspotential aber weiter wächst und die Produktivität steigt, wird sich der konjunkturbedingte Teil des Defizits weiter erhöhen, und zwar insbesondere wegen der steigenden Ausgaben für Arbeitslosenunterstützungen. Gleichzeitig wird jedoch mit dem von der neuen Bundesregierung vorgelegten und im Dezember 1982 vom Parlament beschlossenen „Haushaltsbegleitgesetz 1983“ ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Rückführung des strukturellen Defizits getan.

1983 weiterer Abbau des strukturellen Defizits

Diese Maßnahmen wurden vorwiegend unter dem Aspekt getroffen, die unvermeidlichen Einschränkungen möglichst zu Lasten des Konsums vorzunehmen, im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten aber die Investitionen zu stützen. Der Schwerpunkt der Maßnahmen zur Haushaltsentlastung liegt dementsprechend bei den Ausgaben für konsumtive Zwecke (Sozial- und Personalaufwendungen). Um etwas Raum für die Förderung privater Investitionen zu gewinnen, wird zur Jahresmitte 1983 die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt auf dann 14% erhöht; aus den Mehreinnahmen werden eine Gewerbesteuersenkung, die befristete Einführung eines höheren Schuldzinsenabzugs beim Neubau von Eigenheimen sowie steuerliche Erleichterungen bei der Übernahme insolvenzbedrohter Unternehmen finanziert. Im Jahre 1984 stehen zusätzliche Mittel zur Verfügung, da die Mehrwertsteuererhöhung dann das volle Jahr über wirksam ist; diese Mehreinnahmen sollen zur weiteren Stärkung der Investitions- und Innovationskraft der Wirtschaft und für vermögenspolitische Maßnahmen verwendet werden. Nach dem Haushaltsbegleitgesetz von Ende Dezember 1982 wird überdies 1983 und 1984 eine später zurückzuzahlende Investitionshilfe-Abgabe auf höhere Einkommen erhoben, die aber dann entfällt, wenn der prinzipiell Steuerpflichtige mindestens Mittel in Höhe des Fünffachen der von ihm sonst zu zahlenden Abgabe in seinem Unternehmen investiert. Entsprechend den nach der Bundestagswahl vom März 1983 getroffenen neuen Koalitionsvereinbarungen soll diese Abgabe auch noch im Jahre 1985 erhoben und später als ursprünglich vorgesehen zurückgezahlt werden. Das Aufkommen aus der Abgabe ist überwiegend zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, zum Teil auch für ein Programm zur Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen be-

Maßnahmen zu Lasten des Konsums und zugunsten von Investitionen

<sup>1</sup> Einschl. unverzinslicher Schatzanweisungen und Finanzierungsschätze des Bundes.

<sup>2</sup> Die Maßnahmen betreffen teilweise auch die Sozialversicherungen, jedoch gleichen sich hier die Wirkungen auf die Einnahmen und auf die Ausgaben weitgehend aus.

<p><b>1982</b></p> <p>21. Januar</p> <p>21. Februar</p> <p>18. März</p> <p>22. April</p> <p>6. Mai</p> <p>12. Juni</p> <p>16. Juni</p> <p>1. Juli</p> <p>26. August</p> <p>23. September</p> <p>21. Oktober</p> <p>2. Dezember</p>	<p><b>I. Geld- und Währungspolitik</b></p> <p>Die Bundesbank setzt ihre Politik einer vorsichtigen Auflockerung des Geldmarktes fort und senkt zum 22. Januar den Sonderlombardsatz von 10 1/2 % auf 10 %.</p> <p>Mit Wirkung vom 22. Februar werden der belgische und der luxemburgische Franc um 8 1/2 % und die dänische Krone um 3 % gegenüber den anderen Währungen des EWS abgewertet.</p> <p>Der Sonderlombardsatz wird mit Wirkung vom 19. März von 10 % auf 9 1/2 % gesenkt.</p> <p>Die Bundesbank stellt den Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1981 fest und führt 10 1/2 Mrd DM des Reingewinns an den Bund ab.</p> <p>Die Gewährung von Sonderlombardkredit wird eingestellt. Ab 7. Mai gewährt die Bundesbank den Kreditinstituten wieder Lombardkredit zum Lombardsatz von 9 %.</p> <p>Mit Wirkung vom 14. Juni werden die Wechselkurse im EWS neu festgesetzt. Dabei wird der bilaterale Leitkurs der D-Mark gegenüber dem französischen Franc um gut 10 1/2 %, gegenüber der italienischen Lira um gut 7 % und gegenüber dem belgischen und dem luxemburgischen Franc, der dänischen Krone sowie dem irischen Pfund um jeweils 4 1/2 % angehoben. Die Relation der D-Mark zum holländischen Gulden bleibt unverändert.</p> <p>Die Bundesbank gibt Liquidität auf dauerhafter Basis frei, indem sie ab 23. Juni die Rediskont-Kontingente der Kreditinstitute um 5 Mrd DM erhöht (gleichzeitig wird die Linie für die Einreichung von Privatdiskonten um 1/2 Mrd DM heraufgesetzt).</p> <p>Bei der periodischen Überprüfung des Geldmengenziels zur Jahresmitte bekräftigt die Bundesbank ihre Absicht, unter günstigen stabilitätspolitischen Voraussetzungen das monetäre Wachstum im Hinblick auf die schwache Binnenkonjunktur auch für den Rest des Jahres in der oberen Hälfte des Zielkorridors (von 4 bis 7 %) zu halten.</p> <p>Die Bundesbank setzt zum 27. August den Diskontsatz von 7 1/2 % auf 7 % und den Lombardsatz von 9 % auf 8 % herab.</p> <p>Die Mindestreservesätze für Inlands- und Auslandsverbindlichkeiten der Kreditinstitute werden ab 1. Oktober um 10 % gesenkt (Liquiditätsfreigabe 5 1/2 Mrd DM).</p> <p>Mit Wirkung vom 22. Oktober ermäßigt die Bundesbank den Diskontsatz von 7 % auf 6 % und den Lombardsatz von 8 % auf 7 %.</p> <p>Die Bundesbank verkündet ihr Geldmengenziel für 1983: Der Anstieg der Zentralbankgeldmenge vom vierten Quartal 1982 bis zum vierten Quartal 1983 soll innerhalb einer Bandbreite von 4 bis 7 % gehalten werden. Solange die konjunkturelle Schwäche anhält und die Preis- und die Kostenentwicklung dies zulassen, will die Bundesbank den bisherigen Kurs einer Ausweitung der Zentralbankgeldmenge in der oberen Hälfte der Bandbreite beibehalten.</p> <p>Der Diskontsatz wird zum 3. Dezember von 6 % auf 5 % und der Lombardsatz von 7 % auf 6 % herabgesetzt.</p>
<p><b>1983</b></p> <p>20. Januar</p> <p>17. März</p> <p>21. März</p> <p>31. März</p>	<p>Mit Wirkung vom 1. Februar werden die Rediskont-Kontingente der Kreditinstitute und die Linie für die Einreichung von Privatdiskonten um insgesamt 5 1/2 Mrd DM erhöht.</p> <p>Die Bundesbank senkt mit Wirkung vom 18. März den Diskontsatz von 5 % auf 4 % und den Lombardsatz von 6 % auf 5 %. Zugleich werden die Rediskont-Kontingente der Kreditinstitute zum 5. April um 5 Mrd DM gekürzt, um so einen Teil der Überliquidität bei den Kreditinstituten zu beseitigen, die durch die umfangreichen Devisenzufüsse der letzten Zeit entstanden sind.</p> <p>Im Zuge einer allgemeinen Neufestsetzung der Leitkurse im EWS wird die D-Mark um 5 1/2 %, der holländische Gulden um 3 1/2 %, die dänische Krone um 2 1/2 % sowie der belgische und luxemburgische Franc um 1 1/2 % aufgewertet; der französische Franc und die italienische Lira werden jeweils um 2 1/2 %, das irische Pfund wird um 3 1/2 % abgewertet.</p> <p>Der Gouverneursrat des Internationalen Währungsfonds beschließt, den Gesamtumfang der Quoten im Rahmen der 8. Allgemeinen Quotenüberprüfung von 61 Mrd SZR auf 90 Mrd SZR (98 1/2 Mrd US-\$) zu erhöhen. Die Quotenausweitung soll bis Ende 1983 in Kraft treten. Gleichzeitig sollen die Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) erweitert und von 6 1/2 Mrd SZR auf 17 Mrd SZR (19 Mrd US-\$) aufgestockt werden.</p>
<p><b>1982</b></p> <p>1. Januar</p> <p>22. Januar</p>	<p><b>II. Wirtschafts- und Finanzpolitik</b></p> <p>Wesentliche Bestimmungen der Begleitgesetze zum Bundeshaushaltsplan 1982 („Operation '82“) mit dem Ziel der Haushaltsentlastung treten in Kraft. Andererseits schließt die „Operation '82“ auch beschäftigungswirksame Maßnahmen ein, insbesondere verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten. Der Gesamtumfang der gesetzlichen Maßnahmen zur Haushaltsentlastung beläuft sich im Jahre 1982 per Saldo auf 15 Mrd DM beim Bund und auf 3 1/2 Mrd DM bei den Ländern und Gemeinden. Hinzu kommen Einsparungen im Haushaltsverfahren.</p> <p>Der Bundestag verabschiedet den Bundeshaushaltsplan 1982 mit einem Volumen von 240 1/2 Mrd DM und einem Finanzierungsdefizit von gut 27 Mrd DM.</p>

3. Februar	Die Bundesregierung beschließt im Rahmen einer „Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität“ die Einführung einer befristeten Investitionszulage in Höhe von 10% auf Investitionen (Ausrüstungen und Betriebsgebäude), die den Durchschnitt der letzten drei Jahre überschreiten und für die 1982 der Auftrag erteilt bzw. der Antrag auf Baugenehmigung gestellt wird, sowie einige weitere Maßnahmen.
4. Februar	In ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1982 bezeichnet es die Bundesregierung als Hauptaufgabe der Wirtschafts- und Finanzpolitik, auf der Grundlage weiterer Fortschritte bei der außenwirtschaftlichen Anpassung und der Inflationsbekämpfung die Wachstumskräfte der Wirtschaft zu stärken. Vorausgesetzt, es kommt nicht zu gravierenden außenwirtschaftlichen Störungen, könnte das reale Bruttosozialprodukt im Jahresdurchschnitt um 1 bis 1½% zunehmen und der Anstieg der Verbraucherpreise auf rd. 5% zurückgeführt werden.
1. April	Die Erhöhung der Branntwein- und Schaumweinsteuer im Rahmen der „Operation '82“ tritt in Kraft.
1. Juni	Die Erhöhung der Tabaksteuer (bei Zigaretten um etwa ein Drittel) tritt in Kraft.
16. Juni	Die Bundesregierung beschließt den Entwurf eines Nachtrags zum Bundeshaushalt. Das vorgesehene Ausgabenvolumen beträgt einschließlich des Nachtrags nunmehr 245½ Mrd DM, das Finanzierungsdefizit 34½ Mrd DM.
7. Juli	Die Bundesregierung verabschiedet den Haushaltsentwurf 1983 und den Finanzplan des Bundes bis 1986. Die Ausgaben sollen 1983 auf 250½ Mrd DM steigen. Das Finanzierungsdefizit wird mit knapp 29 Mrd DM veranschlagt. Um diesen Rahmen einzuhalten, sind u. a. Einschränkungen von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen sowie eine Dämpfung des Anstiegs der Sozialausgaben vorgesehen. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung soll 1983 von 4 auf 4,5% erhöht werden. Andererseits werden zusätzliche beschäftigungsfördernde Maßnahmen in den Haushalt 1983 aufgenommen.
9. Oktober	Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung legt ein Sondergutachten vor. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage — trotz günstigerer Kostenentwicklung — führt er u. a. auf den dämpfenden Einfluß des Exportrückgangs sowie die ungünstige Kapitalstruktur der Unternehmen zurück. Ertragsverbesserungen würden unter diesen Umständen zunächst vor allem zur Konsolidierung und nicht für mehr Investitionen genutzt. Der Rat spricht sich für eine Stärkung der Selbstfinanzierungskraft der Unternehmen aus und empfiehlt, die Investitionen steuerlich dauerhaft zu entlasten.
27. Oktober	<p>Auf der Basis vorangegangener Koalitionsvereinbarungen beschließt die neue Bundesregierung eine Ergänzung zum Entwurf des Bundeshaushalts 1983, den Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1983 und ferner den Entwurf eines zweiten Nachtragshaushaltsplans 1982 (danach wird das Ausgabenvolumen für 1982 auf 246½ Mrd DM und das Finanzierungsdefizit auf gut 40 Mrd DM veranschlagt).</p> <p>Durch das Ende 1982 verabschiedete Haushaltsbegleitgesetz werden die Haushalte der Gebietskörperschaften 1983 per Saldo um 18 Mrd DM, der Bund allein um 12 Mrd DM entlastet. Wichtige Maßnahmen: Einschränkungen von Sozialleistungen und Subventionen; Anhebung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten um 2% zum 1. Juli 1983; Erhöhung der Umsatzsteuersätze ab 1. Juli 1983 auf 14/7% und Verwendung der Mehreinnahmen für Steuerentlastungen zur Investitionsförderung; Erhebung einer unverzinslichen rückzahlbaren Investitionshilfe-Abgabe. Ferner gehören zu den Maßnahmen Ausgabenkürzungen und Erhöhungen von Beitragssätzen im Sozialversicherungsbereich.</p> <p>Das Volumen des Bundeshaushaltsplans 1983 beläuft sich nach Verabschiedung durch Bundestag und Bundesrat auf gut 253 Mrd DM, das Finanzierungsdefizit ist mit 41½ Mrd DM veranschlagt.</p>
21. November	Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung führt in seinem Jahresgutachten 1982/83 die schlechtere wirtschaftliche Lage in der zweiten Jahreshälfte von 1982 u. a. darauf zurück, daß die Verbesserung der Angebotsbedingungen offenbar nicht ausgereicht hätte, die Widerstandskräfte der Wirtschaft zu stärken. Hauptaufgabe von Wirtschafts- und Lohnpolitik sei es, die längerfristigen Perspektiven günstiger zu gestalten.
29. November	Der Finanzplanungsrat bekräftigt seine — ähnlich schon im März und Juni 1982 zum Ausdruck gebrachte — Auffassung, daß 1983 und in den folgenden Jahren die Politik strikter Ausgabenbegrenzung und eine schrittweise Verringerung der strukturellen Defizite zu den Voraussetzungen für eine günstigere gesamtwirtschaftliche Entwicklung gehören.
10. Dezember	Der Bundestag beschließt das „Gesetz zur Erhöhung des Angebots an Mietwohnungen“. Es erleichtert Mietanhebungen und erlaubt Vereinbarungen über einen zeitlich gestaffelten Mietzins sowie den Abschluß von Zeitmietverträgen.
<b>1983</b>	
27. Januar	In ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1983 sieht die Bundesregierung das Ziel ihrer Wirtschaftspolitik darin, die Beschäftigungsperspektiven nachhaltig zu bessern, indem wichtige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft — vor allem im Hinblick auf eine Stärkung der Investitionsbereitschaft — neu gestaltet werden. Sie hält eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung für erreichbar, bei der das reale Bruttosozialprodukt im Verlauf von 1983 deutlich zunimmt und damit das Vorjahrsniveau im Jahresdurchschnitt wieder erreicht. Ferner soll der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt nicht über rd. 4% hinausgehen.

stimmt. In einem umfassenden Sinne zielt freilich auch die Haushaltskonsolidierung selbst auf eine Umschichtung von Ressourcen: Nämlich darauf, die volkswirtschaftliche Ersparnis in Zukunft weniger für die — überwiegend konsumtiven — Zwecke des Staates und mehr für die Finanzierung von für das künftige wirtschaftliche Wachstum unerläßlichen Unternehmensinvestitionen zu nutzen. Fortschritte in dieser Richtung lassen sich freilich nur langsam erzielen; erst ein gestärktes Wirtschaftswachstum und schließlich auch abnehmende Arbeitslosigkeit werden hierzu größere Möglichkeiten eröffnen, vorausgesetzt, die bisherige Zielsetzung wird auch dann weiter verfolgt, wenn die Finanzlage nicht mehr so beengt sein sollte. Im Bereich der Sozialversicherungen, besonders der Rentenversicherung, wird freilich auch eine günstige Entwicklung von Produktion und Einkommen nicht alle Finanzprobleme lösen; hier sind weitere, langfristig orientierte Ausgleichsmaßnahmen notwendig, um die sich abzeichnenden Deckungslücken — und die Verunsicherung auf Seiten der Rentner — zu beseitigen.

### 3. Absicherung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts

Leistungsbilanz  
wieder im  
Überschuß

Die außenwirtschaftliche Lage der Bundesrepublik hat sich im Jahre 1982 weiter beträchtlich verbessert. Der Umschwung in der defizitären Leistungsbilanz war bereits im Verlauf des Jahres 1981 eingeleitet worden, und 1982 konnte das Defizit schließlich gänzlich abgebaut werden. Nach einem vorübergehenden Rückschlag zu Beginn des Jahres, als — saisonbereinigt betrachtet — ein geringer Passivsaldo zu verzeichnen war, wurden alsbald leichte Überschüsse erzielt, so daß die Leistungsbilanz im gesamten Jahr 1982 mit einem Plus von rd. 8 Mrd DM abschloß. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem sich ein Defizit von knapp 15 Mrd DM ergeben hatte, hat sich damit der Saldo des Leistungsverkehrs mit dem Ausland um 23 Mrd DM verbessert. Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht erscheint damit im wesentlichen erreicht, auch wenn künftig eine stärkere Aufwärtsbewegung der Inlandskonjunktur die Einfuhren wieder erhöhen würde.

Zum ersten Mal seit  
vier Jahren Terms of  
Trade-Verbesserung  
im Außenhandel

Ausschlaggebend für die Verbesserung der Leistungsbilanz war, daß der Außenhandelsüberschuß — auf fob-Basis<sup>1)</sup> — um 23 Mrd DM auf 62½ Mrd DM stieg. Das Defizit in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz hat demgegenüber kaum noch zugenommen; mit 56 Mrd DM stellt es allerdings auch weiterhin den Hauptposten dar, der aus dem Überschuß im Außenhandel zu finanzieren ist. Anders als im Jahre 1981, in dem der reale Exportüberschuß kräftig gesteigert werden konnte, spielten nun für die günstige Entwicklung des Außenhandels die Preisbewegungen die wichtigere Rolle. Während die deutschen Exporteure die binnenwirtschaftliche Preissteigerung wohl voll im Ausland weitergeben konnten — die Durchschnittswerte der Ausfuhr stiegen um 5½ % —, verteuerten sich die Einfuhren nur um 1 %. Abbröckelnde Preise für Rohöl und andere Rohstoffe spielten hier ebenso eine Rolle wie die Aufwertungstendenz der D-Mark gegenüber anderen europäischen Währungen. Das reale Austauschverhältnis im Außenhandel (Terms of Trade) der Bundesrepublik hat sich 1982 zum ersten Mal seit vier Jahren wieder merklich verbessert, nämlich um gut 4 %; es war damit freilich immer noch um 12½ % ungünstiger als beispielsweise 1978, dem Jahr vor Ausbruch der zweiten Ölkrise. Zur Bezahlung der gleichen Importmenge mußten somit weiterhin 3 % des Brutto-sozialprodukts mehr aufgewendet werden als damals.

Anpassungsprozeß  
abgeschlossen

Mit dem Ablauf des Jahres 1982 kann der seit der zweiten Ölpreiserhöhung eingeleitete neue Anpassungsprozeß im Hinblick auf die Leistungsbilanz der

<sup>1</sup> Im Gegensatz zur amtlichen Außenhandelsstatistik, die die Einfuhren auf cif-Basis erfaßt, wurden hier in der Zahlungsbilanz — entsprechend den internationalen Gepflogenheiten — sowohl Exporte als auch Importe auf fob-Basis verbucht. Die bei der Einfuhr anfallenden Fracht- und Versicherungskosten wurden der Dienstleistungsbilanz zugerechnet. Der Saldo der Leistungsbilanz insgesamt wird von dieser „Umbuchung“ nicht berührt. Auf fob/cif-Basis betrug der Ausfuhrüberschuß 1982 51,3 Mrd DM (nach 27,7 Mrd DM im Vorjahr).



Hauptposten der Zahlungsbilanz								
Mrd DM								
Position	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
<b>A. Leistungsbilanz</b>								
1. Außenhandel								
Ausfuhr (fob) 1)	221,6	256,6	273,6	284,9	314,5	350,3	396,9	427,7
Einfuhr (fob) 1)	177,1	214,6	227,7	235,8	282,7	331,4	357,3	365,2
Saldo	+44,5	+42,1	+45,9	+49,2	+31,8	+18,9	+39,6	+62,6
2. Ergänzungen zum Warenverkehr 2) und Transithandel	- 1,2	- 0,1	+ 0,0	+ 2,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,8	+ 1,2
Saldo des gesamten Warenhandels	+43,3	+42,0	+46,0	+51,2	+32,0	+18,9	+40,4	+63,8
3. Dienstleistungsbilanz	-15,5	-14,2	-18,2	-15,3	-22,0	-22,9	-28,2	-27,6
darunter:								
Reiseverkehr	-14,7	-14,6	-16,4	-19,0	-21,6	-25,1	-25,5	-25,9
Kapitalerträge	+ 2,4	+ 3,3	+ 0,4	+ 5,1	+ 3,1	+ 4,2	- 0,2	- 2,4
4. Übertragungsbilanz	-17,9	-17,9	-18,2	-17,8	-21,2	-24,5	-26,9	-28,1
darunter:								
Überweisungen ausländischer Arbeitskräfte	- 7,4	- 6,7	- 6,1	- 6,3	- 7,0	- 7,5	- 7,9	- 7,8
Leistungen an die Europäischen Gemeinschaften (netto)	- 3,7	- 3,5	- 3,5	- 1,9	- 4,0	- 4,5	- 6,6	- 7,4
Saldo der Leistungsbilanz	+ 9,9	+ 9,9	+ 9,5	+18,1	-11,2	-28,5	-14,7	+ 8,1
<b>B. Kapitalverkehr</b>								
1. Langfristiger Kapitalverkehr								
a) Deutsche Anlagen im Ausland (Zunahme: -)	-24,1	-19,9	-23,1	-24,1	-20,8	-28,9	-28,0	-30,4
darunter:								
Direktinvestitionen	- 4,9	- 6,2	- 5,1	- 7,2	- 8,1	- 7,4	-10,1	- 8,7
Kredite und Darlehen der Wirtschaftsunternehmen	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 1,0	- 0,6	- 0,8	- 1,1
Portfolioinvestitionen	- 2,6	- 0,9	- 5,4	- 4,2	- 3,0	- 7,7	- 6,2	-11,4
Kredite und Darlehen der Banken	-13,5	- 9,7	- 9,6	- 8,5	- 5,4	- 9,4	- 5,3	- 3,7
Öffentliche Hand	- 2,2	- 2,4	- 2,1	- 3,3	- 2,4	- 2,3	- 3,9	- 4,1
b) Ausländische Anlagen im Inland (Zunahme: +)	+ 5,9	+18,4	+10,2	+21,2	+32,9	+34,2	+36,8	+14,2
darunter:								
Direktinvestitionen	+ 1,7	+ 2,7	+ 1,9	+ 3,1	+ 3,0	+ 0,4	+ 2,7	+ 3,1
Kredite und Darlehen der Wirtschaftsunternehmen	+ 0,4	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,4	+ 4,2	+ 3,4
Portfolioinvestitionen	- 1,6	+ 4,8	+ 2,3	+ 3,2	+ 5,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 2,7
Kredite und Darlehen der Banken	+ 2,0	+ 4,9	+ 5,0	+14,8	+22,8	+ 8,5	+ 7,0	- 3,9
Öffentliche Hand	+ 3,4	+ 4,8	+ 0,5	- 0,0	+ 0,9	+23,1	+21,9	+ 9,2
Saldo des langfristigen Kapitalverkehrs	-18,2	- 1,5	-12,9	- 2,9	+12,0	+ 5,3	+ 8,8	-16,2
2. Kurzfristiger Kapitalverkehr (Nettokapitalexport: -)								
a) Wirtschaftsunternehmen und Private	+ 6,5	- 5,7	+ 4,6	- 2,9	- 5,3	+ 7,6	+ 8,2	+ 2,8
Finanzkredite	+ 2,5	- 0,0	+ 8,5	+ 1,0	- 3,7	+13,3	+13,0	+ 3,1
Handelskredite	+ 4,1	- 5,7	- 3,9	- 3,9	- 1,7	- 5,7	- 4,8	- 0,3
b) Öffentliche Hand	+ 0,7	- 0,6	- 0,0	+ 1,2	- 0,3	- 0,4	+ 2,5	+ 0,1
c) Kreditinstitute	- 2,3	+ 6,7	+ 8,1	+10,1	+ 4,1	- 8,8	-10,3	+ 8,2
Forderungen	-13,0	- 2,7	+ 1,2	- 2,2	- 1,7	- 7,1	-11,2	+ 4,4
Verbindlichkeiten	+10,8	+ 9,4	+ 6,9	+12,3	+ 5,8	- 1,7	+ 0,9	+ 3,8
Saldo des kurzfristigen Kapitalverkehrs	+ 4,9	+ 0,4	+12,6	+ 8,4	- 1,5	- 1,5	+ 0,4	+11,0
Saldo des gesamten Kapitalverkehrs	-13,3	- 1,0	- 0,3	+ 5,4	+10,5	+ 3,8	+ 9,2	- 5,1
<b>C. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten)</b>	+ 1,1	- 0,1	+ 1,2	- 3,8	- 4,3	- 3,2	+ 3,2	+ 0,1
<b>D. Saldo aller Transaktionen im Leistungs- und Kapitalverkehr</b>	- 2,2	+ 8,8	+10,5	+19,8	- 5,0	-27,9	- 2,3	+ 3,1
<b>E. Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank 3)</b>	+ 5,5	- 7,5	- 7,9	- 7,6	- 2,3	+ 2,2	+ 3,6	- 0,4
<b>F. Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank (Zunahme: +)</b>	+ 3,3	+ 1,3	+ 2,6	+12,2	- 7,3	-25,7	+ 1,3	+ 2,7

1 Spezialhandel. — 2 Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung. — 3 Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland

zurückgehen: Hauptsächlich Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Auslandsposition der Bundesbank durch Neubewertungen; ab 1982 auch Differenzen zwischen den Transaktionswerten und den im Wochenausweis zu Bilanzkursen

ausgewiesenen Veränderungen der Auslandsposition. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Bundesrepublik im großen und ganzen als abgeschlossen angesehen werden. Die Verbesserung der Leistungsbilanz war zwar regional und in bezug auf die Warenstruktur nicht sehr ausgewogen — so betraf die Aktivierung im Außenhandel vor allem drei Länder: Saudi-Arabien, Frankreich und Großbritannien —, und die konjunkturbedingte Abschwächung der Importe wird nicht anhalten; aber diese Entwicklung stärkte doch das internationale Vertrauen in die D-Mark, was wiederum — z. B. wegen der damit verbundenen Aufwertungstendenz — selbst ein Faktor ist, der die außenwirtschaftliche Lage längerfristig erleichtert, jedenfalls wenn die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dieses Vertrauen weiterhin rechtfertigt.

**Starker Rückschlag im Exportgeschäft**

Etwas Schatten fällt auf dieses positive Bild dadurch, daß sich die Stabilisierung bei nachlassendem Wachstum der Umsätze, ja zeitweise sogar rückläufiger Gesamtnachfrage, vollzog. Die deutschen Ausfuhren nahmen im gesamten Jahr 1982 dem Wert nach nur um 8% und „real“ um 2% zu. Im Verlauf des Jahres gingen sie — saisonbereinigt betrachtet — sogar zeitweilig zurück; erst gegen Jahresende scheinen sie sich stabilisiert zu haben. Ausschlaggebend für das Abknicken der Ausfuhr waren die rezessiven Tendenzen in zahlreichen wichtigen Partnerländern sowie die Zahlungsbilanzschwierigkeiten in einer Reihe von Entwicklungs- und Staatshandelsländern. Gegenüber anderen Ländern konnten die deutschen Exporteure jedoch weiterhin beachtliche Absatzerfolge erzielen. So sind die Exporte in einige Ölländer, die nicht durch außenwirtschaftliche Probleme zu Importeinschränkungen gezwungen waren, noch kräftig gestiegen, z. B. in die bevölkerungsarmen OPEC-Länder um 22% oder in die Sowjetunion um 23%, nach Großbritannien um 20% und nach Norwegen um 12%. Nach Frankreich wurden die Exporte ebenfalls stark ausgeweitet; doch zeichnete sich auch hier — nach Ausschaltung der Saisoneinflüsse — im Verlauf des Jahres eher eine Stagnation ab.

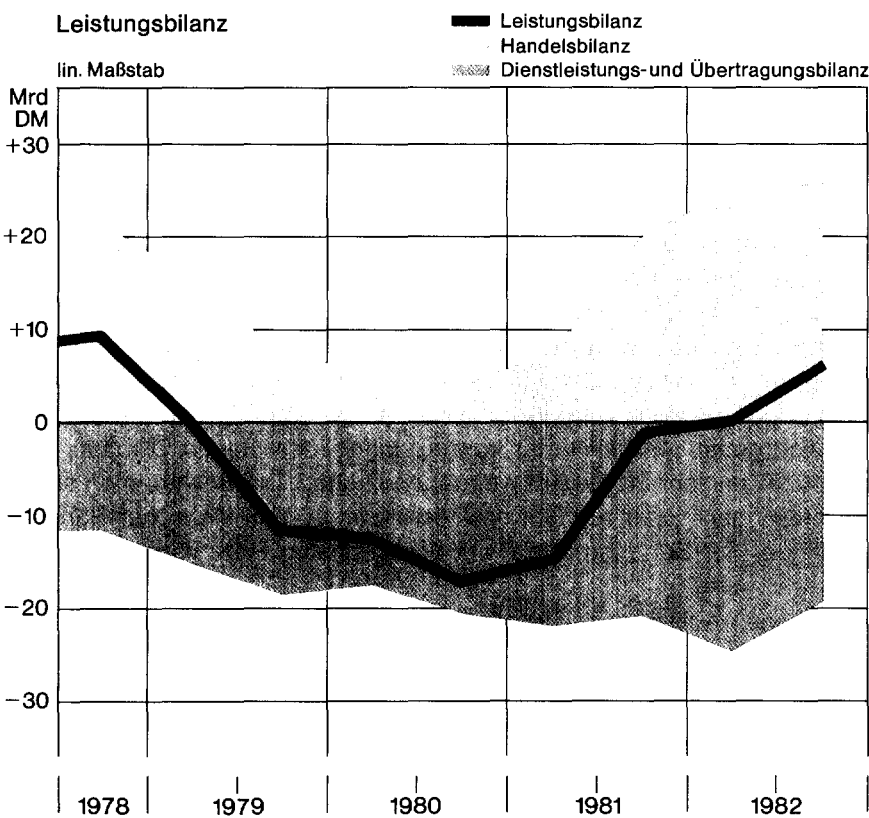
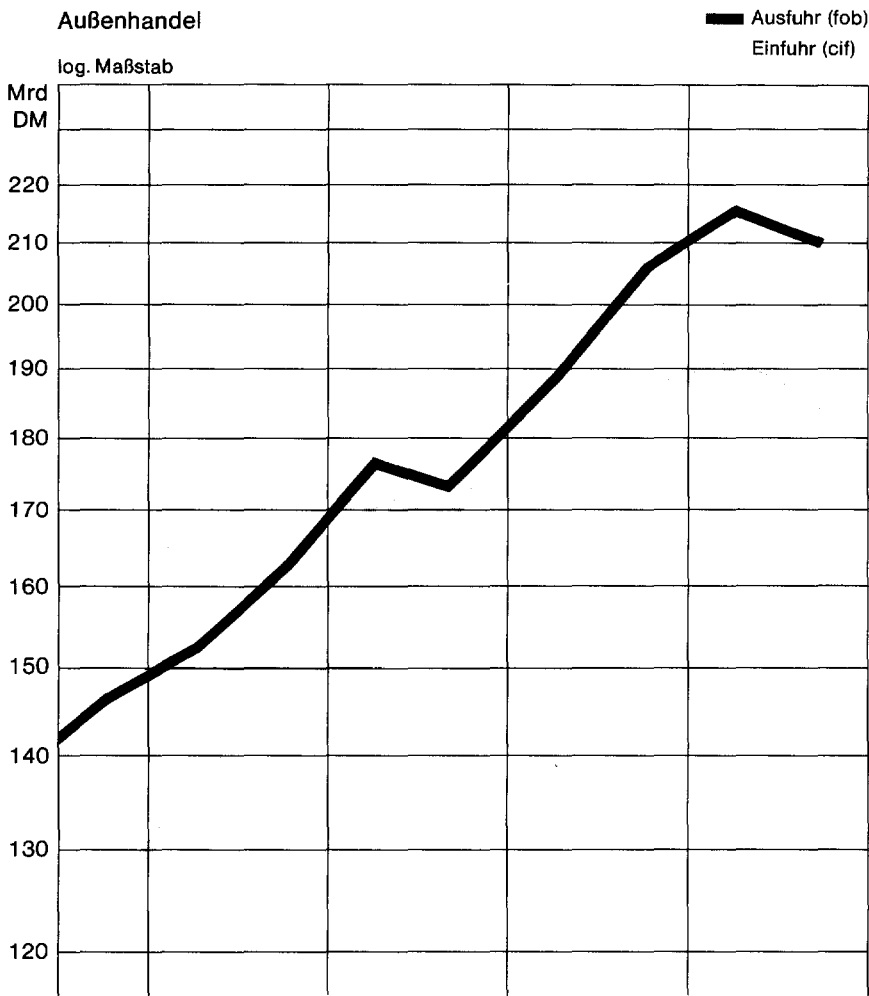
**Weiterhin hohe Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft**

Binnenwirtschaftliche Faktoren waren an der zeitweiligen Abschwächung des Exports im Jahre 1982 vermutlich kaum beteiligt. Insbesondere scheint die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportindustrie voll gewahrt geblieben zu sein. Der reale DM-Außenwert (errechnet aus der durchschnittlichen nominalen Aufwertung und den Preisdifferenzen auf der Basis der Lebenshaltungskosten) hat sich jedenfalls im Durchschnitt des Jahres 1982 nur leicht, nämlich um knapp 2%, erhöht. Auch konnte der deutsche Export seine Marktanteile in der Welt gut behaupten. Der deutsche Anteil am Weltexport ist sogar von 9½% (1981) auf rd. 10½% (1982) gewachsen; doch lag dies daran, daß der Welthandel durch die rückläufigen Ölexporte gedrückt wurde. Außerdem exportiert die Bundesrepublik traditionell wenig in jene Regionen, die 1982 aus verschiedenen Gründen ihre Importe reduzieren mußten. Eine etwas genauere (nach regionalen Teilmärkten differenzierte) Analyse kommt denn auch zu dem Ergebnis, daß auf den spezifischen Absatzmärkten der Bundesrepublik die deutsche Quote nur wenig gestiegen ist.

**Voraussichtlich zunächst weiterhin schwache Exportentwicklung**

Die Weltkonjunktur und, was für die Bundesrepublik besonders wichtig ist, die Konjunktur in den Industrieländern werden den Wiederanstieg der deutschen Exporte — zumindest zunächst — nicht sehr begünstigen. Zwar wird der neuerliche Rückgang der Ölpreise das wirtschaftliche Wachstum in den Industrieländern eher fördern. Aber wichtige Industrieländer haben noch beachtliche Defizite in ihren Leistungsbilanzen, in Einzelfällen sogar mit steigender Tendenz. Zudem ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß durch protektionistische Tendenzen der Wettbewerb behindert werden könnte. Jedenfalls ist die Versuchung nicht gering, dem Verlust von Marktanteilen im Inland nicht mit der Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit zu begegnen, sondern mit staatlichen Importrestriktionen, administrativen Einfuhrhemmnissen oder sog. Selbstbeschränkungsabkommen. Mögen solche Maßnahmen im Einzelfall vorübergehend auch eine Erleichterung bedeuten, so sind doch auf längere Sicht

halbjährlich, saisonbereinigt



negative Auswirkungen vorherzusehen. Eingriffe in den freien Welthandel führen bestenfalls kurzfristig und keinesfalls für die Welt als Ganzes zu Beschäftigungsgewinnen in gefährdeten Industrien. Längerfristig lassen sie die „geschützten“ Industrien in ihrer Wettbewerbsfähigkeit immer weiter zurückfallen, und eine marktwirtschaftliche Lösung, nämlich eine Revitalisierung dieser Industrien, wird immer weiter hinausgeschoben. Es bleibt freilich zu hoffen, daß mit Besserung der konjunkturellen Lage in vielen Industrieländern und mit der Unterstützung, die diese Entwicklung durch den Rückgang der Ölpreise als einem wichtigen ertragsbestimmenden Kostenfaktor erfährt, die protektionistischen Tendenzen allgemein nicht mehr weiter um sich greifen, sondern sich zurückbilden, und zwar im Handel mit den höherentwickelten Konkurrenzländern ebenso wie im Handel mit den im Industrialisierungsprozeß befindlichen „Schwellenländern“.

Gedämpfte  
Importentwicklung

Die Importentwicklung wurde 1982 von der starken exportinduzierten Abschwächung der deutschen Binnenkonjunktur naturgemäß erheblich beeinflußt. Dem Wert nach nahmen die Einfuhren im gesamten Jahr lediglich noch um 2% zu, verglichen mit 8% im Vorjahr. Im Verlauf des Jahres gingen sie saisonbereinigt betrachtet — ähnlich wie die Ausfuhren — von Quartal zu Quartal sogar deutlich zurück. Praktisch alle wichtigen Warengruppen waren von dieser gedrückten Importaktivität betroffen. Auch die Fertigwareneinfuhren, die sich jahrelang durch eine besondere Dynamik ausgezeichnet hatten, stagnierten real annähernd. Gleichzeitig kam der Preisauftrieb auf der Einfuhrseite weitgehend zum Stillstand — nach der drastischen Erhöhung in den vorangegangenen drei Jahren um insgesamt über 40% stiegen die Einfuhrdurchschnittswerte 1982 nur noch um 1% —, so daß sich die Importe dem Volumen nach lediglich um 1% und damit etwas weniger als die Ausfuhren (+ 2%) erhöhten.

Außenwirtschaftliche  
Energiebilanz erst-  
mals etwas verbessert

Erstmals seit drei Jahren hat sich 1982 auch die außenwirtschaftliche Energiebilanz wieder verbessert, wenngleich nur geringfügig. Die Netto-Energieeinfuhr, also der Saldo von Energieimport und -export, ging 1982 dem Wert nach um gut 1 Mrd DM auf 74 Mrd DM zurück. Bei annähernd stagnierenden Energieeinfuhrpreisen nahmen die importierten Energiemengen um 2% ab. Nachdem die reale Energieeinfuhr in den beiden Vorjahren bereits um ein Fünftel zurückgegangen war, erscheint dies zwar als relativ wenig. Angesichts des strengen Winters 1981/82 ist die erneute leichte Abnahme der Energieeinfuhr aber dennoch beachtlich. Natürlich lassen sich zusätzliche Einsparungen von Energie nicht mehr so leicht erzielen; insbesondere wird der technische und finanzielle Aufwand dafür immer größer — ein Faktor, der bei Aussicht auf sinkende Ölpreise zunehmend an Bedeutung gewinnt. Im einzelnen kam es innerhalb der Energieeinfuhr zu beträchtlichen Verschiebungen, die überwiegend mit den unterschiedlichen Preisentwicklungen zusammenhingen. So sind die Importe von Mineralölprodukten, deren Preise bereits relativ früh unter Druck gerieten, der Menge nach weiter gestiegen, während unverarbeitetes Mineralöl und Erdgas weniger importiert wurden. Die Abnahme der Rohöleinfuhr ging überwiegend zu Lasten Saudi-Arabiens. Großbritannien als zweitwichtigster und zeitweilig auch preislich günstiger Öllieferant konnte dagegen seinen Ölabsatz in der Bundesrepublik im Jahr insgesamt weitgehend halten. Die Sowjetunion steigerte die Öllieferungen sogar fast auf das Vierfache, so daß sie in der Rangfolge der Lieferländer der Bundesrepublik auf den sechsten Platz vorrückte.

Defizit bei den  
„unsichtbaren Trans-  
aktionen“ nicht höher  
als im Vorjahr

Dem gestiegenen Außenhandelsüberschuß stand auch im Jahre 1982 ein hohes Defizit in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz gegenüber; einschließlich der bei der Einfuhr zu zahlenden Fracht- und Versicherungskosten machte es 56 Mrd DM aus. Anders als in den vorangegangenen Jahren hat jedoch der Passivsaldo bei den „unsichtbaren Transaktionen“ 1982 praktisch nicht mehr zugenommen. Zwar sind die Nettobeiträge der Bundesrepublik zum Haushalt der Europäischen Gemeinschaften weiter — auf nunmehr 7½ Mrd DM — gestiegen. Auch

das Defizit bei den Kapitalertragszahlungen hat sich 1982 erhöht, da das verzinsliche Auslandsvermögen der Bundesrepublik im Vorjahr wegen des noch hohen Leistungsbilanzdefizits langsamer als die Auslandsschulden gewachsen war. Doch haben sich gleichzeitig die Einnahmen von in der Bundesrepublik stationierten fremden Truppen — wie in jedem Jahr — erhöht. Hervorzuheben ist ferner, daß das Defizit im Reiseverkehr zwischen In- und Ausland (26 Mrd DM) kaum noch gestiegen ist. Sowohl die Ausgaben für Auslandsreisen als auch die Einnahmen von ausländischen Touristen in der Bundesrepublik erreichten nicht ganz das Vorjahrsergebnis; real betrachtet sind sie sogar deutlich zurückgegangen, da die schlechte Wirtschaftslage die Reiselust spürbar dämpfte. Obwohl somit auch bei den „unsichtbaren Transaktionen“ ein Anpassungsprozeß in Gang gekommen ist, der die Leistungsbilanz gegenwärtig merklich entlastet, bleibt die Bundesrepublik in hohem Maße auf die spezifische internationale Arbeitsteilung angewiesen, wie sie sich in den hohen Defiziten in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz einerseits und den deutschen Außenhandelsüberschüssen andererseits dokumentiert. Die Bundesrepublik ist als hochindustrialisierter Standort hinsichtlich der Ferienqualität vergleichsweise benachteiligt, während sie umgekehrt ein bedeutender Lieferant von Industriegütern für wichtige europäische Ferienländer ist. Vermutlich werden die Defizite in diesem Teil der Zahlungsbilanz nur vorübergehend stagnieren; bei einer konjunkturellen Wiederbelebung im Inland wird der Reiseverkehr wieder Anschluß an den früheren Trend finden.

Die Aktivierung im Leistungsverkehr ging 1982 mit einer entgegengesetzten Entwicklung im Kapitalverkehr einher: Nachdem in den drei vorangegangenen Jahren jeweils erhebliche Leistungsbilanzdefizite durch Netto-Kapitalimporte oder auch — je nach Wechselkursentwicklung — durch Einsatz von Währungsreserven finanziert worden waren, standen dem Leistungsbilanzüberschuß des Jahres 1982 vor allem Kapitalexporte und nur eine geringe Zunahme der Währungsreserven gegenüber. Die gesamte Kapitalbilanz der Bundesrepublik (einschließlich des Restpostens der Zahlungsbilanz gerechnet) schloß 1982 wieder mit einem Netto-Kapitalexport (von 5 Mrd DM) ab; 1981 waren dagegen bei defizitärer Leistungsbilanz per Saldo noch 12½ Mrd DM importiert worden. Allerdings ergaben sich zwischen den kurz- und den langfristigen Kapitalbewegungen erhebliche Unterschiede. Im langfristigen Kapitalverkehr flossen nämlich 1982 per Saldo mehr als 16 Mrd DM aus der Bundesrepublik ab, also doppelt so viel, wie dem gleichzeitigen Überschuß der Leistungsbilanz entsprochen hätte. Gegenläufig hierzu wurden in den verschiedenen Bereichen des kurzfristigen Kapitalverkehrs (einschließlich des Restpostens der Zahlungsbilanz) beträchtliche Mittel importiert (11 Mrd DM).

Kapitalexport infolge des Umschwungs in der Leistungsbilanz

Im Verlauf des Jahres 1982 hat sich die Tendenz des langfristigen Kapitalverkehrs bemerkenswert gewandelt. Während in der ersten Jahreshälfte — bei zeitweise noch zunehmendem Zinsvorsprung des Dollars — in großem Umfang langfristige Mittel aus der Bundesrepublik abflossen (per Saldo 15 Mrd DM), kam der langfristige Netto-Kapitalexport im zweiten Halbjahr praktisch zum Stillstand. Entscheidend dafür war vor allem die Entwicklung der Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland (ohne ausgesprochene Beteiligungstransaktionen), die in der ersten Jahreshälfte zu hohen Kapitalexporten führten.

Tendenzwandel im langfristigen Kapitalverkehr

Insbesondere die zeitweilig starke Attraktivität von Dollaranlagen, die primär auf den hohen Zinsen beruhte, aber auch durch die Erwartungen steigender Effektenkurse und eines steigenden oder jedenfalls recht stabilen Dollarkurses gegenüber der D-Mark unterstützt wurde, führte während des Frühjahrs und Sommers zu umfangreichen Kapitalabflüssen. Erstmals erwarben in dieser Zeit inländische Anleger in beachtlichem Umfang auf fremde Währungen, insbesondere auf US-Dollar, lautende Anleihen. Im späteren Verlauf des Jahres, als Dollaranlagen bei sinkenden Renditen und zunehmenden Wechselkursrisiken an

Umfangreiche Abflüsse im Portfolioverkehr . . .

Attraktivität verloren, ebte dieser Kapitalabfluß freilich wieder ab. Insgesamt wurden 1982 von inländischen Anlegern per Saldo für gut 10 Mrd DM Fremdwährungsanleihen gekauft, was den Zinszusammenhang zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Kapitalmarkt bei gemäßigten Wechselkurschwankungen erneut deutlich demonstriert. DM-Auslandsanleihen fanden dagegen im Jahre 1982 bei den deutschen Anlegern per Saldo nur relativ wenig Interesse. Im Laufe des Jahres wurden diese in der Bundesrepublik emittierten Papiere vielmehr zunehmend im Ausland selbst untergebracht. In der zweiten Jahreshälfte belebte sich auch wieder das Interesse des Auslands an inländischen Wertpapieren. In dieser Periode hielten sich im Portfolioverkehr Abflüsse und Zuflüsse wieder die Waage. Alles in allem belief sich damit der Netto-Kapitalexport durch Portfoliotransaktionen 1982 auf 8½ Mrd DM.

. . . und im langfristigen Kapitalverkehr der Banken

Auch von den Banken flossen im vergangenen Jahr per Saldo in erheblichem Umfang langfristige Mittel ins Ausland ab (7½ Mrd DM). Zwar nahmen die langfristigen Auslandsforderungen der Banken mit 3¼ Mrd DM nur vergleichsweise wenig zu<sup>1)</sup>, wobei diese Kredite angesichts der gestiegenen Risiken des Auslandskreditgeschäfts und der faktischen Zahlungsunfähigkeit mancher Schuldnerländer vor allem an westliche Industrieländer bzw. an Banken in den Zentren des Euromarktes gewährt wurden. Auf der anderen Seite sind aber die langfristigen Auslandsverbindlichkeiten der Banken, insbesondere aus Schuldscheinen, im letzten Jahr erstmals seit einem Jahrzehnt deutlich zurückgegangen (um knapp 4 Mrd DM). Hier spielte eine erhebliche Rolle, daß einzelne OPEC-Länder, deren Zahlungsbilanzlage sich 1982 verschlechterte, solche Anlagen auflösten.

Rückläufiger Kapitalimport der öffentlichen Hand

Angesichts der verbesserten Leistungsbilanz, aber auch wegen des höheren Kapitalaufkommens im Inland hat die öffentliche Hand 1982 wesentlich weniger langfristige Mittel direkt oder indirekt — d. h. über Weiterverkäufe von Schuldscheinen seitens deutscher Banken — im Ausland aufgenommen als in den beiden Jahren zuvor (9 Mrd DM, verglichen mit 22 Mrd DM 1981). Ausländische Stellen legten zwar mehr Mittel in neu emittierten öffentlichen Schuldscheinen an, doch flossen durch Liquidationen und Tilgungen verstärkt Gelder ins Ausland zurück. Die langfristige Auslandsverschuldung der öffentlichen Hand in Form von Schuldscheindarlehen (also ohne die im Portfolioverkehr erfaßten Wertpapiere) ist bis Ende letzten Jahres auf 61 Mrd DM angestiegen, was einem Zehntel der gesamten ausstehenden öffentlichen Verschuldung entspricht. Bei ausgeglichener, ja von leichten Überschüssen gekennzeichneter Leistungsbilanz besteht zahlungsbilanzpolitisch keine Veranlassung, die staatliche Nettoverschuldung gegenüber dem Ausland weiter zu erhöhen; den Anlagewünschen traditionell mit der Bundesrepublik eng verbundener Länder kann in der Regel im Rahmen der Fälligkeiten und vorzeitigen Rückgaben Rechnung getragen werden.

Hohe Zuflüsse im kurzfristigen Kapitalverkehr

Im kurzfristigen Kapitalverkehr sind während des letzten Jahres erhebliche Mittel zugeströmt. Sie flossen hauptsächlich über die Banken und durch Finanzkredite der Nichtbanken zu; gleichzeitig sind durch Handelskredite — bedingt durch das schwächere Wachstum der Außenhandelsumsätze — praktisch kaum Mittel exportiert worden. Im ersten Halbjahr glichen die kurzfristigen Geldimporte die hohen Abflüsse langfristiger Mittel weitgehend aus. Während der Spekulationsphase vor dem Mitte Juni erfolgten EWS-Realignment spielten dabei wohl auch kurzfristige Geldbewegungen aus EWS-Währungen in die D-Mark eine erhebliche Rolle; allerdings flossen nach diesem Realignment kaum Gelder ab. Im vergangenen Jahr kam es innerhalb des gesamten kurzfristigen Kapitalverkehrs zu einer bemerkenswerten Umschichtung zwischen den kurzfristigen Geldbewegungen der Banken und den Finanzkrediten der Nicht-

<sup>1</sup> Dazu trug auch die Tilgung von Schuldscheindarlehen über insgesamt 2¼ Mrd DM bei, die das amerikanische Schatzamt 1978/79 bei deutschen Banken aufgenommen hatte.

banken. Während in den beiden Jahren zuvor die hohen Aufnahmen kurzfristiger Euro-DM-Kredite durch deutsche Unternehmen (insgesamt rd. 21 Mrd DM von Anfang 1980 bis Ende 1981) mit erheblichen Abflüssen kurzfristiger Gelder von den Banken in den Euro-DM-Markt einhergegangen waren, weil es für die Banken attraktiv war, Euro-DM-Kredite zu gewähren, kam diese „Umwegproduktion“ im Zuge des Zinsabbaus in der Bundesrepublik zum Erliegen, denn für die heimischen Banken wurde nunmehr die Vergabe kurzfristiger Kredite zu Inlandsbedingungen interessanter<sup>1</sup>). Hinzu kam, daß die Unternehmen im letzten Jahr insgesamt wesentlich weniger kurzfristigen Kredit nachfragten als 1981. In Form kurzfristiger Euro-DM-Kredite „importierten“ die Unternehmen 1982 nur noch 3¼ Mrd DM. Durch andere kurzfristige Finanzkredite gingen ihnen per Saldo keine Gelder mehr zu. In engem Zusammenhang mit dem schwächeren Wachstum der Euro-DM-Kredite verminderten sich 1982 die kurzfristigen Forderungen der Banken gegenüber dem Euro-DM-Markt. Andererseits flossen den Banken vermehrt kurzfristige Auslandsgelder zu — und zwar ebenfalls hauptsächlich vom Euro-DM-Markt. Per Saldo importierten die Banken damit 8¼ Mrd DM, nachdem im Vorjahr noch 10¼ Mrd DM abgeflossen waren.

Die grundlegende Verbesserung der Leistungsbilanz und die ebenfalls günstige Gesamtentwicklung der Zahlungsbilanz kommen am deutlichsten darin zum Ausdruck, daß die D-Mark im Verlauf des letzten Jahres gegenüber nahezu allen wichtigen Währungen — mit Ausnahme des US-Dollars und des kanadischen Dollars — erheblich an Wert gewonnen hat. Nicht zuletzt wegen der im Februar und Juni 1982 vorgenommenen Wechselkursanpassungen im EWS, die freilich auch auf Grund der spezifischen Schwächeneigung einiger Partnerwährungen notwendig wurden, war der Außenwert der D-Mark gegenüber dem Durchschnitt der EWS-Währungen<sup>2</sup>) am Jahresende um 8½ % höher als zu Jahresanfang. Auch gegenüber wichtigen Drittwährungen hat die D-Mark erheblich aufgewertet, insbesondere gegenüber dem Pfund Sterling (+ 12½ %) und der im deutschen Außenhandel ebenfalls bedeutsamen Gruppe der nord-europäischen Währungen. Gegenüber dem Schweizer Franken (+ 5 %) sowie dem japanischen Yen (+ 1 %) hat die D-Mark während des letzten Jahres ebenfalls an Wert gewonnen.

Am DM/Dollar-Markt hielt dagegen die Stärke des Dollars fast bis zum Jahresende an; erst Mitte November setzte sich eine mehr an den fundamentalen Daten orientierte Bewertung durch, und die D-Mark konnte verlorenes Terrain zurückerlangen. Am Jahresende war gleichwohl der Außenwert der D-Mark gegenüber dem Dollar noch um 5 % niedriger als zu Anfang des Jahres. Im gewogenen Durchschnitt wurde damit die D-Mark gegenüber den Währungen von 23 wichtigen Handelspartnern der Bundesrepublik um 8¼ % aufgewertet.

Im Zusammenhang mit der Aufwertungstendenz der D-Mark haben auch die Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank im letzten Jahr wieder etwas zugenommen, und zwar — zu Bilanzkursen gerechnet — um 2¼ Mrd DM. Durch kursglättende Dollar-Abgaben flossen zwar Devisen von der Bundesbank ab (allerdings wesentlich weniger als 1981); diesen Reserveverlusten standen aber Devisenzugänge aus den über die Bundesbank finanzierten Interventionen im EWS gegenüber. Zudem erzielte die Bundesbank abermals relativ hohe Netto-Zinseinnahmen aus ihren Auslandsanlagen. Die zum Jahresende übliche Neubewertung der Fremdwährungsposition führte per Saldo nur zu einem geringfügigen Bewertungsabschlag von ¼ Mrd DM<sup>3</sup>), der sich hauptsächlich daraus ergab, daß die Europäische Währungseinheit (ECU) im Verlauf des Jahres gegenüber der D-Mark an Wert verloren hat. Nach dieser Neubewertung beliefen

Aufwertungs-  
tendenzen gegenüber  
den meisten  
Währungen . . .

. . . aber Abwertung  
gegenüber dem  
US-Dollar

Wieder leichte  
Zunahme der  
Währungsreserven

<sup>1</sup> Vgl. hierzu auch „Der Euro-DM-Markt“, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 35. Jg., Nr. 1, Januar 1983, S. 27 ff.

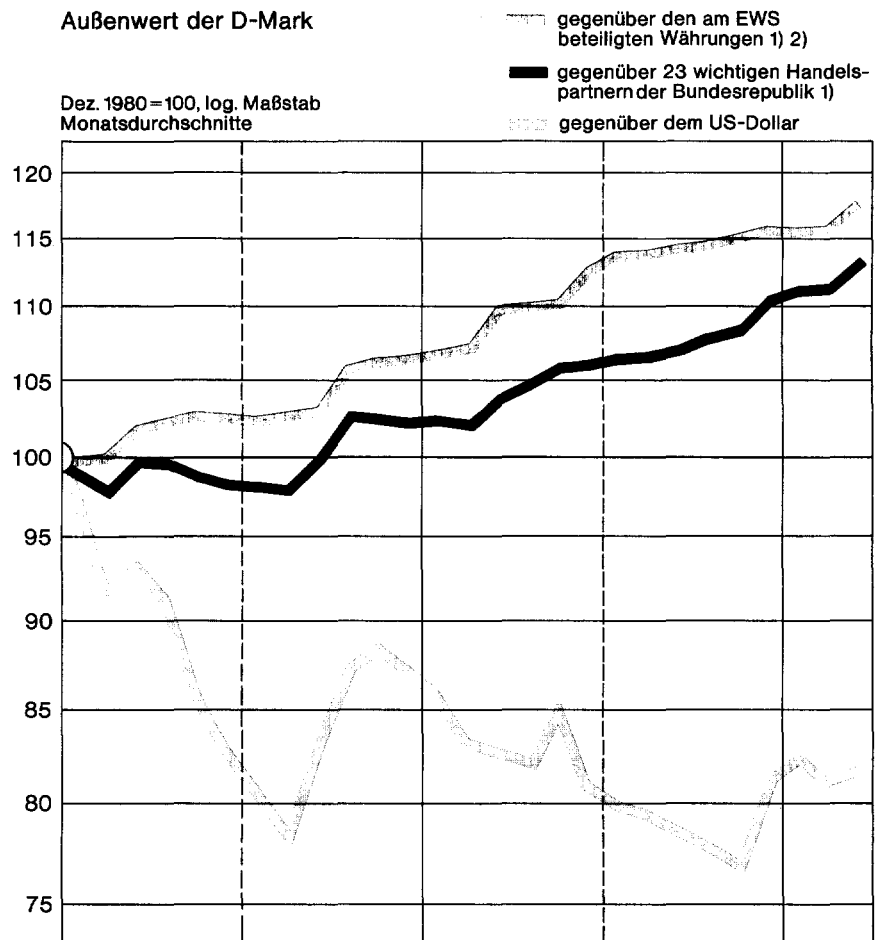
<sup>2</sup> Ohne das nicht am Wechselkursmechanismus beteiligte Pfund Sterling.

<sup>3</sup> Diese Bewertungsdifferenz ist in der oben genannten Veränderung der Netto-Auslandsaktiva enthalten.

## Wechselkursentwicklung

### Außenwert der D-Mark

Dez. 1980=100, log. Maßstab  
Monatsdurchschnitte



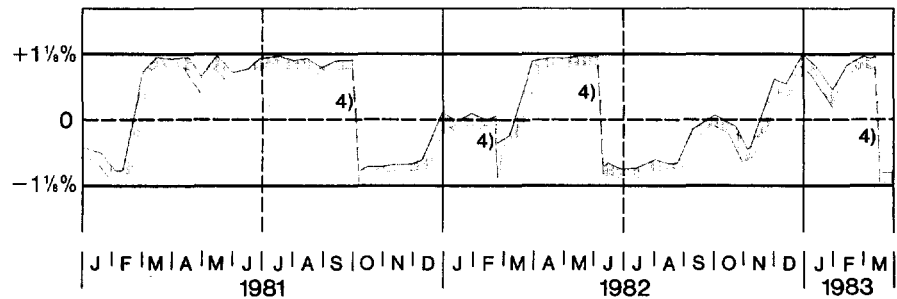
### Realer Außenwert der D-Mark 3)

Dez. 1980=100, log. Maßstab



### Position der D-Mark innerhalb des Europäischen Währungssystems

halbmonatlich



1) Gewogener Außenwert der D-Mark; geometrische Mittelung.- 2) Ohne Pfund Sterling.- 3) Gewogener Außenwert gegenüber 14 Industrieländern nach Ausschaltung von Unterschieden in der Verbraucherpreisentwicklung.- 4) Neufestsetzung der Wechselkurse im EWS.- s) Geschätzt.- Letzter Stand: März 1983.



sich die Währungsreserven der Bundesbank am Jahresende 1982 auf 84,5 Mrd DM. Den Reserveaktiva standen Auslandsverbindlichkeiten von 15,4 Mrd DM gegenüber, so daß die Netto-Währungsreserven 69,1 Mrd DM betragen. Unter Einschluß der weniger liquiden Kredite und sonstigen Forderungen an das Ausland (in Höhe von 2,5 Mrd DM) stellten sich die gesamten Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank am Jahresende auf 71,6 Mrd DM.

Zu Beginn des neuen Jahres, als die Erwartung sich verstärkte, daß es nach den Wahlen in der Bundesrepublik und in Frankreich zu einer Wechselkursanpassung im Europäischen Währungssystem kommen würde, sind die Netto-währungsreserven erheblich gestiegen, und zwar bis zum 21. März, dem Tag des Realignments, um 17 Mrd DM (dabei handelte es sich ganz überwiegend um Reservezugänge aus Interventionen im EWS). Bis Anfang April sind etwa 5 Mrd DM wieder abgeflossen. Das Realignment brachte, bezogen auf die Leitkurse im EWS, eine durchschnittliche Aufwertung der D-Mark um 5½ %. Wie üblich ist dieser Aufwertungseffekt in den ersten Wochen nach der Wechselkursanpassung erst teilweise realisiert worden, da die D-Mark innerhalb des EWS-Kursbandes zunächst zu einer „schwachen“ Währung wurde, während für die abgewerteten Währungen das Gegenteil zutraf. Die effektive Aufwertung der D-Mark gegenüber den übrigen EWS-Währungen betrug am 5. April nur 1¼ % gegenüber dem letzten Tag vor dem Realignment.

Erhebliche  
Reservezuflüsse  
zu Beginn des  
neuen Jahres

#### **4. Geldpolitische Auflockerung vor dem Hintergrund stabilitätspolitischer Erfolge**

##### a) Geldmengenziel und geldpolitische Linie im Jahre 1982

Die sich allmählich abzeichnenden Stabilisierungsfortschritte im Innern und der Abbau des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts ermöglichten es der Geldpolitik im Jahre 1982, den bereits im Herbst 1981 behutsam eingeleiteten Auflockerungskurs am inländischen Geldmarkt fortzusetzen. Dabei behielt die Bundesbank das bereits erfolgreich erprobte Verfahren bei, Ermäßigungen der Notenbankzinsen durch liquiditätspolitische Erleichterungen vorzubereiten. Ziel der Politik der Bundesbank war es, von der monetären Seite her die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Erholung zu verbessern, ohne dabei die der Geldpolitik immanent gesetzten Grenzen zu überschreiten und die Geldmenge mehr als stabilitätspolitisch vertretbar auszuweiten. Die Bundesbank machte diese Zielsetzung durch Verkündung des Geldmengenziels für 1982 deutlich, das wie 1981 eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge innerhalb einer Bandbreite von 4 bis 7% vorsah. Sie gab gleichzeitig zu erkennen, daß sie ein beschleunigtes Geldmengenwachstum im mittleren oder oberen Bereich der Bandbreite fördern würde, sofern sich die Fortschritte im inneren und äußeren Anpassungs- und Stabilisierungsprozeß fortsetzten und die Tarifparteien sowie die Finanzpolitik diese Entwicklung unterstützten.

Geldmengenziel 1982

Schon bald nach der Jahreswende 1981/82 gaben die sich abzeichnenden Stabilisierungsfortschritte der Bundesbank die Möglichkeit, ein Geldmengenwachstum in der oberen Hälfte der Bandbreite anzuvisieren. In den ersten Monaten vorigen Jahres wurde im Hinblick auf diese Zielsetzung der Spitzenrefinanzierungssatz der Notenbank in zwei Schritten weiter gesenkt, und Anfang Mai wurde der Sonderlombardkredit schließlich wieder durch den Normallombard (zunächst zum Satz von 9%) abgelöst. Unter dem Einfluß dieser Maßnahmen und des sich allmählich entspannenden Preisklimas gaben die Zinsen in allen Teilbereichen der Finanzmärkte kräftig nach. Während der Zinssenkungsprozeß am Geldmarkt relativ stetig verlief, nahm er am Kapitalmarkt zeitweilig einen fast stürmischen Verlauf. Nach anfänglichem Zögern gaben die Kreditinstitute die Verbilligung ihrer Refinanzierung auch in zunehmendem Maße an ihre Kundschaft weiter.

Zinspolitische  
Lockerungen bis  
zum Frühjahr . . .

## Monetäre Entwicklung

### Veränderung im Jahresverlauf 1)

Position	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Mrd DM							
<b>A. Zentralbankgeldbedarf der Banken und Liquiditätspolitische Maßnahmen der Bundesbank 2)</b>							
1. Bereitstellung (+) bzw. Absorption (-) von Zentralbankguthaben durch							
Anstieg der Bestände an Zentralbankgeld 3) (Zunahme: -)	- 7,9	- 10,9	11) - 14,1	- 7,8	- 6,5	- 2,7	- 7,5
Devisenbewegungen (ohne Devisenswap- und -pensionsgeschäfte)	+ 8,3	+ 8,4	+ 20,3	- 5,2	- 24,6	- 3,1	+ 1,7
Kassentransaktionen der zentralen öffentlichen Haushalte (ohne Verlagerungen von Bundesguthaben gem. § 17 BBankG)	+ 8,1	+ 5,0	- 2,1	+ 3,9	+ 0,3	+ 1,1	- 4,1
Gewinnausschüttung an den Bund	-	-	-	-	-	+ 2,3	+ 10,5
Sonstige Einflüsse	- 5,4	- 4,5	- 3,8	- 5,2	- 7,9	- 9,4	- 12,1
Summe 1	+ 3,2	- 2,1	+ 0,3	- 14,3	- 38,8	- 11,8	- 11,4
2. Liquiditätspolitische Maßnahmen							
Änderung der Mindestreserven	- 4,4	+ 8,2	- 1,8	- 3,2	+ 10,5	+ 4,1	+ 5,4
Veränderung der Refinanzierungslinien	+ 0,7	+ 6,5	+ 4,4	+ 5,1	+ 12,1	+ 5,1	+ 7,7
Offenmarktoperationen (mit Nichtbanken, in N-Papieren und in langfristigen Titeln)	- 8,4	- 0,7	- 3,6	+ 2,7	+ 4,5	- 0,1	+ 1,5
Reversible Ausgleichsoperationen 4)	- 4,7	-	-	- 2,3	+ 10,5	+ 3,9	+ 0,2
Summe 2	- 16,8	+ 14,0	- 1,1	+ 2,4	+ 37,6	+ 13,0	+ 14,8
3. Verbleibender Fehlbetrag (-) bzw. Überschuß (+) (1+2)	- 13,7	+ 11,9	- 0,8	- 11,9	- 1,2	+ 1,2	+ 3,4
gedeckt bzw. absorbiert durch:							
Rückgriff auf unausgenutzte Refinanzierungslinien (Abbau: +)	+ 7,2	- 5,5	- 0,2	+ 9,7	- 1,4	+ 1,3	- 3,5
Aufnahme (+) bzw. Abdeckung (-) von Lombard- bzw. Sonderlombardkrediten	+ 6,5	- 6,5	+ 1,0	+ 2,2	+ 2,6	- 2,5	+ 0,1
in %							
<b>B. Wichtige monetäre Indikatoren</b>							
Zentralbankgeldmenge 2) 5)	+ 8,4	+ 9,9	11) + 12,0	+ 5,5	+ 5,4	+ 3,1	+ 5,8
Nachrichtlich:							
im Jahresdurchschnitt	+ 9,2	+ 9,0	11) + 11,4	11) + 9,1	+ 4,8	+ 4,4	+ 4,9
M1 (= Bargeldumlauf und Sichteinlagen)	+ 3,9	+ 11,3	+ 14,3	+ 3,8	+ 4,2	- 0,8	+ 6,8
M2 (= M1 zuzüglich Termingelder unter 4 Jahren)	+ 6,6	+ 11,1	+ 13,2	+ 8,2	+ 8,8	+ 8,8	+ 5,0
M3 (= M2 zuzüglich Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist)	+ 8,3	+ 11,0	+ 10,9	+ 5,8	+ 6,2	+ 4,9	+ 7,1
Kredite der Kreditinstitute und der Bundesbank an inländische Nichtbanken	+ 10,0	+ 9,5	+ 11,5	+ 11,5	+ 9,3	+ 9,0	+ 6,6
Mrd DM							
<b>C. Geldvolumen im Bilanzzusammenhang</b>							
Geldmenge M3 (= 1+2-3-4-5)	+ 41,0	+ 58,9	+ 64,8	+ 39,2	+ 42,8	+ 36,1	+ 54,8
Bilanzgegenposten:							
1. Kreditvolumen 6)	+ 91,2	+ 94,2	+ 125,4	+ 139,0	+ 126,3	+ 132,0	+ 104,4
darunter:							
Kredite der Kreditinstitute an inländische Nichtbanken	+ 96,3	+ 95,8	+ 122,6	+ 140,9	+ 122,4	+ 129,9	+ 106,1
- an Unternehmen und Private 7)	+ 46,5	+ 42,3	+ 49,0	+ 67,5	+ 56,3	+ 41,6	+ 29,6
- für den Wohnungsbau 8)	+ 19,3	+ 26,8	+ 38,9	+ 44,8	+ 44,5	+ 40,7	+ 36,4
- an öffentliche Haushalte	+ 30,5	+ 26,7	+ 34,7	+ 28,5	+ 21,6	+ 47,5	+ 40,0
2. Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland 9)	+ 8,3	+ 10,1	+ 7,1	- 21,8	- 10,6	+ 11,9	+ 4,5
3. Geldkapital	+ 59,1	+ 42,9	+ 54,8	+ 75,8	+ 61,7	+ 86,0	+ 46,5
darunter:							
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist	+ 12,2	+ 0,8	+ 7,7	+ 3,3	- 1,9	- 2,1	+ 4,3
Sparbriefe	+ 10,4	+ 13,4	+ 10,3	+ 14,8	+ 17,8	+ 14,0	+ 12,0
Termingelder von 4 Jahren und darüber	+ 11,4	+ 13,6	+ 17,0	+ 18,7	+ 14,6	+ 13,8	+ 7,2
Umlauf an Bankschuldverschreibungen 10)	+ 19,3	+ 9,7	+ 14,2	+ 33,6	+ 26,7	+ 53,6	+ 14,0
4. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte	- 10,2	- 0,8	+ 2,5	- 1,7	- 1,9	- 0,2	+ 0,5
5. Sonstige Einflüsse	+ 9,6	+ 3,3	+ 10,4	+ 3,8	+ 13,2	+ 22,0	+ 7,1

1 Soweit nicht anders vermerkt, berechnet auf der Basis von Monatsendständen. — 2 Berechnet auf der Basis von Tagesdurchschnitten im letzten Monat der Periode bzw. Vorperiode. — 3 Bargeldumlauf (ab März 1978 ohne die auf die Mindestreserve anrechenbaren Kassenbestände der Kreditinstitute an inländischen Noten und Münzen) und Reserve-Soll für Inlandsverbindlichkeiten der Banken in jeweiligen Reservesätzen;

Änderungen des Mindestreserve-Solls auf Grund von Neufestsetzungen der Reservesätze sind in Position A 2 erfaßt. — 4 Offenmarktgeschäfte mit Rückkaufsvereinbarung in Wechseln und Wertpapieren, Devisenswap- und -pensionsgeschäfte sowie Verlagerungen von Bundesguthaben gem. § 17 BBankG. — 5 Reservekomponente mit konstanten Reservesätzen (Basis Januar 1974) berechnet. — 6 Kre-

ditinstitute und Bundesbank; einschl. Wertpapierkredite. — 7 Ohne Wohnungsbau. — 8 Ohne Wertpapierkredite. — 9 Kreditinstitute und Bundesbank. — 10 Ohne Bankbestände. — 11 Der mit der Neuabgrenzung der Zentralbankgeldmenge eingetretene statistische Bruch (vgl. Anmerkung 3) wurde bereinigt. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die liquiditätspolitischen Maßnahmen, die im Berichtsjahr in engem Verbund mit den zinspolitischen Schritten getroffen wurden, dienten ebenso der monetären Auflockerung. Nach dem Jahreswechsel 1981/82, als es darauf ankam, den binnen- und außenwirtschaftlichen Spielraum für weitere Zinssenkungen abzugreifen, übernahmen die kurzfristigen Ausgleichsoperationen am Geldmarkt zunächst eine gewisse Führungsrolle. In dieser Phase „abtastender“ Feinsteuerungsmaßnahmen, die bis in den Frühsommer hinein andauerte, deckte die Bundesbank den Zentralbankgeldbedarf der Banken vornehmlich auf kurzfristig reversibler Basis über Offenmarktgeschäfte in Wertpapieren mit Rückkaufsvereinbarung. Dabei wurde das bereits seit Herbst 1981 praktizierte Verfahren beibehalten, über aktive Liquiditätsauflockerungen einen leichten Zinsdruck am Geldmarkt zu erzeugen und gleichzeitig auszuloten, inwieweit dies ohne negative Wirkungen auf den Wechselkurs der D-Mark möglich war. Insgesamt führte die Bundesbank dem Bankenapparat über Wertpapierpensionsgeschäfte bis zur Jahresmitte in neun Ausschreibungen — überwiegend im Wege des Zinstenders — Liquidität meist zu Sätzen unterhalb des jeweils gültigen Spitzenrefinanzierungssatzes zu. Die hierdurch ausgelösten Zinssenkungserwartungen führten die kürzerfristigen Termingeldsätze tendenziell an den jeweiligen Sonderlombardsatz (bzw. Lombardsatz) heran; zeitweilig unterschritten sie diesen, bevor der Spitzenrefinanzierungssatz der Notenbank selbst gesenkt wurde. Anfang Mai konnte die Bundesbank im Zuge dieser Politik das „Regime“ des Sonderlombards aufgeben und damit eine Phase der Geldpolitik zu Ende bringen, in der es vor allem darauf angekommen war, den Gefahren des Inflationsimports und der verstärkten Inflationierung im Inland wirkungsvoll zu begegnen.

... und „abtastende“  
Feinsteuerung

Die befristete Bereitstellung von Zentralbankguthaben durch den revolving-einsatz von Offenmarktgeschäften mit Rückkaufsvereinbarung entsprach in der ersten Jahreshälfte im übrigen auch dem Erfordernis, im Hinblick auf die im Frühjahr anstehende Gewinnausschüttung an den Bund frühzeitig geeignete liquiditätspolitische Vorkehrungen zu treffen. In der letzten Aprildekade führte die Bundesbank 10½ Mrd DM des im Geschäftsjahr 1981 entstandenen Reingewinns an den Bund ab. Um die hiermit verbundene Ausweitung der Bankliquidität aufzufangen, hatte die Bundesbank bis zur Gewinnabführung bei den Kreditinstituten einen hohen Schuldensockel aus ausstehenden Wertpapierpensionsgeschäften mit unterschiedlichen, aber durchweg kurzen Laufzeiten entstehen lassen. Diese Geschäfte wurden nach der Ausschüttung des Bundesbankgewinns nur zum Teil erneuert. Auf diese Weise wurde die liquidisierende Wirkung der Gewinnausschüttung durch den Liquiditätsentzug der nicht erneuerten Wertpapierpensionsgeschäfte aufgewogen. Da der Bund die ihm zufließenden Mittel nicht sofort kassenwirksam einsetzte, nutzte die Bundesbank vorübergehend auch das Instrument der Verlagerung von Bundesmitteln in das Bankensystem (nach § 17 BBankG), um den Geldmarkt in geordneten Verhältnissen zu halten.

Einschleusung des  
Bundesbankgewinns  
in den Geldmarkt

Um die Jahresmitte sah die Bundesbank zunächst keine Möglichkeit für weitere zinspolitische Erleichterungen. Hohe Kapitalabflüsse in das Ausland und die erneute Schwäche der D-Mark gegenüber dem Dollar machten deutlich, daß für eine nachhaltige monetäre Lockerung „gegen den Strom“ des internationalen Zinsgeschehens nur geringe Chancen bestanden. Außerdem sprachen die temporäre Inflationsbeschleunigung im Inland und neue Unsicherheiten über die künftige Höhe der Defizite in den öffentlichen Haushalten für eine Atempause in der Zinssenkungspolitik. Die Bundesbank bekräftigte bei der periodischen Überprüfung des Geldmengenziels zur Jahresmitte allerdings nochmals ihre Absicht, unter günstigen stabilitätspolitischen Voraussetzungen das monetäre Wachstum im Hinblick auf die schwache Binnenkonjunktur auch für den Rest des Jahres in der oberen Hälfte des Zielkorridors zu halten.

„Zinssenkungspause“  
um die Jahresmitte

Dauerhafte  
Liquiditätsfreigaben  
ab Jahresmitte

Waren um die Jahresmitte weitere Fortschritte in der Zinssenkung nicht zu erzielen, so bestand doch Handlungsspielraum für dauerhafte Bereitstellungen von Zentralbankguthaben durch liquiditätspolitische „Grobsteuerungsmaßnahmen“. Nachdem feststand, daß mit dem Gewinntransfer an den Bund – wegen der vorweg schon geschaffenen „Lücke“ an längerfristig verfügbaren Zentralbankguthaben – per Saldo keine übermäßige Ausweitung der Bankenliquidität einhergegangen war, wurden im Juni der Rediskontspielraum der Kreditinstitute um 5 Mrd DM vergrößert und zugleich die Linie für die Einreichung von Privatdiskonten um 0,5 Mrd DM heraufgesetzt. Im Oktober wurde dann in einem zweiten Schritt über eine Mindestreservesenkung Liquidität in ähnlicher Größenordnung auf Dauer freigegeben. Unter dem Einfluß dieser Liquiditätsfreigaben und der mit niedrigeren Beträgen fortgeführten Wertpapierpensionsgeschäfte entspannte sich der Geldmarkt zunehmend. Der Tagesgeldsatz überschritt nur noch sporadisch das Niveau des Lombardsatzes, zumal die Bundesbank bemüht blieb, durch zusätzliche Feinsteuerungsmaßnahmen (Devisen-swappgeschäfte und „§ 17-Verlagerungen“ von Bundesguthaben) temporären Geldmarktanspannungen innerhalb der monatlichen Mindestreserve-Perioden entgegenzuwirken.

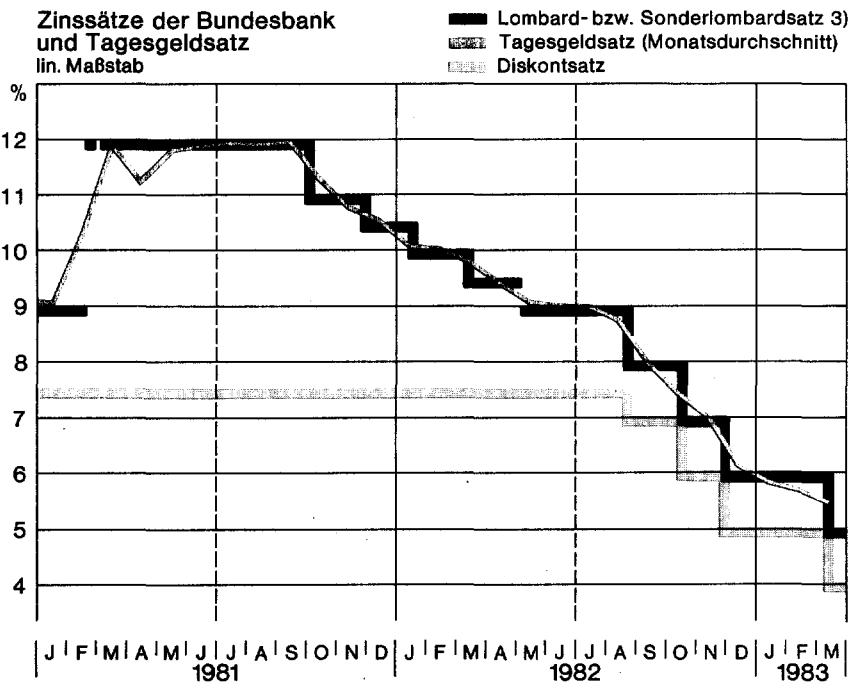
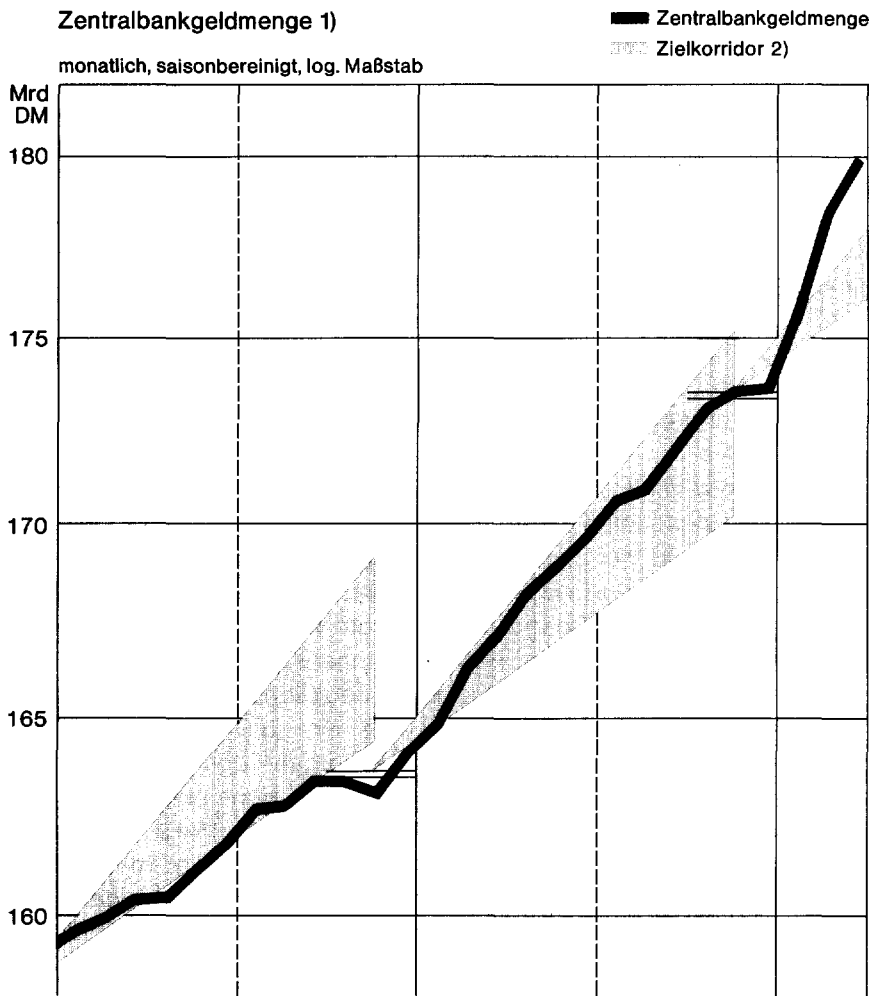
Deutliche  
Zinssenkungen  
in der zweiten  
Jahreshälfte

Mit der im Spätsommer einsetzenden Zinstalfahrt in den Vereinigten Staaten und an den Euro-Märkten, der die Marktzinsen in der Bundesrepublik tendenziell folgten, besserten sich im Verlauf der zweiten Jahreshälfte die außenwirtschaftlichen Voraussetzungen für weitere zinspolitische Lockerungen. Da außerdem das Wachstum der Geldbestände vom Sommer an etwas nachließ und sich eine Dämpfung des inländischen Preisanstiegs abzeichnete, konnte die Bundesbank Ende August den Lombardsatz weiter zurücknehmen und erstmals auch den Diskontsatz ermäßigen. Ende Oktober und Anfang Dezember wurden der Diskont- und der Lombardsatz in zwei Schritten nochmals um jeweils einen vollen Prozentpunkt herabgesetzt. Bis zum Ende des vergangenen Jahres wurden damit der Refinanzierungssatz der Bundesbank für den Spitzenausgleich am Geldmarkt (von 12% im Herbst 1981) um eine beträchtliche Spanne auf 6% und der Diskontsatz auf 5% zurückgenommen. Nach der Jahreswende 1982/83 beschränkte sich die Bundesbank zunächst darauf, den Zinssenkungsprozeß durch weitere liquiditätsanreichernde Maßnahmen zu unterstützen. Zu diesem Zweck stockte sie Anfang Februar die Rediskont-Kontingente sowie die Linie für die Einreichung von Privatdiskonten um 5½ Mrd DM auf. Wie schon bei den vorangegangenen dauerhaften Liquiditätsfreigaben wollte sie hiermit die Banken ermuntern, die Verbilligung ihrer Refinanzierungskosten verstärkt an ihre Kundschaft weiterzugeben. Diese Erhöhung der Refinanzierungslinien erwies sich aber bald als nicht mehr gerechtfertigt, weil vor der Anpassung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem am 21. März 1983 umfangreiche Devisenzuflüsse auftraten. Um die hierdurch entstandene Überliquidität bei den Kreditinstituten zu beseitigen, wurden die Rediskont-Kontingente deshalb wieder um 5 Mrd DM gekürzt. Andererseits setzte die Bundesbank Mitte März den Diskont- und den Lombardsatz weiter um jeweils einen vollen Prozentpunkt auf 4% bzw. 5% herab.

#### b) Wachstum der Zentralbankgeldmenge 1982 und Geldmengenziel 1983

Geldmengen-  
expansion im  
anvisierten Rahmen

Das geschilderte zins- und liquiditätspolitische Vorgehen der Bundesbank am Geldmarkt stand voll im Einklang mit der im Jahre 1982 angestrebten Ausweitung der Zentralbankgeldmenge. Nachdem sich die monetäre Expansion bereits um die Jahreswende 1981/82 etwas verstärkt hatte, trat die Zentralbankgeldmenge im Februar in die obere Hälfte des Zielkorridors ein. Danach bewegte sie sich bis Mai praktisch am oberen Rand. Nicht unerwartet liefen im Zuge des verstärkten monetären Expansionsprozesses die im Jahre 1981 beobachteten Sondereinflüsse, die die Qualität der Zentralbankgeldmenge als Indikator für die Geldmengenexpansion zeitweise etwas beeinträchtigt hatten,



1) Bargeldumlauf und Reserve-Soll auf Inlandsverbindlichkeiten (mit konstanten Reservesätzen - Basis Januar 1974 - berechnet).- 2) In den Jahren 1981 bis 1983 jeweils 4% bis 7% (vom vierten Quartal des vorangegangenen Jahres bis zum vierten Quartal des laufenden Jahres).- 3) Lombardkredit zum Lombardsatz wurde den Kreditinstituten vom 20.2.1981 bis einschl. 6.5.1982 nicht zur Verfügung gestellt (in dieser Zeit gewährte die Bundesbank den Kreditinstituten im Bedarfsfall Sonderlombardkredit zu einem besonderen Refinanzierungssatz).

wieder aus. Auf Grund der geänderten Zins- und Wechselkursentwicklung normalisierte sich die Bargeldnachfrage, die im Jahre 1981 nahezu stagniert hatte. Gleichzeitig expandierte auch die Reservekomponente der Zentralbankgeldmenge insgesamt sehr stark. Dabei spielte eine Rolle, daß mit der Einebnung der Zinsstruktur am Kapitalmarkt der Absatz kurzfristiger Bankschuldverschreibungen, der 1981 das statistisch ausgewiesene Geldmengenwachstum gebremst hatte, an Bedeutung verlor; ab dem Frühjahr ging der Umlauf an solchen Titeln wegen der hohen Tilgungen fälliger „Kurzläufer“ sogar zurück. Die frei werdenden Mittel wurden teilweise in Bankeinlagen umgeschichtet, was über die Mindestreservekomponente seinen Niederschlag im verstärkten Wachstum der Zentralbankgeldmenge fand. In der zweiten Jahreshälfte schwächte sich das monetäre Wachstumstempo insgesamt leicht ab. Im vierten Quartal 1982 war die Zentralbankgeldmenge um 6,0% höher als in der vergleichbaren Vorjahrszeit. Sie lag damit — wie von der Bundesbank bereits zu Beginn des letzten Jahres ins Auge gefaßt und zur Jahresmitte nochmals bekräftigt — in der oberen Hälfte des Geldmengenkorridors für 1982.

Ableitung und  
Interpretation des  
Geldmengenziels  
1983

Die um die Jahreswende 1982/83 erkennbaren monetären und gesamtwirtschaftlichen Ausgangsbedingungen sprachen insgesamt dafür, die Geldpolitik zunächst entsprechend der bis dahin verfolgten Linie fortzuführen. So beschloß der Zentralbankrat für das laufende Jahr, die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge vom vierten Quartal 1982 bis zum vierten Quartal 1983 wiederum zwischen 4 und 7% zu halten. Bei der rechnerischen Zielableitung unterstellte die Bundesbank einen Zuwachs des Produktionspotentials von 1½ bis 2% im Jahresdurchschnitt. Außerdem wurde ein „unvermeidlicher“ Preisanstieg von 3½% berücksichtigt. Bei der Bekanntgabe des Geldmengenziels ließ die Bundesbank erkennen, daß sie, solange die Konjunkturschwäche im Vordergrund der wirtschaftlichen Probleme stehe und die Preis- und Kostenentwicklung sowie die außenwirtschaftliche Lage dies zuließen, im neuen Jahr zunächst abermals eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge in der oberen Hälfte der Bandbreite anstrebe. Tatsächlich wurde die Zentralbankgeldmenge Anfang 1983 sogar über den oberen Rand des neuen Zielbandes hinausgetragen. Die bisher vorliegenden Daten reichen aber noch nicht aus, um zu entscheiden, inwieweit es sich hierbei um vorübergehende Einflüsse (Umschichtung von bisher gesperrten, langfristigen Spareinlagen in reservspflichtige Einlagen, Bargeldhortung im Ausland) handelt und bis zu welchem Grad sich hierin eine anhaltende Beschleunigung des Geldmengenwachstums widerspiegelt. Eine Fortsetzung der derzeit erkennbaren konjunkturellen Auftriebskräfte würde von sich aus die Nachfrage nach Geld und Kredit stärken, während andererseits eine nachhaltige, weit über das Ziel hinausgehende Ausweitung der Geldmenge die Gefahr in sich trüge, daß der „monetäre Mantel“ zu weit geschneidert würde. Eine Stabilität und Stetigkeit anstrebende Geldpolitik muß vermeiden, für Preiserhöhungen, die in einem anhaltenden Konjunkturaufschwung potentiell stets angelegt sind, monetäre Spielräume zu schaffen.

Geldpolitische  
Bedeutung der  
„Umlauf-  
geschwindigkeit“

Eine verstärkte Ausweitung der Geldmenge führt, solange sie nicht mit einer gleich starken Ausweitung der Umsätze und Nominaleinkommen einhergeht, zu einer Veränderung der Relation zwischen Geldmenge und Umsätzen, also der sog. Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Tatsächlich kann es Perioden geben, in denen dies auf den nachhaltigen Wunsch des Publikums zurückgeht, sich liquide zu halten; besonders in Zeiten einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage oder im Hinblick auf wichtige, als negativ eingeschätzte politische Ereignisse läßt sich ein derartiges Verhalten beobachten. Im Fall einer aufwärtsgerichteten Wirtschaftsentwicklung und einer eher optimistischen Stimmung bei den Unternehmern und privaten Haushalten, wie sie gegenwärtig wohl gegeben sind, hält jedoch erfahrungsgemäß eine solche Einstellung nicht an. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wird daher nicht dauerhaft abnehmen, sondern im Verlauf eines Aufschwungs wieder zunehmen, so daß sich die

längerfristig gültige Relation zwischen Geldmenge und Umsätzen (konkreter: zwischen der Geldmenge und dem Bruttosozialprodukt) wieder herstellt. Dies ist nicht zuletzt auch dann zu erwarten, wenn die Geldmenge auf Grund exogener Einflüsse, insbesondere wegen eines zeitweilig großen Geldzuflusses aus dem Ausland, ausgeweitet wird. Das Geldmengenziel, bei dessen Ableitung diese Zusammenhänge in Rechnung gestellt werden, gibt hier eine Orientierung, nicht in dem Sinne, daß ganz kurzfristige Abweichungen sofort zu geldpolitischen Gegenmaßnahmen zwingen, wohl aber in dem Sinne, daß etwas längerfristige Abweichungen eine Überprüfung des jeweiligen Kurses nahelegen.

### c) Beschleunigte Geldmengenexpansion

Im Einklang mit den Entwicklungstendenzen bei der Zentralbankgeldmenge hat sich im vergangenen Jahr auch das Wachstum der Geldbestände in Händen inländischer Nichtbanken in der weiten Abgrenzung M3<sup>1)</sup> beschleunigt. Auch nach der Jahreswende 1982/83 hielt das kräftige Geldmengenwachstum an. Die Geldmenge M3 erhöhte sich von Dezember 1981 bis Dezember 1982 um 7%, verglichen mit knapp 5% im Jahr davor. Sie expandierte damit etwas rascher als die Zentralbankgeldmenge<sup>2)</sup>. Die Geldbestände wuchsen 1982 zugleich erkennbar stärker als die Kredite des deutschen Bankensystems an inländische Nichtbanken. In den vorangegangenen drei Jahren, als die hohen Leistungsbilanzdefizite dem inländischen Geldkreislauf tendenziell laufend Mittel entzogen hatten, war dagegen eine kräftige inländische Kreditexpansion mit einem recht gedämpften Geldmengenwachstum einhergegangen. Die Rückgewinnung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, in deren Gefolge sich eine leichte Überschubposition in der Leistungsbilanz herausbildete, hat im Jahre 1982 die monetären Daten wieder in die früher übliche Konstellation gebracht, in der ein Teil der Ausweitung der Geldbestände auf den Geldzuflüssen aus dem Ausland in den Nichtbankensektor beruhte und insoweit eine Inlandsverschuldung erübrigte.

Geldbestände rascher als Bankkredite gewachsen

Von größerer Bedeutung aber war 1982, daß aus dem laufenden Geldangebot, das aus der inländischen Kreditexpansion und den Geldzuflüssen aus dem Ausland resultierte, weit weniger als sonst längerfristiges Geldkapital der Nichtbanken bei den Banken gebildet wurde. So kamen bei den Banken 1982 mit 47 Mrd DM nur gut halb soviel längerfristige Mittel auf wie im Jahr davor (86 Mrd DM). Freilich überzeichnet dieses Zahlenbild den tatsächlichen Rückgang der längerfristigen Geldkapitalbildung etwas. Im Jahre 1981 war, wie schon erwähnt, der Zuwachs „nichtmonetärer“ Geldvermögensanlagen bei den Banken durch hohe Käufe kurzlaufender Bankschuldverschreibungen seitens der Nichtbanken aufgebläht worden. Diese Papiere waren vielfach anstelle von kürzerfristigen Termingeldern nachgefragt worden und stellten insofern „Quasigeld“ dar. Im vergangenen Jahr überwogen dagegen bei den kurzlaufenden Bankschuldverschreibungen die Rückzahlungen, und die entsprechenden Tilgungserlöse flossen überwiegend auf kurzfristige, dem Geldvolumen zuzurechnende Bankkonten. Diese Normalisierungstendenz im Bereich der „Rentenkurzläufer“ trug erheblich dazu bei, daß die Banken aus dem Gesamtabsatz von Bankschuldverschreibungen an inländische Nichtbanken mit 14 Mrd DM nur noch rd. ein Viertel des Vorjahrsergebnisses (54 Mrd DM) erlösten. Besser hielt sich demgegenüber der Verkauf von kursrisikofreien Sparbriefen, der mit 12 Mrd DM nahezu ebensoviel Mittel wie im Jahr davor erbrachte. Auch auf den Sparkonten mit vereinbarter Kündigungsfrist verzeichneten die Kreditinstitute im abgelaufenen Jahr erstmals seit 1979 wieder Einzahlungsüberschüsse

Geldkapitalbildung abgeschwächt

<sup>1</sup> M1 umfaßt Bargeld und Sichteinlagen, M2 das Aggregat M1 zuzüglich Termingelder mit einer Befristung unter 4 Jahren, M3 das Aggregat M2 zuzüglich Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

<sup>2</sup> Dies ist überwiegend darauf zurückzuführen, daß der Bargeldumlauf, der nicht so kräftig zunahm wie die Bank-einlagen, im Aggregat M3 ein geringeres Gewicht hat als in der Zentralbankgeldmenge.

(4 1/4 Mrd DM). Insgesamt aber hat die Neigung, Geld längerfristig anzulegen, 1982 erheblich nachgelassen.

Reaktionen der Geldkomponenten auf die Zinsauflockerung

Wichtig hierfür war zweifellos der Rückgang des Zinsniveaus, wodurch sich der Zinsentgang verringerte, der im Vergleich zur längerfristigen Festlegung in der Regel mit der Haltung liquider Geldanlagen verbunden ist. Besonders deutlich beeinflusste dies die Haltung von Termineinlagen. Die Sätze für kurzfristige Termingelder gingen, abgesehen von der temporären Zinsversteifungsperiode um die Jahresmitte, das ganze Jahr über zurück; am Jahresende wurden für Dreimonatsfestgelder 4 Prozentpunkte weniger bezahlt als Ende 1981. Demgegenüber setzten die Banken den „Spareckzins“ erst gegen Jahresende um 1 Prozentpunkt herab, so daß die Termingelder ihren vorherigen Zinsvorteil weitgehend einbüßten. Im Jahre 1982 wurden die kürzerfristigen Termingelder deshalb recht mäßig, die traditionell niedrigverzinslichen Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist dagegen kräftig aufgestockt. Aber auch die praktisch unverzinslichen Sichteinlagen und der Bargeldumlauf nahmen 1982 rascher zu als die Termingelder. Auf Grund dieser unterschiedlichen Entwicklung kehrten sich bei den enger definierten Geldmengenaggregaten die in der vorangegangenen Phase hoher Zinsen beobachteten Entwicklungstendenzen wieder um. Die Geldmenge in der engsten Definition M1, die 1981 leicht zurückgegangen war, erhöhte sich um knapp 7% und damit etwa in demselben Tempo wie die gesamten Geldbestände M3, während das Geldvolumen M2 mit 5% langsamer wuchs.

Mäßige inländische Kreditexpansion

Die zinsbedingten Verschiebungen im Bereich der Bankenpassiva waren der wichtigste Grund dafür, daß die Geldmenge im vergangenen Jahr kräftig wuchs. Von der Kreditgewährung der inländischen Banken an die Nichtbanken gingen dagegen keine starken Impulse auf die Geldschöpfung aus. Die ausstehenden Kredite des Bankensystems (einschl. Bundesbank) an private und öffentliche Darlehensnehmer erhöhten sich um 6 1/2%, verglichen mit 9% im Jahr davor. Dem absoluten Betrag nach stiegen die inländischen Bankkredite um 104 Mrd DM und damit weniger als in jedem der vorangegangenen vier Jahre. Vor allem die Bankkredite an den privaten Sektor nahmen langsamer zu; bei den Ausleihungen der Kreditinstitute an die öffentliche Hand ließ das Wachstumstempo zwar ebenfalls (von 15% auf 11%) nach, blieb aber noch überdurchschnittlich hoch. Doch muß dieses Ergebnis im Zusammenhang mit der Tatsache gesehen werden, daß die Bundesbank im April 1982 mit 10 1/2 Mrd DM einen Rekordgewinn an den Bund abführte. Der Rückgriff auf den Bundesbankgewinn hat erheblich dazu beigetragen, daß der Bund sich weniger bei den Banken verschulden mußte. Faßt man die Gewinnausschüttung mit der Kreditaufnahme des Staates beim Bankensystem zusammen, so war der expansive Impuls, der von den Kassentransaktionen der öffentlichen Hand auf die Geldmengenentwicklung ausging, nur wenig geringer als 1981. Auch im Hinblick auf die gesamte Nettokreditgewährung der Banken an inländische Kreditnehmer ergeben sich dann nicht mehr ganz so große Unterschiede zur Geldmengenentwicklung, wie sie die bereits geschilderten rein statistischen Ergebnisse ausweisen<sup>1)</sup>.

#### d) Verzögerte Belebung der privaten Kreditnachfrage

Abgeschwächte Kreditgewährung an den privaten Sektor . . .

Die Kredite inländischer Institute an den privaten Sektor wurden im Jahresverlauf lediglich um 5 1/2% ausgeweitet, verglichen mit knapp 7 1/2% im Jahr davor. Diese relativ mäßige Zunahme spiegelt nicht zuletzt die schwache Investitionstätigkeit der Wirtschaft wider. Im übrigen waren die Unternehmen angesichts der gestiegenen Insolvenzrisiken sichtlich um eine Konsolidierung ihrer finan-

<sup>1</sup> Im „Bilanzzusammenhang“ der monetären Analyse findet der Gewinntransfer seinen Niederschlag bei den „Sonstigen Einflüssen“. Diese wiesen im Jahre 1982 mit rd. 7 Mrd DM einen weit geringeren kontraktiven „Abzugsposten“ auf als 1981 (22 Mrd DM).

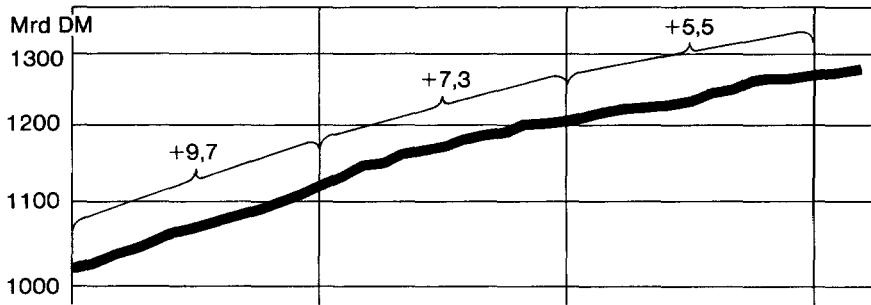


# Bankkredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen

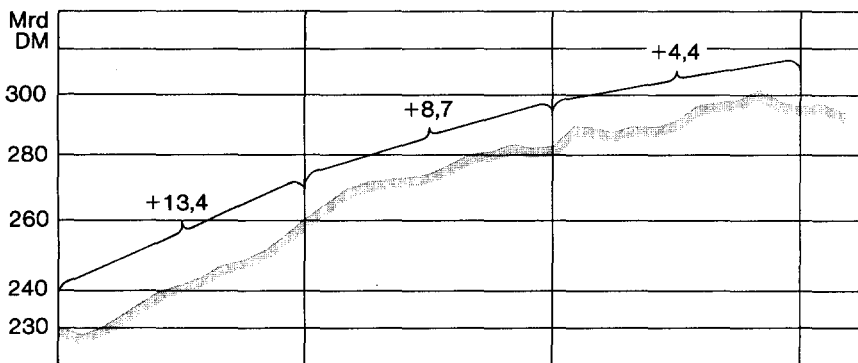
saisonbereinigt, log. Maßstab

Bankkredite insgesamt 1)

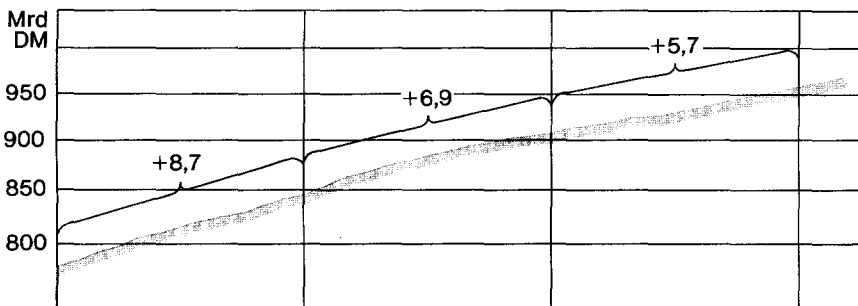
Veränderung in %  
im Jahresverlauf



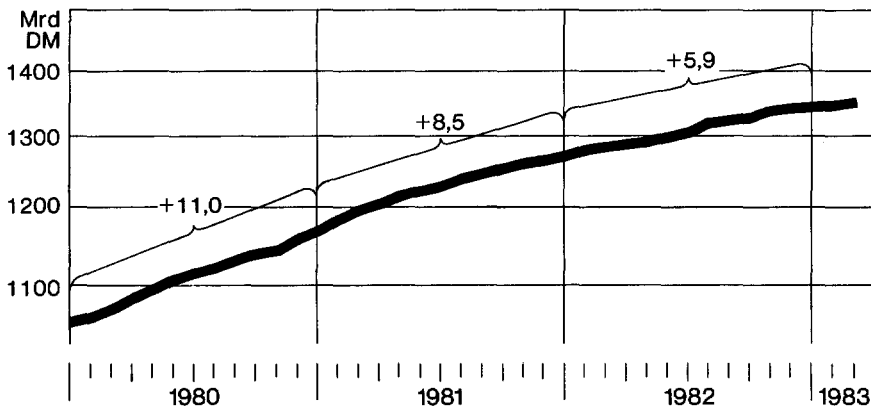
Kurzfristige Kredite



Längerfristige Kredite 2)



Nachrichtlich:  
Kreditaufnahme inländischer Unternehmen  
und Privatpersonen bei in- und ausländischen Banken 3)



1) Kredite inländischer Banken; einschl. Schatzwechsel- und Wertpapierkredite.- 2) Ohne Wertpapierkredite.- 3) Kredite inländischer Banken und Finanzkredite ausländischer Banken.

ziellen Verhältnisse bemüht. Insbesondere im ersten Halbjahr haben sie zur Deckung ihres Finanzbedarfs in größerem Umfang auf vorhandenes Geldvermögen zurückgegriffen, um die Aufnahme zusätzlicher Bankkredite zu vermeiden. Im Ergebnis nahmen die Kredite inländischer Banken an die Unternehmen (außerhalb der Wohnungswirtschaft) im Jahre 1982 mit einer Rate von gut 3% nur noch halb so stark zu wie im Jahr davor und auch langsamer als in allen vorangegangenen Jahren seit 1975. Bei den Ausleihungen an den Wohnungsbau, die 1982 um 7½ % (gegen 9½ % 1981) stiegen, ließ das Wachstumstempo weniger nach. Die Inanspruchnahme von Konsumentenkrediten, die sich 1981 deutlich abgeschwächt hatte, hat sich im vergangenen Jahr mit einer Zuwachsrate von 6½ % wieder beschleunigt.

... aber zunehmende Nachfrage nach längerfristigen Krediten

Obwohl die Kreditgewährung der Banken an den privaten Sektor im Jahresergebnis 1982 kaum erkennbar auf die sinkenden Zinsen reagierte, zeichnete sich im Verlauf der zweiten Jahreshälfte doch eine Wende bei der Nachfrage nach Krediten mit längeren Laufzeiten ab. Zum einen sahen offensichtlich viele Unternehmen und private Bauherren bei dem nun erreichten Niveau langfristiger Zinsen den Zeitpunkt für gekommen, die in der Hochzinsphase aufgelaufene kurzfristige Verschuldung zu konsolidieren. Zum anderen belebte sich als Folge der stark gesunkenen Finanzierungskosten und der staatlichen Förderungsmaßnahmen die Gewährung neuer Kredite an den Wohnungsbau. Im gesamten Jahr 1982 expandierten die längerfristigen Direktkredite an den privaten Sektor zwar noch etwas schwächer als im Jahr davor, doch deutlich mehr als die kurzfristigen Ausleihungen, bei denen das Wachstumstempo nur noch etwa halb so hoch war wie 1981. Ausgeprägter als bei der Kreditinanspruchnahme zeigte sich die Kräftigung der langfristigen Kreditnachfrage gegen Jahresende in den Zusagen für langfristige Darlehen, deren Tendenz schon seit dem Frühjahr 1982 aufwärtsgerichtet war. Die Zusagen für langfristige Darlehen mit festem Betrag und fester Laufzeit wurden im Verlauf des zweiten Halbjahres mit einer saisonbereinigten Jahresrate von 8½ % ausgeweitet. Danach zu schließen dürfte die Kreditgewährung im langfristigen Bereich weiter wachsen.

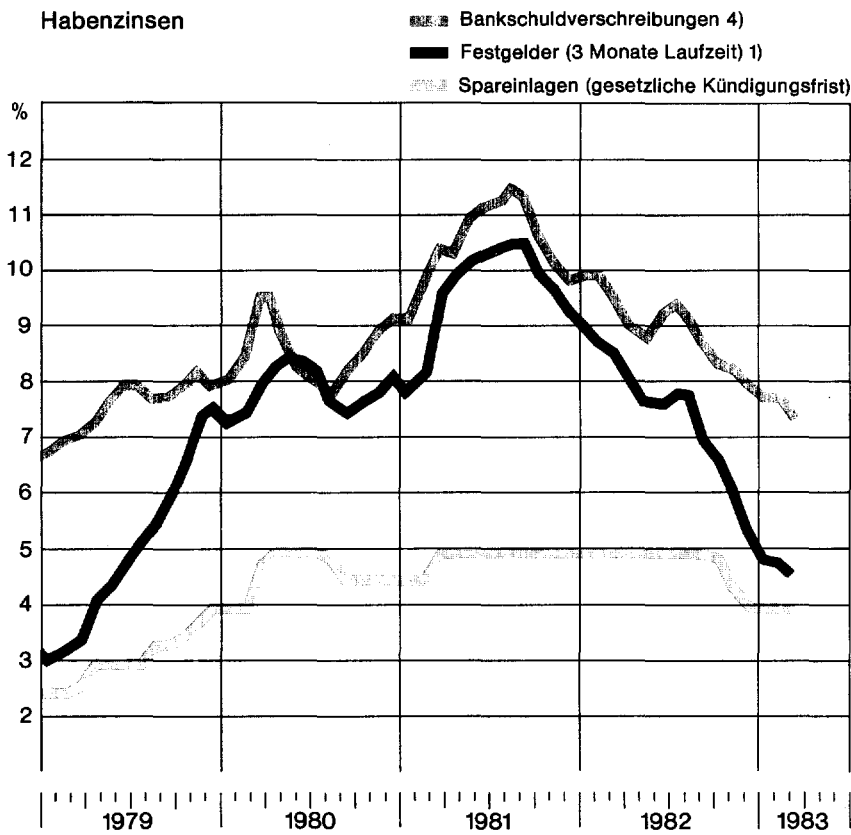
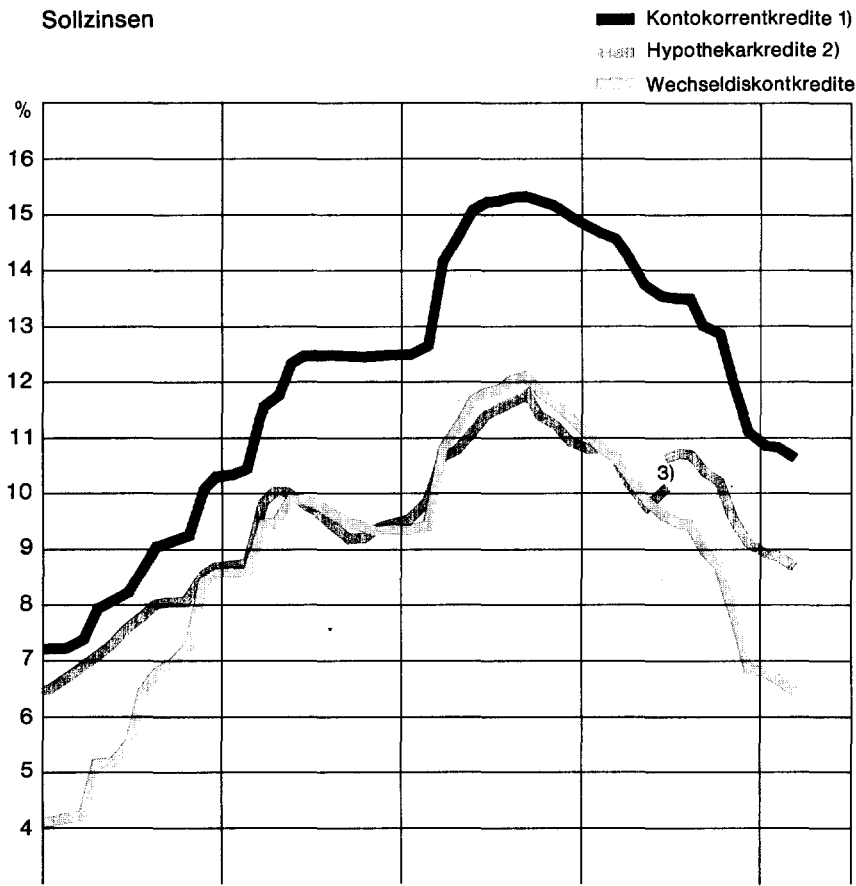
Verstärkter Zinsrückgang gegen Jahresende

Die Belebung der privaten Kreditnachfrage gegen Ende des letzten Jahres dürfte teilweise darauf zurückzuführen sein, daß der Zinssenkungsprozeß erst in dieser Zeit stärker an Fahrt gewann, während die Bundesbank ihre Zinssätze schon vorher kräftig gesenkt hatte. Insgesamt verbilligten sich kurzfristige Bankkredite im Verlauf des Jahres 1982 um 4 bis 4½ Prozentpunkte. Vor allem im „Massengeschäft“ blieb der Zinsabbau hinter der gleichzeitigen Verbilligung der Refinanzierung und speziell der Spitzenrefinanzierung bei der Bundesbank zurück, da die Banken bestrebt waren, ihre in der Phase des Zinsanstiegs geschrumpften Zinsspannen wieder auszuweiten; erst gegen Jahresende und in den ersten Monaten von 1983 stellte sich eine stärkere Parallelität zu den gesunkenen Refinanzierungskosten ein. Die Sätze für langfristige Darlehen gingen während des Jahres 1982 im Einklang mit der Kapitalzinssenkung um schätzungsweise 2½ Prozentpunkte zurück.

#### e) Geschäfts- und Ertragslage der Bankengruppen

Institute mit langfristigem Geschäft im Auflockerungsprozeß begünstigt

Der fortschreitende Auflockerungsprozeß an den Kredit- und Einlagenmärkten hat im vergangenen Jahr insbesondere das Bilanzwachstum jener Bankengruppen gefördert, bei denen das langfristige Kreditgeschäft im Vordergrund steht. Damit bestätigte sich die Erfahrung, daß einzelne Bankengruppen, die auf Grund branchenspezifischer Besonderheiten in der Phase des Zinsanstiegs Wettbewerbsnachteile erleiden, in Zeiten der Zinssenkung zeitweilig verlorenen Boden wieder gutmachen können. Die Realkreditinstitute waren 1982 weiterhin auch insofern begünstigt, als sie das dynamischere Kreditgeschäft mit der öffentlichen Hand traditionell besonders pflegen. Ihre Ausleihungen an inländische Nichtbanken sind deshalb im abgelaufenen Jahr mit 9,9% rascher ge-



1) Unter 1 Mio DM.- 2) Auf Wohngrundstücke; Effektivzins.- 3) Ab Juni 1982 ausschl. Durchschnittszinssatz für Hypothekarkredite mit variablem Zinssatz; Angaben mit den früheren Werten (Juni 1982 geschätzt) nur begrenzt vergleichbar.- 4) Umlaufrendite.

wachsen als bei allen Banken zusammen (6,7%). Überdurchschnittlich — und sogar stärker als 1981 — war die Kreditausweitung ferner bei den Genossenschaftlichen Zentralbanken (25,8%) und den Privatbankiers (6,9%). Das nachlassende Kreditgeschäft mit der gewerblichen Wirtschaft glichen diese Institutsgruppen durch eine forcierte Kreditgewährung an den Staat aus. Bei den Sparkassen und den Kreditgenossenschaften wuchs das inländische Kreditvolumen im vergangenen Jahr mit 6,3% bzw. 6,4% etwas langsamer als im Durchschnitt aller Banken. Unterdurchschnittlich expandierten auch die Ausleihungen der Girozentralen (4,7%). Dabei war wohl ausschlaggebend, daß die Girozentralen die in den Vorjahren stark angeschwollene Kreditgewährung an öffentliche Stellen im Gegensatz zu anderen Bankengruppen drosselten. Die Kreditbanken (ohne Privatbankiers) weiteten ihr Inlandsgeschäft ähnlich schwach aus.

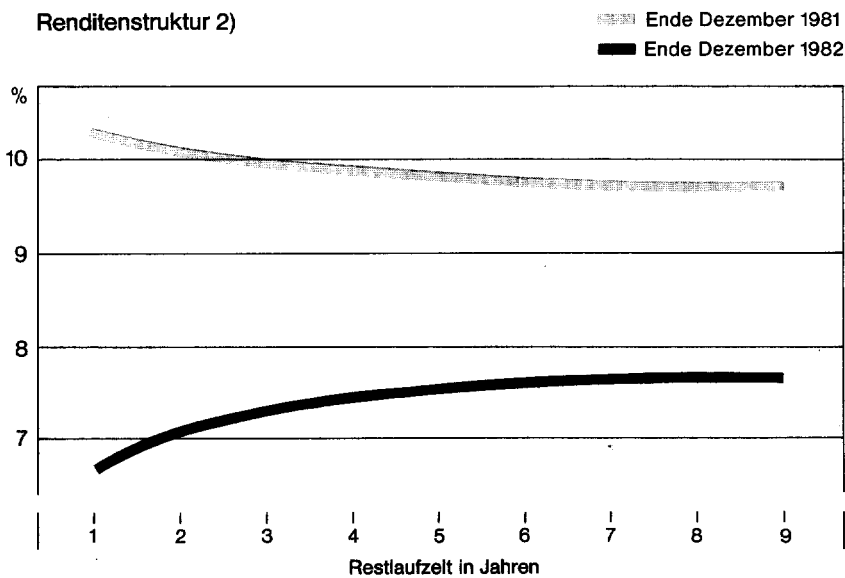
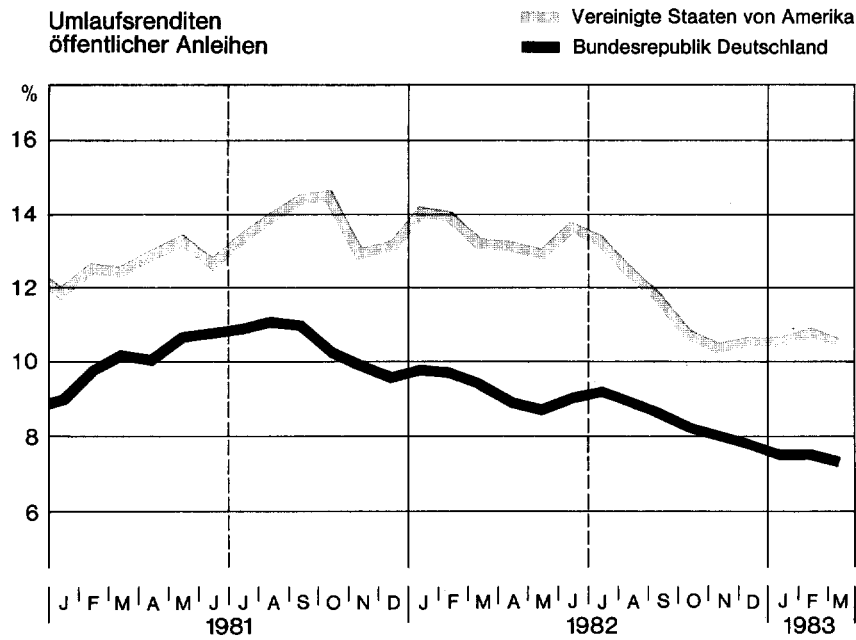
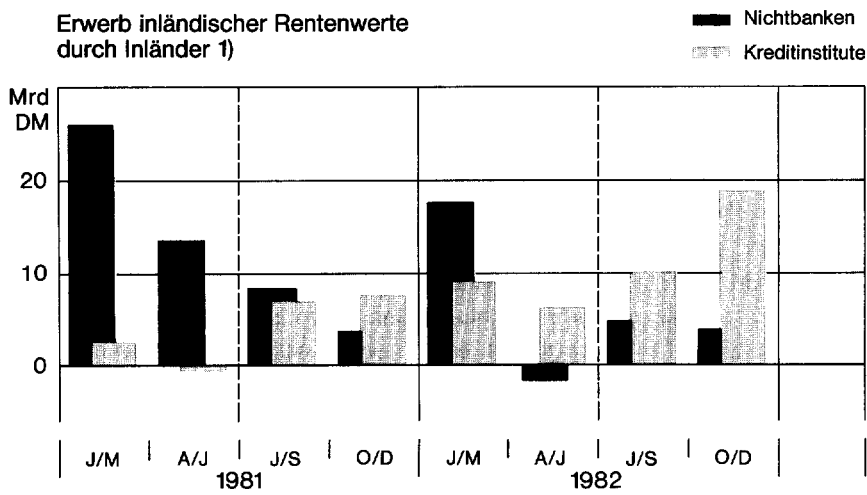
Differenzierte Ertrags- und Risikosituation im Kreditgewerbe

Wie in Zeiten sinkender Zinsen üblich, verbesserte sich im Jahre 1982 die Ertragssituation im Kreditgewerbe. Dies gilt zumindest für das Betriebsergebnis. Zum einen sind die kürzerfristigen Sollzinsen im Jahresdurchschnitt weniger stark gesunken als die entsprechenden Habenzinsen, die Zinsspanne der Banken hat somit erneut zugenommen. Zum anderen haben die Kreditinstitute ihre Aktiva und Passiva weiterhin ertragsstärkend umgeschichtet; dabei kam ihnen vielfach zu Hilfe, daß Festzinsdarlehen aus der letzten Niedrigzinsphase (insbesondere aus den Jahren 1977 und 1978) in hohem Umfang fällig wurden oder Zinsbindungsfristen ausliefen. Demgegenüber dürfte die Ertragsrechnung vieler Banken durch außerordentliche Aufwendungen, im wesentlichen durch den Abschreibungs- oder Wertberichtigungsbedarf für Einzelengagements und Länderrisiken, erheblich belastet worden sein. In dieser Hinsicht sind die Unterschiede freilich besonders groß. Naturgemäß sind Institutsgruppen wie die Sparkassen und Kreditgenossenschaften sowie die kleineren Regionalbanken und Privatbankiers, die kein großes Auslandsengagement haben, von Länderrisiken wenig betroffen; auch ins Gewicht fallende Einbußen im Kreditgeschäft mit Großunternehmen spielen bei ihnen nur eine geringe Rolle. Die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage betraf aber natürlich auch den Kundenkreis der kleineren Institute und führte zu Kreditausfällen. Soweit bei Abfassung dieses Berichts erkennbar, dürften die allermeisten Kreditinstitute in der ordentlichen Rechnung ausreichende Erträge erwirtschaftet haben, um hieraus die erhöhten Risiken in der außerordentlichen Rechnung abdecken zu können. Dennoch weisen die Forderungsausfälle im internationalen und nationalen Kreditgeschäft unmißverständlich darauf hin, daß Eigenkapital- und Risikovorschriften im Bankgewerbe den neueren Entwicklungen entsprechend angepaßt werden sollten, damit das Eigenkapital der Kreditinstitute seine Haftungs- und Solvenz sicherungsfunktion ausreichend erfüllen kann. Es bleibt deshalb ein Hauptanliegen der bevorstehenden Novellierung des Gesetzes über das Kreditwesen, die Pufferfunktion des Eigenkapitals zu stärken und die von den Kreditinstituten übernommenen Risiken in konsolidierter Form sichtbar zu machen (vgl. S. 90 dieses Berichts).

#### f) Kapitalmarkt im Zeichen der Zinsauflockerung

Sehr ergiebiger Rentenmarkt

Mit der von der Bundesbank geförderten fortschreitenden Zinssenkung hat sich im Verlauf des Jahres 1982 auch die Lage am Kapitalmarkt aufgelockert. Insbesondere der Rentenmarkt erwies sich als sehr ergiebig. So flossen 1982 durch die Rentenkäufe in- und ausländischer Erwerber zusätzliche Anlagemittel im Betrage von rd. 84 Mrd DM an den Markt, und zwar zum weitaus überwiegenden Teil durch den Kauf langlaufender Papiere (in der hier verwendeten Abgrenzung mit Laufzeiten von mehr als vier Jahren). Die Stabilisierung der Marktverhältnisse wird vor allem daran sichtbar, daß „langfristige“ Rentenanlagen im Jahr davor nur weniger als die Hälfte des damaligen Mittelaufkommens



1) Netto-Erwerb ohne Offenmarktoperationen der Deutschen Bundesbank.- 2) Regressionswerte für Anleihen von Bund, Bahn und Post, bereinigt um Kuponeffekte.

in Höhe von 73 Mrd DM ausgemacht hatten; die übrigen Mittel waren in „Kurzläufern“ (4 Jahre und weniger) angelegt worden.

Kräftiger Zinsrückgang trotz zeitweiliger Unterbrechungen

Gestützt auf die hohe Anlagebereitschaft in- und ausländischer Käufer, insbesondere der heimischen Kreditinstitute, war die Zinstendenz am deutschen Kapitalmarkt im vergangenen Jahr aufs Ganze gesehen nach unten gerichtet. Unterbrechungen dieser Tendenz blieben freilich nicht aus. Nach einer außerordentlich lebhaften Anlagetätigkeit in den ersten Monaten des vergangenen Jahres, die sich vor allem auf langlaufende Rentenpapiere richtete, verlor der Markt Anfang Mai spürbar an Dynamik. Die zu diesem Zeitpunkt wiederauflebende Diskussion über die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte, der zeitweilig erneut beschleunigte Preisauftrieb und eine neuerliche Zinsversteifung im Ausland, die den Zinsvorsprung von Dollaranlagen gegenüber Anlagen in D-Mark vorübergehend bis auf 6 Prozentpunkte ansteigen ließ, beeinflussten den Markt bis zur Jahresmitte ungünstig. Erst Mitte August, als die amerikanischen Finanzmärkte von einer Zinseuphorie erfaßt wurden, kam auch am deutschen Markt der Zinssenkungsprozeß gleichsam über Nacht wieder in Schwung. Ende Oktober erreichten die Anleiherenditen beinahe die 8-Prozent-Marke nach 10½ % ein Jahr zuvor. In den folgenden Monaten änderte sich das Marktklima unter dem Einfluß der internationalen Zins- und Wechselkursbewegungen und der wechselnden Einschätzung der künftigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der Bundesrepublik mehrmals, jedoch blieb die Grundtendenz der Renditenentwicklung nach unten gerichtet. Das Verhalten der Marktteilnehmer ließ auch erkennen, daß sich die Rentenkäufer inzwischen wohl mit den größeren Zinsschwankungen abgefunden haben, denen die Wertpapiermärkte seit einigen Jahren ausgesetzt sind. Wenige Wochen nach dem Jahreswechsel 1982/83 erreichte die Rendite der Rentenwerte 7½ %, und bei Abschluß dieses Berichts lag sie bei 7⅓ %.

Veränderte Renditenstruktur

Kennzeichnend für das fortgeschrittene Stadium, in dem sich der Zinssenkungsprozeß an den deutschen Finanzmärkten in den ersten Monaten des laufenden Jahres befindet, ist die grundlegend veränderte Renditenstruktur am Rentenmarkt. Diese hatte seit Sommer 1979 fast drei Jahre lang ein für Perioden mit Zinssteigerungen typisches Gefälle vom „kurzen“ zum „langen Ende“ des Marktes aufgewiesen. Mit dem fortschreitenden Zinsrückgang, der insbesondere auf dem Geldmarkt und bei den Termineinlagen sehr ausgeprägt war, gerieten die Renditen der Papiere mit kurzen Restlaufzeiten stärker unter Druck als bei den längeren Laufzeiten. In einer solchen Situation spielen Einschätzungen längerfristiger Entwicklungen, vor allem auch die Inflationserwartungen der Anleger, eine gewisse Rolle, während gleichzeitig die Nachfrage nach langfristigen Kapitalmarktmitteln bei niedrigerem Zinsniveau wächst und den Zinsrückgang am „langen Ende“ des Marktes tendenziell bremst. In der zweiten Hälfte 1982 kehrte sich das lange Zeit „inverse“ Renditengefälle vom „kurzen“ zum „langen“ Marktende schließlich um. Anfang April 1983 lagen die Renditen für kurzlaufende Papiere um gut 2 Prozentpunkte unter den langfristigen Wertpapierrenditen.

Entzerrung der Fristenstruktur bei den gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströmen

Als Reflex der nachlassenden Liquiditätsanspannung und der geänderten Zinserwartungen hat sich im Jahre 1982 auch die Fristenstruktur der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme entzerrt, deren Schwergewicht bis dahin einseitig bei den kurzen Laufzeiten gelegen hatte. So bevorzugten die Schuldner mit wachsendem Abstand vom „Zinsspitzen“ zunehmend wieder längerfristige Finanzierungen und bemühten sich um die Konsolidierung der vorher in der Erwartung auf niedrigere Zinsen aufgenommenen kurzfristigen Kredite; gleichzeitig neigten die Anleger zumindest in der frühen Phase der Zinssenkungen dazu, sich die geltenden Zinssätze durch Erwerb langlaufender Finanzaktiva für möglichst lange Zeit zu sichern. Im Ergebnis entfielen 1982 rd. 80 % der Kreditaufnahmen der inländischen nichtfinanziellen Sektoren auf länger-

<b>Geldvermögensbildung und Kreditaufnahme der inländischen nichtfinanziellen Sektoren *)</b>								
Position	1979		1980 <b>p)</b>		1981 <b>p)</b>		1982 <b>ts)</b>	
	Mrd DM	An-teile in %	Mrd DM	An-teile in %	Mrd DM	An-teile in %	Mrd DM	An-teile in %
<b>Geldvermögensbildung</b>								
Längerfristig <b>1)</b>	122,5	72,8	115,4	68,8	125,6	61,8	135,5	74,6
darunter:								
Spareinlagen	12,7	7,6	7,4	4,4	- 4,2	- 2,1	36,3	20,0
festverzinsliche Wertpapiere	33,9	20,2	25,7	15,3	45,9	22,6	18,0	9,9
Aktien	6,5	3,9	7,3	4,4	6,0	3,0	5,6	3,1
Kurzfristig	45,7	27,2	52,2	31,2	77,6	38,2	46,2	25,4
<b>Insgesamt</b>	<b>168,2</b>	<b>100</b>	<b>167,6</b>	<b>100</b>	<b>203,2</b>	<b>100</b>	<b>181,7</b>	<b>100</b>
<b>Kreditaufnahme</b>								
Längerfristig	161,6	82,1	162,4	74,1	171,9	71,3	154,0	79,9
darunter:								
festverzinsliche Wertpapiere	4,9	2,5	3,0	1,3	- 3,7	- 1,5	28,0	14,5
Aktien	3,9	2,0	5,3	2,4	3,6	1,5	4,5	2,3
Kurzfristig	35,4	17,9	56,7	25,9	69,0	28,7	38,8	20,1
<b>Insgesamt</b>	<b>197,0</b>	<b>100</b>	<b>219,1</b>	<b>100</b>	<b>240,9</b>	<b>100</b>	<b>192,8</b>	<b>100</b>
<b>Finanzierungsüberschuß (+) bzw. -defizit (-) <b>2)</b></b>	- 28,8	x	- 51,4	x	- 37,7	x	- 11,1	x

\* Private Haushalte, Unternehmen (einschl. Wohnungswirtschaft), Öffentliche Haushalte (einschl. Sozialversicherungen). — **1** Geldanlagen mit Befristung von mehr als 1 Jahr, einschl. gesamte Spareinlagen und Wertpapiererwerb (unabhängig von der Laufzeit). — **2** Geldvermögensbildung minus Kreditaufnahme. — **p** Vorläufige Ergebnisse. — **ts** Teilweise geschätzt.  
Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

fristige<sup>1)</sup> Finanzierungen, verglichen mit gut 71 % im Vorjahr. Insbesondere die Unternehmen haben im vergangenen Jahr ihre kurzfristigen Kreditaufnahmen bei den inländischen Banken und im Ausland stark zurückgeführt. Die öffentlichen Haushalte, die üblicherweise einen größeren Teil ihrer Defizite längerfristig finanzieren, nutzten die entspannten Marktverhältnisse erwartungsgemäß vor allem zu verstärkten direkten Mittelaufnahmen am Rentenmarkt, während sie sich ein Jahr zuvor auf Bankdarlehen und Kreditaufnahmen im Ausland konzentriert hatten (vgl. hierzu S. 18f.). Auf der Seite der gesamtwirtschaftlichen Geldvermögensbildung hat sich das Anlegerverhalten im vergangenen Jahr wieder stärker differenziert. Insbesondere der Wertpapiererwerb der nichtfinanziellen Sektoren, der 1981 einen Schwerpunkt ihrer Anlagetätigkeit bildete, hat im abgelaufenen Jahr an Bedeutung verloren. Dementsprechend schwach entwickelte sich auch die Geldkapitalbildung der Nichtbanken bei den Kreditinstituten in den langfristigen Fälligkeitsbereichen von mehr als vier Jahren, die sich zu einem wesentlichen Teil in der Form des Erwerbs von Bankschuldverschreibungen vollzieht. Dagegen haben die Anleger ihre Spareinlagen im vergangenen Jahr um mehr als 36 Mrd DM aufgestockt, nachdem sie im Jahr davor ihre Sparkonten noch um 4 Mrd DM abgebaut hatten. Die gesamte längerfristige Geldvermögensbildung der inländischen nichtfinanziellen Sektoren, in der hier benutzten Abgrenzung einschließlich der gesamten Spareinlagen und der Geldanlagen mit Laufzeiten von mehr als einem Jahr, ist daher per Saldo um 10 Mrd DM auf 136 Mrd DM gewachsen, während die kurzfristige Geldvermögensbildung stark abgenommen hat (nämlich um 31 Mrd DM).

Ein Blick auf die Verschiebungen in der Fristenstruktur im engeren Bereich des Rentenmarktes läßt die weitreichenden Anpassungen im Finanzierungsverhalten noch deutlicher hervortreten. Im Jahre 1982 haben inländische Emittenten kürzerlaufende Schuldverschreibungen (mit Laufzeiten bis zu vier Jahren) nur noch im Betrag von netto 8½ Mrd DM abgesetzt, gegenüber 37½ Mrd DM im

Kürzerfristige  
Rentenpapiere  
auf dem Rückzug

<sup>1</sup> Nach der Abgrenzung der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung: Laufzeiten von mehr als einem Jahr.

Erwerb von Rentenwerten nach Käufergruppen und Wertpapierarten							
Mrd DM (Kurswert)							
Erwerber	Jahr	Inländische Rentenwerte				Ausländische Rentenwerte 2)	Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt
		zusammen	Bank-schuld-verschreibungen	Industrie-obliga-tionen	Öffent-liche An-leihen 1)		
Inländer	1978	39,7	30,6	- 0,8	9,9	3,6	43,3
	1979	37,2	36,0	- 1,0	2,3	3,7	40,9
	1980	44,9	41,9	- 1,2	4,3	7,3	52,3
	1981	68,3	70,7	- 0,9	- 1,5	6,1	74,5
	1982	70,5	45,3	- 0,6	25,8	11,0	81,5
davon:							
Kreditinstitute	1978	20,2	16,7	- 0,2	3,7	1,2	21,4
	1979	1,1	3,3	- 0,2	- 2,0	2,6	3,7
	1980	14,1	15,6	- 0,1	- 1,5	3,3	17,3
	1981	17,0	18,0	- 0,0	- 1,0	0,5	17,6
	1982	44,3	31,8	- 0,1	12,6	- 1,2	43,1
Nichtbanken	1978	16,0	13,9	- 0,6	2,7	2,3	18,3
	1979	38,2	32,7	- 0,9	6,4	1,1	39,3
	1980	29,1	26,2	- 1,1	4,0	4,1	33,2
	1981	51,5	52,7	- 0,9	- 0,3	5,6	57,1
	1982	24,5	13,5	- 0,5	11,6	12,2	36,7
Offenmarktoperationen der Bundesbank	1978	3,5	-	-	3,5	-	3,5
	1979	- 2,1	-	-	- 2,1	-	- 2,1
	1980	1,8	-	-	1,8	-	1,8
	1981	- 0,2	-	-	- 0,2	-	- 0,2
	1982	1,7	-	-	1,7	-	1,7
Ausländer 3)	1978	0,1	s) - 1,2	s) - 0,2	1,5	x	0,1
	1979	4,0	s) 0,4	s) - 0,1	3,7	x	4,0
	1980	0,3	s) - 0,3	s) - 0,0	0,7	x	0,3
	1981	- 1,5	s) - 0,3	s) - 0,0	- 1,1	x	- 1,5
	1982	2,2	s) - 0,5	s) - 0,0	2,8	x	2,2
Insgesamt 4)	1978	39,8	29,4	- 1,0	11,4	3,6	43,4
	1979	41,2	36,4	- 1,1	6,0	3,7	45,0
	1980	45,2	41,5	- 1,3	4,9	7,3	52,6
	1981	66,9	70,5	- 1,0	- 2,6	6,1	73,0
	1982	72,7	44,8	- 0,6	28,6	11,0	83,7

1 Im wesentlichen Anleihen, Kassenobligationen, Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen. — 2 Netto-Erwerb (+) bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Rentenwerte durch Inländer. — 3 Netto-Erwerb (+) bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Rentenwerte durch Ausländer. — 4 Netto-Absatz plus/minus Veränderungen der Eigenbestände der Emittenten. — s Geschätzt. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Jahr davor. Gleichzeitig wurden mit 64½ Mrd DM mehr als doppelt soviel langlaufende Papiere verkauft wie 1981. Das Schwergewicht des Rentenangebots der Banken lag deshalb wieder bei den „klassischen“ Bankschuldverschreibungen in der Form langlaufender Kommunalobligationen und Pfandbriefe, während der Umlauf an „sonstigen“ Bankschuldverschreibungen am Markt um 5 Mrd DM zurückging.

Hoher Absatz von öffentlichen Rentenwerten

Die öffentlichen Emittenten<sup>1)</sup>, die sich 1981 wegen der teils recht labilen Marktlage weitgehend vom Rentenmarkt zurückgezogen hatten, verzeichneten im abgelaufenen Jahr mit einem Netto-Absatz von 28½ Mrd DM ein Spitzenergebnis, das sich fast ausschließlich auf den langen Laufzeitbereich konzentrierte. Mit Abstand der wichtigste Emittent war der Bund (23 Mrd DM). Besonders gefragt waren die als Daueremission angebotenen Bundesobligationen (14 Mrd DM), während der Umlauf an Bundesschatzbriefen weiter, wenn auch nur noch leicht, zurückging. Die übrigen öffentlichen Emissionen entfielen zu etwa gleichen Teilen auf die Bundesbahn, die Bundespost und die Länder.

1 Einschl. Bundesbahn und Bundespost.



Auch im Bereich der DM-Auslandsanleihen hat sich die Emissionstätigkeit 1982 merklich belebt. Insgesamt wurden von ausländischen Schuldern im vergangenen Jahr DM-Anleihen im Nominalwert von fast 13 Mrd DM begeben. Nach Abzug der umfangreichen Tilgungen ergab sich ein Netto-Absatz von 3½ Mrd DM (verglichen mit 1 Mrd DM 1981), wovon nicht weniger als vier Fünftel im Ausland untergebracht wurden. Offenbar haben die fortschreitenden außenwirtschaftlichen Anpassungserfolge der Bundesrepublik und die gefestigte Position der D-Mark an den Devisenmärkten die Dispositionen ausländischer Investoren bereits in einem relativ frühen Stadium günstig beeinflusst. Im Ergebnis fungierte dieser Marktbereich jedenfalls wieder verstärkt als „Drehscheibe“ internationalen Kapitals, während die Emissionen von DM-Auslandsanleihen in den vorangegangenen Jahren auf Grund des damals sehr zurückhaltenden Anlageverhaltens der Ausländer den deutschen Rentenmarkt zeitweilig erheblich belastet hatten.

DM-Auslandsanleihen als „Drehscheibe“

Die Aufnahmefähigkeit des deutschen Rentenmarktes wurde im vergangenen Jahr — wie in Phasen der Liquiditätsauflockerung üblich — von der verstärkten Anlagebereitschaft der Kreditinstitute gestützt. Sie stockten ihre Rentenbestände im vorigen Jahr um 43 Mrd DM auf und übernahmen damit mehr als die Hälfte des gesamten Netto-Rentenabsatzes, gegenüber einem Anteil von knapp einem Viertel im Jahr davor. Angesichts der „leichten“ Verfassung des Geldmarkts, die ein Ausdruck der vergleichsweise reichlichen Liquiditätsausstattung war, und der insgesamt schwachen privaten Kreditnachfrage hatten die Banken genügend Spielraum für eine verstärkte Beteiligung am Rentenwerb, zumal die insgesamt nach unten gerichtete Zinstendenz Kursgewinne erwarten ließ.

Verstärkte Anlagebereitschaft der Kreditinstitute

Die Anleger aus dem Nichtbankenbereich, die bis zur Zinswende im Herbst 1981 die bedeutendste Käufergruppe am Rentenmarkt dargestellt hatten, verloren im letzten Jahr merklich an Gewicht, obgleich sich ihre Käufe an in- und ausländischen Schuldverschreibungen mit 36½ Mrd DM nach wie vor auf einem relativ hohen Niveau bewegten. Die in den vorangegangenen Jahren in „Kurzläufern“ angelegten Geldmittel, die 1982 zum Teil wieder frei wurden, waren von Anfang an nur eingeschränkt als Kapitalmarktanlagen anzusehen. Tatsächlich flossen diese Tilgungserlöse im letzten Jahr offenbar nur in begrenztem Umfang wieder in Wertpapieranlagen. Vor allem das private Anlegerpublikum, das in den Hochzinsjahren seine Rentenportefeuilles zu Lasten seiner Spareinlagen beträchtlich aufgestockt hatte, zahlte 1982 erstmals wieder hohe Beträge auf Sparkonten ein.

Differenziertes Anlageverhalten der Nichtbanken

Deutsche Anlegerkreise haben im vergangenen Jahr allerdings in beträchtlichem Umfang auch in längerlaufenden ausländischen Rentenpapieren investiert. Ein Drittel des gesamten Rentenerwerbs der inländischen Nichtbanken, das entspricht einem Betrag von über 12 Mrd DM, entfiel 1982 auf ausländische Anleihen. Dabei handelte es sich fast ausschließlich um Fremdwährungsanleihen (vornehmlich Dollar-Papiere), die nach dem relativ raschen Zinsabbau am deutschen Kapitalmarkt den Anlegern offenbar vielfach eine willkommene Möglichkeit boten, die Gesamterträge ihres Wertpapierportefeuilles aufzubessern.

Wachsendes Interesse an Fremdwährungsanleihen

Im Verlauf des vergangenen Jahres belebte sich das Interesse ausländischer Anlegerkreise an DM-Papieren. So erwarben Ausländer 1982 für mehr als 2 Mrd DM inländische Rentenpapiere, nachdem sie im Jahr davor ihre Anlagen am deutschen Markt um 1½ Mrd DM abgebaut hatten. Darüber hinaus übernahmen sie für 2½ Mrd DM ausländische DM-Anleihen, die im Unterschied zu den inländischen Rentenwerten nicht der „Kuponsteuer“ unterliegen und deshalb im Ausland häufig stärker gefragt sind.

DM-Anleihen im Ausland wieder gefragter

Am Aktienmarkt setzte sich unter dem Einfluß der nach unten gerichteten Zins-tendenz am Rentenmarkt zu Beginn des vergangenen Jahres zunächst ein Aufwärtstrend durch. Dieser wurde im letzten Frühjahr, als auch der Anleihemarkt zeitweilig wieder zur Schwäche neigte, von Kursverlusten unterbrochen. Manche gesamtwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen, wie die leicht verbesserten Erträge der Unternehmen und günstigere Gewinnerwartungen, hätten damals zwar zu einer optimistischeren Grundhaltung des Marktes Anlaß geben können. Doch stand dem immer noch die konjunkturelle Unsicherheit entgegen, die durch eine Reihe schlechter Wirtschaftsnachrichten noch verstärkt wurde. Die Kursentwicklung an den deutschen Aktienbörsen blieb daher vom April bis in die Sommermonate hinein nach unten gerichtet. Gemessen am Aktienindex des Statistischen Bundesamtes erreichten die Aktienkurse im August 1982 ihren tiefsten Stand seit mehreren Jahren. Die stürmische Hausse, die Mitte August an den amerikanischen Börsen ausbrach, leitete dann einen Stimmungsumschwung am deutschen Aktienmarkt ein. Seitdem bewegten sich die Aktienkurse, von kurzfristigen Schwankungen abgesehen, im Einklang mit der Kurstendenz am Rentenmarkt kräftig nach oben. Ende März lagen sie um 28 % über ihrem Stand von Anfang 1982 und erreichten damit ihren bisher höchsten Wert.

Aktienabsatz kaum  
höher als im Vorjahr

Trotz der recht lebhaften Nachfrage nach Dividendenwerten, die vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres zum Durchbruch kam, spielte der Aktienmarkt als Finanzierungsquelle der Unternehmen auch im letzten Jahr nur eine bescheidene Rolle. Mit knapp 6 Mrd DM (Kurswert) nahmen inländische Firmen per Saldo  $\frac{1}{2}$  Mrd DM mehr am Aktienmarkt auf als 1981. Der Absatz von ausländischen Dividendenwerten belief sich 1982 auf rd. 4 Mrd DM, wobei es sich allerdings zum großen Teil um den Beteiligungserwerb von Unternehmen sowie um die Kapitalaufstockung bei schon existierenden Unternehmen und nicht um Portfolio-Investitionen handelte. Das bescheidene Mittelaufkommen am deutschen Aktienmarkt steht in einem bemerkenswerten Kontrast zur Finanzierungssituation der deutschen Unternehmen. Diese sehen sich nämlich vor die dringende Aufgabe gestellt, ihre geschwächte Eigenkapitaldecke zu verstärken, um für die Übernahme neuer Investitionsrisiken besser gerüstet zu sein.

### 5. Schwäche der Kapitalbildung und ihre Konsequenzen

Zuspitzung gesamt-  
wirtschaftlicher Pro-  
bleme durch Investi-  
tionsschwäche

Die Zunahme des Aufkommens an längerfristigen Finanzierungsmitteln im letzten Jahr kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Kapitalbildung und Kapitalverwendung in der Bundesrepublik seit längerem nicht mehr den Erfordernissen eines anhaltenden, arbeitsplatzsichernden Wachstums entsprechen. Der Hauptgrund liegt darin, daß von den erwirtschafteten Einkommen immer weniger für den Ausbau sowie die Verbesserung der Produktionsanlagen und der Infrastruktur verwendet wird. Von dem (nach Abzug der Abschreibungen verbleibenden) Nettosozialprodukt wurden 1982 — wie im Vorjahr — rd. 90% für konsumtive Zwecke und nur 10% für die Bildung von Sachvermögen (in Form von Sachanlagen und Vorräten) sowie für den Nettoerwerb von Forderungen gegenüber dem Ausland ausgegeben. In den siebziger Jahren wurden im Durchschnitt  $14\frac{1}{2}$  % und in den sechziger Jahren fast 20% des Nettosozialprodukts zum Aufbau des Volksvermögens — und damit der kapitalmäßigen Grundlage für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung der Produktivität — verwendet<sup>1</sup>). Die Schwächung der gesamtwirtschaftlichen Kapitalbildung traf in den letzten Jahren mit einer zum guten Teil aus demographischen Gründen kräftigen Ausweitung des Arbeitskräfteangebots zusammen und hat zur Zuspitzung der Arbeitsmarktprobleme beigetragen. Denn bei dem

<sup>1</sup> Die langfristige Abnahme der gesamtwirtschaftlichen Investitionsquote zeigt sich auch dann, wenn 1982 mit Jahren annähernd gleicher Konjunkturbedingungen verglichen wird; diese Quote belief sich 1975 auf 10% % und 1967 auf 16% % des Nettosozialprodukts.

gegebenen, im internationalen Vergleich hohen Niveau der Lohn- und insbesondere der Lohnnebenkosten in der Bundesrepublik sind in der Regel nur solche Arbeitsplätze rentabel und damit sicher, die mit genügend und hinreichend effizientem Kapital ausgestattet sind; vor allem gilt dies für diejenigen Wirtschaftsbereiche, die auf ihren in- und ausländischen Absatzmärkten direkt oder indirekt dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind.

Hinzu kommt, daß — durch den Staat massiv gefördert — in der zurückliegenden Dekade nach wie vor etwa 40% des gesamten Anlagenzugangs der Wohnungswirtschaft zugute gekommen sind, also einem Bereich, in dem eine unmittelbare konsumtive Kapitalnutzung im Vordergrund steht. Seit Jahren vordergründig mit Wohnungsmangel begründet, der nicht selten nur auf eine über „verfälschte Preise“ gesteuerte Fehlverteilung von Wohnraum zurückgeht, wurde ein großer Teil der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis über Steuervergünstigungen, Wohnungsbauprämien, zinsverbilligte öffentliche Darlehen usw. in den Wohnungssektor geleitet, während die Produktionsunternehmen, die ihren Fremdkapitaleinsatz weit überwiegend marktmäßig zu verzinsen haben, angesichts der wenig verheißungsvollen Ertragsperspektiven in ihren Investitionsplänen zurückhaltender wurden.

Hoher Anteil der Wohnungswirtschaft am gesamtwirtschaftlichen Kapitaleinsatz

Die geringe Investitionstätigkeit im produktiven Bereich der Wirtschaft hat wesentlich dazu beigetragen, daß sich das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials in den letzten Jahren deutlich verlangsamte. Es ist in den Jahren seit 1980 im Schnitt um 2½% gestiegen, nach durchschnittlich 3½% in den siebziger und 4½% in den sechziger Jahren. Die tatsächliche Entwicklung der Inlandsproduktion hielt — wie weiter oben schon dargelegt — selbst mit diesem nur noch langsam wachsenden Produktionspotential nicht Schritt. Doch handelt es sich dabei primär um eine vorübergehende, durch zyklische Einflüsse und unerläßliche Anpassungsprozesse bedingte Unterbrechung des Produktionswachstums. Inwieweit es nach Überwindung dieser Schwächeperiode gelingen wird, das Wachstum so positiv zu beeinflussen, daß auch nachhaltig mehr Arbeitskräfte nachgefragt und beschäftigt werden, hängt entscheidend davon ab, ob — ganz abgesehen von konjunkturbedingten Vorgängen — die Sachkapitalbildung wieder verstärkt und mehr Kapital produktiven Verwendungen zugeführt wird.

Verringertes Wachstum des Produktionspotentials

Das Problem der zu geringen Kapitalbildung stellt sich um so schärfer, als in den zurückliegenden Jahren die ökonomische Effizienz des vorhandenen Kapitalstocks durch die Folgen der beiden Ölpreisschocks gemindert worden ist. Energieeinsparung und die Entwicklung von Substitutionsenergien wurden notwendig; sie verlangten einen hohen Kapitaleinsatz, der aber naturgemäß wenig dazu beitragen konnte, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Die aufkommende Konkurrenz der „neuen Industriestaaten“ führte zudem in dem einen oder anderen bisher traditionell wichtigen Industriezweig zur ökonomischen und teilweise auch physischen Verminderung von Kapazitäten (oder sie steht — wie vermutlich in Teilen der Stahlindustrie und des Schiffbaus — noch bevor). Nicht wenige Produktionsanlagen in anderen Bereichen entsprechen nach der längeren Periode schwacher Investitionen nicht mehr dem neuesten Stand der Technik. Diese strukturellen Schwachpunkte können nur durch zusätzliche Investitionen behoben werden, die die unvermeidliche Anpassung der Volkswirtschaft beschleunigt vorantreiben. Erforderlich sind vor allem solche Investitionen, die letztlich der Realisierung des technischen Fortschritts dienen. Weniger bei den Forschungsausgaben — bei denen die Bundesrepublik im internationalen Vergleich nach wie vor über dem Durchschnitt liegt — als vielmehr bei der Umsetzung technologischer Neuerungen in den Unternehmen ist in den letzten Jahren ein Nachholbedarf entstanden. Denn Investitionen in neue Technologien werden dann zurückgestellt, wenn die Ertragslage schlecht und das Risiko sol-

Wegen verminderter Effizienz des Kapitalstocks Investitionen für Modernisierung und Innovationen erforderlich

<b>Gesamtwirtschaftliche Vermögensbildung und Ersparnis</b>						
In % des Nettosozialprodukts zu Marktpreisen						
Position	JD 1960/69	JD 1970/79	1979	1980 p)	1981 p)	1982 p)
<b>Vermögensbildung</b>						
Sachvermögensbildung	18,7	13,7	14,2	13,9	11,1	9,5
davon:						
Netto-Anlageinvestitionen	16,8	12,7	12,0	12,6	11,2	9,2
Vorratsinvestitionen	1,9	1,0	2,2	1,3	- 0,1	0,4
Veränderung der Nettoforderungen gegenüber der übrigen Welt	0,7	0,8	- 1,1	- 2,4	- 1,4	0,3
<b>Vermögensbildung insgesamt</b>	<b>19,4</b>	<b>14,5</b>	<b>13,1</b>	<b>11,5</b>	<b>9,7</b>	<b>9,9</b>
<b>Ersparnis 1)</b>						
Private Haushalte	7,3	8,7	7,9	8,2	9,0	8,8
Unternehmen	7,5	4,4	5,0	3,2	2,1	2,8
darunter:						
Produktionsunternehmen 2)	4,6	2,2	3,7	1,2	0,1	0,6
Öffentliche Haushalte	4,6	1,4	0,2	- 0	- 1,4	- 1,7
<b>Ersparnis insgesamt</b>	<b>19,4</b>	<b>14,5</b>	<b>13,1</b>	<b>11,5</b>	<b>9,7</b>	<b>9,9</b>
Nachrichtlich:						
Vermögensbildung in Mrd DM	(77,0)	(132,0)	(162,2)	(150,3)	(130,8)	(138,4)
Veränderung gegen Vorjahr bzw. im Jahresdurchschnitt in %	+ 7,3	+ 4,4	+ 9,0	- 7,3	- 12,9	+ 5,7

1 Einschl. Vermögensübertragungen. — 2 Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft und ohne finanzielle Institutionen. — p Vorläufige Ergebnisse.  
Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

cher auf lange Sicht zu planenden Investitionen im Vergleich zu den Ertragserwartungen hoch ist.

Rückläufiger Anteil der Unternehmen an der gesamtwirtschaftlichen Ersparnisbildung . . .

Unter den Gründen für die Investitionsschwäche ist einmal zu nennen, daß sich im Sparprozeß die Rollenverteilung zwischen den gesamtwirtschaftlichen Sektoren, langfristig betrachtet, erheblich verändert hat (vgl. obenstehende Tabelle). Zwar haben die privaten Haushalte im Jahre 1982 Ersparnisse in Höhe von rd. 9% des Nettosozialprodukts gebildet und damit ihren Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Kapitalbildung etwa auf dem Niveau der siebziger Jahre und etwas über dem der sechziger Jahre gehalten. Die Produktionsunternehmen (Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft und finanzielle Institutionen) sind mit ihren nicht entnommenen Gewinnen — unter Einschluß der von anderen Sektoren netto empfangenen Investitionszuschüsse — an dem volkswirtschaftlichen Sparprozeß aber nur noch geringfügig beteiligt. Die Summe der all diesen Unternehmen (Kapitalgesellschaften und Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) zur Verfügung stehenden Mittel dieser Art betrug 1982 mit gut 8 Mrd DM nur noch rd. ½% des Nettosozialprodukts; in den siebziger Jahren hatte diese Quote bei gut 2% und in den sechziger Jahren bei 4½% gelegen. Immer schon haben diese Unternehmen weit mehr Sachvermögen neu gebildet, als sie an eigenen Mitteln und von anderen Sektoren geleisteten Investitionszuschüssen zur Verfügung hatten. Es entspricht ihrer traditionellen Rolle, daß sie an anderer Stelle in der Volkswirtschaft gebildete Ersparnisse durch Kreditaufnahme an sich ziehen und zusammen mit den eigenen Mitteln für investive Zwecke verwenden. Aber der Anteil der eigenen Mittel an ihrer Sachvermögensbildung war kaum jemals so gering wie in den letzten Jahren. Die öffentlichen Haushalte schließlich haben 1982 „entspart“, d. h. per Saldo Ersparnisse anderer Sektoren in Höhe von 1½% des Nettosozialprodukts an sich gezogen und zu einem guten Teil in konsumtive Ausgaben transformiert. In den siebziger Jahren hatten die öffentlichen Haushalte dagegen noch nennenswerte Ersparnisse gebildet und daraus einen erheblichen Teil ihrer Sachinvestitionen und ihrer Vermögensübertragungen finanziert, und in den sechziger Jahren hatten sie sogar eigene Ersparnisse zur Finanzierung der Investitionen des privaten Sektors zur Verfügung gestellt. Ein Teil dieser Umschichtungsvorgänge ist zweifellos langfristiger und irreversibler Natur. Eine Ersparnisverteilung

lung wie in den fünfziger und sechziger Jahre mit einer relativ hohen „Ersparnis“ des Staates, die über seine eigenen Sachinvestitionen hinausging, wäre unter den heute in vieler Hinsicht anders gelagerten Bedingungen freilich auch nicht wünschenswert; sie wurde im übrigen schon damals vielfach als korrekturbedürftig angesehen. Das volkswirtschaftliche Problem der in den letzten Jahren erfolgten Umschichtung in der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis besteht darin, daß sie zu weit gegangen ist und so letztlich zur Schwächung der Investitionsfähigkeit der Unternehmen beigetragen hat. Die Abnahme der „Ersparnis“ der Unternehmen hängt unmittelbar mit der Verschlechterung ihrer Ertragsverhältnisse zusammen: Starke Lohn- und Gehaltssteigerungen in den frühen siebziger Jahren, hohe steuerliche Belastung der Gewinne, Strukturverwerfungen im Gefolge der beiden Ölpreiskrisen, Sättigungserscheinungen auf manchen Teilmärkten und wachsende Konkurrenz der „neuen Industriestaaten“ haben ihren Teil dazu beigetragen. Die jüngste weltweite Konjunkturlaute mit ihren negativen Konsequenzen für den deutschen Export hat diese Tendenz noch zusätzlich, aber vermutlich nur vorübergehend, verschärft.

Gleichzeitig hat der Staat einen wachsenden Teil der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung durch Abgabensteigerungen an sich gezogen. 1982 entsprachen die gesamten Steuern und Abgaben rd. 42½ % des nominalen Brutto- sozialprodukts, verglichen mit 38½ % zehn Jahre zuvor und rd. 33½ % im Jahre 1960. Bemerkenswerterweise ist hierdurch, wie schon erwähnt, die Spartätigkeit der privaten Haushalte nicht gemindert worden. Das hängt auch damit zusammen, daß ein großer und ständig gewachsener Teil der Steuern und sonstigen Abgaben über staatliche Transfers wieder an die privaten Haushalte zurückgeflossen ist. Für die privaten Unternehmen aber traf das nicht zu, jedenfalls nicht für den großen Teil der Unternehmen, die keine Subventionen, Zinszuschüsse oder andere Finanzhilfen erhalten. Die öffentlichen Haushalte selbst haben in dieser Zeit ihre Sachinvestitionen unterproportional ausgeweitet; auf sie entfielen 1982 rd. 3 % des nominalen Bruttosozialprodukts gegen knapp 4 % im Durchschnitt der siebziger Jahre. Ihr eigener Beitrag zur Finanzierung dieser Investitionen wie auch der von ihnen an Dritte gewährten Investitions- hilfen ist zudem ständig gesunken. Der Anteil der Investitionsausgaben des Staates an seinen Gesamtausgaben ist seit Mitte der siebziger Jahre erheblich zurückgegangen, während ein weit größerer Teil der staatlichen Ausgaben als früher durch Kredite finanziert wurde.

... und wachsender Zugriff des Staates auf die Einkommen

In den Erfolgsrechnungen der Unternehmen spiegeln sich die hier aufgezeigten Tendenzen wie in einem Brennglas wider. 1981 verblieben den Unternehmen nach der Bilanzstatistik der Deutschen Bundesbank, die die wichtigsten Wirtschaftsbereiche mit privaten Unternehmen außerhalb des Finanzsektors und der Wohnungswirtschaft umfaßt, vom Rohertrag (Umsatzerlöse nach Abzug der Vorleistungen anderer Unternehmen) lediglich 4½ % als Jahresüberschuß, und 1982 dürften sich die Ertragsverhältnisse nach allen bisher verfügbaren Informationen gegenüber diesem Stand nicht nennenswert verbessert haben. Selbst das sehr gedrückte Ergebnis der Jahre 1974/75 wurde damit 1981 und vermutlich auch 1982 unterschritten; in den frühen siebziger Jahren hatte der Jahresüberschuß dagegen durchschnittlich 8 % und in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre gut 9 % des Rohertrags ausgemacht. Im Verhältnis zu den eingesetzten Eigenmitteln hat sich die Rentabilität der Unternehmen in den letzten Jahren weiter verschlechtert. Bei den Kapitalgesellschaften allein, deren Jahresabschlüsse am ehesten Anhaltspunkte für die „Rendite“ des in Unternehmen eingesetzten Kapitals vermitteln, entsprach der Jahresüberschuß (nach Steuern) 1981 nach den bisher für dieses Jahr verfügbaren Angaben von 5000 Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung rd. 5 % der ausgewiesenen Eigenmittel, und für 1982 ist kein hiervon wesentlich abweichendes Ergebnis zu erwarten. Anfang der siebziger Jahre aber hatte die Eigenmittellrendite der Kapitalgesellschaften noch 7½ % betragen.

Abnehmende Renditen des in Unternehmen eingesetzten Kapitals

Erschwernis für die  
Bereitstellung von  
Risikokapital

Die geschwächte Ertragskraft der Unternehmen wirkte sich in mehrfacher Hinsicht negativ aus. Zum einen erschwerte sie es den Unternehmen, aus eigener Kraft ihre Eigenmittelbasis zu stärken. Andererseits aber gelingt es unter diesen Bedingungen nicht leicht, Kapitalgeber zu finden, die bereit sind, das Risiko einer Beteiligung an einem Unternehmen einzugehen. Schließlich geben unzureichende Renditen im eigenen Unternehmen Anlaß dazu, Kapital in besser rentierenden Anlagen außerhalb des Unternehmens und auch im Ausland zu binden. Wo die Schwelle liegt, von der an eine Kapitalabwanderung in Gang kommt, läßt sich nicht eindeutig bestimmen, denn in solche Anlageentscheidungen fließen natürlich neben Renditeüberlegungen auch andere Aspekte ein. Jedoch dürften verschlechterte Ertragsperspektiven im Inland zu einem guten Teil mit dazu beigetragen haben, daß der Erwerb von Aktien und anderen Kapitalanteilen im Ausland seitens deutscher Kapitalgeber längere Zeit kräftig zugenommen hat, während die entsprechenden Anlagen ausländischer Kapitalgeber im Inland deutlich zurückgegangen sind. Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland, einschließlich der Portfolioinvestitionen in ausländischen Aktien, beliefen sich in den Jahren 1981 und 1982 zusammen auf rd. 19 Mrd DM; hingegen war der Strom aus dem Ausland für gleiche Zwecke mit etwa 9 Mrd DM nicht einmal halb so groß. Fehlt es aber an der Bereitschaft, den Unternehmen Risikokapital zur Verfügung zu stellen und erwirtschaftete Gewinne im Unternehmen zu belassen, so bleibt nur der Ausweg, die Investitionen der knapperen Ausstattung mit Eigenmitteln anzupassen, auf verstärkte Fremdfinanzierungen auszuweichen oder – wie zeitweilig in den letzten Jahren – beides zu tun. Je dünner die Eigenkapitaldecke und je größer damit die Beteiligung der Kreditgeber am unternehmerischen Risiko wird, desto mehr wächst die Gefahr, daß die Kosten der Fremdfinanzierung steigen und die Ertragslage auch von dieser Seite her belastet wird.

Erhöhtes Unter-  
nehmerrisiko durch  
Eigenmittellücke

In diesen Teufelskreis zunehmend schlechter werdender Finanzierungsverhältnisse ist im Laufe der letzten Jahre eine nicht geringe Zahl von Unternehmen geraten. Die Schwächung der finanziellen Basis ist an der Abnahme des Eigenkapitalanteils der Unternehmen abzulesen. Nach der Bilanzstatistik der Deutschen Bundesbank verfügten die Unternehmen in den hier einbezogenen Wirtschaftsbereichen 1981 über Eigenmittel in Höhe von 20½ % der Bilanzsumme (Ergebnisse für 1982 liegen noch nicht vor). Zu Beginn der siebziger Jahre hatte diese Quote bei 26½ % und Mitte der sechziger Jahre, als die Bundesbank mit ihren Bilanzauswertungen begann, bei 30 % gelegen. Der starke Rückgang dieser Quote hatte unvermeidlich zur Folge, daß die Unternehmen auf Schwankungen im Wirtschaftsablauf immer sensibler reagierten. Solange der Einsatz von Fremdmitteln nämlich mehr Ertrag bringt, als er kostet, verstärkt er zwar die Eigenkapitalrendite, und dies um so mehr, je niedriger der Eigenmittelanteil an der Bilanzsumme ist; nicht selten wurde in weiter zurückliegenden Jahren den Unternehmen auf Grund dieses Sachverhalts die Minimierung des Eigenkapitaleinsatzes als besonders lukrative Finanzierungsstrategie (Leverageeffekt) empfohlen. Tatsächlich werden die Unternehmen damit aber immer empfindlicher für Ertrags- und Zinsschwankungen, und das Polster zum Auffangen von Verlusten wird zu klein. Der sprunghafte Anstieg der Firmenzusammenbrüche in den letzten Jahren, auf den weiter oben (S. 11) schon hingewiesen wurde, ist nicht zuletzt damit zu erklären, daß negative Einflüsse aus dem gesamtwirtschaftlichen Umfeld wegen der geschwächten Eigenmittelbasis von den Unternehmen schwer zu verkraften waren.

Ertragsbesserung und  
Stärkung der Kapital-  
basis Voraussetzung  
für Rückkehr zu  
angemessenem Wirt-  
schaftswachstum

Die Verbesserung der Erträge und eine reichlichere Ausstattung der Unternehmen mit Eigenmitteln sind wohl unerläßlich, um wieder ein angemessenes Wirtschaftswachstum und einen hohen Beschäftigungsstand erreichen zu können. Dieses Ziel läßt sich freilich nur allmählich und nicht allein auf einem einzigen Weg ansteuern. Die Lohnpolitik und die auf die Lohnnebenkosten Einfluß nehmende Sozialpolitik sind zwei sehr wesentliche Faktoren, die eine Wende

herbeiführen oder jedenfalls unterstützen können. Die Steuerpolitik ist aber nicht minder wichtig, besonders im Hinblick auf die Rahmenbedingungen für die marktmäßige Bereitstellung von mehr Eigenkapital. Letzteres umfaßt ein Doppeltes: Einerseits steuerlich bedingte Fehlleitungen von Risikokapital zu verhindern (wie sie vielfach mit Engagements in steuerlich relevanten Verlustobjekten — Abschreibungsgesellschaften, Bauherrenmodellen — verbunden sind), andererseits aber die Wege für die Bereitstellung von Risikokapital für Unternehmen zu verbreitern.

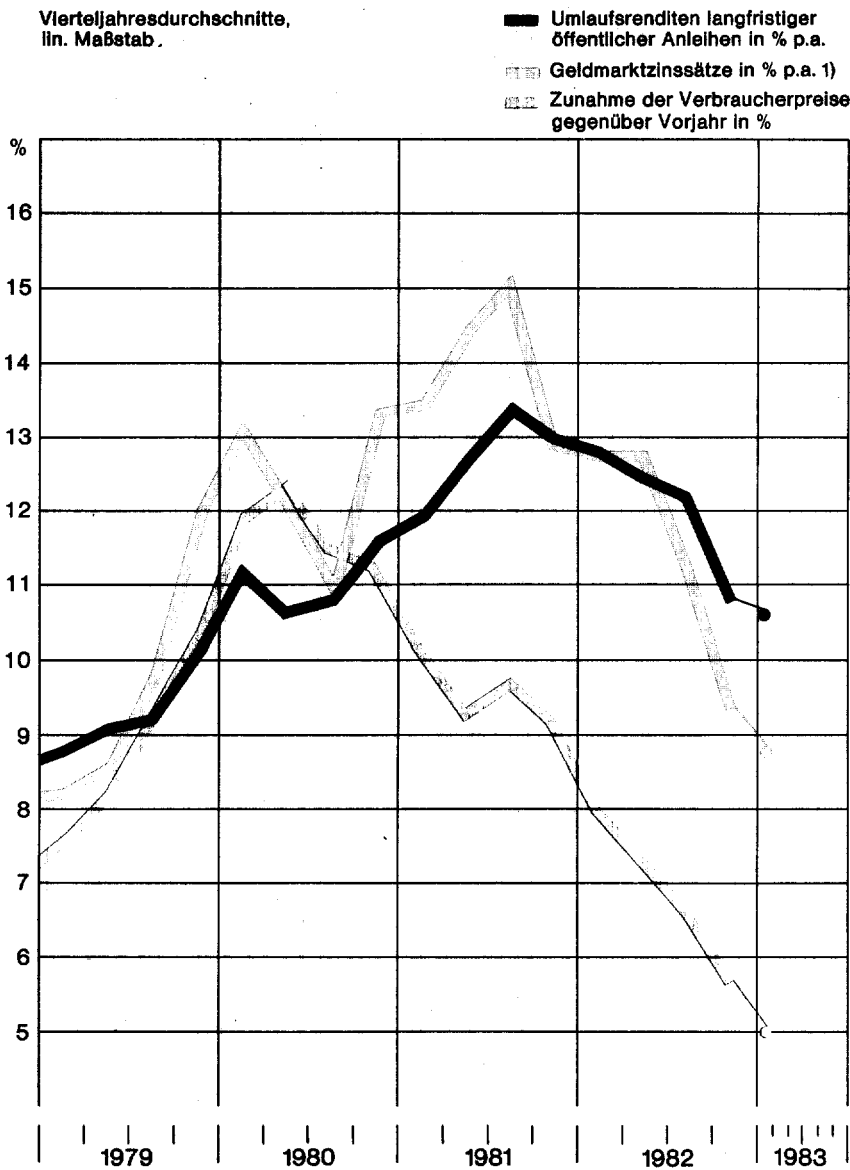
Besonders die seit langem zu beklagende Enge des Aktienmarktes erweist sich hier als ein Hemmnis, obwohl gerade die Aktie als Instrument der Kapitalbeteiligung ihre Vorzüge hat: Bei einem genügend großen Aktienmarkt erlaubt sie einerseits dem kapitalsuchenden Unternehmen eine breit verteilte Kapitalaufnahme, die seine Unabhängigkeit sichert; dem Anleger bietet die Aktie andererseits die Möglichkeit einer größeren Streuung seiner Risiken. Die Funktionsfähigkeit des Aktienmarktes zu verbessern, wie dies oft, zuletzt u. a. im jüngsten Gutachten des Sachverständigenrats, gefordert wurde, wäre auch hilfreich für die immer wieder ins Gespräch gebrachte verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital und am Ertrag von Unternehmen. Die in jüngster Zeit auf Grund der Ankündigung von Initiativen im Jahreswirtschaftsbericht 1983 der Bundesregierung wieder intensiv diskutierten Pläne haben auf lange Sicht freilich nur dann eine Erfolgchance, wenn solche Beteiligungen — wie immer sie technisch ausgestaltet werden — an Unternehmen erfolgen, die angemessene Erträge erwirtschaften und nicht mit zu großen Risiken behaftet sind. Dies setzt voraus, daß es gelingt, die wirtschaftlichen Rahmendaten zu verstetigen, um so den Investoren einen längerfristig gesicherten Erwartungshorizont zu bieten. Primär ist das eine Aufgabe der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der Beitrag, den die Bundesbank dazu leisten kann, besteht darin, den Geldwert und damit die wichtigste Dispositionsgrundlage der Wirtschaft stabil zu halten.

Verbesserung der Ausstattung mit Risikokapital durch Verbreiterung des Aktienmarktes

### 1. Zur Lage der Weltwirtschaft

- Anhaltende Rezession und steigende Arbeitslosigkeit . . .
- In der Weltwirtschaft dominierten 1982 weiterhin kontraktive Kräfte. Die OECD-Länder mußten sogar einen leichten Rückgang ihres realen Sozialprodukts hinnehmen, nachdem sich das Wirtschaftswachstum bereits 1980/81 beträchtlich abgeschwächt hatte. Die Arbeitslosigkeit stieg deshalb weiter. In nahezu allen Ländern erreichte sie besorgniserregende Ausmaße, um so mehr, als nun auch die Zahl der Erwerbstätigen im gesamten OECD-Raum erstmals abnahm. In früheren Jahren hatte die Zahl der angebotenen Arbeitsplätze immer noch zugenommen, wenngleich der Zuwachs an Arbeitsplätzen mehr und mehr hinter der Zahl der neu ins Berufsleben drängenden Personen zurückgeblieben war. Das weitere Erlahmen der Wirtschaftstätigkeit war zum Teil die unvermeidliche Begleiterscheinung der Inflationsbekämpfung. Der besonders starke Anstieg der Arbeitslosigkeit ist aber auch darauf zurückzuführen, daß hohe Reallöhne und eine unbefriedigende Ertragslage der Unternehmen ebenso investitionshemmend wirkten wie die gestiegene Beanspruchung der Kapitalmärkte durch den Staat. Zudem verspüren einige Wirtschaftszweige seit einiger Zeit verstärkt das Vordringen der industriellen Schwellenländer auf dem Weltmarkt. Nicht zuletzt hat die Überschuldung einer Reihe von Ländern, vor allem einiger lateinamerikanischer und osteuropäischer Staaten, dort zu einer abrupten Einschränkung der Einfuhren geführt und den Export der Industrieländer merklich gedämpft.
- . . . nur bei stabilitätsorientierter Politik dauerhaft überwindbar
- Trotz dieser schwierigen Lage haben Regierungen und Notenbanken der Industrieländer überwiegend an einer auf Stabilität gerichteten Wirtschaftspolitik festgehalten. Sie wurden hierin nachdrücklich durch internationale Institutionen wie IWF und OECD unterstützt. Dahinter steht die Überzeugung, aber auch die auf Grund bitterer Erfahrungen gewonnene Erkenntnis, daß ein wirtschaftlicher Aufschwung dauerhaft nur auf der Grundlage wiedergewonnener Geldwertstabilität zu erreichen ist. Jede Alternative zu einer stabilitätsorientierten Politik hätte die Industrieländer der westlichen Welt unweigerlich in noch größere wirtschaftliche Schwierigkeiten hineingeführt. Die Korrektur struktureller Fehlentwicklungen wäre weiter verschleppt worden, und letztlich hätte doch kein Weg an der Inflationsbekämpfung vorbeigeführt, mit dann um so größeren Rückschlägen für Wachstum und Beschäftigung. Länder, die glaubten, diese Erkenntnisse beiseite schieben zu können, haben erneut teures Lehrgeld bezahlen müssen.
- Sinkende Inflationsraten und rückläufige Zinsen
- Die bisherigen Anstrengungen sind gewiß nicht leicht gefallen, haben jedoch inzwischen Früchte getragen. Die Inflation ist in den meisten Ländern auf dem Rückzug. Im gewogenen Durchschnitt der Länder der Zehnergruppe verringerte sich die Teuerungsrate bis Ende letzten Jahres auf etwa 6% im Vorjahresvergleich und damit auf den niedrigsten Stand seit 1972, wobei die Vereinigten Staaten, Japan und Großbritannien besonders eindrucksvolle Erfolge erzielen konnten. Zugleich haben die Geld- und Kapitalmarktzinsen in den Industrieländern erheblich nachgegeben. Der Zinsabbau blieb allerdings in manchen Ländern merklich hinter den Fortschritten in der Inflationsbekämpfung zurück. Die Realzinsen — wenn man sie als langfristigen Zins nach Abzug der jährlichen Teuerungsrate mißt — nahmen daher im Durchschnitt der Industrieländer sogar zu und erreichten ein Niveau von über 5%. Dies macht freilich vor allem deutlich, wie tief verwurzelt die Inflationserwartungen noch immer sind und wie sehr ein Abgehen von einer stabilitätsorientierten Politik die Zinsen erneut in die Höhe treiben würde.
- Verteilungspolitische Zurückhaltung und Haushaltskonsolidierung weiterhin vordringlich
- Die weitere Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den Industrieländern verlangt vor allem verteilungspolitische Zurückhaltung. Jeder zusätzliche Verteilungsspielraum, der sich aus Produktivitätszuwächsen und verbesserten Austauschverhältnissen im Außenhandel eröffnen mag, muß zunächst die Ertragslage der Unternehmen wieder stärken. Die bisherigen Fortschritte in die-





\*) Gewogener Durchschnitt für die Länder der Zehnergruppe einschl. Schweiz; BSP-Gewichte.- 1) Überwiegend Zinssätze für Dreimonatsgeld.- Letzter Stand: Januar 1983.

ser Richtung reichen jedenfalls in den meisten Ländern noch nicht aus. Darüber hinaus bleibt es eine vordringliche Aufgabe fast aller Länder, ihre öffentlichen Haushalte zu konsolidieren und zugleich den investiven Ausgaben wieder Vorrang vor dem Verbrauch einzuräumen. Nur so können die Inflationserwartungen nachhaltig eingedämmt und größere Spielräume zur Finanzierung produktiver Investitionen gewonnen werden. Den Vereinigten Staaten fällt hierbei als führender Wirtschaftsmacht der Welt naturgemäß eine besondere Verantwortung zu.

Zu den Erfolgen im Anpassungsprozeß der Industrie- wie Entwicklungsländer gehören nicht zuletzt Entspannungen im Leistungsbilanzgefüge der Welt sowie der nun schon seit zwei Jahren anhaltende und sich neuerdings sogar beschleunigende Rückgang der Ölpreise. Einmal mehr zeigt sich eindringlich, wie sehr Disziplin, aber auch Vertrauen in die Kräfte des Marktes helfen können, selbst außergewöhnlich schwierige Situationen zu meistern. Die unverändert ernstesten Zahlungsbilanzprobleme der Entwicklungsländer unterstreichen allerdings, daß diese Länder weiterhin erhebliche Anstrengungen auf dem Weg zu

Beträchtliche außen- und energiewirtschaftliche Anpassungserfolge

befriedigenderen Wirtschaftsverhältnissen vor sich haben. Im vergangenen Jahr sind jedenfalls in vielen Ländern die Grenzen der Verschuldung als Mittel des Zahlungsbilanzausgleichs deutlich geworden. Wenn die daraus zu ziehenden Konsequenzen auch schmerzlich sind, scheint eine geordnete Korrektur der Wirtschaftspolitik in den Entwicklungsländern doch in Gang gekommen zu sein. Die Entwicklungsländer stehen mit dieser schwierigen Aufgabe durchaus nicht allein. Sie können sich bei der Durchsetzung einer besseren Kombination von Finanzierung und Anpassung auf Anstrengungen der Gläubigerbanken, eine verstärkte Zusammenarbeit der Notenbanken und nicht zuletzt auf zusätzliche Hilfen des von den währungsstarken Industrieländern und einigen ölexportierenden Staaten finanzierten IWF stützen. Man kann daher mit Recht hoffen, daß tiefgreifende Erschütterungen des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems vermieden werden können.

Wirtschaftliche  
Perspektiven  
nicht ungünstig

Wenn Industrie- wie Entwicklungsländer an der stabilitätsorientierten Linie ihrer Wirtschaftspolitik festhalten und sie dort, wo dies erforderlich erscheint, noch verstärken, kann die Welt der weiteren Wirtschaftsentwicklung zuversichtlich entgegenblicken, zumal erste Anzeichen einer Erholung erkennbar sind. Eine solche Zuversicht ist um so mehr gerechtfertigt, als der deutliche Rückgang der Ölpreise nicht nur die Zahlungsbilanzlage vieler Länder weiter erleichtert, sondern auch die private Binnennachfrage der ölimportierenden Länder stimulieren und damit ein erneutes Wachstum des Welthandels begünstigen wird. Deshalb haben sich auch die Aussichten dafür verbessert, daß es gelingt, die in letzter Zeit gewachsenen protektionistischen Strömungen, die eine Gesundung der Weltwirtschaft nur erschweren können, wieder einzudämmen und erneut die Kräfte des Freihandels zu stärken.

## 2. Das Leistungsbilanzgefüge der Welt

Abbau des OPEC-  
Überschusses

Die zweite Ölpreisschwelle hatte den Leistungsbilanzüberschuß der OPEC-Länder rasch bis auf 115 Mrd US-Dollar im Jahre 1980 ansteigen lassen. Schon 1981 war er auf etwa 65 Mrd US-Dollar gesunken und verschwand im vergangenen Jahr nahezu völlig. Dabei verminderte sich nun auch der Überschuß der Gruppe der bevölkerungsarmen Länder, zu denen Libyen, Saudi-Arabien und die kleineren Golfstaaten zählen. 1981 ging der Abbau des OPEC-Überschusses noch überwiegend zu Lasten der bevölkerungsreichen Länder mit entsprechend hohem Einfuhrbedarf, deren Leistungsbilanzen sogar bereits ins Defizit geraten waren. Die weitere Zunahme dieses Defizits im Jahre 1982 machte dagegen nur noch ein Sechstel der gesamten Verschlechterung der globalen Leistungsbilanz der OPEC-Staaten aus.

Hohe Absatz- und  
Erlöseinbußen im  
Ölexport

Absatz- und Erlöseinbußen im Ölexport der OPEC-Länder waren die wesentliche Ursache für die Verschlechterung ihrer Leistungsbilanzen. Dazu haben der sparsamere Einsatz von Öl und Ölprodukten in den Industrie- und Entwicklungsländern, aber auch eine rezessionsbedingte Dämpfung der Ölnachfrage beigetragen. Zudem spielten offenbar Witterungseinflüsse eine Rolle. Nach Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) ist der Ölverbrauch in den OECD-Ländern von seinem Höhepunkt im Jahre 1979 in den drei darauffolgenden Jahren um etwa 17% gesunken — bei einer jährlichen Abnahme um 7%, 6% und zuletzt 4½%. Die Nachfrage nach OPEC-Öl nahm sogar noch stärker ab als der laufende Verbrauch, da gleichzeitig die Ölvorräte in den OECD-Ländern abgebaut wurden und der Selbstversorgungsgrad in den Industrie- und Entwicklungsländern gestiegen ist. Dies alles setzte die Ölpreise auf den Spotmärkten erheblich unter Druck. Dem konnten sich die OPEC-Länder auf Dauer nicht entziehen. Ihr durchschnittlicher Rohölpreis auf Dollarbasis fiel von Anfang 1981, als er seinen bisherigen Höchststand erreicht hatte, bis Ende 1982 um rd. 5%, ehe die offiziellen OPEC-Preise in den ersten Monaten des laufenden Jahres nochmals gesenkt werden mußten. Die Einfuhrnachfrage der

<b>Leistungsbilanzsalden ausgewählter Länder und Ländergruppen</b>					
<b>Mrd US-Dollar</b>					
<b>Ländergruppe/Land</b>	<b>1978</b>	<b>1979</b>	<b>1980</b>	<b>1981</b>	<b>1982 5) p)</b>
<b>A. OECD-Länder</b>					
Sieben wichtigste Länder	+22	-10	-34	-2	-7
Vereinigte Staaten von Amerika	-15	-1	+2	+4	-8
Japan	+17	-9	-11	+5	+7
Kanada	-4	-4	-1	-5	+2
Bundesrepublik Deutschland	+9	-6	-16	-6	+3
Frankreich	+7	+5	-4	-5	-12
Großbritannien	+2	-2	+7	+13	+7
Italien	+6	+6	-10	-8	-6
Übrige Länder	-9	-17	-36	-29	-23
Insgesamt	+12	-28	-69	-31	-30
<b>B. OPEC-Länder</b>					
Bevölkerungsarme 1)	+16	+42	+93	+84	+30
Bevölkerungsreiche 2)	-11	+19	+23	-17	-28
Insgesamt	+5	+62	+115	+67	+2
<b>C. Sonstige Entwicklungsländer</b>					
Schwellenländer 3)	-12	-26	-39	-44	-35
Übrige Länder	-11	-12	-24	-29	-28
Insgesamt	-23	-38	-63	-73	-63
<b>D. Sonstige Nicht-OECD-Länder 4)</b>	-9	-4	-11	-10	-2
<b>E. Statistische Diskrepanz (Summe A – D)</b>	-15	-8	-27	-47	-93

**1** Katar, Kuwait, Libyen, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate sowie Nichtmitglied Oman. — **2** Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Nigeria, Venezuela. — **3** Länder, die 1979 ein Pro-Kopf-Einkommen von mindestens rd. 1500 US-\$ und einen Anteil des verarbeitenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt von mindestens 20% aufwiesen: Argentinien, Brasilien, Chile, Hongkong, Israel, Mexiko, Singapur, Taiwan, Uruguay, Südkorea. — **4** Staatshandelsländer (China, indochinesische Länder, Mongolei, Nordkorea, osteuropäische Länder, Sowjetunion), Jugoslawien, Malta, Südafrika. — **5** Die Angaben für die OECD-Länder berücksichtigen neuere Meldungen einzelner Länder. Das zusammengefaßte Defizit dieser Ländergruppe verminderte sich dadurch um etwa ein Viertel im Vergleich zu den letzten verfügbaren Schätzungen der OECD. Dementsprechend verringerte sich auch die Diskrepanz im statistisch erfaßten Leistungsbilanzgefüge der Welt. — **p** Vorläufig.  
Quellen: OECD, IWF und nationale Statistiken.

OPEC-Länder, die 1981 noch kräftig zugenommen hatte, wuchs dagegen im vergangenen Jahr kaum noch. Zwar haben Saudi-Arabien und einige kleinere Golfstaaten ihre Einfuhr weiter gesteigert. Die meisten anderen Länder konnten ihren Import jedoch zumindest real nicht mehr ausweiten, und einige mußten ihn angesichts rückläufiger Öleinnahmen sogar kräftig drosseln.

Dem Abbau des OPEC-Überschusses steht allerdings bisher keine statistisch nachweisbare Verbesserung bei den anderen Ländergruppen in entsprechender Höhe gegenüber. Das ausgewiesene Leistungsbilanzdefizit der OECD-Länder war 1982 nach den bisherigen Erkenntnissen kaum niedriger als im Vorjahr, und das zusammengefaßte Defizit der übrigen Ländergruppen verminderte sich ebenfalls nur wenig. Die Summe aller Leistungsbilanzsalden, die bei vollständiger und international gleichzeitiger Erfassung aller außenwirtschaftlichen Transaktionen Null ergeben müßte, wies deshalb für das vergangene Jahr nach den bisher verfügbaren Daten einen Defizitsaldo von nicht weniger als rd. 95 Mrd US-Dollar aus<sup>1)</sup>. Solche unverhältnismäßigen Lücken im statistisch erfaßten Leistungsbilanzgefüge der Welt beeinträchtigen natürlich die Aussagekraft der tatsächlich nachgewiesenen Leistungsbilanzsalden und ihrer Veränderungen von Jahr zu Jahr.

Aussagefähigkeit globaler Leistungsbilanzsalden stark beeinträchtigt

<sup>1</sup> Zu den Ursachen dieser Diskrepanz und ihrer Veränderungen siehe auch die Bemerkungen im Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1981, S. 59.

Leistungsbilanz-  
entwicklung der  
Industrieländergruppe  
möglicherweise am  
wenigsten statistisch  
gesichert

Soweit sich diese Diskrepanzen nachträglich klären und daher um einiges verringern, unterliegt dabei nach aller Erfahrung die zusammengefaßte Leistungsbilanz der OPEC-Länder noch den geringsten Korrekturen. Die beschriebene Veränderung in der Leistungsbilanzposition der OPEC-Staaten dürfte demzufolge die gewandelte Außenwirtschaftslage dieser Länder einigermaßen zutreffend widerspiegeln. Die globalen Leistungsbilanzschätzungen für die OECD-Länder könnten dagegen die Lage dieser Staatengruppe zu ungünstig darstellen, zumal in früheren Jahren stets ein enger spiegelbildlicher Zusammenhang zwischen der Leistungsbilanzentwicklung der OPEC- und der OECD-Länder festzustellen war. Diese Vermutung wird auch durch neuere Meldungen aus einzelnen Industrieländern unterstrichen, deren Leistungsbilanzen durchweg günstiger abschlossen, als bisher erwartet worden war. Überdies ist möglicherweise ein im Vergleich zu früher größerer Teil des Mißverhältnisses in der Leistungsbilanzentwicklung zwischen OPEC- und OECD-Ländern maßgeblich auf die zeitlich unterschiedliche Erfassung des Ölgeschäfts zurückzuführen. Insofern sind die Außenhandelsstatistiken nicht wirklich mangelhaft; sie bringen den rückläufigen Ölexport der OPEC-Länder in den Handelsbilanzen der Industrieländer nur mit entsprechender Verspätung zum Ausdruck. Tatsächlich hat sich auch die zusammengefaßte Handelsbilanz der Industrieländer nach den verfügbaren Angaben im Jahre 1982 nur wenig verbessert, während die Handelsbilanz der Ölexportländer sich etwa im gleichen Maße verschlechterte wie ihre Leistungsbilanz. Ein wirklich zutreffendes Bild der Leistungsbilanzentwicklung der Industrieländer insgesamt läßt sich deshalb an Hand der bisher vorliegenden Zahlen noch nicht gewinnen. Internationale Organisationen wie IWF und OECD sollten dies zum Anlaß nehmen, ihre Bemühungen um Aufklärung der übermäßig großen Lücken im statistisch erfaßten Leistungsbilanzgefüge der Welt weiter zu verstärken.

Erste, aber noch  
nicht ausreichende  
Anpassungs-  
fortschritte der  
Entwicklungsländer

Im Vergleich zu den Daten für die Industrieländer scheinen die verfügbaren Angaben über die Leistungsbilanzentwicklung der Entwicklungsländer die vorherrschenden Tendenzen einigermaßen richtig anzugeben. Jedenfalls haben diese Länder beim Abbau ihrer Leistungsbilanzdefizite auch nach den Feststellungen internationaler Stellen merkliche Fortschritte erzielen können. Dies zeigte sich insbesondere darin, daß die Leistungsbilanzdefizite trotz nochmals gestiegener Zinszahlungen für ihre kurz- und langfristigen Auslandsschulden verringert werden konnten. Diese Tendenzen gelten freilich nicht für alle Länder dieser Gruppe. In einigen besonders stark verschuldeten Ländern hat sich die finanzielle Situation erheblich verschlechtert, so daß es zu ernststen Finanzierungskrisen kam. Dabei spitzte sich die Lage Mitte vergangenen Jahres durch die Probleme Mexikos besonders zu — eines Landes, das zu den Entwicklungsländern mit wachsender eigener Ölproduktion und Ölausfuhr zählt und deshalb günstigere Voraussetzungen als viele seiner Nachbarländer zu haben schien, seine schwierige außenwirtschaftliche Lage zu meistern. Das Beispiel Mexiko zeigt somit deutlich, daß Rohstoff- und Ölreichtum allein dauerhaftes Vertrauen nicht gewährleisten, sondern daß dies auch auf der Fähigkeit dieser Länder beruht, durch eine angemessene Wirtschaftspolitik ihre Kreditwürdigkeit an den internationalen Finanzmärkten aufrechtzuerhalten. Deshalb wird das gegenwärtige Bemühen, die Finanzierungsschwierigkeiten zahlreicher Länder zu überwinden, nur Erfolg haben, wenn die betroffenen Länder eine Wirtschaftspolitik einleiten und durchhalten, mit der sie dem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht wieder näher kommen können. Der Internationale Währungsfonds kann sie hierbei unterstützen, indem er ihnen Mittel zur Überbrückung unvermeidlicher Zahlungsbilanzdefizite bereitstellt und dies mit wirtschaftspolitischen Auflagen verbindet, deren strikte Beachtung die erforderliche Anpassung in Gang bringt. Die Hauptanstrengungen müssen freilich die Schuldnerländer selbst auf sich nehmen. Sie müssen ihre Leistungsbilanzdefizite und damit ihren Finanzierungsbedarf auf ein Maß reduzieren, das mit ihrer Fähigkeit, Auslandsschulden zu bedienen, besser als bisher im Einklang steht.

Jedenfalls dürften die international tätigen Banken künftig kaum in der Lage und auch nicht bereit sein, die mit Leistungsbilanzdefiziten unvermeidlich verbundene Zunahme der Verschuldung einzelner Länder ähnlich großzügig wie in der Vergangenheit durch die Einräumung von Krediten zu ermöglichen.

### 3. Probleme und Aussichten der internationalen Finanzmärkte

Bereits 1981 hatten sich bei einigen Schuldnerländern die Grenzen der Kreditaufnahme auf den internationalen Finanzmärkten abgezeichnet. Im vergangenen Jahr nahm dann die Anzahl der Länder, deren Kreditwürdigkeit gelitten hat, rasch zu. Die wirtschaftlichen und innenpolitischen Schwierigkeiten Polens veranlaßten die westlichen Banken zunächst, kurzfristige Ausleihungen auch an andere osteuropäische Kreditnehmer teilweise nicht zu erneuern. Hiervon wurden insbesondere Rumänien und Ungarn betroffen. Im Jahresverlauf rückte diese Entwicklung jedoch etwas in den Hintergrund gegenüber den finanziellen Folgen des Falkland-Konflikts, der Argentinien weitgehend von zusätzlichen Auslandskrediten abschnitt. Noch größere Schockwellen gingen im August von der drohenden Zahlungseinstellung Mexikos aus; dieses Land war mittlerweile der größte Auslandsschuldner unter den Entwicklungsländern geworden. Es kam auch hier, ähnlich wie zuvor im Falle Polens, zu einem ausgeprägten Regionalisierungseffekt in dem Sinne, daß die Banken rasch die Kreditwürdigkeit anderer lateinamerikanischer Schuldnerländer ebenso in Frage stellten.

Verschuldungs-  
krisen in wichtigen  
Ländern . . .

Die Entwicklungsländer anderer Regionen, vor allem in Asien, sowie die Industrieländer wurden dagegen von der größeren Zurückhaltung der Banken nur am Rande betroffen. Einige konnten sogar verstärkt auf die internationalen Märkte zurückgreifen. Zwar gibt es auch im asiatischen Raum einige hochverschuldete Länder. Ihre Schuldendienstverpflichtungen stehen aber in einem besseren Verhältnis zu ihrer Exportkraft als in manchen lateinamerikanischen Ländern. Sie konnten zudem ihren Export in den vergangenen Jahren beachtlich steigern, nicht zuletzt auch auf Grund des intensiven Wirtschaftsaustausches innerhalb der asiatischen Region, und wurden deshalb von der Weltrezession wie der Vertrauenskrise auf den internationalen Finanzmärkten weniger getroffen.

. . . aber nicht in  
weltweitem Rahmen

Die Neuausleihungen kurz- und langfristigen Kapitals über die internationalen Kredit- und Anleihemärkte erreichten 1982 nach Abzug der Tilgungen einen Betrag von 150 Mrd US-Dollar; das waren rd. 40 Mrd US-Dollar weniger als im Jahr zuvor. Dieser Rückgang beruhte auf Einschränkungen bei den Bankkrediten. Die neu gewährten Kredite verringerten sich im Vergleich zu 1981 um über 60 Mrd US-Dollar auf einen Betrag von knapp 100 Mrd US-Dollar. Dadurch sank die jährliche Zuwachsrate der ausstehenden Bankkredite im Jahre 1982 auf weniger als 10%. Sie hatte 1981 noch rd. 20% betragen und lag in den Jahren davor sogar noch wesentlich höher. Gleichzeitig stieg allerdings das Volumen der Netto-Anleiheemissionen um rd. 20 Mrd US-Dollar.

Starker Rückgang der  
Neuausleihungen  
im kurz- und  
langfristigen Geschäft

Gemessen an den bereits vollständig vorliegenden Brutto-Zahlen für neu eingeräumte mittel- bis langfristige Eurokredite, die mit einigen Einschränkungen die Entwicklung der gesamten internationalen Bankkredite in ihrer Tendenz widerspiegeln, nahmen die OECD-Länder mit 55 Mrd US-Dollar etwas mehr Mittel als im Vorjahr in Anspruch. In der nachstehenden Tabelle ist zwar für 1981 mit 97 Mrd US-Dollar ein bedeutend höherer Betrag ausgewiesen. Er enthält jedoch Großkredite an US-Unternehmen — teilweise in der Form von Stand-by-Krediten — in Höhe von 50 Mrd US-Dollar, die im zweiten Halbjahr 1981 zur Übernahme von Unternehmen im Ölsektor gewährt worden waren und wegen ihrer Besonderheiten in dem erwähnten Vorjahresvergleich außer Betracht blieben. Im übrigen ist auch der Anstieg des Mittelaufkommens an den Anleihemärkten überwiegend privaten und öffentlichen Kreditnehmern in den OECD-

Vermehrte längerfri-  
stige Kredit- und  
Anleihegewährung an  
Industrieländer

<b>Internationale Kredit- und Anleihemärkte</b>					
<b>Mrd US-Dollar</b>					
Position	1978	1979	1980	1981	1982 p)
<b>A. Mittel- und langfristige Eurokredite 1)</b>	74,2	79,1	79,9	9) 145,9	98,9
Kreditnehmende Sektoren					
Öffentlich 2)	56,2	61,5	50,3	59,6	63,0
Privat	18,0	17,6	29,6	9) 86,3	36,0
Kreditnehmende Länder 3)					
OECD-Länder	35,8	29,1	41,2	9) 97,3	55,2
Sieben wichtigste Länder	23,2	12,9	23,4	9) 78,0	31,2
Sonstige Länder	12,6	16,1	17,8	19,4	23,9
OPEC-Länder	10,2	8,8	6,8	5,7	9,0
Sonstige Entwicklungsländer	24,0	32,8	27,8	40,4	32,4
Staatshandelsländer 4)	3,9	7,9	3,0	2,0	0,8
Übrige Länder 5)	0,3	0,5	1,1	0,4	1,5
<b>B. Internationale Anleihen</b>	37,5	38,9	39,4	48,8	71,5
Kreditnehmende Sektoren					
Öffentlich 2)	27,6	25,8	25,2	27,8	41,5
Privat	9,9	13,1	14,2	21,0	30,0
Kreditnehmende Länder 3)					
OECD-Länder	23,2	26,6	28,4	36,7	57,1
OPEC-Länder	1,9	0,4	0,2	0,3	0,3
Sonstige Entwicklungsländer	3,4	2,6	1,6	3,1	3,0
Übrige Länder	0,6	0,4	0,4	0,2	0,4
Internationale Organisationen					
Europäische	3,4	3,8	3,6	2,5	3,5
Sonstige	5,0	5,1	5,2	6,0	7,2
Emissionsformen					
Euro-Anleihen 6)	15,1	17,4	20,0	26,5	46,4
Traditionelle Auslandsanleihen 7)	20,7	20,0	18,0	21,3	25,1
Sonderemissionen 8)	1,6	1,6	1,4	1,0	—
Emissionswährungen					
US-Dollar	14,1	15,3	16,7	29,1	44,7
D-Mark	8,2	7,9	8,7	2,7	5,4
Schweizer Franken	7,6	9,6	7,6	8,4	11,4
Yen	4,8	3,0	2,1	3,3	3,9
Sonstige	2,8	3,1	4,2	5,3	6,1
<b>C. Insgesamt (A + B)</b>	111,7	118,0	119,4	9) 194,7	170,4

1 Öffentlich bekannt gewordene, meist von internationalen Bankenkonsortien neu eingeräumte, aber nicht notwendigerweise bereits in Anspruch genommene Kredite mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr, ganz überwiegend auf Rollover-Basis finanziert. — 2 Einschl. öffentlicher Unternehmen und Finanzinstitute sowie internationaler Organisationen. — 3 Zur Abgrenzung der Ländergruppen siehe Tabelle auf S. 57. Mittelaufnahmen von Ausländstöchtern sind dem Land mit Sitz der Muttergesellschaft zugeordnet. — 4 Einschl. RGW-Institutionen. — 5 Einschl. internationaler Organisationen. — 6 Von einem internationalen Bankenkonsortium begeben. — 7 Von einem nationalen Bankenconsortium in heimischer Währung begeben. — 8 Direktplazierungen bei Währungsbehörden und Regierungen. — 9 Enthält Großkredite an US-Unternehmen in Höhe von 50 Mrd US-Dollar, die in Zusammenhang mit der Übernahme anderer US-Gesellschaften, u. a. Conoco und Texasgulf, gewährt wurden, aber nur zum Teil zu zahlungsbilanzrelevanten Transaktionen geführt haben. — p Vorläufig. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.  
Quelle: OECD.

Ländern zugute gekommen. Insgesamt konnten die OECD-Länder 1982 ein Drittel mehr längerfristige Auslandsgelder über die Märkte aufnehmen als im Vorjahr. Die Liste der kreditnehmenden Industrieländer wurde angeführt von den USA mit gut 26 Mrd US-Dollar, gefolgt von Kanada und Frankreich mit jeweils 15 Mrd US-Dollar, Australien mit 8 Mrd US-Dollar und Japan mit 6 Mrd US-Dollar.

Aufschwung am  
Anleihemarkt  
vor allem durch Zins-  
senkungen

Der Zinsrückgang wirkte sich zum einen auf die Bereitschaft der Emittenten, sich langfristig und auch mehr zu festen Konditionen zu verschulden, günstig aus. Dabei konnten in beträchtlichem Umfang zuvor aufgenommene kurzfristige Kredite ersetzt und somit die Banken entlastet werden. Die Erwartung sinkender Zinsen hat zum anderen die Anlagebereitschaft der Investoren gefördert, die sich noch hohe Renditen sichern wollten. Das Mittelaufkommen im Dollarbereich wurde zudem durch die Stärke der amerikanischen Währung am Devisenmarkt begünstigt. Die führende Position des US-Dollars als internationale Emissionswährung kommt darin zum Ausdruck, daß sich sein Anteil an

den gesamten neu begebenen Anleihen auf 62% weiter vergrößert hat. Die D-Mark hielt nach dem Schweizer Franken mit einem Anteil von knapp 8% nach 6% im Vorjahr den dritten Platz, blieb jedoch weit hinter ihrer früheren Bedeutung als zweitwichtigste Anleihewährung zurück.

Als Folge sinkender Öleinnahmen haben auch die OPEC-Länder ihre längerfristige Kreditaufnahme 1982 verstärkt (brutto gerechnet um 3 auf 9 Mrd US-Dollar). Ihre Netto-Kreditaufnahme unter Einschluß kurzfristiger Mittel erhöhte sich sogar um rd. 6 auf 10 Mrd US-Dollar. Gleichzeitig griffen sie auf Bankeinlagen zurück. Ihre Netto-Forderungsposition gegenüber den westlichen Banken, die sich in den früheren Jahren ständig verbessert hatte, verschlechterte sich daher um nicht weniger als 25 Mrd US-Dollar.

Auch höhere  
Ausleihungen an  
OPEC-Länder

Den sonstigen Entwicklungsländern wurden dagegen brutto nur 32 Mrd US-Dollar nach 40 Mrd US-Dollar im Vorjahr an neuen längerfristigen Eurokonsortialkrediten zugesagt. Dabei war die Kreditgewährung im ersten Halbjahr 1982 mit 20 Mrd US-Dollar sogar etwas höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im zweiten Halbjahr 1982 verringerten sich die neu zugesagten Kredite dagegen auf nur noch 12 Mrd US-Dollar. Die Anleihemärkte spielten zudem für diese Länder weiterhin eine untergeordnete Rolle; seit August 1982 sind sie lateinamerikanischen Schuldnern praktisch verschlossen. Die gesamte zusätzliche Verschuldung der Entwicklungsländer im Jahre 1982, also unter Einschluß kurzfristiger Kredite und nach Abzug von Tilgungen, war auf der Basis der Vierteljahresstatistik der BIZ mit rd. 15 Mrd US-Dollar sogar wesentlich geringer als im Jahr zuvor, in dem sie noch um 40 Mrd US-Dollar zugenommen hatte. Von der gesamten Netto-Kreditaufnahme des letzten Jahres kam mit 12 Mrd US-Dollar der größte Teil den lateinamerikanischen Ländern zugute, mit Brasilien (6 Mrd US-Dollar) und Mexiko (5 Mrd US-Dollar) an der Spitze. Für die stärkere Dämpfung der neu gewährten Kredite an Entwicklungsländer war mithin der Umschwung im kurzfristigen Bereich entscheidend. Während in den beiden Vorjahren die kurzfristigen Bankkredite mit einer ursprünglichen Laufzeit von einem Jahr und darunter eine immer größere Bedeutung bei neuen Krediten an die hochverschuldeten Entwicklungsländer erlangt hatten, war die Entwicklung 1982 als Folge der extremen Zurückhaltung der Banken genau umgekehrt.

Stark gesunkene  
Neukreditgewährung  
an sonstige  
Entwicklungsländer

Rückblickend muß man in der starken kurzfristigen Kreditgewährung an die Entwicklungsländer wie auch an einige Staatshandelsländer einen der Hauptgründe dafür sehen, daß es 1982 zu so erheblichen Finanzierungsschwierigkeiten kommen konnte. Einerseits ist es diesen Ländern allzu leicht gemacht worden, ihre auf Grund ehrgeiziger Entwicklungsprogramme oder aus anderen Gründen überhöhten Einfuhren zu finanzieren. Teilweise wurde dadurch auch lediglich die Kapitalflucht erleichtert. Diese Politik wurde um so bedenklicher, je höher bereits die Auslandsschulden und die daraus resultierende Schuldendienstbelastung im Verhältnis zur Exportkraft des Landes gestiegen war. Andererseits lag ihr die — wie sich später herausstellte — irrtümliche Auffassung einiger Banken zugrunde, man könne bei drohender Gefahr aus den eingegangenen kurzfristigen Engagements risikolos aussteigen. Hierzu hat allerdings auch eine unzureichende Differenzierung der Zinsmargen nach den jeweiligen Länderrisiken beigetragen. Zum Teil war dies die Folge eines starken Wettbewerbs der in das Auslandskreditgeschäft drängenden Banken untereinander; aber auch kurzfristiges Prestigedenken der Schuldnerländer hat eine Rolle gespielt. Überdies haben manche Kreditinstitute zu wenig bedacht, daß sie durch Einräumung flexibler Zinsen zwar das Zinsänderungsrisiko größtenteils auf die Schuldner verlagern konnten, sich dadurch jedoch höheren Kreditausfallrisiken aussetzten. Als besonders problematisch erwiesen sich Interbankkredite, die von Banken des Schuldnerlandes über eigene Auslandsniederlassungen aufgenommen und ihrer Kundschaft häufig längerfristig zur Verfügung gestellt wurden. Soweit die kreditaufnehmenden Niederlassungen in „Offshore“-Finanz-

Verschuldungskrisen  
durch kurzfristige  
Kredite maßgeblich  
mitverursacht

zentren außerhalb des Berichtsgebietes der BIZ angesiedelt sind, fehlt es im Normalfall auch an jeglicher Transparenz.

Leistungsfähigkeit durch herkömmliche Schuldendienstquoten überzeichnet

Die ausgeprägte Verlagerung zu kurzfristigen Kreditformen hat die Verwundbarkeit gerade der hochverschuldeten Schwellenländer durch eine plötzlich verringerte Kreditbereitschaft der Banken und sonstiger Gläubiger stark erhöht. Diese Schwäche kommt bei der herkömmlichen Berechnung der Schuldendienstquote — des Verhältnisses der Schuldendienstzahlungen zu den Einnahmen aus dem Export von Gütern und Dienstleistungen — überhaupt nicht zum Ausdruck, da kurzfristige Fälligkeiten ausgeklammert bleiben. Nach Berechnungen des IWF stieg die Schuldendienstquote beispielsweise für die Entwicklungsländer ohne Ölexporture zwischen 1980 und 1982 von 18% auf 24% und für 20 Entwicklungsländer mit den größten Schuldendienstleistungen von 29% auf 38%. Bezieht man jedoch die kurzfristigen Schulden bei angenommener jährlicher Fälligkeit ein, so steigen die durchschnittlichen Quoten auf etwa das Doppelte, und für die lateinamerikanischen Länder erreichten sie 1982 sogar etwa 125%. Jede Vertrauenskrise wird unter diesen Umständen innerhalb kurzer Zeit die Zahlungsfähigkeit des betroffenen Landes in Frage stellen, zumal in manchen Ländern — wie das Beispiel Mexiko zeigt — noch eine beträchtliche Flucht privater Gelder hinzukommen kann.

Überwindung der Schwierigkeiten durch Zusammenarbeit der Hauptbeteiligten

Die Aussichten, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten auf den internationalen Finanzmärkten überwunden und die Stabilität des internationalen Bankensystems bewahrt werden können, hängen entscheidend von einer vertrauensvollen, aber selbstverantwortlichen Zusammenarbeit der vier Hauptbeteiligten ab, nämlich der Schuldnerländer und der Gläubigerbanken sowie der nationalen Währungsbehörden der größeren Industrieländer und der internationalen Institutionen. Dabei entfallen auf jede Gruppe besondere Aufgaben entsprechend ihrer spezifischen Verantwortung und ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse. Den international tätigen Geschäftsbanken, die für viele Entwicklungsländer mit höherem Pro-Kopf-Einkommen, insbesondere für die Schwellenländer, in den siebziger Jahren zu den wichtigsten Geldgebern geworden sind, fällt dabei eine beträchtliche Verantwortung zu. Sie können sich notwendigen Umschuldungen der von ihnen gewährten Kredite ebensowenig entziehen wie gewissen Aufstockungen ihrer Engagements, die freilich auf einer Zusammenarbeit mit dem IWF beruhen und somit letztlich nicht ohne wirtschaftspolitische Auflagen zur Verfügung stehen sollten. Die Schuldner gerieten sonst trotz eigener Anstrengungen in eine ausweglose Lage. Ohne die Bereitschaft, fällige Kredite umzuschulden und ihre Engagements aufzustocken, müßten die Banken sogar um die laufenden Zinszahlungen fürchten. Für die Bewertung der ausstehenden Kreditforderungen würde dies erhebliche Konsequenzen nach sich ziehen.

#### **4. Zur Rolle des IWF und anderer internationaler Institutionen in der gegenwärtigen Lage**

IWF als Katalysator internationaler Finanzhilfen

Die Finanzierungs- und Anpassungsprobleme vieler Länder führten im vergangenen Jahr dazu, daß internationale Stellen in besonderer Weise in die Krisenbewältigung eingeschaltet wurden. Das schlug sich bei einigen auch in einer erheblichen Ausweitung ihrer Geschäftstätigkeit nieder. Vor allem der IWF hat in den vergangenen Monaten angesichts drohender oder akuter Zahlungsschwierigkeiten einer Reihe von Mitgliedern als Koordinator der finanziellen Stützungsoperationen der Regierungen, multilateralen Institutionen und Geschäftsbanken dazu beigetragen, ein Ausufernde der Verschuldungskrisen großer Entwicklungsländer in eine globale Bankenkrise zu verhindern. Indem er in besonders problematischen Fällen die Einigung der Gläubiger über ein realistisches Umschuldungspaket einschließlich ausreichender Zusagen neuer privater Kredite zur Vorbedingung für ein von ihm mitfinanziertes Sanierungsprogramm machte, bot er den Banken einen vernünftigen Ausweg aus einer ver-



fahrenen Situation, so daß an den internationalen Finanzmärkten wieder mehr Ruhe einkehrte. Dabei spielte eine wesentliche Rolle, daß sich die jeweiligen „Problemländer“ gleichzeitig durch die mit dem Fonds ausgehandelten Sanierungsprogramme zu weitreichenden Anpassungsanstrengungen verpflichteten. Solche durch Kredite des IWF unterstützten Vereinbarungen verbessern erfahrungsgemäß die internationale Kreditwürdigkeit eines stark verschuldeten Landes erheblich. Die Geschäftsbanken sind dann jedenfalls eher bereit, diesen Ländern zusätzliche Überbrückungskredite zu gewähren und fällige Altverbindlichkeiten umzuschulden. Diese Katalysatorfunktion des IWF ist besonders wichtig, da der Fonds in der Regel wegen seiner begrenzten Finanzmittel ohnehin nur einen Teil des gesamten Zahlungsbilanzbedarfs eines Mitgliedslandes decken kann. Wie die Notenbanken kann freilich auch der IWF den Geschäftsbanken die Verantwortung für ihre Kreditengagements nicht abnehmen. Seine Funktion muß sich auf neutrale Vermittlerdienste bei Umschuldungsverhandlungen und gewisse Finanzierungshilfen auf der Basis erfolgversprechender Sanierungsprogramme beschränken. Dies ergibt sich schon aus dem relativ kurzfristigen Charakter der ihm von den Währungsbehörden seiner Mitglieder zur Verfügung gestellten Subskriptionsmittel und Kreditlinien. Deshalb darf sich der Fonds weder von den Schuldnerländern noch von den Kreditinstituten zur Übernahme eines Teils der ausstehenden Verschuldung verleiten lassen; ebensowenig kann man erwarten, daß er einen länger anhaltenden Mittelbedarf befriedigt. Das würde ihn in den Bereich der Entwicklungsfinanzierung führen, für den andere Institutionen zuständig sind, die sich überdies ihre Mittel langfristig zu beschaffen haben.

Als Reaktion auf die massiven Zahlungsbilanzungleichgewichte nach der zweiten Ölpreisschwelle hatte der IWF bereits Anfang 1981 für eine beträchtliche Aufstockung der Ziehungsmöglichkeiten seiner Mitglieder gesorgt, die zunächst bis zum Inkrafttreten der Ergebnisse der 8. Allgemeinen Quotenüberprüfung zeitlich begrenzt wurde. Mit seinem im März 1981 gefaßten Beschluß über die „Politik des erweiterten Zugangs zu den Fondsmitteln“ (Enlarged Access) wurde den Mitgliedern — unter der Voraussetzung entsprechenden Zahlungsbilanzbedarfs — die Möglichkeit eingeräumt, in einem Zeitraum von drei Jahren pro Jahr maximal 150% ihrer Mitgliedsquote im Rahmen von Bereitschaftskreditvereinbarungen (Stand-by Arrangements) oder sogenannter Erweiterter Kreditvereinbarungen (Extended Arrangements) in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus können die Mitglieder — soweit sie die einschlägigen Ziehungsvoraussetzungen erfüllen — Hilfe aus der Fazilität zur kompensierenden Finanzierung von Exporterlösausfällen sowie aus der Buffer-Stock-Fazilität erhalten. Dieser beträchtliche Ziehungsspielraum ist seitdem fast ausschließlich von den ölimportierenden Entwicklungsländern genutzt worden, die durch die Ölverteuerung, die Weltrezession und die höheren Zinsen an den internationalen Finanzmärkten sowie durch die globale Zunahme des Handelsprotektionismus in besondere Schwierigkeiten gerieten. Nach der offensichtlichen Zahlungskrise Mexikos waren auch einige andere Entwicklungsländer wegen rasch gewachsener Zweifel an ihrer Solvenz und Kreditwürdigkeit gezwungen, mehr als bisher auf ihre IWF-Ziehungsmöglichkeiten zurückzugreifen.

Die Neukreditgewährung des IWF im Rahmen seiner verschiedenen Fazilitäten stieg im Jahre 1982 auf 7,4 Mrd SZR, während sich die Kredittilgungen gleichzeitig auf 1,8 Mrd SZR verminderten. Per Saldo erhöhte der Fonds dadurch seine zusätzlichen Ausleihungen im Vergleich zu 1981 um rd. 1 Mrd SZR auf 5,6 Mrd SZR. Die insgesamt ausstehenden Ziehungen in den Kreditfazilitäten erreichten damit Ende 1982 einen Betrag von 19,3 Mrd SZR. Wie die nachstehende Übersicht zeigt, kam es zu einem besonders starken Rückgriff auf die Sonderfazilität zur kompensierenden Finanzierung von Exporterlösausfällen und daneben erneut zu einer anhaltend kräftigen Inanspruchnahme der auf Strukturanpassung zielenden Erweiterten Fondsfazilität (Extended Fund Facility).

Nach beträchtlicher Kreditgewährung des Fonds im Jahre 1981 . . .

. . . weiterer Anstieg der Ziehungen im vergangenen Jahr

<b>Ziehungen und Tilgungen im Rahmen der IWF-Kreditfazilitäten</b>						
<b>Mrd SZR</b>						
Position	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Kredittranchen	2,9	0,4	0,9	1,8	3,4	2,5
Erweiterte Fondsfazilität	0,2	0,2	0,2	0,6	2,1	2,1
Kompensierende Fondsfazilität	0,2	0,6	0,6	1,0	1,2	2,6
Buffer-Stock-Fazilität	—	—	—	—	—	0,1
<b>Insgesamt</b>	<b>3,3</b>	<b>1,2</b>	<b>1,7</b>	<b>3,4</b>	<b>6,8</b>	<b>7,4</b>
Kredittilgungen	2,9	4,8	4,2	3,3	2,1	1,8
Netto-Ziehungen (Tilgungen: —)	0,4	—3,6	—2,5	0,1	4,7	5,6
Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. Quelle: IWF.						

Gleichzeitig gingen die Ziehungen in den regulären Kredittranchen, die an kürzerfristige Stabilisierungsprogramme gekoppelt sind, merklich zurück. Sie machten im Jahre 1982 nur etwa ein Drittel aller Ziehungen in den Kreditfazilitäten aus, nach rd. der Hälfte im Jahr zuvor.

Kreditzusagen teilweise wegen ungenügender Anpassung erloschen

Diese Angaben über den effektiven Beitrag des IWF zur Zahlungsbilanzfinanzierung der Entwicklungsländer im Jahre 1982 vermitteln aber nur einen Teileindruck von der gesamten Zahlungsbilanz- und Liquiditätshilfe des Fonds in diesem Zeitraum. Von großer Bedeutung für die Liquiditätslage vieler Fondsmglieder sind auch die vom IWF im Rahmen von Bereitschaftskreditvereinbarungen oder Erweiterten Kreditvereinbarungen bereits grundsätzlich zugesagten, aber aus verschiedenen Gründen noch nicht in Anspruch genommenen Kredite. Die Summe dieser noch offenen Kreditlinien betrug Ende 1982 rd. 11 Mrd SZR gegenüber 13 Mrd SZR per Ende 1981. Die Abnahme im letzten Jahr ist u. a. darauf zurückzuführen, daß Kreditlinien in Höhe von über 4 Mrd SZR erloschen sind. In einigen Fällen geschah dies auf Wunsch der Kreditnehmer, zu meist aber wegen Nichteinhaltung wirtschaftspolitischer Auflagen. Der hohe Betrag derartiger Streichungen wirft einerseits die ernste Frage auf, inwieweit Kreditnehmer des IWF willens oder in der Lage sind, die auf Zahlungsbilanzstabilisierung zielenden Auflagen des Währungsfonds einzuhalten. Er signalisiert andererseits zugleich, daß der IWF im Interesse des allgemein als notwendig anerkannten Anpassungsprozesses nicht bereit ist, ungenügende Eigenanstrengungen seiner Kreditnehmer hinzunehmen und dabei gleichzeitig seine eigene Glaubwürdigkeit aufs Spiel zu setzen.

Stärkung der Fondsliquidität durch Quotenerhöhung . . .

Die besonders seit dem vierten Quartal 1982 stark gestiegenen Kreditzusagen des IWF und die entsprechende „Vorbelastung“ seiner Eigenmittel sowie Refinanzierungslinien lassen eine baldige kräftige Aufstockung der IWF-Quotensumme wünschenswert erscheinen. Nachdem der Interimsausschuß des IWF-Gouverneursrats schon mehrfach den Grundsatz bekräftigt hatte, daß der Währungsfonds seine Ausleihungen auch künftig in erster Linie aus Eigenmitteln finanzieren soll, hat er bei seinem Treffen im Februar 1983 die Vorarbeiten für eine Aufstockung der IWF-Quotensumme weitgehend abgeschlossen. Die 8. Allgemeine Quotenüberprüfung wird demnach voraussichtlich zu einem Anstieg der IWF-Quotensumme von derzeit 61 Mrd SZR auf künftig 90 Mrd SZR, d. h. um gut 47%, führen. Diese beträchtliche Quotenaufstockung soll nach dem Willen des Interimsausschusses möglichst bis Ende 1983 in Kraft treten.

. . . und durch Aufstockung der AKV . . .

Auch nach der vorgesehenen Quotenerhöhung dürfte die Fondsliquidität größeren Belastungen ausgesetzt bleiben als in der Vergangenheit. Die Mitglieder der Zehnergruppe und die Schweiz haben daher im Frühjahr 1983 beschlossen, ihre Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) zugunsten des IWF von knapp 7 Mrd SZR auf 17 Mrd SZR (rd. 19 Mrd US-Dollar) aufzustocken. Gleichzeitig wurde vereinbart, daß die AKV künftig unter bestimmten Voraussetzun-

gen auch zur Finanzierung von IWF-Ziehungen von Nicht-Teilnehmern an den AKV in Anspruch genommen werden können. Die so modifizierten AKV sollen den Währungsfonds insbesondere in die Lage versetzen, auf solche Zahlungsbilanzkrisen großer Länder, die eine Gefährdung des gesamten Währungssystems darstellen, rasch und in angemessenem Umfang reagieren zu können. Schon in früheren Jahren hat der IWF mehrfach auf diese Refinanzierungslinie zurückgegriffen, zuletzt im November 1978 für eine Ziehung der USA in ihrer Reservetranche. Seine Verbindlichkeiten hieraus betragen Ende 1982 noch 0,8 Mrd SZR, wovon 0,6 Mrd SZR auf die Bundesbank entfielen.

Für die Finanzierung des Erweiterten Zugangs kann der IWF außerdem auf Kreditlinien zurückgreifen, die von der saudi-arabischen Währungsbehörde (SAMA), einer Notenbankgruppe unter Führung der BIZ sowie einigen weiteren Notenbanken eingeräumt wurden. Diese Refinanzierungszusagen in Höhe von 9,3 Mrd SZR (davon allein 8 Mrd SZR von der SAMA) waren Ende 1982 erst mit 2 Mrd SZR effektiv in Anspruch genommen, allerdings schon zum überwiegenden Teil durch Kreditzusagen des IWF gegenüber Mitgliedern belegt. Eine Aufstockung der Refinanzierungszusage der SAMA steht in Aussicht. Ferner wird die SAMA voraussichtlich dem IWF parallel zu den AKV mit den westlichen Industrieländern eine weitere Refinanzierungslinie eröffnen.

... sowie durch sonstige Refinanzierungslinien

Im vergangenen Jahr ist erneut der Gedanke diskutiert worden, der IWF solle sein stark expandierendes Aktivgeschäft teilweise auch an den internationalen Finanzmärkten refinanzieren. Ein solcher Schritt wäre nach den Statuten des Fonds möglich. Der IWF hat jedoch bislang aus guten Gründen davon abgesehen. Ein Rückgriff des IWF auf die internationalen Finanzmärkte würde über kurz oder lang nicht nur den Charakter des Fonds verändern — weg von einer Institution währungspolitischer Zusammenarbeit, hin zu einer Art Super-Eurobank —, sondern könnte auch die Mittelaufnahme des Fonds verteuern und ihn wahrscheinlich in starke Abhängigkeit von den Geschäftsbanken bringen. Besonders problematisch erscheint zudem, daß eine derartige Geschäftspolitik des Fonds die Kreditinstitute in steigendem Maße dazu veranlassen könnte, sich zugunsten relativ risikoloser Kredite an den IWF aus der gesamtwirtschaftlich notwendigen, aber risikoreichen Finanzierung der Entwicklungsländer zurückzuziehen. Der Interimsausschuß hat in dieser Hinsicht zuletzt im September 1981 bekräftigt, daß ein Rückgriff des Fonds auf die internationalen Finanzmärkte nur bei einer sonst nicht überbrückbaren ernsten Anspannung der Fondsliquidität in Betracht gezogen werden sollte.

Rückgriff des IWF auf die Finanzmärkte grundsätzlich unerwünscht

Da das Genehmigungsverfahren für umfangreiche Ziehungen auf den IWF erfahrungsgemäß einige Monate dauert und der Fonds seine Kredite in der Regel nur ratenweise nach Maßgabe erreichter Stabilisierungsfortschritte auszahlt, haben die Notenbanken der Industrieländer im vergangenen Jahr einigen großen „Problemländern“ unter Einschaltung der BIZ beträchtliche kurzfristige Überbrückungskredite zur Vorfinanzierung von IWF-Ziehungen eingeräumt. Diese „Feuerwehrhilfe“ war besonders dort gerechtfertigt, wo einer ernsten Gefährdung des internationalen Bankensystems vorgebaut werden mußte. Wie schon erwähnt, kann es bei derartigen Liquiditätshilfen nicht darum gehen, den Geschäftsbanken und sonstigen Kreditgebern das Ausfallrisiko für besonders gefährdete Engagements abzunehmen. Solche Hilfen lassen sich auch nicht beliebig wiederholen, weil dies die Bereitschaft zahlungsbilanzschwacher Länder, energische Anpassungsanstrengungen zu unternehmen und rechtzeitig Kreditverhandlungen mit dem IWF aufzunehmen, schwächen könnte. Schließlich setzen schon die kurzfristige Natur der Notenbankmittel und die erforderlichen Sicherheiten diesen Hilfsmaßnahmen Grenzen. Derartige Überbrückungskredite können daher allenfalls in besonders begründeten Ausnahmefällen gewährt werden, und ihre fristgerechte Ablösung durch den IWF oder auf andere Weise müssen von vornherein weitestgehend gesichert sein.

„Feuerwehrhilfe“ der BIZ

Neue Kofinanzierungsinstrumente der Weltbank

Auch die Weltbank hat sich verstärkt in die Bemühungen eingeschaltet, die Vertrauensbasis für eine weitere Kreditgewährung an Entwicklungsländer wieder zu festigen. Ihre Überlegungen führten Anfang 1983 zur Einführung neuer Kofinanzierungsinstrumente, die im wesentlichen eine unmittelbare Beteiligung der Bank an Kreditkonsortien mit Geschäftsbanken vorsehen. Dadurch dürften die Geschäftsbanken — so zumindest die Erwartung — an dem bevorzugten Gläubigerstatus der Weltbank partizipieren, was dem erhöhten Sicherheitsbedürfnis bei der privaten Kreditvergabe an Entwicklungsländer entgegenkommen sollte. Die Weltbank hofft, auf diese Weise ihre Rolle als Katalysator für private Mittelzuflüsse in die Entwicklungsländer erheblich auszubauen. Neben einem Eigenbeitrag von 500 Mio US-Dollar sollen mit Hilfe der neuen Kofinanzierungsinstrumente in einem zunächst auf zwei Jahre begrenzten Zeitraum zusätzliche private Mittel in Höhe von über 2 Mrd US-Dollar mobilisiert werden. Gleichzeitig beschloß die Weltbank, in nächster Zeit ihre Darlehensauszahlungen für Vorhaben mit vorrangiger Bedeutung für den Anpassungsprozeß zu steigern. Im laufenden Geschäftsjahr 1982/83, in dem größere Auswirkungen dieser Maßnahmen nicht mehr zu erwarten sind, dürfte der Ressourcentransfer aus Mitteln der Weltbank und ihrer Tochterorganisationen, der International Development Agency (IDA) und der International Finance Corporation (IFC), sowie aus privaten und öffentlichen Kofinanzierungsquellen etwa 22 Mrd US-Dollar erreichen, nach rd. 21 Mrd US-Dollar im vorangegangenen Jahr.

Finanzielle Möglichkeiten der Entwicklungsbanken eng begrenzt

Der Spielraum für weitergehende Initiativen der Entwicklungsbanken zur Überwindung der derzeitigen Verschuldungsprobleme ist allerdings eng begrenzt. So verbietet der entwicklungspolitische Auftrag dieser Institutionen, der auf einen Zeithorizont von 15 bis 50 Jahren angelegt ist, kurzfristige Finanzierungshilfen, die auch unter Berücksichtigung der Aufgabenabgrenzung gegenüber dem IWF diesem vorbehalten bleiben müssen. Hinzu kommt, daß die Entwicklungsbanken bereits bei der Finanzierung ihrer traditionellen Hilfen trotz wieder besserer Kapitalmarktbedingungen an Grenzen stoßen. Dabei treffen zusätzliche Kreditwünsche neuer Mitgliedsländer, erstmalige Kreditanträge anderer Mitglieder und ein erhöhter Kreditbedarf im Energiebereich auf verringerte Möglichkeiten wichtiger Geberländer, die konzessionären Fonds der Entwicklungsbanken wie auch deren Eigenkapital aus öffentlichen Haushaltsmitteln stärker zu dotieren. Diese ungünstigen Rahmenbedingungen wurden letztes Jahr durch ernste Finanzierungsprobleme der IDA akzentuiert. Mithin weisen die Zeichen bei den Entwicklungsbanken, insgesamt gesehen, eher auf finanzielle Konsolidierung ihrer traditionellen Aktivitäten. Dies bedeutet nicht, daß sie bei der Überwindung der derzeitigen Verschuldungsprobleme keine wichtige Rolle zu spielen hätten. Ihren wohl wirksamsten Beitrag zur Lösung der bestehenden Probleme können sie leisten, wenn sie im Rahmen der hergebrachten Kreditgewährung ihren Einfluß zur Durchsetzung einer stabilitätsgerechten Wirtschafts- und Entwicklungspolitik verstärkt geltend machen.

### 5. Entwicklung der Weltwährungsreserven

Erneuter Rückgang der globalen Währungsreserven durch Bewertungseinflüsse . . .

Die ausgewiesenen Brutto-Währungsreserven der IWF-Mitgliedsländer nahmen 1982 um etwa 28 Mrd US-Dollar ab. Damit setzte sich der 1981 erstmals beobachtete Rückgang der offiziellen Reservebestände verstärkt fort. Allerdings spielten dabei wie auch schon im Vorjahr niedrigere Bewertungsansätze eine wesentliche Rolle. Zum einen verminderten sich bei den EG-Ländern abermals die gegen Goldeinbringung in den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit (EFWZ) auf der Basis einer marktnahen Bewertung geschaffenen ECU-Guthaben, nachdem der Goldpreis zwischen den maßgeblichen Bewertungstichtagen weiter gefallen war. Zum anderen hielten die Werteinbußen der meisten Reservekomponenten gegenüber dem Dollar an. Die nicht auf den EFWZ übertragenen Goldbestände der EG-Länder sowie die Goldreserven der übrigen IWF-Länder sind in dieser Rechnung dagegen konstant mit 42,22 US-

Dollar je Unze Feingold bewertet, so daß sie nicht zu den erwähnten bewertungsbedingten Veränderungen der Gesamtreserven beitrugen.

Läßt man die aus Goldeinbringung in den EFWZ entstandenen ECU-Guthaben außer Betracht und bewertet die anderen Reservekomponenten zu konstanten Wechselkursen von Ende 1980, so vermindert sich der globale Reserveabgang des Jahres 1982 auf schätzungsweise 13 Mrd US-Dollar, also auf knapp die Hälfte des ausgewiesenen Rückgangs der Weltwährungsreserven. 1981 war dagegen der gesamte Bestandsrückgang bewertungsbedingt; nach Ausschaltung von Wertschwankungen hatten die Weltwährungsreserven sogar noch etwas zugenommen.

... und durch  
Reserveverwendung

Vor allem die Dollarbestände wurden im letzten Jahr stark abgebaut. Die Defizitländer lösten per Saldo offenbar hauptsächlich Eurodollaranlagen auf; die Anlagen ausländischer Währungsbehörden in den USA nahmen jedenfalls nach amerikanischen Statistiken gleichzeitig sogar etwas zu. Relativ stark gingen 1982 auch die Reserveanlagen in D-Mark zurück; zu konstanten Wechselkursen gerechnet, verminderten sie sich um schätzungsweise 4 Mrd US-Dollar. Dabei sank der Bestand ausländischer DM-Reserven im Jahresverlauf von 81 Mrd DM auf etwa 72 Mrd DM oder — umgerechnet zu laufenden Wechselkursen — von 36 Mrd US-Dollar auf etwa 30 Mrd US-Dollar (geschätzt an Hand der bis September 1982 verfügbaren Angaben). Der Anteil der D-Mark an den Weltdevisenreserven, der 1980 mit 13% seinen Höhepunkt erreicht hatte, fiel deshalb letztes Jahr um einen Prozentpunkt auf nur noch 10½% (Devisenreserven jeweils ohne auf Goldeinbringung in den EFWZ beruhende ECU-Guthaben).

Abbau der  
Reserveanlagen  
in US-Dollar  
und D-Mark

Merklich zugenommen haben demgegenüber die Reservepositionen im IWF, weil die verstärkte Inanspruchnahme des Fonds durch Defizitländer bei den Gläubigern, deren Währungen zur Finanzierung von IWF-Ziehungen dienten, entsprechende Reserveforderungen gegenüber dem Fonds entstehen ließ. Auf der Basis konstanter Wechselkurse von Ende 1980 belief sich der Anstieg der IWF-Positionen auf 5,3 Mrd US-Dollar, wobei hauptsächlich die Reserveforderungen der USA (+3 Mrd US-Dollar), Saudi-Arabiens (+1,5 Mrd US-Dollar) und der Bundesrepublik (+0,9 Mrd US-Dollar) zunahmen<sup>1</sup>.

Zunahme der  
IWF-Reserve-  
positionen

Der Gesamtrückgang der Brutto-Währungsreserven — also einschließlich bewertungsbedingter Bestandsveränderungen — verteilte sich auf alle großen Ländergruppen (eine vollständige Ausschaltung der bewertungsbedingten Veränderungen auf regionaler Basis wäre an Hand der bisher vorliegenden Daten nur schwer möglich und mit erheblichen Unsicherheiten behaftet). Mit einem Reserveverlust von 13 Mrd US-Dollar waren die OECD-Länder fast zur Hälfte an der Abnahme der Weltwährungsreserven beteiligt, wobei allerdings allein 7 Mrd US-Dollar auf dem goldpreisbedingten Rückgang der ECU-Guthaben der EG-Länder beruhen. Die offiziell ausgewiesenen Währungsreserven der OPEC-Länder verminderten sich um 10 Mrd US-Dollar, vor allem zu Lasten der bevölkerungsreichen Länder unter ihnen, die freilich immer noch über relativ hohe Reservebestände verfügen. Schließlich mußten die sonstigen Entwicklungsländer einen Reserverückgang von fast 9 Mrd US-Dollar hinnehmen; daran waren die sogenannten Schwellenländer mit über 7 Mrd US-Dollar beteiligt.

Reserverückgänge  
in allen großen  
Ländergruppen

Das erstmals beträchtliche Abschmelzen der Weltwährungsreserven wird besonders von vielen Entwicklungsländern neuerdings wieder verstärkt zum Anlaß genommen, die Zuteilung von Sonderziehungsrechten noch in der laufenden „Basisperiode“ zu fordern, um so die internationale Liquidität zu stärken.

Erneute SZR-Schaf-  
fung allein durch kurz-  
fristigen Reserverück-  
gang nicht gerechtfertigt

<sup>1</sup> Nach den Angaben in der Tabelle auf S. 64 betrug die Netto-Kreditgewährung des IWF im vergangenen Jahr 5,6 Mrd SZR oder 7,3 Mrd US-Dollar (entsprechend umgerechnet zum Wechselkurs von Ende 1980). Die Zunahme der IWF-Reservepositionen blieb vor allem deshalb deutlich hinter diesem Betrag zurück, weil der Fonds zur Finanzierung der Ziehungen auch Mittel verwandte, die ihm 1982 oder früher aus Subskriptions- und Zinszahlungen zugeflossen waren.

## Brutto-Währungsreserven der IWF-Mitgliedsländer \*)

Mrd US-Dollar

Reserveart/Ländergruppe	Bestand am Jahresende			Veränderung gegen Vorjahr	
	1980	1981	1982 p)	1981	1982 p)
<b>A. Reservearten</b>					
Gold 1)	40,2	40,2	40,1	- 0,0	- 0,1
Sonderziehungsrechte	15,1	19,1	19,6	+ 4,0	+ 0,5
IWF-Reserveposition	21,5	24,8	28,1	+ 3,3	+ 3,3
Devisen	378,5	354,7	323,2	-23,7	-31,5
ECU-Guthaben	63,7	50,2	41,3	-13,5	- 8,9
- gegen Gold	47,6	37,4	30,5	-10,2	- 7,0
- gegen US-Dollar	13,9	11,5	9,6	- 2,4	- 1,8
- aus sehr kurzfristiger Finanzierung	2,2	1,3	1,3	- 0,9	- 0,0
US-Dollar	201,2	192,0	(170,2)	- 9,2	(-21,8)
D-Mark	42,4	36,1	( 29,2)	- 6,3	(- 6,9)
Yen	11,8	12,3		+ 0,5	.
Schweizer Franken	9,5	8,3	( 6,4)	- 1,2	(- 1,9)
Pfund Sterling	8,8	6,6	( 5,7)	- 2,2	(- 0,9)
Französischer Franc	3,7	3,1	( 2,9)	- 0,6	(- 0,2)
Holländischer Gulden	2,8	2,7	( 2,2)	- 0,1	(- 0,5)
Nicht identifizierte Anlagen	34,6	43,4		+ 8,8	.
Reserven insgesamt	455,2	438,8	410,9	-16,4	-27,9
<b>Nachrichtlich:</b>					
1. Ohne durch Goldeinbringung geschaffene ECU-Guthaben 2)	411,2	405,0	384,1	- 6,2	-20,9
2. Nach zusätzlicher Ausschaltung wechsellkursbedingter Bewertungsänderungen 3)	411,2	418,8	405,8	+ 7,6	-13,0
Gold 1)	43,8	43,8	43,7	- 0,0	- 0,1
Sonderziehungsrechte	15,1	20,9	22,6	+ 5,9	+ 1,7
IWF-Reserveposition	21,5	27,2	32,5	+ 5,7	+ 5,3
Devisen	330,8	326,9	307,0	- 3,9	-19,9
darunter:					
D-Mark	42,4	41,6	( 37,7)	- 0,8	(- 3,9)
<b>B. Regionale Verteilung 4)</b>					
OECD-Länder	272,5	252,9	240,2	-19,6	-12,7
darunter:					
EG-Länder	160,8	136,5	122,2	-24,3	-14,3
Vereinigte Staaten von Amerika	26,8	30,1	33,9	+ 3,3	+ 3,9
Japan	25,7	29,2	24,4	+ 3,6	- 4,9
Kanada	4,0	4,4	3,9	+ 0,4	- 0,5
Bundesrepublik Deutschland	52,0	47,7	48,8	- 4,3	+ 1,0
Frankreich	30,8	25,7	20,0	- 5,1	- 5,7
Großbritannien	21,4	16,0	13,2	- 5,4	- 2,8
Italien	26,0	22,9	16,9	- 3,0	- 6,0
OPEC-Länder	94,9	95,7	85,8	+ 0,8	- 9,9
Bevölkerungsarme	44,2	50,5	48,0	+ 6,4	- 2,6
Bevölkerungsreiche	50,7	45,2	37,8	- 5,6	- 7,3
Sonstige Entwicklungsländer	76,0	71,2	62,6	- 4,8	- 8,6
Schwellenländer 5)	32,4	32,0	24,7	- 0,5	- 7,2
Übrige Länder	43,6	39,3	37,9	- 4,3	- 1,4
Restliche IWF-Mitgliedsländer	11,8	19,0	22,4	+ 7,2	+ 3,4
IWF-Länder insgesamt	455,2	438,8	410,9	-16,4	-27,9
<b>Nachrichtlich:</b>					
Ohne durch Goldeinbringung geschaffene ECU-Guthaben 2)	411,2	405,0	384,1	- 6,2	-20,9
darunter:					
OECD-Länder	228,5	219,1	213,3	- 9,4	- 5,7
EG-Länder	116,8	102,7	95,4	-14,1	- 7,3
Bundesrepublik Deutschland	39,8	38,3	41,3	- 1,5	+ 3,0
Frankreich	20,3	17,6	13,6	- 2,7	- 4,0
Großbritannien	19,0	14,2	11,7	- 4,8	- 2,5
Italien	17,4	16,4	11,7	- 1,0	- 4,7

\* Einschl. Schweiz. — Angaben in Klammern beziehen sich auf Stand von Ende September 1982 oder entsprechende Veränderung. — 1 Bewertet mit 42,22 US-\$ je Unze Feingold. — 2 Das den ECU-Guthaben zugrundeliegende

Gold wurde wieder den übrigen Goldbeständen zugerechnet. — 3 Berechnet zu Wechselkursen von Ende 1980. — 4 Zur Abgrenzung der Ländergruppen siehe Tabelle auf S. 57. — 5 Ohne Taiwan. — p Vorläufig.

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.  
Quellen: IWF und BIZ.

Ehe dies in Betracht gezogen werden könnte, müßte zunächst jedoch sichergestellt sein, daß die im IWF-Übereinkommen niedergelegten Voraussetzungen für einen Beschluß zugunsten einer Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten erfüllt sind. Dazu gehört vor allem der überzeugende Nachweis eines längerfristig voraussehbaren globalen Bedarfs an zusätzlichen Reserven, der nach Meinung einer ausreichenden Mehrheit auf diesem Wege befriedigt werden sollte. Die Entwicklung der Währungsreserven in einem abgelaufenen Jahr bietet dafür noch keine ausreichende Handhabe. Sich möglicherweise wieder beträchtlich vergrößernde Leistungsbilanzdefizite des Hauptreservewährungslandes USA könnten überdies dazu führen, daß nicht wenige Länder erneut ihre Dollarreserven aufstocken. Die Zuteilung von Sonderziehungsrechten fiel somit eventuell in eine Phase des erneuten Reservewachstums aus anderen Quellen. Im übrigen könnten durch eine künstliche Schaffung unkonditionierter Liquidität der Anpassungsdruck bei manchen Ländern in durchaus unerwünschter Weise verringert und somit die potentiellen Gefahren anhaltender außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte und ungelöster Verschuldungsprobleme nur vergrößert werden. Demgegenüber eröffnet die vorgesehene Erhöhung der IWF-Quoten um knapp 50% ab 1984 und der Refinanzierungslinien des Fonds im Rahmen der mit den Industrieländern bestehenden Allgemeinen Kreditvereinbarungen die Aussicht, daß die Bereitstellung ausreichender Mittel zur Überbrückung von Zahlungsbilanzdefiziten unter entsprechenden Auflagen die Gefahr einer liquiditätspolitischen Aufweichung des Anpassungsdrucks allmählich wieder vermindert.

## 6. Wechselkursentwicklung und Wechselkurspolitik

Das Wechselkursgefüge zwischen den wichtigen Währungen war auch 1982 stark in Bewegung. Zwar haben sich besonders in den großen Industrieländern — den Vereinigten Staaten, Japan, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland — einige Voraussetzungen für mehr Wechselkursstabilität verbessert. Dies reichte aber offenbar noch nicht aus, um an den Devisenmärkten größere Ruhe einkehren zu lassen. Zum Teil beruhte die anhaltende Wechselkursunruhe weiterhin auf Veränderungen der Zinsdifferenzen zum Dollar. Außerdem machten sich immer wieder außerhalb dieser Länder liegende Einflüsse bemerkbar und wirkten auf die Wechselkurse derjenigen Währungen ein, die für Anlageentscheidungen weltweit besonders geeignet erscheinen. Zu solchen Einflüssen zählten auch diejenigen, die von der Verschuldungskrise zahlreicher Entwicklungsländer ausgehen. Selbst angesichts weiterer Fortschritte im Bemühen um Wiedergewinnung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und größerer Geldwertstabilität in den einzelnen Ländern kann deshalb auf eine ausreichende Flexibilität der Wechselkurse derjenigen Währungen nicht verzichtet werden, die als internationale Transaktions-, Anlage- und Reservewährungen eine beträchtliche Rolle spielen.

Anhaltend starke Wechselkursverschiebungen

### a) Tendenzen der wichtigsten Währungen

Entgegen vielfachen Erwartungen schwächte sich der US-Dollar im Jahre 1982 nicht ab; vielmehr hat sich sein gewogener Außenwert weiter gefestigt. Nach dem Berechnungsschema der Bundesbank stieg der Außenwert des Dollars gegenüber den Währungen 23 wichtiger Handelspartner im Jahresdurchschnitt 1982 gegenüber dem Vorjahr um 10%. Er lag Ende letzten Jahres etwa auf dem Niveau, das schon im August 1981 für kurze Zeit erreicht worden war, und ist seitdem weiter gestiegen. Damit hat der Dollar seinen Außenwert von Ende 1972 merklich übertroffen und auch die durch das Washingtoner Währungsabkommen vom Dezember 1971 erlittenen Kursverluste ausgeglichen.

Weitere Festigung des US-Dollars

Die weitere Festigung des Dollars wurde zunächst durch den Wiederanstieg der amerikanischen Zinssätze und eine erneute Vergrößerung des Zinsgefälles

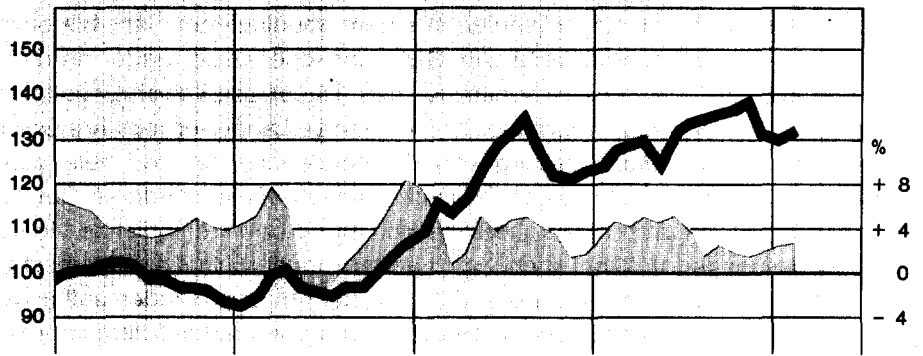
Kursanstieg bis in den Spätherbst

Zinsgefälle zum Ausland\*) und Wechselkurse des US-Dollars

Monatsdurchschnitte

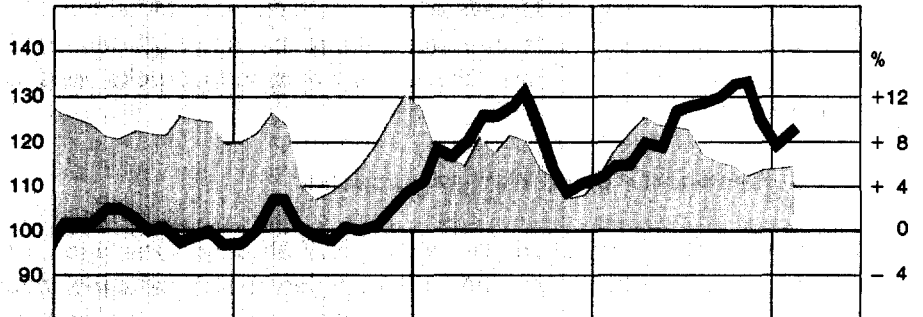
Bundesrepublik Deutschland

Zinsgefälle US-Dollar / D-Mark  
 D-Mark je US-Dollar  
 Ende 1978=100



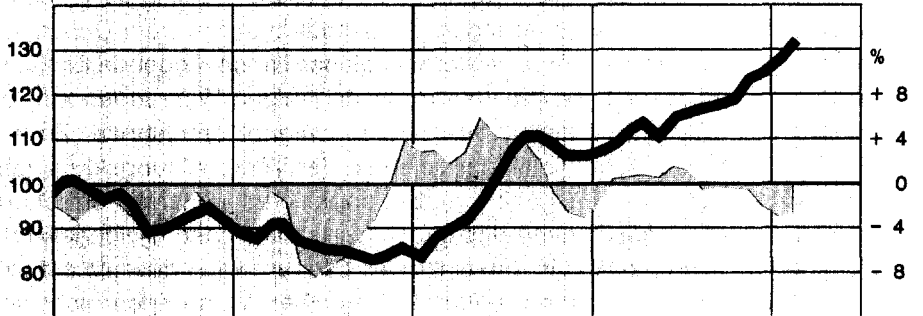
Schweiz

Zinsgefälle US-Dollar / Schweizer Franken  
 Schweizer Franken je US-Dollar  
 Ende 1978=100



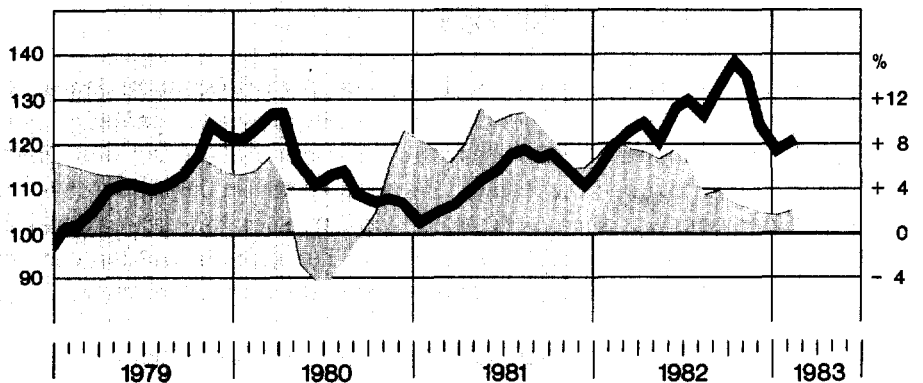
Großbritannien

Zinsgefälle US-Dollar / Pfund Sterling  
 Pfund Sterling je US-Dollar  
 Ende 1978=100



Japan

Zinsgefälle US-Dollar / Yen  
 Yen je US-Dollar  
 Ende 1978=100



\*) Gemessen an Geldmarktsätzen. USA: Depositenzertifikate mit drei Monaten Laufzeit; Bundesrepublik Deutschland: Dreimonatsgeld; Schweiz: Euro-Dreimonatsgeld; Großbritannien: Dreimonatsgeld; Japan: Jederzeit fällige Ausleihungen (call money).



zugunsten der USA gefördert. Der Dollar profitierte allerdings auch von einer Reihe anderer Einflüsse. Dazu gehörte eine bei Jahresbeginn noch überschüssige US-Leistungsbilanz; ihr kamen der rückläufige Ölpreis, eine konjunkturelle Importschwäche und weiterhin hohe Netto-Einnahmen aus Kapitalerträgen und sonstigen Dienstleistungen zugute. Überdies festigten anhaltende amerikanische Erfolge in der Inflationsbekämpfung das Vertrauen in den Dollar. Nicht zuletzt wurde der Dollar durch außerökonomische Unsicherheiten in der Welt begünstigt, wobei der Falkland-Konflikt nur ein Faktor unter mehreren war. Nach einer Stimmungsumschwung zu Lasten der US-Währung in der zweiten Aprilhälfte setzte der Dollar schon Ende Mai 1982 auf den Devisenmärkten zu einem neuen Aufschwung an, der auch anhielt, als die amerikanischen Zinsen ab Jahresmitte stark nachgaben und das Zinsgefälle zugunsten der USA merklich schrumpfte. Ursächlich für die erneute Festigung des Dollars waren einmal die aufgetretenen Spannungen im EWS. Zum anderen erwies sich die amerikanische Währung als weniger anfällig für Rückwirkungen der weltweiten Diskussion über problematische Kreditengagements der Banken aus ihren internationalen wie inländischen Geschäften. Neben anderen wirtschaftlichen und außerökonomischen Faktoren, die bis in den Herbst hinein überwiegend für den Dollar sprachen, enthielt auch die internationale Zinskonstellation Elemente, die dem Dollar trotz des geringer gewordenen Zinsgefälles zugute kommen konnten. Obwohl die amerikanischen Zinssätze erheblich nachgaben, blieben sie im Vergleich zu dem ebenfalls stark nachlassenden Inflationsdruck hoch. Manche Anleger könnten deshalb das amerikanische Zinsniveau weiterhin als attraktiv angesehen haben. Der Zinsvorteil des Dollars, der sich zwar nominal verkleinert hatte, aber nach Abzug der entsprechenden Unterschiede in den Inflationsraten eher gestiegen war, könnte Dollaranlagen in dem Maße begünstigt haben, wie sich Wechselkurserwartungen einseitig an Inflationsdifferenzen orientierten.

Mitte November 1982 begann der Dollarkurs wieder abzubröckeln, wobei die Entwicklung gegenüber den wichtigsten anderen Währungen freilich nicht einheitlich verlief. Diese seitdem vorherrschende Tendenz setzte ein, als amerikanische Schätzungen über eine voraussichtlich starke Verschlechterung der Handels- und Leistungsbilanz der USA für das Jahr 1983 bekannt wurden, nachdem schon die Handelsbilanz für das dritte Quartal 1982 sowie seit längerem bestehende Probleme im Handel mit Industriegütern in die gleiche Richtung gewiesen hatten. Zudem waren die Zinserwartungen für die USA gegen Ende letzten Jahres erneut stark nach unten gerichtet, hatte doch der Federal Reserve Board Anfang Oktober erkennen lassen, daß er ein Überschießen der geldpolitischen Ziele vorläufig aus technischen wie konjunkturellen Gründen tolerieren würde, und diese elastischere Linie durch Diskontsatzsenkungen im Oktober, November und Dezember noch unterstützt. Wegen gleichzeitiger Zinssenkungen europäischer Länder hatten sich hingegen die tatsächlichen nominalen wie realen Zinsdifferenzen nicht wesentlich verändert.

US-Dollar ab  
November 1982  
wieder schwächer

Von der zumeist vorherrschenden Stärke des Dollars wurde die D-Mark nicht mehr so stark wie in den Vorjahren und weniger als andere Währungen betroffen. Während der Durchschnittskurs des Dollars im Jahre 1981 bei DM 2,26 lag, stieg er 1982 auf DM 2,43. Dies entspricht einer Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar um 7%. Auf seinem Höhepunkt im November 1982 übertraf der Dollar mit einem Kurs von DM 2,59 den Höchststand des Vorjahres noch um zwei Pfennige. Die Bundesbank konnte der Dollarkursentwicklung freilich gelassener gegenüberstehen als zuvor. Zum einen gaben die internationalen Rohstoffpreise, die überwiegend in US-Dollar notiert werden, 1982 beträchtlich nach (auf Dollarbasis im Jahresdurchschnitt um rd. 10%), so daß in diesem wichtigen Teilbereich der deutschen Einfuhr von der Verteuerung des Dollars kaum preissteigernde Impulse ausgingen. Zum anderen erzielte die D-Mark gegenüber den meisten anderen Währungen deutliche Kursgewinne; ihr gewogener Außenwert stieg deshalb im Jahresdurchschnitt 1982 gegenüber dem Vor-

Außenwert der  
D-Mark trotz  
Abschwächung am  
Dollarmarkt  
beachtlich  
gestiegen

<b>Veränderungen der Netto-Auslandsposition der Deutschen Bundesbank durch Interventionen am Devisenmarkt und sonstige Devisenbewegungen*)</b>				
<b>Mrd DM</b>				
Zeitraum	Netto-Auslandsposition insgesamt	Interventionen		Sonstige Devisenbewegungen
		DM-Dollar-Markt 1)	Europäischer Währungsverbund bzw. EWS 2)	
1973				
April – Dezember	+ 6,6	- 0,4	+ 8,3	- 1,3
1974	- 1,6	+ 0,0	+ 0,2	- 1,8
1975	- 2,2	- 0,6	- 1,8	+ 0,3
1976	+ 8,9	+ 2,5	+ 17,0	- 10,6
1977	+ 10,5	+ 10,9	+ 1,5	- 2,0
1978	+ 20,1	+ 24,1	+ 7,9	- 11,8
1979	- 7,8	+ 7,3	+ 8,2	- 23,3
1980	- 25,4	- 18,3	- 10,5	+ 3,4
1981	- 3,2	- 21,5	+ 15,0	+ 3,3
1982	+ 3,2	- 6,6	+ 3,7	+ 6,2
Januar – Februar	- 2,1	- 1,5	- 0,6	- 0,0
März – Mitte Juni	+ 4,0	- 1,3	+ 4,4	+ 0,9
Mitte Juni – Dezember	+ 1,3	- 3,8	- 0,2	+ 5,3
1983				
Januar – Mitte März	+ 17,1	+ 0,4	+ 12,6	+ 4,1
Mitte – Ende März	- 7,2	- 0,0	- 7,8	+ 0,7
April 1973 – März 1983	+ 26,0	- 2,0	+ 57,0	- 29,0

\* Ohne Liquiditätsswaps, SZR-Zuteilungen und bewertungsbedingte Veränderungen. Erfaßt nach Datum des Geschäftsabschlusses, nicht nach Datum der Wertstellung; dadurch Abweichungen zu den Angaben in der Zahlungsbilanz möglich. – 1 Einschl. US-Interventionen. – 2 Einschl. DM-Interventionen anderer Notenbanken. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

jahr sogar um 6% und erreichte Anfang 1983 seinen bisher höchsten Stand. Wie an anderer Stelle dieses Berichts dargestellt, haben sich durch diese beiden Einflüsse die deutschen Terms of Trade im Durchschnitt des letzten Jahres erstmals seit 1978 wieder verbessert und somit den Abbau des Leistungsbilanzdefizits unterstützt. Die Netto-Dollarverkäufe der Bundesbank am Devisenmarkt einschließlich Termininterventionen verringerten sich daher im Jahre 1982 auf 3,2 Mrd US-Dollar gegenüber 9,4 Mrd US-Dollar 1981. Auch der deutsche Anteil an den gesamten Dollarinterventionen der an der Devisenmarktkonzertation beteiligten 15 Länder verminderte sich auf nur noch 4% im Jahre 1982 nach 14% im Jahr davor.

Starke Verfassung  
des Schweizer  
Franken

Zu den wenigen Währungen, gegenüber denen sich die D-Mark im Jahresdurchschnitt 1982 abschwächte, gehört neben dem Dollar vor allem der Schweizer Franken. Nach einer bereits kräftigen Kurssteigerung im Jahre 1981 legte die schweizerische Währung letztes Jahr gegenüber der D-Mark nochmals 4% zu. Dementsprechend hat der Schweizer Franken 1982 im gewogenen Durchschnitt gegenüber allen Währungen mehr an Wert gewonnen als die D-Mark. Seinen Höchststand gegenüber der D-Mark erreichte der Schweizer Franken im März 1982, als Währungsunruhen im EWS kurzfristige Geldzuflüsse nach der Schweiz förderten. Zudem wies die schweizerische Leistungsbilanz wieder beträchtliche Überschüsse auf, die ebenfalls zur Nachfrage nach Schweizer Franken beitrugen. Danach ist der Schweizer Franken gegenüber der D-Mark im wesentlichen infolge der internationalen Zinsentwicklung wieder merklich zurückgefallen. Angesichts nachlassender Inflation, anhaltender Konjunkturabschwächung und wechselkursbedingter Wettbewerbsnachteile hatte die Schweizerische Nationalbank durch liquiditätspolitische Maßnahmen einen starken Rückgang der Geldmarktzinsen zugelassen, der über die Zinssenkungen in den USA und in der Bundesrepublik hinausging. Bis April 1982 vergrößerte sich dadurch der Zinsabstand zum Dollar und zur D-Mark für Dreimonatsgeld auf gut zehn bzw. fünf Prozentpunkte. Da gleichzeitig die längerfristigen schweizerischen Zinssätze nachgaben, nahm auch der Kapitalexport kräftig zu. Überdies flossen zuvor hereingeströmte spekulative Auslandsgelder wieder ab.

Eine erneute Festigung des Schweizer Franken gegenüber der D-Mark um die Jahreswende 1982/83, die mit der jüngsten Schwächephase des Dollars in Zusammenhang stand, erwies sich als nicht dauerhaft.

Der gewogene Außenwert des Pfundes schwächte sich im Jahresdurchschnitt 1982 gegenüber dem Vorjahr nur wenig ab. Zwar verlor die britische Währung 13% im Verhältnis zum Dollar und damit fast doppelt soviel wie die D-Mark. Zahlreiche andere Währungen gaben jedoch gegenüber dem Dollar noch stärker nach, beispielsweise der französische Franc und die schwedische Krone, so daß das Pfund gegenüber diesen Währungen Kursgewinne erzielte. Die relative Stärke des Pfundes spiegelte vor allem den nachlassenden Inflationsdruck und die weiterhin stabilitätsorientierte Geldpolitik wider. Beachtliche Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung mögen auch dazu beigetragen haben. Wenn das Pfund dennoch wiederholt unter stärkeren Abgabedruck kam, dann zum einen wegen der insgesamt unverändert schwierigen Wirtschaftslage, die immer wieder Zweifel aufkommen ließ, ob der eingeschlagene Kurs durchgehalten werden könne, zum anderen wegen der für Großbritannien nunmehr eher weniger günstigen Perspektiven am Ölmarkt. Vorübergehend kam der Falkland-Konflikt als negativer Einfluß hinzu. Die Bank von England hielt mit nur relativ geringen Dollarabgaben am Devisenmarkt dagegen. Von größerer Bedeutung für das Pfund war, daß die britischen Zinsen letztes Jahr auf dem hohen amerikanischen Niveau blieben und in der zweiten Jahreshälfte sogar abermals darüber hinausgehoben wurden. Allerdings waren die Realzinsen dabei längst nicht so hoch wie in den USA, denn die britische Inflationsrate lag noch immer merklich über der amerikanischen. Als sich gegen Ende 1982 alle anderen wichtigen Währungen im Verhältnis zum Dollar wieder festigten, konnte das Pfund jedoch nicht mithalten. Es fiel weiter und unterschritt Anfang 1983 seinen historischen Tiefstand vom Oktober 1976. Der entsprechende Kursverfall gegenüber allen übrigen wichtigen Währungen ließ nunmehr auch den gewogenen Außenwert des Pfundes deutlich zurückgehen. Anhebungen der britischen Zinsen seit Ende November 1982 konnten dagegen nur wenig ausrichten.

Pfund gegen  
Jahresende zu-  
nehmend schwächer

Die Entwicklung des japanischen Yen stand letztes Jahr im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Grundtatbeständen Japans. Im Jahresdurchschnitt ging der gewogene Außenwert des Yen im Vergleich zum Vorjahr um 6% zurück, darunter gegen Dollar und D-Mark um 11% bzw. 5%. Ähnlich wie andere wichtige Währungen fiel der Yen gegenüber dem Dollar mit nur kurzen Unterbrechungen über ein Jahr lang, ehe sich ab November 1982 eine festere Tendenz durchsetzte. Demgegenüber war es Japan als einzigem Land gelungen, die Inflation auf eine durchschnittliche jährliche Rate von unter 3% zu drücken. Zudem hatte sich die schon seit 1981 wieder aktive Leistungsbilanz weiter verbessert. Nicht zuletzt wies Japan inmitten der Weltrezession ein noch immer beachtliches Wirtschaftswachstum bei vergleichsweise niedriger Arbeitslosigkeit auf. All dies reichte jedoch nicht aus, den Yen gegenüber einem hochverzinslichen Dollar, der bis zu acht Prozentpunkte höhere Renditen erbrachte, attraktiv zu machen. Zum Teil gründete sich die vorsichtige Einschätzung des Yen auf japanische Rückschläge im Export, wenngleich die sinkenden Rohstoffpreise dafür einen gewissen Ausgleich boten. Die Furcht vor einem besonders gegen Japan gerichteten Protektionismus mit seinen längerfristigen Konsequenzen für die japanische Leistungsbilanz mag hierbei mitgespielt haben. Zum anderen belasteten auch japanische Haushaltsprobleme. So kam es jedenfalls zu beträchtlichen Netto-Kapitalabflüssen, wobei steigende Kapitalexporte und rückläufige Kapitalimporte zusammenwirkten. Erst als sich das internationale Zinsgefälle gegen Jahresende stark verringerte, gerieten der Kapitalverkehr und mit ihm die Entwicklung des Yen wieder in normalere Bahnen.

Außergewöhnliche  
Schwäche des Yen ...

In der internationalen Diskussion wurde mitunter der Eindruck erweckt, als hätte Japan die Abschwächung des Yen bewußt herbeigeführt oder zumindest

... trotz japanischer  
Gegenmaßnahmen

nicht genug dagegen getan. Tatsächlich sind aber zur Verteidigung der japanischen Währung beträchtliche Devisenmarktinterventionen vorgenommen worden, die eine Abnahme der Devisenreserven von Januar bis Oktober 1982 um 5½ Mrd US-Dollar mit sich brachten. Zudem wurde der Kapitalexport durch verschiedene administrative Schritte der japanischen Behörden gedämpft. Bei einem durchschnittlichen japanischen Realzins von über 5% konnten Zinserhöhungen wohl kaum in Betracht gezogen werden. Aber auch schärfere Kapitalverkehrskontrollen mußten als ein untaugliches Instrument erscheinen. Sie hätten die gerade erst mühsam erreichte Liberalisierung des Kapitalverkehrs zu nichte gemacht und die Rolle behindert, die ein kapitalkräftiges Land wie Japan in der Weltwirtschaft grundsätzlich spielen sollte. Überdies hätten verschärfte Kontrollen des Kapitalabflusses wahrscheinlich den Kapitalimport entmutigt, der letztes Jahr ohnehin rückläufig war, und deshalb nur wenig zur Lösung des japanischen Kapitalbilanzproblems beitragen können.

#### b) Entwicklungen im Europäischen Währungssystem

Wiederholte  
Leitkursänderungen

Das Europäische Währungssystem war 1982 und in den ersten Monaten von 1983 stärkeren Spannungen ausgesetzt als im Jahr zuvor. Nachdem der belgische und luxemburgische Franc sowie die dänische Krone im Februar 1982 um 8½% bzw. 3% gegenüber allen anderen Verbundwährungen abgewertet worden waren, entstanden Befürchtungen, daß diesen Leitkursänderungen bald weitere Wechselkursverschiebungen folgen würden. Dabei richtete sich das Augenmerk auf den französischen Franc und die italienische Lira. Für solche Erwägungen sprach, daß sich die französischen Maßnahmen zur Konjunkturbelebung in einer merklichen Zunahme des Handelsbilanzdefizits niederschlugen, während höhere Investitionen und mehr Beschäftigung auf sich warten ließen. Die italienische Lira geriet in den Sog dieser Überlegungen, weil sich die Handelsbilanz Italiens zu Jahresbeginn ebenfalls stark verschlechtert hatte und die italienische Ausfuhr in den OPEC-Raum, die 1981 stärker als der entsprechende Export der meisten anderen Industrieländer gesteigert werden konnte, nunmehr mit empfindlichen Rückschlägen rechnen mußte. Außerdem blieb die Inflation in Italien weiterhin wesentlich höher als in allen wichtigen Partnerländern; hinzu kam, daß extrem hohe Defizite in den öffentlichen Haushalten die Hoffnungen auf eine schnellere Verminderung des Preisanstiegs erheblich dämpften. Der Druck auf das Kursgefüge im EWS führte zunächst zu hohen Devisenmarktinterventionen, die aber ein weiteres „Realignement“ der Wechselkurse im EWS nicht verhindern konnten. So wurden im Juni 1982 im Ergebnis die D-Mark und der holländische Gulden gegenüber der dänischen Krone, dem belgischen und luxemburgischen Franc sowie dem irischen Pfund um 4½% und gegenüber dem französischen Franc und der italienischen Lira um etwa 10½ bzw. 7¼% aufgewertet. Auch danach blieb die Lage im EWS labil. Die belgische, die französische und die italienische Währung kamen immer wieder unter deutlichen Abgabedruck, obwohl die eingeleiteten Stabilisierungsmaßnahmen Belgiens erste Erfolge brachten und die Inflationsdivergenzen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik angesichts der vorangegangenen Wechselkursänderungen ein neuerliches „Realignement“ nicht dringend nahezu legen schienen. Die Handelsbilanzentwicklung Frankreichs zeigte allerdings deutlich, daß dieses Land in ein wachsendes außenwirtschaftliches Ungleichgewicht geriet. Dies erzeugte erhebliche Spannungen im Währungsverbund und machte schließlich im März 1983 eine abermalige Anpassung der Wechselkurse im EWS unvermeidlich. Wie die nachstehende Tabelle zeigt, wurde die D-Mark gegenüber allen anderen Partnerwährungen aufgewertet, darunter gegenüber dem französischen Franc und der italienischen Lira um jeweils 8%.

Ursprüngliche  
Erwartungen  
enttäuscht

Neuordnungen der Wechselkurse gehören durchaus zu den wesentlichen Bestandteilen des Europäischen Währungssystems und sind deshalb im EWS-Abkommen ausdrücklich vorgesehen. Soweit die Konvergenz der Wirtschaftsents-

## Aufwertungen der D-Mark im EWS gegenüber den Partnerwährungen

### Veränderung des Leitkurses in %

Zeit	Belgi-scher und luxem-burgi-scher Franc	Däni-sche Krone	Franzö-sischer Franc	Hollän-discher-Gulden	Irisches Pfund	Italie-nische Lira	Ge-wogener Durch-schnitt 1)
24. September 1979	2,0	5,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,1
30. November 1979	—	5,0	—	—	—	—	0,2
23. März 1981	—	—	—	—	—	6,4	1,2
5. Oktober 1981	5,5	5,5	8,8	—	5,5	8,8	5,6
22. Februar 1982	9,3	3,1	—	—	—	—	1,9
14. Juni 1982	4,3	4,3	10,6	—	4,3	7,2	5,5
21. März 1983	3,9	2,9	8,2	1,9	9,3	8,2	5,5
Kumulativ seit Beginn des EWS	27,4	28,7	32,8	4,0	22,7	36,9	24,0

1 Geometrisch gemittelt mit Außenhandelsumsätzen (Ausfuhr plus Einfuhr) der Jahre 1978 bis 1980.

wicklung zwischen den Mitgliedstaaten nicht ausreichend gesichert ist, können sie helfen, Spannungen zwischen den Partnerwährungen abzubauen. Allerdings sollten Leitkursänderungen weder zu häufig vorkommen noch zu kräftig ausfallen, um die Glaubwürdigkeit des Systems nicht zu beeinträchtigen. In der Anfangsphase des EWS waren diese Bedingungen tatsächlich größtenteils erfüllt. Seit 1982 nahmen dagegen Häufigkeit und Ausmaß von Leitkursänderungen bedenklich zu. Überdies sahen sich die Mitgliedstaaten in steigendem Maße spekulativen Devisenbewegungen ausgesetzt, die umfangreiche Interventionen an den Devisenmärkten nach sich zogen und die Währungspolitik aller Mitgliedstaaten zunehmend erschwerten. Die Praxis des Wechselkursverbundes hat sich damit beträchtlich von den ursprünglichen Erwartungen entfernt.

Die Veränderung der Netto-Auslandsposition der Deutschen Bundesbank durch Interventionen im EWS gibt keinen vollständigen Aufschluß über den tatsächlichen Umfang, in dem andere Währungen gegenüber der D-Mark durch Interventionen gestützt wurden. Ausländische Notenbanken tätigen ihre DM-Interventionen häufig zu einem wesentlichen Teil derart, daß die Bundesbankposition davon nicht berührt wird. So stiegen die deutschen Währungsreserven im Jahre 1982 durch Interventionen im EWS lediglich um 3,7 Mrd DM (s. Tabelle auf S. 72). Davon entfallen 0,5 Mrd DM auf Interventionen der Bundesbank zur Stützung anderer Währungen und die restlichen 3,2 Mrd DM auf ausländische DM-Abgaben, die überwiegend durch Inanspruchnahme der sehr kurzfristigen Finanzierung des EWS abgewickelt wurden. Daneben haben ausländische Notenbanken weitere DM-Beträge im Umfang von zwei Milliarden verkauft, die aus Anlagen außerhalb der Bundesbank stammten oder an den internationalen Kreditmärkten aufgenommen worden waren. Außerdem war ein großer Teil der im letzten Jahr sehr hohen Dollarabgaben anderer Länder ebenfalls von der Absicht bestimmt, ein Abgleiten der jeweiligen Währungen im EWS-Kursband zu verhindern. Wengleich somit die Stützung anderer Währungen durch Interventionen im Jahre 1982 nicht gering war, hielt sich doch der Teil der Stützungsoperationen, der die Netto-Auslandsposition der Bundesbank und damit die Bankenliquidität in der Bundesrepublik beeinflusste, letztes Jahr in engeren Grenzen. Zudem standen diesen und anderen Devisenzuflüssen die bereits erwähnten Dollarabgaben gegenüber, so daß auch von den gesamten Auslands-transaktionen der Bundesbank im Jahre 1982 keine geldpolitisch störenden Einflüsse ausgingen. Dagegen beliefen sich die DM-Interventionen im EWS zugunsten anderer Währungen von Anfang 1983 bis zum letzten Geschäftstag vor der jüngsten Wechselkursneuordnung auf einen Betrag von nicht weniger als 16 Mrd DM, wovon 12½ Mrd DM für die Bundesrepublik liquiditätswirksam wur-

Erhebliche Interventionen

den. Freilich sind nach dem „Realignment“ bis Ende März von den liquiditätswirksam gewordenen Devisenzuflüssen rd. 8 Mrd DM wieder abgeflossen.

Verstärkte  
Konvergenz  
unausweichlich

Auf der Habenseite der währungspolitischen Zusammenarbeit in Europa läßt sich verbuchen, daß das Streben nach größerer Wechselkursstabilität es mancher Regierung wesentlich leichter machte, notwendige interne Anpassungsmaßnahmen innenpolitisch durchzusetzen. Im letzten Jahr wurden nicht zuletzt aus Rücksichtnahme auf den Währungsverbund einschneidende Restriktionsmaßnahmen in Belgien und Dänemark sowie gewisse wirtschaftspolitische Korrekturen in Frankreich vorgenommen. Im ganzen hat das seit nunmehr vier Jahren bestehende Europäische Währungssystem jedoch auch in dieser Hinsicht die mit ihm verknüpften Erwartungen bisher nicht erfüllt. Eine bessere Übereinstimmung der Wirtschaftsentwicklung in den Mitgliedstaaten bei größtmöglicher Preisstabilität — dies ist das Hauptziel des EWS und die Grundvoraussetzung dauerhaft stabilerer Wechselkurse — konnte noch immer nicht erreicht werden. Vor allem die Entwicklung der Preise, der öffentlichen Finanzen und der Leistungsbilanzen weist noch zu hohe Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten auf. Solange aber die Glaubwürdigkeit des EWS nicht durch größere Konvergenz der wirtschaftlichen Grundtatbestände überzeugend untermauert ist, wird auch der Wechselkursverbund immer wieder Belastungen ausgesetzt bleiben. Auch der Erfolg des jüngsten „Realignments“ wird deshalb letztlich nur gesichert sein, wenn es gelingt, nunmehr rasch größere Fortschritte auf dem Weg zu mehr Stabilität in allen Mitgliedstaaten zu erreichen.

Vereinbarung  
über ECU-Guthaben  
bis 1985 verlängert

In den fortbestehenden Divergenzen liegen nach wie vor die Haupthemmnisse für einen weiteren institutionellen Ausbau des EWS. In Übereinstimmung mit dem EG-Ministerrat haben sich daher die Notenbankgouverneure gegen Ende 1982 wiederum darauf beschränkt, die Vereinbarung über die Schaffung von ECU-Guthaben auf Grund vorläufiger Übertragung von Gold- und Dollarreserven auf den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit um weitere zwei Jahre bis März 1985 zu verlängern.

#### c) Wechselkursentwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit

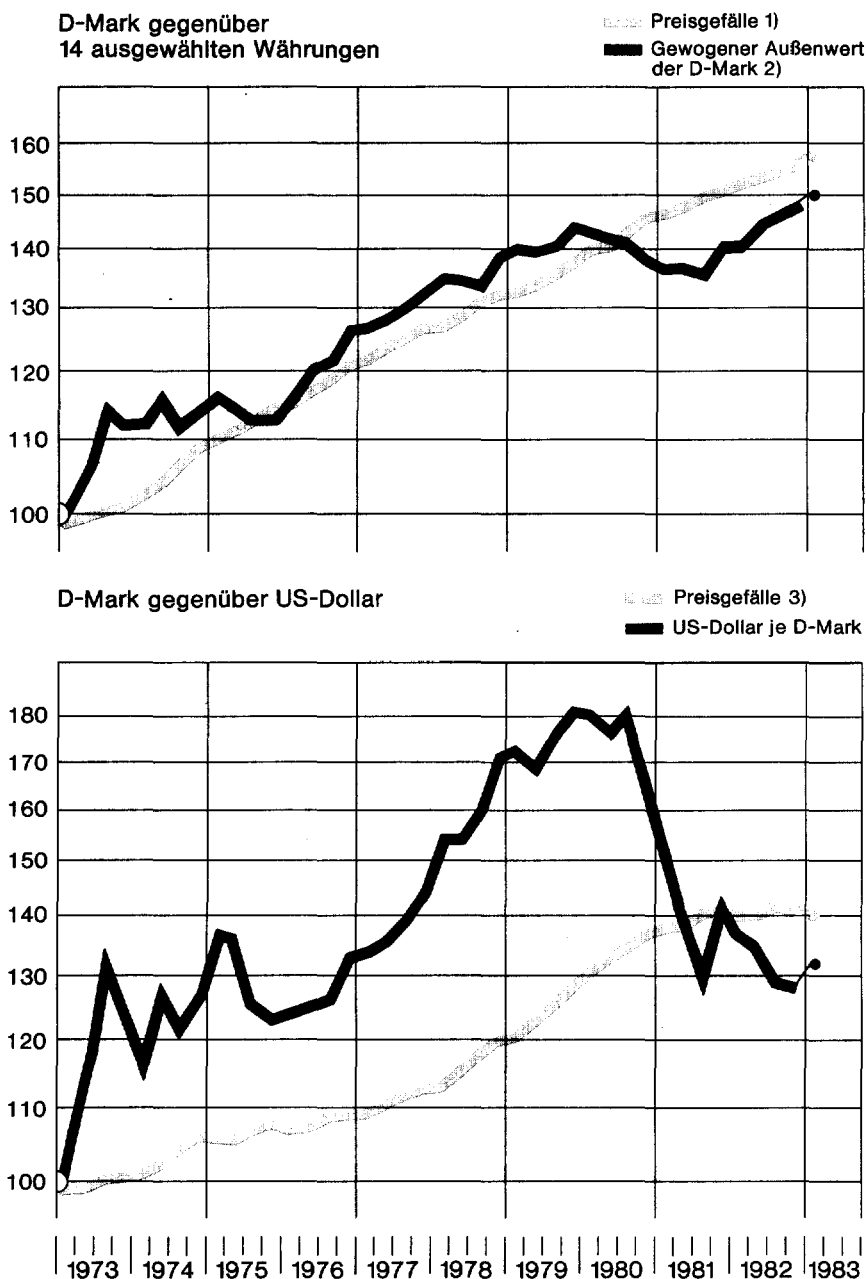
Deutsche Wett-  
bewerbsfähigkeit  
durch Stärke der  
D-Mark bisher  
wenig berührt

Die gewogene Aufwertung der D-Mark gegenüber den wichtigsten anderen Währungen ging 1982 im Vorjahrsvergleich nur wenig über das Maß hinaus, das dem stärkeren Anstieg der Preise im Ausland entsprochen hätte. Der reale Außenwert der D-Mark ist demnach nur leicht gestiegen. Andererseits blieb die Aufwertung der D-Mark, gemessen an den Wechselkursen von Ende 1972, noch um rd. sechs Prozentpunkte hinter dem gleichzeitig aufgelaufenen Inflationsgefälle zum Ausland zurück. Auch im Vergleich zum Dollar kann die D-Mark im Rahmen einer derart begrenzten Betrachtungsweise eher als niedriger bewertet gelten als Ende 1972. In beiden Fällen reflektiert dies vor allem die starke nominale DM-Abwertung der Jahre 1980/81, nachdem sich die D-Mark in den Jahren davor ständig aufgewertet hatte. Die jüngste Wechselkursentwicklung der D-Mark hatte deshalb keine wesentliche Beeinträchtigung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zur Folge. Wie schon an früherer Stelle dieses Berichts erwähnt, konnte der deutsche Export letztes Jahr seine Marktanteile auf den Weltmärkten behaupten. Auf der Basis von Dollarwerten kam die deutsche Industriegüterausfuhr mit einem Anteil von rd. 20% am Gesamtexport der Länder der Zehnergruppe wieder nahe an den hohen Stand des Jahres 1978 heran. Die Bundesrepublik ist damit vor den USA und Japan wieder der größte Exporteur von Industrieprodukten.

Hohe reale  
Abwertung des Yen

In Japan addierten sich letztes Jahr der Vorteil relativ niedriger Preissteigerungen und die gleichzeitige Abwertung des Yen zu einem beträchtlichen preislichen Wettbewerbsvorsprung für die japanische Industrie. Nach dem Berechnungsschema der Bundesbank fiel der reale Außenwert des Yen 1982 im Vor-

Dezember 1972=100; Vierteljahresdurchschnitte, log. Maßstab



1) Mit Außenhandelsumsätzen (Ausfuhr plus Einfuhr) geometrisch gewogener Durchschnitt der Verbraucherpreisentwicklung in 14 anderen Industrieländern im Verhältnis zur Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland.- 2) Geometrisch gewogener Durchschnitt gegenüber 14 anderen Industrieländern.- 3) Verbraucherpreisentwicklung in den Vereinigten Staaten von Amerika im Verhältnis zur Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland.- Letzter Stand: Februar 1983.

jahrsvergleich um immerhin 11%. Der japanische Export hat davon dennoch nicht wesentlich profitiert; er ging preisbereinigt sogar um über 10% zurück. Dies spiegelte einmal die Schwäche der Weltkonjunktur und die gedämpften Importe der OPEC- und sonstigen Entwicklungsländer wider. Hinzu kamen Einfuhrrestriktionen im Ausland und Selbstbeschränkungsabkommen; sie betrafen insbesondere den japanischen Automobilexport, auf den rd. ein Fünftel der Gesamtausfuhr Japans entfällt. Zum Teil waren solche Handelshemmnisse auch ein Reflex auf die starke Abschwächung des Yen. Die jüngste Ministertagung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) unterstrich deshalb zurecht, daß Fehlentwicklungen im Wechselkursbereich das Welthandelsystem empfindlich und längerfristig zum Nachteil für alle stören können. Sol-

che Probleme sind jedoch kaum von einem einzelnen Land im Alleingang zu lösen; sie verlangen vielmehr eine umfassende internationale Zusammenarbeit.

Auch erhebliche  
reale Abwertung  
des Pfundes

Auch Großbritannien konnte 1982 seine preisliche Wettbewerbsposition merklich verbessern, vor allem infolge der gegen Jahresende zu verzeichnenden starken Pfundabschwächung. Anders als im Falle Japans mag dies freilich in der Wirkung auf die Leistungsbilanz lediglich die geringeren Öleinnahmen ausgleichen helfen. Auf den Weltmärkten für Industrieerzeugnisse gehört Großbritannien jedenfalls zu denjenigen Ländern, die Marktanteile abgeben mußten. Dies zeigte sich auch in einer Verschlechterung der britischen Handelsbilanz mit Industriegütern, wenngleich sich diese Tendenz gegen Jahresende nicht mehr weiter fortsetzte.

Starke reale  
Aufwertung des  
US-Dollars

Die Vereinigten Staaten mußten dagegen im vergangenen Jahr auf Grund der Höherbewertung des Dollars die stärkste Einbuße an preislicher Wettbewerbsfähigkeit unter allen größeren Industrieländern hinnehmen. Der reale Außenwert des Dollars stieg nach dem Berechnungsschema der Bundesbank im Vorjahresvergleich um 8%. Wie sehr dies die amerikanische Wirtschaft belastete, manifestierte sich in wiederholten Klagen über den hohen Außenwert des Dollars und zeigte sich auch in der schon erwähnten Verschlechterung der US-Handelsbilanz.

#### d) Zu den Bestimmungsfaktoren der Wechselkursentwicklung

Bestimmte  
Einflüsse einzelner  
Faktoren nicht  
immer erwünscht

Die vorstehenden Darlegungen machen auch deutlich, wie schwierig es ist, zuverlässige Zusammenhänge zwischen der Entwicklung wirtschaftlicher Grundtatbestände und dem Trend des Wechselkurses einer Währung aufzuzeigen. Noch weniger lassen sich deshalb Wechselkursentwicklungen verlässlich vorhersagen. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß einzelne Bestimmungsfaktoren zeitweise merkbare Spuren in der Entwicklung des Wechselkurses einer Währung hinterlassen. Dies kann mitunter erhebliche unerwünschte Rückwirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung selbst haben. Wenngleich eine ausreichende Flexibilität der Wechselkurse notwendig ist, stellt sich daher doch die Frage, welchen Einflüssen auf den Wechselkurs auch beim Floating unter bestimmten Voraussetzungen entgegengewirkt werden sollte, sofern dies Erfolg zu versprechen scheint.

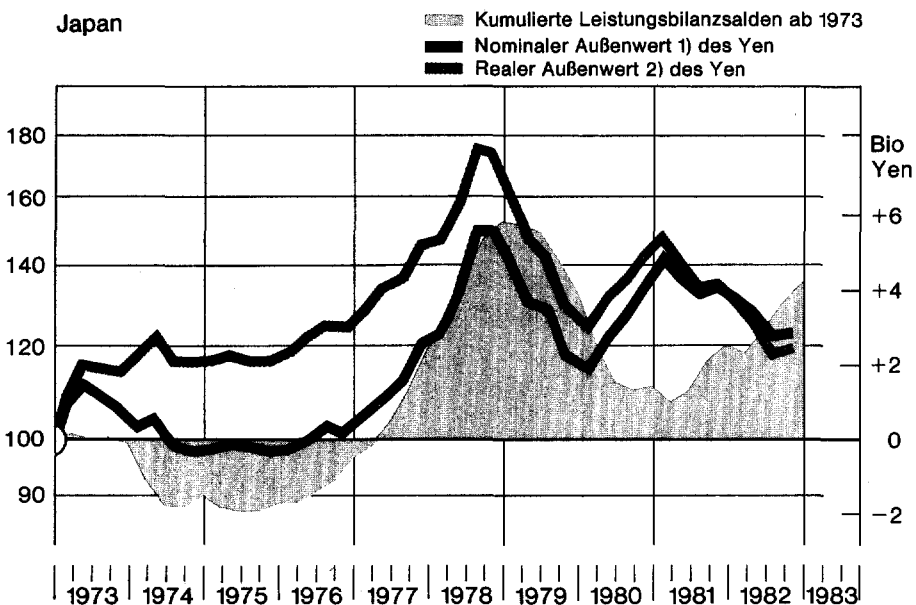
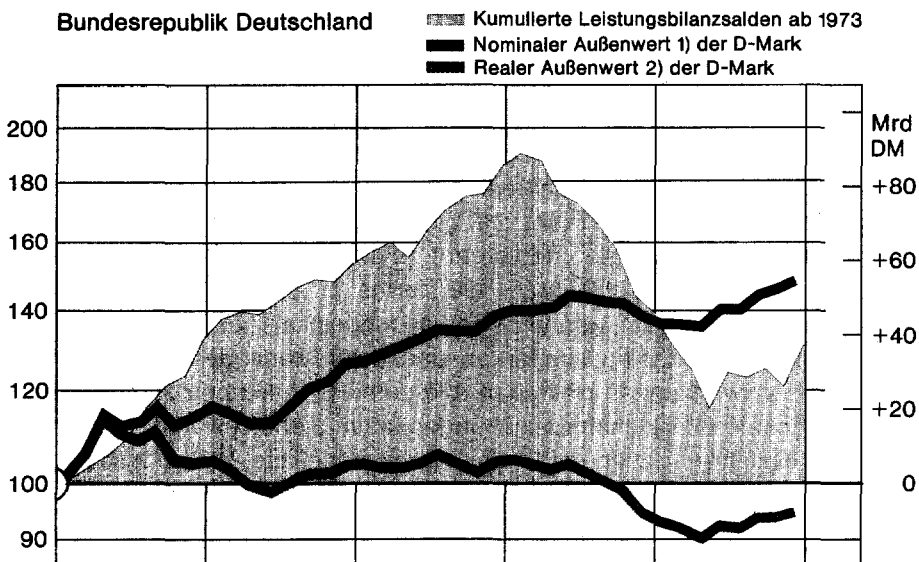
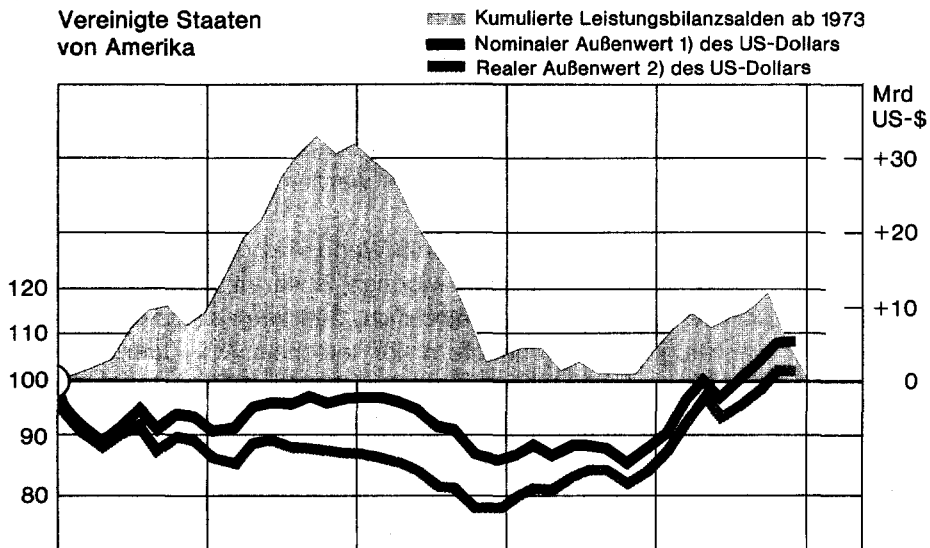
Längerfristiger Aus-  
gleich von Inflations-  
differenzen bei  
begrenzten zins-  
bedingten  
Wechselkurs-  
schwankungen  
erstrebenswert

Unbestritten ist, daß Wechselkursänderungen auf längere Sicht möglichst dem Trend des internationalen Preis- und Kostengefalles entsprechen sollten; nur so können sich die komparativen Kostenvorteile einzelner Länder und die vom internationalen Gütertausch ausgehenden Wohlfahrtseffekte voll entfalten. Die meisten Länder stimmen auch überein, daß sich zinsbedingte Abweichungen des Wechselkurses von einem solchen Grundtrend möglichst in Grenzen halten sollten. Viele Länder haben deshalb in ihrer Geldpolitik immer auch auf den Wechselkurs ihrer Währung Rücksicht genommen, und zwar um so mehr, je stärker das jeweilige Land in den internationalen Handels- und Zahlungsverkehr eingebunden ist. Solche geldpolitische Rücksichtnahme hat natürlich ihre Grenzen und kann überdies recht schwerfallen, zumal die internationale Zusammenarbeit nicht immer genügend dafür sorgt, daß die Anpassungslast gerecht verteilt wird. Gerade im Verhältnis zum Dollar sollten hier gewisse Fortschritte möglich sein, nachdem der Inflationsdruck weltweit und besonders in den USA selbst stark nachgelassen hat und damit die amerikanische Geldpolitik, die der wichtigste Hebel im Kampf gegen die Inflation war, etwas entlastet zu werden verspricht. Dabei braucht die grundsätzliche Linie der Geldpolitik keineswegs aufgegeben zu werden. Die Bundesbank ist beispielsweise im EWS stets bemüht, auf Belange ihrer Partner Rücksicht zu nehmen, soweit dadurch die Grundausrichtung der deutschen Stabilitätspolitik nicht gefährdet wird.



# Leistungsbilanzsalden und Wechselkursentwicklung

Vierteljahreswerte; Wechselkurse: Ende 1972=100, log. Maßstab



1) Gewogener Außenwert gegenüber 14 Industrieländern; geometrische Mittelung.- 2) Nominaler Außenwert bereinigt um Unterschiede in der Verbraucherpreisentwicklung.

- Einflüsse der Leistungsbilanzen . . . Um einiges schwieriger noch sind leistungsbilanzbedingte Wechselkursverschiebungen zu beurteilen. Seit Beginn des Floatings zählten die Entwicklung der Leistungsbilanzen und besonders die davon ausgehenden Erwartungen jedenfalls häufig zu den maßgeblichen Determinanten der Wechselkurse, wobei Verbesserungen der Leistungsbilanzen und Währungsaufwertungen ebenso Hand in Hand gingen wie Leistungsbilanzverschlechterungen und Abwertungen. Darin könnte sogar einer der Hauptgründe für längerfristige Abweichungen der Wechselkurse von ihrem durch internationale Preis- und Kostendiskrepanzen vorgezeichneten Grundtrend gesehen werden.
- . . . mitunter destabilisierend Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß die Wechselkurse neben binnenwirtschaftlichen Korrekturmaßnahmen eine wichtige Rolle im Anpassungsprozeß der Zahlungsbilanzen spielen müssen, also dazu beitragen sollen, Leistungsbilanzungleichgewichte abzubauen. Insofern können reale Auf- oder Abwertungen und entsprechende Veränderungen der preislichen Wettbewerbspositionen, mitunter auch als „Überschießen“ der Wechselkurse bezeichnet, ihre volle Berechtigung haben. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigte jedoch, daß die Wechselkurse häufig auch durch solche Leistungsbilanzungleichgewichte nachdrücklich beeinflußt werden, die zumindest teilweise auch ohne kräftige Mithilfe des Wechselkurses als reversibel gelten können. Der Nachfrage- oder Angebotsüberhang am Devisenmarkt, der sich allein aus dem Leistungsbilanzungleichgewicht ergibt, hat in solchen Fällen noch die geringste Bedeutung. Der Wechselkurs reagiert vielmehr vor allem auf Vermutungen über künftige Veränderungen der Leistungsbilanz oder auf die Bekanntgabe zurückliegender Ergebnisse. Dies bedeutet, daß Leistungsbilanzungleichgewichte hauptsächlich die Wechselkurserwartungen beeinflussen und von dorthin destabilisierende Kapitalbewegungen bewirken. Da Wechselkursverschiebungen ihrerseits zunächst einen sogenannten „perversen“ Effekt auf die Leistungsbilanz ausüben (Abwertungen verschlechtern die Terms of Trade und damit die Leistungsbilanz et vice versa), können sich Leistungsbilanz- und Wechselkursentwicklung leicht gegenseitig verstärken und damit zumindest zu erheblichen Wechselkursschwankungen beitragen, die zum Teil funktionslos und insoweit den internationalen Wirtschaftsbeziehungen kaum dienlich wären. Nicht zuletzt ist auch die Gefahr gegeben, daß Leistungsbilanzdefizite, Währungsabwertung und wechselkursbedingte Teuerungsanstöße in einen „circulus vitiosus“ münden, der die Wiedergewinnung stabiler binnen- wie außenwirtschaftlicher Verhältnisse außerordentlich erschweren kann.
- Unerwünschte Wechselkursbewegungen mit Interventionen allein nicht beherrschbar Die Währungsbehörden haben immer wieder versucht, übermäßigen Wechselkursveränderungen auch mit Interventionen an den Devisenmärkten entgegenzuwirken. Die Erfahrungen seit Beginn des Floatings zeigen jedoch, daß allein mit Interventionen der Wechselkurs einer Währung auf mittlere und längere Frist nicht wirksam beeinflußt werden kann. Auch müssen Interventionen dort ihre Grenze finden, wo sie — im Aufwertungsfall — wegen der damit verbundenen Liquiditätswirkungen die interne Stabilitätspolitik gefährden oder — im Abwertungsfall — Finanzierungsprobleme aufwerfen, wodurch die Schwäche einer Währung sogar noch akzentuiert werden kann.

Bankenaufsicht,  
kreditpolitische Regelungen,  
Regelungen des Devisen-  
und Währungsrechts

# I. Änderungen des Bankenrechts und Mitwirkung der Deutschen Bundesbank bei der Bankenaufsicht

82

Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute

Die Grundsätze gemäß §§ 10 und 11 des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG), nach denen die Angemessenheit des Eigenkapitals und die Liquidität der Kreditinstitute für den Regelfall beurteilt werden, lauten wie folgt:

**Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute vom 20. Januar 1969, geändert und ergänzt durch Bekanntmachungen vom 22. Dezember 1972, 30. August 1974 und 16. Januar 1980.**

(1) Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen gibt gemäß § 10 Abs. 1 Satz 3 und § 11 Satz 3 des Gesetzes über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961 (Bundesgesetzblatt I S. 881) — KWG — hiermit die im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank und nach Anhörung der Spitzenverbände der Kreditinstitute aufgestellten Grundsätze bekannt, nach denen es für den Regelfall beurteilt wird, ob das Eigenkapital eines Kreditinstituts angemessen ist und ob die Liquidität eines Kreditinstituts ausreicht (§ 10 Abs. 1, § 11 KWG).

(2) Überschreitet ein Kreditinstitut die in den Grundsätzen festgelegten Obergrenzen nicht nur geringfügig oder wiederholt, so ist in der Regel die Vermutung begründet, daß das Kreditinstitut nicht über das erforderliche Eigenkapital verfügt (Grundsatz I und Grundsatz Ia) oder daß seine Liquidität zu wünschen übrig läßt (Grundsätze II und III). Bei der Beurteilung der Angemessenheit des Eigenkapitals und der Liquidität eines Kreditinstituts können Sonderverhältnisse berücksichtigt werden, die — je nach Sachlage — geringere oder höhere Anforderungen rechtfertigen.

(3) Für öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten und Teilzahlungskreditinstitute sowie für Kreditinstitute, die ausschließlich Bankgeschäfte im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 7 und 8 KWG betreiben, gelten nur die Grundsätze I und Ia.

(4) Für Hypothekenbanken, die nicht von dem Recht des erweiterten Geschäftsbetriebes nach § 46 Abs. 1 des Hypothekendarstellungsgesetzes Gebrauch machen, Schiffspfandbriefbanken, Bausparkassen und Wertpapiersammelbanken gilt nur der Grundsatz Ia.

(5) Die Grundsätze finden keine Anwendung auf Kapitalanlagegesellschaften.

(6) Die Grundsätze in der Fassung vom 20. Januar 1969 werden erstmals für den Monat Januar 1969 angewandt. Die Bekanntmachung Nr. 1/62 des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 8. März 1962 (Bundesanzeiger Nr. 53 vom 16. März 1962) in der Fassung der Bekanntmachung Nr. 1/64 vom 25. August 1964 (Bundesanzeiger Nr. 161 vom 1. September 1964) wird hiermit aufgehoben.

## **Grundsatz I**

(1) Die Kredite und Beteiligungen eines Kreditinstituts abzüglich der Wertberichtigungen sowie abzüglich der passiven Rechnungsabgrenzungsposten aus Gebührenabgrenzung im Teilzahlungsfinanzierungsgeschäft sollen das 18fache des haftenden Eigenkapitals nicht übersteigen. Als Kredite sind anzusehen:

1. Wechsel im Bestand und Wechsel, die aus dem Bestand vor Verfall zum Einzug versandt worden sind,
2. Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden (einschließlich der Warenforderungen von Kreditinstituten mit Warengeschäft),

### 3. Eventualforderungen aus

- a) den Kreditnehmern abgerechneten eigenen Ziehungen im Umlauf,
- b) Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln,
- c) Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften und Gewährleistungsverträgen.

(2) Von den in Absatz 1 Satz 2 genannten Krediten sind die nachstehenden Kredite nur zur Hälfte zu berücksichtigen:

- 1. Langfristige Kredite, die als Deckung für Schuldverschreibungen dienen oder gegen Grundpfandrechte im Realkreditgeschäft im Sinne von § 20 Abs. 2 Nr. 1 und 4 KWG oder gegen entsprechende Schiffspfandrechte gewährt werden,
- 2. Forderungen an Kunden nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 2, soweit sie von inländischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts verbürgt oder von diesen in anderer Weise gesichert sind,
- 3. Eventualforderungen an Kunden nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 c,
- 4. Kredite nach Absatz 1 Satz 2 an ausländische Kreditinstitute.

(3) Kredite nach Absatz 1 Satz 2 an inländische Kreditinstitute (einschließlich der inländischen Zweigstellen ausländischer Unternehmen im Sinne von § 53 KWG und derjenigen Kreditinstitute, die inländische juristische Personen des öffentlichen Rechts sind) sind mit 20% zu berücksichtigen.

(4) Kredite an inländische juristische Personen des öffentlichen Rechts (ausgenommen Kreditinstitute) und an ein Sondervermögen des Bundes werden bei der Berechnung des Kreditvolumens nicht berücksichtigt.

#### **Grundsatz I a**

(1) Der Unterschiedsbetrag zwischen Aktiv- und Passivpositionen in fremder Währung sowie in Gold, Silber oder Platinmetallen (Edelmetalle), unabhängig von ihrer Fälligkeit, soll bei einem Kreditinstitut 30% des haftenden Eigenkapitals täglich bei Geschäftsschluß nicht übersteigen. Aktiv- und Passivpositionen im Sinne des Satzes 1 sind die folgenden Positionen, wenn sie auf fremde Währung oder auf Gold, Silber oder Platinmetalle in unverarbeitetem Zustand (d. h. ohne Erzeugnisse in diesen Edelmetallen) lauten:

##### **A. Aktivpositionen**

- 1. Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sowie Forderungen aus Währungskonten bei der Deutschen Bundesbank,
- 2. Wechsel,
- 3. Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen,
- 4. Wertpapiere, ausgenommen Aktien und sonstige Beteiligungspapiere,
- 5. Lieferansprüche aus Kassa- und Termingeschäften,

## 6. Bestände an

- a) Gold,
- b) Silber,
- c) Platinmetallen,

7. Ansprüche und Eventualanprüche auf Rückgabe von in Pension gegebenen Gegenständen der Aktivpositionen Nummern 1 bis 6, soweit diese Gegenstände nicht in diesen Aktivpositionen erfaßt sind;

## B. Passivpositionen

- 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Gläubigern,
- 2. Schuldverschreibungen,
- 3. eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf,
- 4. Lieferverpflichtungen aus Kassa- und Termingeschäften,
- 5. Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten auf Rückgabe von in Pension genommenen Gegenständen der Aktivpositionen Nummern 1 bis 6, soweit diese Gegenstände in diesen Aktivpositionen erfaßt sind.

Der Unterschiedsbetrag ergibt sich aus der Gesamtheit der getrennt nach Währungen und Edelmetallen ermittelten Salden aus den Aktiv- und Passivpositionen; dabei sind Beträge in verschiedenen Währungen und Edelmetallen nicht miteinander zu saldieren. Bei der Umrechnung von auf fremde Währungen lautenden Aktiv- und Passivpositionen in Deutsche Mark sind für die an der Frankfurter Devisenbörse amtlich notierten Währungen die Mittelkurse, für andere Währungen die Ankaufskurse im Freiverkehr zugrunde zu legen. Aktiv- und Passivpositionen in Gold sind nach der Notierung an der Frankfurter Goldbörse für 12,5 kg-Barren (1 kg = 32 Feinunzen) in Deutsche Mark umzurechnen. Für die Umrechnung von Aktiv- und Passivpositionen in Silber und Platinmetallen sind die Notierungen an der Londoner Metallbörse pro Feinunze maßgebend.

(2) Der Unterschiedsbetrag zwischen den Aktiv- und Passivpositionen in fremder Währung, die innerhalb eines Kalendermonats fällig werden, soll bei einem Kreditinstitut 40% des haftenden Eigenkapitals täglich bei Geschäftsschluß nicht übersteigen. Absatz 1 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend, soweit er sich auf Aktiv- und Passivpositionen in fremder Währung bezieht.

(3) Der Unterschiedsbetrag zwischen den Aktiv- und Passivpositionen in fremder Währung, die innerhalb eines Kalenderhalbjahres fällig werden, soll bei einem Kreditinstitut 40% des haftenden Eigenkapitals täglich bei Geschäftsschluß nicht übersteigen. Absatz 1 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend, soweit er sich auf Aktiv- und Passivpositionen in fremder Währung bezieht.

## Grundsatz II

Die Anlagen eines Kreditinstituts abzüglich der Wertberichtigungen in

- 1. Forderungen an Kreditinstitute und Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger,

2. nicht börsengängigen Wertpapieren,
3. Beteiligungen,
4. Anteilen an einer herrschenden oder mit Mehrheit beteiligten Gesellschaft,
5. Grundstücken und Gebäuden und
6. der Betriebs- und Geschäftsausstattung

sollen die Summe der nachstehenden langfristigen Finanzierungsmittel nicht übersteigen.

Als langfristige Finanzierungsmittel sind anzusehen:

1. das Eigenkapital,
2. die Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen) gegenüber Kreditinstituten und aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger,
3. 10% der Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen) aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern mit täglicher Fälligkeit sowie vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als vier Jahren,
4. 60% der Spareinlagen,
5. die umlaufenden und vorverkauften Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren,
6. 60% der umlaufenden und vorverkauften Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren,
7. 60% der Pensionsrückstellungen,
8. 20% der Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens sechs Monaten, aber weniger als vier Jahren (nur bei Girozentralen und Zentralkassen<sup>1)</sup>).

### **Grundsatz III**

1. 20% der Forderungen an Kreditinstitute mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren,
2. die Forderungen an Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als vier Jahren (einschließlich der Warenforderungen von Kreditinstituten mit Warengeschäft),
3. die den Kreditnehmern abgerechneten eigenen Ziehungen und von diesen ausgestellten und ihnen abgerechneten Solawechsel im Bestand (ausgenommen Solawechsel der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und der Einfuhr- und Vorratsstellen<sup>2)</sup> und Solawechsel, die zur Inanspruchnahme von Krediten der Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH und der Gesellschaft zur Finanzierung von Industrieanlagen mbH begeben werden) sowie die Eventualforderungen aus solchen Wechseln im Umlauf,

<sup>1</sup> Umbenannt in genossenschaftliche Zentralbanken.

<sup>2</sup> Umbenannt in Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung.

4. die börsengängigen Anteile und Investmentanteile,
5. die „sonstigen Aktiva“ (einschließlich des Warenbestandes von Kreditinstituten mit Warengeschäft)

sollen abzüglich der Wertberichtigungen die Summe der nachstehenden Finanzierungsmittel nicht übersteigen.

Als Finanzierungsmittel sind anzusehen:

1. 10% der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit täglicher Fälligkeit sowie vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als drei Monaten ohne die von der Kundschaft bei Dritten benutzten Kredite,
2. 50% der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren ohne die von der Kundschaft bei Dritten benutzten Kredite,
3. 80% der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus von der Kundschaft bei Dritten benutzten Krediten,
4. 20% der Spareinlagen,
5. 60% der sonstigen Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern mit täglicher Fälligkeit sowie vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als vier Jahren,
6. 80% der Verpflichtungen aus Warengeschäften und aufgenommenen Warenkrediten ohne die in Nummer 8 enthaltenen Verpflichtungen von Kreditinstituten mit Warengeschäft,
7. 20% der umlaufenden und vorverkauften Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren,
8. 80% der eigenen Akzepte und Solawechsel im Umlauf und der den Kreditnehmern abgerechneten eigenen Ziehungen und von diesen ausgestellten und ihnen abgerechneten Solawechsel im Umlauf (ausgenommen Solawechsel der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und der Einfuhr- und Vorratsstellen<sup>1</sup>) und Solawechsel, die zur Inanspruchnahme von Krediten der Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH und der Gesellschaft zur Finanzierung von Industrieanlagen mbH begeben werden)

zuzüglich des Finanzierungsüberschusses bzw. abzüglich des Finanzierungsfehlbetrages im Grundsatz II.

Einhaltung der  
Grundsätze

Die Grundsätze I, II und III wurden wie in den Vorjahren von der überwiegenden Zahl der rd. 3 230 berichtspflichtigen Institute eingehalten. Das gilt auch für den Grundsatz Ia, zu dem nur Kreditinstitute melden, deren Aktiv- und Passivpositionen im Sinne des Grundsatzes Ia am Monatsultimo insgesamt 100 000,— DM und mehr ausmachen; am 31. Dezember 1982 waren es knapp 560 Banken. Über die Entwicklung der Durchschnittskennziffern der Grundsätze I, II und III informiert die folgende Übersicht:

<sup>1</sup> Umbenannt in Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung.



### Durchschnittskennziffern der Grundsätze I, II und III nach §§ 10 und 11 KWG

Jahr	insgesamt *)	Kreditbanken (ohne Zweig- stellen ausl. Banken)	Giro- zentralen (ohne Spitzeninstitute)	Genossen- schaftl. Zen- tralbanken	Sparkassen	Kredit- genossen- schaften
<b>Grundsatz I (Obergrenze 18fach)</b>						
1974	13,3	14,6	14,6	9,6	12,4	11,3
1975	12,7	13,6	14,2	9,1	12,2	11,0
1976	12,5	13,2	14,2	8,0	12,0	11,3
1977	12,7	13,6	14,1	8,0	12,1	11,3
1978	13,0	14,1	13,8	8,3	12,4	11,6
1979	13,6	14,8	14,2	8,9	13,1	12,2
1980	14,0	15,0	15,0	9,5	13,7	12,8
1981	14,3	15,1	15,9	10,1	13,9	13,2
1982	14,1	15,1	15,5	9,9	13,5	13,1
<b>Grundsatz II (Obergrenze 100%)</b>						
1974	87,5	77,1	96,0	90,1	91,8	77,2
1975	84,5	76,6	95,7	80,6	86,2	71,9
1976	84,6	79,6	95,2	75,7	85,4	72,1
1977	86,1	84,5	96,5	78,9	85,3	72,8
1978	87,4	85,7	97,1	84,5	86,8	74,2
1979	89,3	89,5	95,1	87,3	89,6	78,0
1980	91,7	91,0	96,4	91,7	93,0	81,5
1981	92,1	90,4	95,5	91,8	94,5	83,3
1982	91,0	87,4	96,4	91,5	92,7	82,9
<b>Grundsatz III (Obergrenze 100%)</b>						
1974	81,8	95,1	83,5	60,7	67,1	76,9
1975	73,9	87,0	78,0	51,6	60,4	70,1
1976	72,8	86,1	73,5	46,6	59,8	70,9
1977	73,5	88,7	67,3	52,4	60,1	72,8
1978	73,4	86,4	63,3	59,8	60,5	74,3
1979	77,9	92,0	64,5	65,5	65,2	78,5
1980	82,9	93,1	76,8	72,1	72,2	82,7
1981	85,1	92,9	86,8	74,3	75,2	83,7
1982	83,4	92,5	88,1	73,5	71,6	81,1

\* Ohne Zweigstellen ausl. Banken, Teilzahlungskreditinstitute und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten.

Gemessen am Grundsatz I hat sich der Kreditspielraum insgesamt erweitert. Wie die Übersicht zeigt, gilt dies für alle Bankengruppen mit Ausnahme der Kreditbanken, deren Kennziffer unverändert blieb. Die Liquiditätslage hat sich im lang- und kurzfristigen Bereich allgemein etwas verbessert. Nur bei den Girozentralen ist der Spielraum in beiden Grundsätzen etwas eingeengt worden.

In den letzten Jahren verteilten sich die Überschreitungen — bezogen auf den Durchschnitt von vier Quartalsabschlußtagen — wie folgt auf die einzelnen Grundsätze:

Zahl der Kreditinstitute, die die Grundsätze überschritten haben *)						
Jahresdurchschnitte						
Jahr	Grundsatz I	Grundsatz Ia			Grundsatz II	Grundsatz III
		Abs. 1	Abs. 2	Abs. 3		
1975	37	7	5	4	5	59
1976	41	4	3	2	6	77
1977	35	3	2	1	3	89
1978	41	3	3	2	10	83
1979	46	3	1	1	11	122
1980	58	2	1	1	29	170
1981	41	2	1	2	47	118
1982	19	2	2	1	20	59

\* Ohne Zweigstellen ausl. Banken, Teilzahlungskreditinstitute und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten.

Bei den Grundsätzen I, II und III ist die Zahl der Überschreitungen erheblich zurückgegangen, während sie beim Grundsatz Ia auf dem seit Jahren beobachteten niedrigen Niveau verharrte. Die Zahl der Überschreitungen beim Grundsatz I hat sich um mehr als die Hälfte reduziert und hat damit einen ungewöhnlich niedrigen Stand erreicht. Noch etwas stärker ist die Zahl der Institute gesunken, die den Grundsatz II nicht einhielten. Beim Grundsatz III haben sich die Überschreitungen genau halbiert, und zwar hielten (wie im Jahre 1975) 59 Institute die Grenze nicht ein.

Mitwirkung bei der  
laufenden  
Bankenaufsicht

Einen Überblick über die bei den Landeszentralbanken im Rahmen der laufenden Bankenaufsicht bearbeiteten Vorgänge gibt die nachstehende Tabelle:

<b>Laufende Bankenaufsicht</b>					
<b>Anzahl der bearbeiteten Vorgänge</b>					
Position	1978	1979	1980	1981	1982
Einzelanzeigen nach § 13 KWG	58 247	62 955	63 674	63 112	58 162
In Sammelaufstellungen nach § 13 KWG aufgeführte Kreditnehmer	51 152	65 873	67 684	73 140	64 347
Millionenkreditanzeigen nach § 14 KWG	817 954	929 868	1 060 549	1 190 756	1 285 040
Monatsausweise nach § 25 KWG	41 906	41 515	41 203	40 305	41 814
Jahresabschlüsse der Kreditinstitute	6 173	5 984	5 457	5 727	5 419
Prüfungsberichte zu Jahresabschlüssen	1 584	1 718	1 737	1 828	1 963
Routine-, Sonder- und Einlagensicherungs- prüfungsberichte	363	376	409	318	448
Anzeigen nach § 16 KWG	21 083	25 554	25 070	15 156	11 644
Anzeigen nach § 24 KWG	10 585	9 072	9 585	8 420	8 518
Depotprüfungsberichte	605	622	510	557	534
Im Auftrag des Bundesaufsichtsamtes durchgeführte Prüfungen nach § 44 Absatz 1 KWG	20	19	12	12	16
§ 44 Absatz 2 KWG	74	64	56	63	49

Die Zahl der Einzelanzeigen über Großkredite war im Jahr 1982 rückläufig. Dies läßt sich darauf zurückführen, daß weniger Kredite als in den Vorjahren in die Größenordnung von Großkrediten hineingewachsen sind. Im übrigen bietet § 13 Abs. 1 S. 2 KWG, wonach ein Großkredit erst wieder anzuzeigen ist, wenn er um mehr als 20% erhöht worden ist, genügend Spielraum für Kreditausweitungen ohne erneute Anzeigenerstattung. Die Verringerung der Zahl der in Sammelaufstellungen nach § 13 KWG enthaltenen Kreditnehmer hängt hauptsächlich damit zusammen, daß im Jahr 1982 die Sammelaufstellungen von Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme von über 20 Mio DM einzureichen waren; im davor liegenden Jahr waren Institute mit einer Bilanzsumme von über 5 Mio DM bis 20 Mio DM betroffen.

Die Anzeigen über Organkredite an Beamte und Angestellte der Kreditinstitute gem. § 16 KWG sind im Vorjahresvergleich nochmals zurückgegangen, da die Erhöhung der Anzeigengrenze für diese Kredite von 100 Tsd DM auf 250 Tsd DM ab 8. März 1981 sich erstmals auf ein gesamtes Jahr auswirkte.

Evidenzzentrale für  
Millionenkredite

Im Jahre 1982 nahm in der Evidenzzentrale für Millionenkredite die Zahl der nach § 14 KWG angezeigten Kredite gegenüber dem Vorjahr um 9,3% zu (1981: +12,3%; 1980: +14,1%). Es wurden insgesamt rd. 1,3 Millionen Kreditposten bearbeitet; das waren rd. 111 000 Posten mehr als im Vorjahr. Zum Meldestichtag Ende November 1982 beteiligten sich 2 887 Banken und 500 Versicherungen am Millionenkreditverfahren. Damit stieg die Anzahl der beteiligten Kreditgeber gegenüber dem Vorjahr um 68. Zum gleichen Meldestichtag erhielten die Kreditgeber in den Rückmeldungen Angaben über die Gesamtverschuldung von rd. 160 000 einzelnen Kreditnehmern. Von diesen Kreditnehmern waren rd. 89 000 in rd. 31 300 Kreditnehmereinheiten gem. § 19 Abs. 2

KWG zusammengefaßt; rd. 71 000 Kreditnehmer wurden konzernungebunden gemeldet. Von den konzerngebundenen Kreditnehmern hatten rd. 48 600, das sind rd. 55%, Kredite bei mehr als einem Kreditgeber aufgenommen (Mehrfachverschuldung), während von den konzernungebundenen Kreditnehmern nur rd. 9 300, das entspricht einem Anteil von rd. 13% an dieser Gruppe, eine Mehrfachverschuldung aufwiesen.

Die nachstehende Aufstellung gibt einen nach Größenklassen geordneten Überblick darüber, wieviele Kreditnehmer Ende November 1982 von den Kreditgebern gemeldet wurden (Stand Ende November 1981 in Klammern):

Anzahl der Kreditgeber		Kreditnehmer
4	( 3)	5 000 und mehr
24	( 21)	1 000 bis unter 5 000
26	( 21)	500 bis unter 1 000
123	( 121)	200 bis unter 500
3 210	(3 151)	unter 200

Das Volumen der angezeigten Millionenkredite nahm 1982 mit 5,4% weniger stark zu als in den Vorjahren (1981: +9,1%; 1980: +12,3%). Es erreichte Ende November 1982 rd. 786 Mrd DM (+40 Mrd DM gegenüber dem Vorjahresstichtag). Die Millionenkredite an ausländische Kreditnehmer erhöhten sich im Jahre 1982 um 8,1% (1981: +10,2%). Ihr Millionenkreditvolumen betrug Ende November 1982 rd. 200 Mrd DM. Am ausgeprägtesten war die Zunahme der Millionenkredite bei den ausländischen Unternehmen und Privatpersonen (+11%). Die Millionenkredite an inländische Kreditnehmer nahmen dagegen nur um 4,6% auf 587 Mrd DM zu.

Ende November 1982 wiesen 47 Konzerne (1981: 46) eine Millionenkreditverschuldung von mehr als 1 Mrd DM auf. Die von der Evidenzzentrale für Millionenkredite erfaßten Insolvenzen von Unternehmen und Privatpersonen, die zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens der Zahlungseinstellung Kredite gem. § 14 KWG in Anspruch genommen hatten, erhöhten sich im Jahre 1982 um 269 auf 756, das waren rd. 55% mehr als im Vorjahr.

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der Millionenkredite seit 1973:

<b>Evidenzzentrale für Millionenkredite</b>						
<b>Die Angaben beziehen sich jeweils auf die zweimonatige Meldeperiode Oktober/November eines Jahres</b>						
Jahr	Mio-Kreditvolumen		Stückzahl der angezeigten Mio-Kredite		Anzahl der anzeigenden Kreditinstitute und Versicherungen	
	Mrd DM	Veränderung in %	Mrd DM	Veränderung in %	Kreditinstitute	Versicherungen
1973	325	+11,7	88 187	+ 9,9	1 858	347
1974	367	+12,9	94 985	+ 7,7	1 964	350
1975	416	+13,4	100 338	+ 5,6	2 043	344
1976	462	+11,1	115 481	+15,1	2 120	357
1977	516	+11,7	127 751	+10,6	2 197	407
1978	566	+ 9,7	142 656	+11,7	2 330	435
1979	609	+ 7,6	164 215	+15,1	2 507	442
1980	684	+12,3	184 891	+12,6	2 660	468
1981	746	+ 9,1	206 667	+11,9	2 821	498
1982	786	+ 5,4	222 784	+ 7,8	2 887	500
Durchschnittliche jährliche Veränderung		+10,3		+10,8		

Novellierung des  
Gesetzes über das  
Kreditwesen

Ende Juni 1982 legte das Bundesfinanzministerium einen Referentenentwurf zur Änderung des Kreditwesengesetzes vor, der den Vorstellungen der Deutschen Bundesbank über die Konsolidierung der Bankbilanzen als Mittel der Bankenaufsicht weitgehend Rechnung trägt. Zu bedauern ist, daß der Entwurf Eigenkapitalsurrogate in Form von nachrangigen Verbindlichkeiten für alle Kreditinstitute und vor allem als Haftungszuschlag bei den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten zulassen will und damit den Bedenken gegen eine Aufweichung des Eigenkapitalbegriffs nicht Rechnung trägt. Die Anhörung der Verbände des Kreditgewerbes zu dem Entwurf fand am 26. Oktober 1982 statt. Eine Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte der Vertreter des öffentlichen und des privaten Sektors zu Konsolidierung und Eigenkapital wurde nicht erzielt. Das Hearing stand im übrigen unter dem Eindruck der Ankündigung des Bundesministeriums der Finanzen, daß die politischen Entscheidungen über diese kontroversen Themen erst nach den Bundestagswahlen getroffen würden.

Die Deutsche Bundesbank tritt weiter dafür ein, daß die erforderliche Verstärkung der Eigenkapitalbasis der Kreditinstitute nicht durch Scheinlösungen in der Form von Eigenkapitalsurrogaten ersetzt wird. Bis zu einer gesetzlichen Regelung der Konsolidierung ist die Bankenaufsicht auf die freiwilligen Meldungen der Kreditinstitute auf Grund des im Sommer 1981 vereinbarten „Gentlemen's Agreement“ angewiesen. Dem Agreement sind im Berichtsjahr auch 13 öffentlich-rechtliche Kreditinstitute beigetreten, so daß sich nunmehr 44 Bankkonzerne daran beteiligen. Unter Hinweis auf das Agreement hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen gebeten, erstmalig für Ende September 1982 konsolidierte Meldungen über die bestehenden Länderrisiken zu erstatten.

Bankrechts-  
harmonisierung  
im EG-Bereich

Dem Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften liegt inzwischen ein auf Grund der Stellungnahmen des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Europäischen Parlaments geänderter Richtlinienentwurf zur Beaufsichtigung der Kreditinstitute auf konsolidierter Basis vor. Es ist zu hoffen, daß die Richtlinie möglichst bald verabschiedet wird.

Beobachtungs-  
koeffizienten

Gem. Art. 6 der Ersten Richtlinie des Rates zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute (Erste Bankrechtskoordinierungs-Richtlinie) haben die zuständigen Bankaufsichtsbehörden bis zu einer späteren Koordinierung Beobachtungskoeffizienten zu ermitteln, um die Zahlungsfähigkeit und die Liquidität der Kreditinstitute laufend feststellen zu können. Die Relationen werden vom Beratenden Bankenausschuß gem. Art. 11 der Ersten Bankrechtskoordinierungs-Richtlinie in Zusammenarbeit mit dem Kontaktausschuß der EG-Bankaufsichtsbehörden festgelegt. In beiden Gremien ist die Deutsche Bundesbank vertreten.

In den Jahren 1981 und 1982 wurden zwei Proberechnungen mit den Beobachtungskoeffizienten durchgeführt und in der Bundesrepublik Deutschland zwanzig größere Kreditinstitute in die Rechnungen einbezogen. Die Proberechnungen haben gezeigt, daß auf Grund der teilweise stark voneinander abweichenden Bankenstrukturen, Bilanzierungsregeln und Begriffsbestimmungen in den einzelnen EG-Staaten die Ergebnisse der Berechnungen nur sehr bedingt miteinander verglichen werden können. Mit den von den einzelnen Staaten gegebenen Erläuterungen bilden sie jedoch einen Ansatz für eine mögliche Verringerung der durch diese Unterschiede bedingten Abweichungen. Der Beratende Bankenausschuß hat daher beschlossen, im Jahre 1983 eine weitere Proberechnung mit entsprechend geänderten Anweisungen für die Berechnung der Koeffizienten durchzuführen.

Über den EG-Bereich hinaus wird die Zusammenarbeit der Bankaufsichtsbehörden insbesondere durch den bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel gebildeten Ausschuß für Bankenbestimmungen und Bankenüberwachung (Cooke Ausschuß) gefördert. Eines der Ziele dieses Ausschusses ist es, zu erreichen, daß die Banktätigkeiten weltweit angemessen überwacht werden. Bereits im Jahre 1975 hat der Ausschuß den Notenbankgouverneuren der Zehnergruppe und der Schweiz einen Bericht vorgelegt, der Grundsätze enthält, wie die Überwachung der ausländischen Zweigstellen, Tochtergesellschaften und Gemeinschaftsunternehmen der Banken zwischen den Bankaufsichtsbehörden des Heimatlandes der Mutterbank und des Gastlandes der ausländischen Niederlassungen aufgeteilt werden kann. Dieses Dokument wurde als sog. Basler Konkordat bekannt.

Im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Banco Ambrosiano S.p.A. Mailand wurde verschiedentlich versucht, aus dem Basler Konkordat eine Verpflichtung der Notenbanken herzuleiten, für Verbindlichkeiten ausländischer Tochtergesellschaften der von ihnen beaufsichtigten Banken einzustehen. Dabei wurde übersehen, daß das Konkordat keine Grundlage derartiger Verpflichtungen darstellen kann. Es enthält lediglich Empfehlungen zur Zusammenarbeit der im Basler Ausschuß vertretenen Staaten bei der Ausübung der Bankenaufsicht; die Frage des „lender of last resort“ für Kreditinstitute wird nicht berührt.

## II. Die zur Zeit gültigen kreditpolitischen Regelungen der Deutschen Bundesbank

92

### 1. Diskontkredit

#### a) Rediskont-Kontingente für Kreditinstitute

**Bemessungsmethode** Der Rückgriff der Kreditinstitute auf die Bundesbank im Wege der Rediskontierung von Wechseln wird, abgesehen von sonstigen notenbankpolitischen Einwirkungen, durch Rediskont-Kontingente begrenzt. Grundlage für die Berechnung der Normkontingente bilden die haftenden Mittel eines Kreditinstituts; über 200 Mio DM hinausgehende Beträge an haftenden Mitteln gehen mit abnehmendem Gewicht in die Berechnung ein. Eine Beteiligung von 25 % und mehr am Kapital eines anderen Kreditinstituts, für das ein Rediskont-Kontingent festgesetzt ist, führt in der Regel zu einer entsprechenden Kürzung des Normkontingents. Darüber hinaus wird die individuelle Geschäftsstruktur eines Kreditinstituts durch eine Strukturkomponente berücksichtigt. Diese ergibt sich im wesentlichen aus dem Verhältnis der kurz- und mittelfristigen Kredite an Nichtbanken zum Geschäftsvolumen, bereinigt um durchlaufende Kredite und einige andere Positionen. Ferner wird berücksichtigt, inwieweit ein Kreditinstitut über Wechsel verfügt, die im Rahmen des Rediskont-Kontingents rediskontiert werden können. Um kurzfristige Zufallsschwankungen der Strukturkomponente und der Wechselkredite möglichst auszuschalten, werden der Berechnung mehrere Monatsendstände zugrunde gelegt. Das Bemessungsverfahren enthält schließlich einen für alle Kreditinstitute einheitlichen Multiplikator, dessen Höhe sich nach dem vom Zentralbankrat — jeweils nach kreditpolitischen Intentionen — global festgelegten Gesamtbetrag der Rediskont-Kontingente richtet.

Grundsätzlich gelten die Kontingente für ein halbes Jahr; Änderungen des Eigenkapitals, der Geschäftsstruktur und der Wechselkredite gehen mithin im Regelfall erst in die nächste allgemeine Neuberechnung ein. Die Bundesbank behält sich aber vor, die Gesamtsumme der Rediskont-Kontingente jederzeit zu erhöhen oder herabzusetzen, wenn und soweit sie dies aus kreditpolitischen Gründen für erforderlich hält.

**Festsetzung der Rediskont-Kontingente** Das Rediskont-Kontingent eines Kreditinstituts wird in Anlehnung an das Normkontingent individuell festgesetzt. Dabei wird auch berücksichtigt, ob das Kreditinstitut die Grundsätze des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute beachtet. Festsetzungen unterhalb der Norm können auch in anderen besonderen Verhältnissen des einzelnen Kreditinstituts begründet sein. Für neuerrichtete Kreditinstitute und für neuerrichtete Zweigstellen ausländischer Banken werden Rediskont-Kontingente frühestens nach Ablauf eines halben Jahres seit der Errichtung festgesetzt.

Die Rediskont-Kontingente werden von den Vorständen der Landeszentralbanken für die Kreditinstitute ihres Bereichs festgesetzt. Das Rediskont-Kontingent eines überregional tätigen Kreditinstituts wird von dem Vorstand der Landeszentralbank festgesetzt, in deren Bereich die Hauptverwaltung des Instituts ihren Sitz hat. Die Rediskont-Kontingente derjenigen Kreditinstitute, die zentrale Aufgaben im gesamten Bundesgebiet haben (§ 7 Abs. 1 Nr. 2 BBankG), werden vom Direktorium der Bundesbank festgesetzt.

Das festgesetzte Rediskont-Kontingent darf nicht, auch nicht vorübergehend, überschritten werden. Auf das Rediskont-Kontingent werden alle rediskontierten, noch nicht fälligen Wechsel mit Ausnahme der im nächsten Abschnitt behandelten sog. Plafond B-Wechsel der AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH und der sog. Plafond II-Wechsel der Gesellschaft zur Finanzierung von Industrieanlagen mbH angerechnet.

Der Gesamtbetrag der festgesetzten Rediskont-Kontingente wird jeweils in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank (Statistischer Teil, Tabelle II 1b) veröffentlicht.

#### b) Bundesbankfähige Wechsel

Aus den zum Ankauf eingereichten Wechseln sollen drei als zahlungsfähig bekannte Verpflichtete haften. Die Wechsel müssen innerhalb von drei Monaten nach dem Tage des Ankaufs fällig sein. Sie sollen gute Handelswechsel sein (§ 19 Abs. 1 Nr. 1 BBankG).

Allgemeines

Im übrigen sind für die Gewährung von Diskontkrediten die „Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Deutschen Bundesbank“ (V. Ankauf von Inlandswechseln, XI. B. Ankauf von Auslandswechseln) maßgebend.

Für die Beurteilung einer Unterschrift hat der Zentralbankrat folgende Richtlinien aufgestellt: Wer aus einem zum Ankauf oder zur Beleihung bei der Bundesbank eingereichten Wechsel verpflichtet ist und trotz Aufforderung zur Selbstauskunft über seine finanziellen Verhältnisse keine oder keine genügende Auskunft gibt und über wen auch sonst keine Unterlagen vorliegen oder zu beschaffen sind, die eine hinreichende Beurteilung seiner finanziellen Verhältnisse ermöglichen, ist nicht als ein als zahlungsfähig bekannter Verpflichteter im Sinne des § 19 Abs. 1 Nr. 1 BBankG anzusehen. Ein Wechsel darf nicht angekauft oder beliehen werden, wenn feststeht, daß der Akzeptant nicht als ein als zahlungsfähig bekannter Verpflichteter betrachtet werden kann (Beschluß vom 20. Februar 1957).

Zahlungsfähigkeit der Wechselverpflichteten

Als Handelswechsel im Sinne von § 19 Abs. 1 Nr. 1 BBankG kauft die Bundesbank solche Wechsel an, die auf Grund von Warenlieferungen oder von Dienstleistungen zwischen Unternehmen und/oder wirtschaftlich Selbständigen gegeben worden sind. Prolongationen zu Handelswechseln können hereingenommen werden, soweit sie nicht auf Zahlungsschwierigkeiten der Wechselverpflichteten beruhen (Beschluß vom 3. März 1977).

Handelswechsel

Da Bankakzepte bei ihrer Hereinnahme in der Regel nur zwei Unterschriften tragen, ist die gesetzliche Bestimmung zu beachten, daß von dem Erfordernis der dritten Unterschrift nur abgesehen werden kann, wenn die Sicherheit des Wechsels in anderer Weise gewährleistet ist (§ 19 Abs. 1 Nr. 1 BBankG).

Bankakzepte

Bankakzepte besonderer Art sind die Privatdiskonten, d. s. DM-Akzepte der zum Privatdiskontmarkt zugelassenen Akzeptbanken, die der Finanzierung von Einfuhr-, Ausfuhr- und Transithandelsgeschäften oder von grenzüberschreitenden Lohnveredlungsgeschäften dienen und auf ihrer Vorderseite am oberen Rand einen Hinweis auf das finanzierte Geschäft enthalten. Sie dürfen höchstens noch 90 Tage laufen, müssen über mindestens 100 000,— DM lauten und sollen 5 Mio DM nicht übersteigen, wobei die Wechselsumme durch 5000 teilbar sein muß. Sie werden sowohl im Diskontgeschäft (§ 19 Abs. 1 Nr. 1 BBankG) unter Anrechnung auf die Rediskont-Kontingente als auch im Offenermarktgeschäft (§ 21 Nr. 1 BBankG) hereingenommen (Beschlüsse vom 18. Dezember 1958, 30. August 1962 und 6. Mai 1965; vgl. „Geschäfte am offenen Markt“).

Privatdiskonten

Ankaufsfähig sind ferner die mit den Indossamenten der Hausbank und der AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH versehenen Solawechsel deutscher Exporteure und deren vertragsgemäße Prolongationen, die zur Finanzierung mittel- und langfristiger Liefer- und Leistungsgeschäfte im Rahmen einer der AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH eingeräumten Rediskontlinie ausgestellt sind (Beschluß vom 5./6. März 1952). Die Rediskontlinie (der sog. Plafond B der

Wechsel zur Finanzierung von Exportaufträgen

AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH) beläuft sich auf 5 Mrd DM (Beschluß vom 2. Juli 1981).

Die Rediskontlinie darf nur für Kredite mit einer Laufzeit von mindestens einem Jahr und höchstens vier Jahren in Anspruch genommen werden. Der Exporteur muß sich in der Regel mit 30% des Auftragswertes selbst beteiligen (Beschlüsse vom 6. Oktober 1954 und 14. Juli 1966); für Kredite, die die AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH zu einem festen Zinssatz einräumt — solche Kredite sind z. Z. allerdings nicht erhältlich —, beträgt die Selbstbeteiligung des Exporteurs 20% des um die An- und Zwischenzahlungen verminderten Auftragswertes (Beschluß vom 18. November 1976). Es können nur Einzelgeschäfte finanziert werden. Die Finanzierungshilfe soll im allgemeinen den Zeitraum vom Produktionsbeginn bis zum Eingang des Exporterlöses überbrücken. Bei der Ausfuhr von Massen- und Seriengütern, die im Rahmen des normalen Produktionsprogramms eines Herstellers erzeugt oder ab Lager verkauft werden, darf die Dauer der Produktion und der Lagerung nicht in die Laufzeit der Finanzierungshilfe einbezogen werden. Für diese Art von Ausfuhrgeschäften wird die Hilfestellung der Bundesbank also nur zur Überbrückung des Zeitraums zwischen der Versendung der Ware und dem Eingang des Exporterlöses gewährt (Beschlüsse vom 18. Mai 1956, 25. Juli 1956 und 6. Februar 1957). Die Rediskontlinie darf nicht zur Bereitstellung von Investitions- oder Betriebsmitteln für allgemeine Exportzwecke der Ausfuhrfirmen in Anspruch genommen werden.

Die Refinanzierungshilfe gewährt die Bundesbank unter der Bedingung, daß bestimmte Mindestzinssätze für Ausfuhrkredite nicht unterschritten werden. Solche Zinssätze hat die Bundesregierung als Beitrag zur internationalen Disziplin bei staatlich geförderten Exportkrediten festgelegt. Maßgeblich für die Einhaltung dieser Mindestzinssätze ist der Refinanzierungszins des Exporteurs, der sich aus der gesamten Zinsbelastung für die Refinanzierung seines Lieferantenkredits ergibt.

Wechsel zur Finanzierung von Geschäften im innerdeutschen Handel	Im Rahmen einer der Gesellschaft zur Finanzierung von Industrieanlagen mbH eingeräumten Rediskontlinie (Plafond II) können die nach den Kreditrichtlinien dieser Gesellschaft begebenen Solawechsel zur Finanzierung mittel- und langfristiger Liefer- und Leistungsgeschäfte in das Währungsgebiet der Mark der DDR angekauft werden. Die Rediskontlinie beträgt 300 Mio DM (Beschluß vom 17. Februar 1983).
Wechsel der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Refinanzierung von Mittelstandskrediten	Zur Refinanzierung von Krediten der Kreditanstalt für Wiederaufbau an kleinere und mittlere Unternehmen können Wechsel der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Rahmen einer besonderen Rediskontlinie bis zum Betrage von 500 Mio DM angekauft werden (Beschluß vom 18. Juli 1974).
Auf ausländische Währung lautende Wechsel	Nach § 19 Abs. 1 Nr. 8 in Verbindung mit § 22 BBankG ist die Bundesbank befugt, auf ausländische Währung lautende Wechsel von jedermann anzukaufen. Von dieser Befugnis macht die Bank z. Z. nur gegenüber Kreditinstituten und öffentlichen Verwaltungen Gebrauch.
	Wechsel, die auf ausländische Währung lauten, werden zum Diskontsatz der Bundesbank angekauft (Beschlüsse vom 18. Mai 1956 und 22. Januar 1958). Die Ankaufskurse werden in Anpassung an die jeweiligen Terminkurse festgelegt und im Bundesanzeiger laufend veröffentlicht.



## 2. Lombardkredit

Lombardkredite (verzinsliche Darlehen gegen Pfänder) an Kreditinstitute werden nur nach Maßgabe der allgemeinen kreditpolitischen Lage und nach den individuellen Verhältnissen des Kreditnachsuchenden gewährt. Ein Lombardkredit soll grundsätzlich nur gewährt werden, wenn es sich um die kurzfristige Überbrückung eines vorübergehenden Liquiditätsbedürfnisses handelt und die Lombardkreditaufnahme nach Umfang und Dauer angemessen und vertretbar erscheint (Beschluß vom 17./18. Dezember 1952).

Allgemeines

Die Gewährung von Lombardkredit zum Lombardsatz kann aus kreditpolitischen Gründen allgemein begrenzt oder ausgesetzt werden. In der Zeit vom 20. Februar 1981 bis 6. Mai 1982 wurde Lombardkredit zum Lombardsatz grundsätzlich nicht zur Verfügung gestellt (Beschluß vom 19. Februar 1981), er wird jedoch seit dem 7. Mai 1982 wieder gewährt (Beschluß vom 6. Mai 1982).

Im übrigen sind für die Gewährung von Lombardkrediten die „Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Deutschen Bundesbank“ (VI. Lombardverkehr) maßgebend.

Die Bundesbank behält sich vor, soweit kreditpolitisch angezeigt, nach Ankündigung Lombardkredit zu einem Sonderlombardsatz (Sonderlombardkredit) zu gewähren. Der Sonderlombardsatz kann täglich geändert und die Bereitschaft zur Gewährung von Sonderlombardkredit täglich widerrufen werden (Beschlüsse vom 6. September 1973 und 19. Februar 1981). Nach der Aussetzung des Lombardkredits zum Lombardsatz ab 20. Februar 1981 hat die Bundesbank den Kreditinstituten Sonderlombardkredit am 25. und 26. Februar 1981, danach ab 3. März 1981 ohne Unterbrechung zur Verfügung gestellt. Mit Ablauf des 6. Mai 1982 wurde die Gewährung von Sonderlombardkredit eingestellt (Beschluß vom gleichen Tage).

Sonderlombardkredit

Lombardkredite an Kreditinstitute können gegen Verpfändung der in § 19 Abs. 1 Nr. 3 BBankG verzeichneten Wertpapiere und Schuldbuchforderungen gewährt werden. Über die beleihbaren Werte sowie die dafür maßgeblichen Beleihungsgrenzen im einzelnen gibt das im Bundesanzeiger und in den Mitteilungen der Bank veröffentlichte „Verzeichnis der bei der Deutschen Bundesbank beleihbaren Wertpapiere (Lombardverzeichnis)“ Aufschluß.

Lombardpfänder

Die Aufnahme eines Wertpapiers in das Lombardverzeichnis verpflichtet die Bundesbank nicht zur Gewährung von Lombardkrediten und beschränkt nicht ihr Recht, die vom Kreditnehmer zu stellende Deckung zu bestimmen.

Wechsel, die nach den geltenden Bestimmungen nicht angekauft werden können, sind grundsätzlich auch nicht beleihbar (Beschluß vom 10. Mai 1949). Eine Ausnahme bilden die im Rahmen des Plafonds A der AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH sowie des Plafonds I der Gesellschaft zur Finanzierung von Industrieanlagen mbH begebenen Solawechsel, die zwar lombardiert, jedoch nicht angekauft werden können (Beschlüsse vom 5./6. Dezember 1951 und 1. Juni 1967).

## 3. Geschäfte am offenen Markt

Zur Regelung des Geldmarktes kauft und verkauft die Bundesbank im Offenermarktgeschäft (§ 21 BBankG) gemäß den wechselnden geldpolitischen Erfordernissen zeitweilig nachstehend genannte Wertpapiere.

Allgemeines

Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere	Sie kauft und verkauft für eigene Rechnung Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen, die ihr der Bund auf Verlangen gemäß §§ 42 und 42 a BBankG zur Verfügung stellt (sog. Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere). U-Schätze sind dabei im Regelfall vor Fälligkeit nicht rückgebbar (sog. N-Titel; Beschluß vom 31. März 1971).
Privatdiskonten	Die Bundesbank handelt am Geldmarkt Privatdiskonten. Dabei kontrahiert sie direkt jedoch nur mit der Privatdiskont-Aktiengesellschaft. Die Obergrenze für den Ankauf von Privatdiskonten im Offenmarktgeschäft beträgt z. Z. 4 Mrd DM (Beschlüsse vom 16. Juni 1982 und 20. Januar 1983).
Anleihen	Wenn und soweit es aus liquiditätspolitischen Gründen geboten und vertretbar erscheint, kauft und verkauft die Bundesbank Anleihen des Bundes, der Bundesbahn und der Bundespost für eigene Rechnung. Zur Kurspflege, also nicht als Offenmarktgeschäft im Sinne von § 21 BBankG, kauft und verkauft sie diese Anleihen für Rechnung der Emittenten.
Offenmarktgeschäfte über Wertpapiere mit Rückkaufsvereinbarung	Die Bundesbank kauft ferner im Rahmen von Offenmarktgeschäften lombardfähige festverzinsliche Wertpapiere sowie unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes, der Bundesbahn, der Bundespost und der Länder mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr unter der Bedingung an, daß der Verkäufer die Wertpapiere gleichzeitig per Termin zurückkauft („Wertpapierpensionsgeschäfte“). Diese Geschäfte werden in der Regel im Ausschreibungsverfahren angeboten. Sie werden nur mit Kreditinstituten abgeschlossen, die zum Rediskont zugelassen sind (Beschlüsse vom 31. Mai 1979 und 18. November 1982).
Offenmarktgeschäfte über Wechsel mit Rückkaufsvereinbarung	Die Bundesbank behält sich vor, bundesbankfähige Inlandswechsel außerhalb der Rediskont-Kontingente am offenen Markt unter der Bedingung anzukaufen, daß der Verkäufer die Wechsel gleichzeitig per Termin zurückkauft („Wechselpensionsgeschäfte“). Geschäftspartner können nur Kreditinstitute sein, denen Rediskont-Kontingente eingeräumt sind (Beschluß vom 12. April 1973).

#### **4. Mindestreservebestimmungen**

Die Mindestreservesätze für Inlands- und Auslandsverbindlichkeiten wurden im Berichtszeitraum einmal — und zwar mit Wirkung vom 1. Oktober 1982 — linear um 10% ihres vorherigen Standes gesenkt. Durch die damit verbundene Liquiditätsfreigabe von rd. 5½ Mrd DM wurden die zinspolitischen Auflockerungsmaßnahmen der Bundesbank unterstützt. Eine Tabelle über die Entwicklung der Reservesätze ist auf den S. 104 f. dieses Berichts abgedruckt.

Der Zentralbankrat hat in seiner Sitzung am 20. Januar 1983 die Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) und die dazugehörigen „Stellungnahmen“ neu gefaßt. Die Bestimmungen sind am 1. April d. J. in Kraft getreten, wobei für einzelne Neuregelungen längere Übergangsfristen gelten. Anlaß für die Überarbeitung und Neufassung der Mindestreserveregelungen war eine Überprüfung der gesamten AMR, die — wenn auch mit zwischenzeitlichen Änderungen — seit Anfang 1969 in Kraft war. Die Neuregelung wird keine globale Erhöhung oder Verminderung der Mindestreservebelastung des Kreditgewerbes zur Folge haben, was auch nicht beabsichtigt war.

Von den Änderungen ist hauptsächlich der mit Wirkung vom 1. Januar 1984 wirksam werdende Fortfall der Freistellung der Kreditinstitute mit überwiegend langfristigem Geschäft (§ 1 Abs. 2 e AMR — alt) und der Bausparkassen (§ 1 Abs. 2 g AMR — alt) von Bedeutung. Die Bauspareinlagen, die als gebundene Mittel für das Bausparkollektiv den größten Teil der Einlagen bei den Bausparkassen ausmachen, bleiben jedoch von der Reservepflicht ausgenommen (§ 2 Abs. 4 d AMR — neu).

Durch diese Neuregelung wurde den in den vergangenen Jahren eingetretenen Veränderungen in den Geschäftsstrukturen dieser Institute, insbesondere der gewachsenen Bedeutung des kurz- und mittelfristigen Passivgeschäfts, Rechnung getragen. Den Belastungen, die durch die Einbeziehung dieser Institute in die Reservspflicht eintreten, stehen Entlastungen gegenüber, die sich dadurch ergeben, daß die kurz- und mittelfristigen Geldanlagen der reservspflichtig werdenden Institute bei anderen Banken mindestreservfrei werden. Da sich die betroffenen Institute zudem in ihrer Geschäftspolitik auf die veränderte Lage einstellen dürften, werden sich die quantitativen Auswirkungen dieser Änderung in engen Grenzen halten.

Die Freistellungsregelungen für Verbindlichkeiten aus Akkreditiv- und sonstigen Deckungsguthaben (§ 2 Abs. 4 d AMR — alt) sowie für Verbindlichkeiten von Kreditinstituten gegenüber persönlich haftenden Gesellschaftern aus Gewinngutschriften (§ 2 Abs. 4 e AMR — alt), die zuletzt kaum noch materielle Bedeutung hatten, sind in der neuen AMR ebenfalls nicht mehr enthalten. Außerdem wurde die Freistellungsregelung für zweckgebundene Gelder (§ 2 Abs. 4 b AMR) auf gebietsansässige Geldgeber beschränkt, um die Regelung wieder mehr dem mit ihr verfolgten Zweck anzunähern und auszuschließen, daß Auslandsgelder unter Ausnutzung dieser Bestimmung reservfrei ins Inland geleitet werden.

Im übrigen hat der Zentralbankrat Erleichterungen bei der Inanspruchnahme einiger AMR-Bestimmungen beschlossen. So wird bei der Freistellung für ins Ausland weitergeleitete Fremdwährungsgelder (§ 2 Abs. 4 e AMR — neu) im Falle der Erneuerung der Geschäfte auf effektive Zahlungen verzichtet. Bei der Freistellung für im Auftrag der Kundschaft bei Banken im Ausland aufgenommene Gelder (§ 2 Abs. 4 f AMR) werden nunmehr auch Scheckziehungen der Kundschaft zugelassen, zahlungs- und buchungstechnisch bedingte Verzögerungen bis zu drei Geschäftstagen toleriert und der Nachweis der finanzierten Importgeschäfte erleichtert. Ferner wurde der Nachweis über die von den Kreditinstituten auf die Mindestreserve angerechneten Kassenbestände erleichtert (§ 5 Abs. 2 AMR — neu). Er kann nunmehr nicht nur anhand von Aufzeichnungen über die Kassenbestandsaufnahmen, sondern auch nach dem Stand der Bücher erbracht werden. Dabei ist wie bisher der Stand zum Geschäftsschluß maßgeblich.

Schließlich hängt die Pflicht zur täglichen Erfassung der reservpflichtigen Sichtverbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden nicht mehr von der Höhe der gesamten reservpflichtigen Verbindlichkeiten eines Kreditinstituts ab. Nunmehr müssen nur noch Kreditinstitute mit Sichtverbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden von 2 Mio DM und mehr diese Verbindlichkeiten kalendertäglich errechnen (§ 6 Abs. 2 AMR — neu). Dagegen wurde die den ländlichen Kreditgenossenschaften, die kein Girokonto bei der Bundesbank unterhalten, bisher eingeräumte Vergünstigung bei der Feststellung ihrer reservpflichtigen Verbindlichkeiten wegen der gewachsenen Größe der Institute eingeschränkt. Diese Institute, die bisher einen für die Berechnung der reservpflichtigen Verbindlichkeiten festgestellten Monatsdurchschnitt für einen weiteren Zeitraum von bis zu fünf Monaten beibehalten konnten (§ 8 Abs. 5 AMR — alt), müssen den Stand ihrer reservpflichtigen Verbindlichkeiten seitdem monatlich ermitteln.

Die neugefaßte AMR lautet wie folgt:

**Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR)  
vom 20. Januar 1983**

Die Deutschen Bundesbank erläßt gemäß § 16 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745), zuletzt geändert durch Art. V § 4 des Gesetzes vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173), folgende Anweisung über Mindestreserven (AMR):

I. Allgemeine  
Bestimmungen

**§ 1**

Mindestreservspflichtig sind alle Kreditinstitute im Sinne von § 1 Abs. 1 und § 53 Abs. 1 des Gesetzes über das Kreditwesen — KWG — in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Mai 1976 (BGBl. I S. 1121), geändert durch Art. 72 des Gesetzes vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341), mit Ausnahme der

- a) in § 2 Abs. 1 Nr. 4 bis 8 KWG genannten Unternehmen<sup>1)</sup>,
- b) Kapitalanlagegesellschaften nach dem Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 1970 (BGBl. I S. 127), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. September 1980 (BGBl. I S. 1653),
- c) Wertpapiersammelbanken,
- d) in Liquidation befindliche Kreditinstitute, sonstige Kreditinstitute, deren Tätigkeit sich auf die Abwicklung beschränkt, und der ruhenden Kreditinstitute,
- e) Unternehmen, für die das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen gemäß § 2 Abs. 4 KWG bestimmt hat, daß die dort genannten Vorschriften des Kreditwesengesetzes auf sie nicht anzuwenden sind.

**§ 2**

- (1) Mindestreserven sind zu halten für Verbindlichkeiten aus Einlagen und aufgenommenen Geldern mit einer Befristung von weniger als vier Jahren, sofern die Verbindlichkeiten nicht gegenüber selbst mindestreservpflichtigen Kreditinstituten bestehen (reservpflichtige Verbindlichkeiten).
- (2) Zu den reservpflichtigen Verbindlichkeiten gemäß Absatz 1 gehören auch
  - a) ein auf der Passivseite der Bilanz auszuweisender Verrechnungssaldo eines Kreditinstituts im Sinne von § 53 KWG,
  - b) Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen, die auf den Namen oder, wenn sie nicht Teile einer Gesamtemission darstellen, an Order lauten,
  - c) Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften, bei denen der Pensionsnehmer zur Rückgabe des in Pension genommenen Vermögensgegenstandes

<sup>1</sup> Dies sind nach Maßgabe der in § 2 Abs. 1 Nr. 4 bis 8 KWG bezeichneten Abgrenzungen: Sozialversicherungsträger und Bundesanstalt für Arbeit, private und öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen, gemeinnützige Wohnungsunternehmen, anerkannte Organe der staatlichen Wohnungspolitik, die nicht überwiegend Bankgeschäfte betreiben, Unternehmen des Pfandleihgewerbes.

verpflichtet und der Vermögensgegenstand weiterhin dem Vermögen des pensionsgebenden Kreditinstituts zuzurechnen ist.

(3) Für die Feststellung der reservspflichtigen Verbindlichkeiten können täglich fällige, keinerlei Bindungen unterliegende Verbindlichkeiten gegenüber einem Kontoinhaber mit

a) täglich fälligen Forderungen,

b) Forderungen auf Kreditsonderkonten (sog. englische Buchungsmethode)

gegen denselben Kontoinhaber kompensiert werden, sofern die Forderungen und Verbindlichkeiten für die Zins- und Provisionsberechnung nachweislich als Einheit behandelt werden. Die Kompensation ist nicht zulässig, sofern es sich bei dem Kontoinhaber um eine BGB-Gesellschaft oder um eine Gemeinschaft handelt, an denen juristische Personen oder Personengesellschaften beteiligt sind, oder wenn für einen Kontoinhaber Unterkonten wegen Dritter geführt werden. Nicht kompensiert werden können Verbindlichkeiten und Forderungen in verschiedenen Währungen.

(4) Von der Reservspflicht sind freigestellt Verbindlichkeiten

a) gegenüber der Bundesbank,

b) gegenüber Gebietsansässigen aus zweckgebundenen Geldern, soweit diese bereits an die Empfänger oder an ein zwischengeschaltetes Kreditinstitut weitergeleitet sind. Zweckgebundene Gelder im Sinne dieser Bestimmung sind solche Gelder, die nach von vornherein festgelegten Weisungen des Geldgebers, vor allem bezüglich der Kreditbedingungen, an vom Geldgeber namentlich bezeichnete Kreditnehmer oder — soweit es sich um eine öffentliche oder öffentlich geförderte Kreditaktion handelt — an solche Kreditnehmer auszuleihen sind, welche die Voraussetzungen für die Teilnahme an dieser Kreditaktion erfüllen; die vereinbarte Laufzeit oder Kündigungsfrist sowohl der zweckgebundenen Gelder als auch der daraus zu gewährenden bzw. gewährten Kredite muß, soweit es sich nicht um eine öffentliche oder öffentlich geförderte Kreditaktion handelt, mindestens ein Jahr betragen,

c) aus Geldern, die ein Kreditinstitut, das außer Bankgeschäften auch Waren- oder Dienstleistungsgeschäfte betreibt und für sein Bank- und bankfremdes Geschäft je eine gesonderte Buchführung hat, ausschließlich zur Finanzierung eigener Waren- oder Dienstleistungsgeschäfte aufgenommen hat, sofern sich dies aus der Buchführung ergibt,

d) aus Bauspareinlagen nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes über Bausparkassen vom 16. November 1972 (BGBl. I S. 2097), zuletzt geändert durch Art. 3 § 5 des Gesetzes vom 24. März 1976 (BGBl. I S. 725),

e) gegenüber Gebietsfremden in fremder Währung, deren Gegenwerte gleichzeitig und mit gleicher Laufzeit nachweislich in das Ausland zur Begründung von Forderungen an Gebietsfremde in fremder Währung weitergeleitet worden sind. Zulässig ist auch eine Erneuerung oder Prolongation der Geldaufnahme bei dem bisherigen Geldgeber oder eine Erneuerung oder Prolongation der Kreditgewährung an den bisherigen Geldnehmer. Ausgenommen von der Freistellung sind Verbindlichkeiten, die täglich fällig sind oder für die eine Kündigungsfrist vereinbart wurde,

f) aus im Auftrag der gebietsansässigen Kundschaft bei Banken im Ausland aufgenommenen Krediten, sofern die Gegenwerte unmittelbar und unverzüglich zur Zahlung an Gebietsfremde und zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen der gebietsansässigen Kundschaft aus im einzelnen nachzuweisenden, für sie von Gebietsfremden erbrachten oder noch zu erbringenden grenzüberschreitenden Warenlieferungen oder Dienstleistungen verwendet werden. Voraussetzung ist, daß das Kreditinstitut hierdurch gleichzeitig und mit gleicher Laufzeit sowohl zum Schuldner der ausländischen Bank als auch zum Gläubiger der Kundschaft geworden ist und daß die Verbindlichkeiten und die betreffenden Forderungen auf die gleiche Währung lauten. Ausgenommen von der Freistellung sind Verbindlichkeiten, die täglich fällig sind, für die eine Kündigungsfrist vereinbart wurde, oder die prolongiert wurden,

g) gegenüber Kreditinstituten in den Zollanschlußgebieten Kleines Walsertal (Gemeinde Mittelberg) und Jungholz.

- (5) Zweigstellen ausländischer Banken (§ 53 KWG) können Passivposten im Verhältnis zum eigenen Unternehmen, die bei einem rechtlich selbständigen Kreditinstitut Verbindlichkeiten gemäß Absatz 4 Buchst. e oder f darstellen würden, für die Mindestreservehaltung von einem auf der Passivseite der Bilanz auszuweisenden Verrechnungssaldo absetzen.
- (6) Sofern in Höhe eines bestimmten Aktivpostens eine Verbindlichkeit im Rahmen der Mindestreservebestimmungen freigestellt ist oder kompensiert wird, darf der betreffende Aktivposten nicht ein weiteres Mal zur Freistellung oder Kompensation von Verbindlichkeiten herangezogen werden. Dies gilt bei Zweigstellen ausländischer Banken (§ 53 KWG) auch für Aktivposten, soweit diese bei der Feststellung des auf der Passivseite der Bilanz auszuweisenden Verrechnungssaldos herangezogen werden.

### § 3

- (1) Als Sichtverbindlichkeiten gelten täglich fällige und solche Verbindlichkeiten, für die eine Kündigungsfrist oder eine Laufzeit von weniger als einem Monat vereinbart ist, sowie bei einem Kreditinstitut im Sinne von § 53 KWG auch ein auf der Passivseite der Bilanz auszuweisender Verrechnungssaldo.
- (2) Als befristete Verbindlichkeiten gelten Verbindlichkeiten, für die eine Kündigungsfrist oder eine Laufzeit von mindestens einem Monat vereinbart ist.
- (3) Spareinlagen sind Einlagen im Sinne von §§ 21 und 22 KWG.

## II. Unterhaltung der Mindestreserven

### § 4

Mindestreserven sind bei der Bundesbank als Guthaben auf Girokonto zu unterhalten. Ländliche Kreditgenossenschaften, die kein Girokonto bei der Bundesbank unterhalten, haben die Mindestreserven als täglich fällige Guthaben auf einem besonderen Konto bei ihrer Genossenschaftlichen Zentralbank zu unterhalten; die Genossenschaftliche Zentralbank hat in Höhe der Beträge auf diesen Konten Guthaben bei der Bundesbank zu unterhalten.

## III. Berechnung des Reserve-Solls und der Ist-Reserve

### § 5

- (1) Das Reserve-Soll ergibt sich durch Anwendung der von der Bundesbank angeordneten Vom-Hundert-Sätze (Reservesätze) auf den gemäß § 6 festgestellten Monatsdurchschnitt der reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 2) des Kreditinstituts.

- (2) Von dem gemäß Absatz 1 errechneten Betrag können die Kreditinstitute den Durchschnitt der zum Geschäftsschluß sämtlicher Tage vom Ersten bis zum Ultimo des laufenden Monats festgestellten Bestände an inländischen gesetzlichen Zahlungsmitteln absetzen. Die Anrechnung des durchschnittlichen Bestandes an inländischen gesetzlichen Zahlungsmitteln ist auf 50 % des gemäß Absatz 1 errechneten Betrages begrenzt. Kreditgenossenschaften, die ihre Mindestreserven gemäß § 4 Satz 2 unterhalten, können den Durchschnitt aus den in der Zeit vom Ersten bis zum Ultimo des Vormonats unterhaltenen Beständen absetzen.
- (3) Zur Erleichterung der Mindestreservedisposition am Monatsende kann bei der Berechnung des absetzbaren Durchschnittsbestandes gemäß Absatz 2 an Stelle des jeweiligen tatsächlichen Tagesbestandes an den letzten beiden Geschäftstagen der jeweilige Durchschnitt aus den Beständen der entsprechenden Geschäftstage der vorangegangenen zwölf Monate zugrunde gelegt werden. Die Kreditinstitute haben sich zu Beginn eines jeden Kalenderjahres für das Berechnungsverfahren nach dieser Vorschrift oder nach Absatz 2 zu entscheiden. Das gewählte Verfahren ist während des gesamten Kalenderjahres anzuwenden.

## § 6

- (1) Der Monatsdurchschnitt der reservepflichtigen Verbindlichkeiten ist, vorbehaltlich der Regelung in Absatz 2, aus den Endständen der Geschäftstage und geschäftsfreien Tage in der Zeit vom 16. des Vormonats bis zum 15. des laufenden Monats (kalendertägliche Berechnungsweise) oder aus den Endständen folgender vier Stichtage zu errechnen:

23. Tag des Vormonats,  
 letzter Tag des Vormonats,  
 7. Tag des laufenden Monats,  
 15. Tag des laufenden Monats.

- (2) Für Sichtverbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden von Kreditinstituten, bei denen der gemäß Absatz 1 errechnete Durchschnitt dieser Verbindlichkeiten 2 Mio DM und mehr beträgt, ist nur die kalendertägliche Berechnungsweise zulässig.

Diese Berechnungsweise kann außerdem bei einzelnen Kreditinstituten ganz oder teilweise vorgeschrieben werden, wenn

- a) Grund zu der Annahme besteht, daß das Kreditinstitut den Stand der reservepflichtigen Verbindlichkeiten an den vier Stichtagen beeinflusst hat, um ihn unter den Betrag herabzudrücken, der sich bei der kalendertäglichen Berechnungsweise ergeben würde,
- b) der nach Stichtagen ermittelte Stand der reservepflichtigen Verbindlichkeiten nicht nur ausnahmsweise wesentlich unter dem kalendertäglich ermittelten Monatsdurchschnitt liegt.
- (3) Kreditinstitute mit reservepflichtigen Verbindlichkeiten unter 10 Mio DM können an Stelle des Monatsdurchschnitts den Stand der reservepflichtigen Verbindlichkeiten am Ende des letzten Tages des Vormonats ansetzen. Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

**§ 7**

Als Ist-Reserve gilt der Monatsdurchschnitt des gemäß § 4 unterhaltenen Guthabens. Er wird aus dem Stand am Ende sämtlicher Tage des Monats errechnet und am Schluß des Monats von der Bundesbank (Genossenschaftlichen Zentralbank) dem Kreditinstitut mitgeteilt.

## IV. Sonderzins

**§ 8**

Unterschreitet in einem Monat die Ist-Reserve eines Kreditinstituts sein Reserve-Soll, so hat das Kreditinstitut auf den Fehlbetrag für 30 Tage einen Sonderzins in der jeweils von der Bundesbank angeordneten Höhe zu entrichten. Für Fehlbeträge der Kreditgenossenschaften, welche die Mindestreserven gemäß § 4 Satz 2 unterhalten, hat die Genossenschaftliche Zentralbank den Sonderzins an die Bundesbank abzuführen.

## V. Reservemeldung

**§ 9**

(1) Jedes reservspflichtige Kreditinstitut hat spätestens am 5. Geschäftstag nach dem 15. jedes Monats, soweit nicht in den Absätzen 2 und 3 etwas anderes bestimmt ist, der kontoführenden Stelle der Bundesbank die für die Berechnung des Reserve-Solls nach § 5 Abs. 1 erforderlichen Angaben unter Verwendung des Vordr. 1500 zu melden (Einzelmeldung).

(2) a) Bei Kreditinstituten mit mehreren Niederlassungen hat grundsätzlich jede Niederlassung eine Einzelmeldung zu erstatten. Jedoch kann für mehrere Niederlassungen eine zusammengefaßte Einzelmeldung mit Angabe der Zahl der einbezogenen Niederlassungen erstattet werden, sofern die Unterlagen des Instituts jederzeit eine Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach den einzelnen Niederlassungen ermöglichen. Auf Verlangen der Landeszentralbank ist diese Aufgliederung für die von ihr bestimmte Zeit vorzunehmen.

Kreditinstitute mit Niederlassungen in mehreren Landeszentralbankbereichen haben die in zusammengefaßten Einzelmeldungen verzeichneten Verbindlichkeiten des Stichtages 30. September nach den einzelnen Niederlassungen, gegliedert nach Landeszentralbankbereichen, aufzuschlüsseln. Hierfür ist der Vordr. 1500 d zu verwenden, der bei der für die Hauptniederlassung des Kreditinstituts kontoführenden Stelle der Bundesbank spätestens bis zum 31. Oktober eines jeden Jahres einzureichen ist.

b) Werden von einem Kreditinstitut mehrere Einzelmeldungen erstattet, so hat die Hauptniederlassung unter Verwendung des Vordr. 1500 außerdem eine Sammelmeldung zu erstatten.

c) Die Sammelmeldung ist zusammen mit den Einzelmeldungen ebenfalls spätestens am 5. Geschäftstag nach dem 15. jedes Monats bei der für die Hauptniederlassung des Kreditinstituts kontoführenden Stelle der Bundesbank einzureichen.

d) Die zuständige Landeszentralbank kann in Ausnahmefällen Kreditinstituten mit zahlreichen Niederlassungen die bis zu zwei Geschäftstagen spätere Abgabe der Meldungen (Vordr. 1500) gestatten. Voraussetzung hierfür ist, daß die Kreditinstitute am 5. Geschäftstag nach dem 15. jedes Monats vorläufige Zahlen über die Höhe ihres Reserve-Solls, getrennt nach Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen und Gebietsfremden, der Landeszentralbank telefonisch oder fernschriftlich mitteilen.



- (3) Kreditgenossenschaften, die die Mindestreserven gemäß § 4 Satz 2 unterhalten, haben die für die Berechnung des Reserve-Solls in der Einzelmeldung geforderten Angaben ihrer Genossenschaftlichen Zentralbank zu machen. Die Genossenschaftliche Zentralbank hat für die bei ihr reservehaltenden Kreditgenossenschaften spätestens am 5. Geschäftstag jedes Monats für den abgelaufenen Monat bei der für sie zuständigen Stelle der Bundesbank eine besondere Sammelmeldung einzureichen; für jede der in der Sammelmeldung erfaßten Kreditgenossenschaften hat die Genossenschaftliche Zentralbank in einer Anlage die Monatsdurchschnitte (§ 6) der reservspflichtigen Verbindlichkeiten, getrennt nach den verschiedenen Arten und aufgegliedert nach Progressionsstufen, das Reserve-Soll und die Ist-Reserve anzugeben.
- (4) Ferner hat jedes reservpflichtige Kreditinstitut mit Ausnahme der Kreditgenossenschaften, die die Mindestreserven gemäß § 4 Satz 2 unterhalten, spätestens am 5. Geschäftstag jedes Monats für den abgelaufenen Monat bei der kontoführenden Stelle der Bundesbank bzw. bei der für die Hauptniederlassung des Kreditinstituts kontoführenden Stelle der Bundesbank eine Erfüllungsmeldung (Vordr. 1501) einzureichen. Die Genossenschaftlichen Zentralbanken, denen Kreditgenossenschaften angeschlossen sind, welche die Mindestreserven gemäß § 4 Satz 2 unterhalten, haben in ihrer Erfüllungsmeldung die Ist-Reserve dieser Institute in einer Summe gesondert anzugeben.
- (5) Die Bundesbank kann sich die Feststellung der reservpflichtigen Verbindlichkeiten in der Reservemeldung oder in einer Anlage hierzu erläutern lassen. Sie behält sich vor, sich der Ordnungsmäßigkeit der Feststellung zu vergewissern. Die Unterlagen über die Ermittlung des Reserve-Solls (z. B. Saldenaufstellungen, Kassenbestandsnachweise, Hilfsbogen) sollen daher wenigstens vier Jahre aufbewahrt werden.

## § 10

## VI. Inkrafttreten

- (1) Die Anweisung tritt mit Wirkung vom 1. April 1983 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) vom 11. November 1968 (Mitteilung Nr. 5008/68 — BAnz. Nr. 215 vom 15. November 1968), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 18. Dezember 1980 (Mitteilung Nr. 5014/80 — BAnz. Nr. 240 vom 24. Dezember 1980), außer Kraft.
- (2) Institute, die gemäß § 1 Abs. 2 Buchstabe e AMR vom 11. November 1968 die Voraussetzungen für die Freistellung von der Reservepflicht im Jahr 1983 erfüllt haben, sowie Institute, die gemäß § 1 Abs. 2 Buchstabe g AMR vom 11. November 1968 nicht reservpflichtig sind, bleiben bis zum 31. Dezember 1983 von der Reservepflicht ausgenommen.

## 5. Mindestreservesätze und Zinssätze der Deutschen Bundesbank

**Reservesätze**

a) Juli 1973 bis Februar 1977

**% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten**

Gültig ab:	Sichtverbindlichkeiten								Befristete Verbindlichkeiten			
	Bankplätze				Nebenplätze							
	Reserveklasse 1)											
	1	2	3	4	1	2	3	4	1	2	3	4
<b>Reservspflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen</b>												
1973 1. Juli	19,55	18,05	16,55	15,05	15,05	13,55	12	10,5	13,55	12	10,5	9
1. Nov.	20,1	18,55	17,05	15,5	15,5	13,95	12,4	10,85	13,95	12,4	10,85	9,3
1974 1. Jan.	19,1	17,65	16,2	14,7	14,7	13,25	11,75	10,3	13,25	11,75	10,3	8,8
1. Sept.	17,2	15,9	14,55	13,25	13,25	11,9	10,6	9,25	11,9	10,6	9,25	7,95
1. Okt.	15,85	14,6	13,4	12,2	12,2	10,95	9,75	8,5	10,95	9,75	8,5	7,3
1975 1. Juni	15,05	13,9	12,7	11,55	11,55	10,4	9,25	8,1	10,4	9,25	8,1	6,95
1. Juli	13,55	12,5	11,45	10,4	10,4	9,35	8,35	7,3	9,35	8,35	7,3	6,25
1976 1. Mai	14,2	13,1	12	10,95	10,95	9,85	8,75	7,65	9,85	8,75	7,65	6,55
1. Juni	14,9	13,75	12,65	11,5	11,5	10,35	9,2	8,05	10,35	9,2	8,05	6,9
<b>Reservspflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden</b>												
1973 1. Juli	40	40	40	40	40	40	40	40	35	35	35	35
1. Okt.	40	40	40	40	40	40	40	40	35	35	35	35
1974 1. Jan.	35	35	35	35	35	35	35	35	30	30	30	30
1. Okt.	32,2	32,2	32,2	32,2	32,2	32,2	32,2	32,2	27,6	27,6	27,6	27,6
1975 1. Juli	29	29	29	29	29	29	29	29	24,85	24,85	24,85	24,85
1. Aug.	13,55	13,55	13,55	13,55	13,55	13,55	13,55	13,55	9,35	9,35	9,35	9,35
1976 1. Mai	14,2	14,2	14,2	14,2	14,2	14,2	14,2	14,2	9,85	9,85	9,85	9,85
1. Juni	14,9	14,9	14,9	14,9	14,9	14,9	14,9	14,9	10,35	10,35	10,35	10,35

b) ab März 1977

**% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten**

Gültig ab:	<b>Reservspflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen</b>								
	Sichtverbindlichkeiten			Befristete Verbindlichkeiten			Spareinlagen		
	Progressionsstufe 3)			Progressionsstufe 3)			Progressionsstufe 3)		
	1	2	3	1	2	3	1	2	3
bis 10 Mio DM	über 10 bis 100 Mio DM	über 100 Mio DM	bis 10 Mio DM	über 10 bis 100 Mio DM	über 100 Mio DM	bis 10 Mio DM	über 10 bis 100 Mio DM	über 100 Mio DM	
1977 1. März 4)	9,35	12,7	14,9	6,6	8,8	10,45	6,15	6,4	6,6
1. Juni 4)	8,9	12,05	14,15	6,3	8,4	9,95	5,85	6,05	6,3
1. Sept. 4)	8	10,85	12,75	5,65	7,55	8,95	5,3	5,45	5,65
1978 1. Jan. 4)	8	10,85	12,75	5,65	7,55	8,95	5,3	5,45	5,65
1. März	8,65	11,7	13,75	6,1	8,15	9,65	5,7	5,9	6,1
1. Juni	8,05	10,9	12,8	5,7	7,55	9	5,3	5,5	5,7
1. Nov.	8,75	11,85	13,95	6,2	8,25	9,8	5,8	6	6,2
1979 1. Febr.	9,2	12,45	14,65	6,5	8,65	10,3	6,05	6,3	6,5
1980 1. Mai	8,45	11,45	13,45	6	8	9,45	5,6	5,8	6
1. Sept.	7,65	10,3	12,1	5,4	7,2	8,5	5	5,2	5,4
1981 1. Febr.	7,1	9,6	11,25	5	6,7	7,95	4,65	4,85	5
1982 1. Okt.	6,4	8,65	10,15	4,5	6	7,15	4,2	4,35	4,5

1 Einstufung nach der Höhe der gesamten reservspflichtigen Verbindlichkeiten; Reserveklasse 1: 1 000 Mio DM und mehr; Reserveklasse 2: 100 bis unter 1 000 Mio DM; Reserveklasse

3: 10 bis unter 100 Mio DM; Reserveklasse 4: unter 10 Mio DM. — 2 Abweichend von den hier genannten Sätzen galt vom 1. Juli 1972 bis 31. Oktober 1973 für Spareinlagen von Gebiets-

ansässigen bei Kreditinstituten der Reserveklasse 4 an Bankplätzen der jeweilige Reservesatz für befristete Verbindlichkeiten. Vom 1. November bis 31. Dezember 1973 galt

Spareinlagen		Zuwachs an Verbindlichkeiten			Erläuterungen der Zuwachsreservebestimmungen	Gültig ab:
Bankplätze 2)	Nebenplätze	Sichtverbindlichkeiten	Befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen		
9,25	7,75	keine besonderen Sätze				1973 1. März
9,25	7,75					1. Nov.
8,8	7,35					1974 1. Jan.
7,95	6,6					1. Sept.
7,3	6,1					1. Okt.
6,95	5,8					1975 1. Juni
6,25	5,2					1. Juli
6,55	5,45					1976 1. Mai
6,9	5,75					1. Juni
30	30	60	Zusätzlicher Reservesatz für den Zuwachs gegenüber 75% des Durchschnittsstandes aus den Stichtagen 23. und 31. Oktober sowie 7. und 15. November 1971 oder gegenüber 60% des Durchschnittsstandes aus den entsprechenden Stichtagen des Jahres 1970		1973 1. Juli	
30	30	60	Zusätzlicher Reservesatz für den Zuwachs gegenüber 63,75% des Durchschnittsstandes aus den Stichtagen 23. und 31. Oktober sowie 7. und 15. November 1971 oder gegenüber 51% des Durchschnittsstandes aus den entsprechenden Stichtagen des Jahres 1970		1. Okt.	
25	25	keine besonderen Sätze				1974 1. Jan.
23	23					1. Okt.
20,7	20,7					1975 1. Juli.
6,25	6,25					1. Aug.
6,55	6,55					1976 1. Mai
6,9	6,9	1. Juni				

Reservspflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden							
Sichtverbindlichkeiten	Befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen	Zuwachs an Verbindlichkeiten			Erläuterungen der Zuwachsreservebestimmungen	Gültig ab:
			Sichtverbindlichkeiten	Befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen		
14,9	10,45	6,6	keine besonderen Sätze				1977 1. März
14,15	9,95	6,3					1. Juni
12,75	8,95	5,65					1. Sept.
20	15	10	80	Zusätzlicher Reservesatz für den Zuwachs gegenüber dem Durchschnittsstand in der Periode vom 16. September bis 15. Dezember 1977		1978 1. Jan.	
20	15	10	80			1. März	
12,8	9	5,7	keine besonderen Sätze				1. Juni
13,95	9,8	6,2					1. Nov.
14,65	10,3	6,5					1979 1. Febr.
13,45	9,45	6					1980 1. Mai
12,1	8,5	5,4					1. Sept.
11,25	7,95	5					1981 1. Febr.
10,15	7,15	4,5					1982 1. Okt.

für die genannten Spareinlagen der Reservesatz von 9%. — 3 Für die ersten 10 Mio DM an reservspflichtigen Verbindlichkeiten ist der Satz der Progressionsstufe 1 anzuwenden, für die

nächsten 90 Mio DM der Satz der Progressionsstufe 2 und für die über 100 Mio DM hinausgehenden der Satz der Progressionsstufe 3. — 4 Vom 1. März 1977 bis 28. Februar 1978 gal-

ten für Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen an Nebenplätzen folgende Abschläge: bei Sichtverbindlichkeiten 1 Prozentpunkt, bei Spareinlagen 0,5 Prozentpunkte.

### Diskont- und Lombardsatz sowie Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreserve-Solls

Gültig ab	Diskontsatz 1)	Lombardsatz	Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreserve-Solls	Gültig ab	Diskontsatz 1)	Lombardsatz	Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreserve-Solls
	% p. a.	% p. a.	% p. a. über Lombardsatz		% p. a.	% p. a.	% p. a. über Lombardsatz
1948 1. Juli	5	6	1	1969 21. März	3	4	3
1. Dez.	5	6	3	18. April	4	5	3
1949 27. Mai	4½	5½	3	20. Juni	5	6	3
14. Juli	4	5	3	11. Sept.	6	7½	3
1950 27. Okt.	6	7	3	5. Dez.	6	9	3
1. Nov.	6	7	1	1970 9. März	7½	9½	3
1951 1. Jan.	6	7	3	16. Juli	7	9	3
1952 29. Mai	5	6	3	18. Nov.	6½	8	3
21. Aug.	4½	5½	3	3. Dez.	6	7½	3
1953 8. Jan.	4	5	3	1971 1. April	5	6½	3
11. Juni	3½	4½	3	14. Okt.	4½	5½	3
1954 20. Mai	3	4	3	23. Dez.	4	5	3
1955 4. Aug.	3½	4½	3	1972 25. Febr.	3	4	3
1956 8. März	4½	5½	3	9. Okt.	3½	5	3
19. Mai	5½	6½	3	3. Nov.	4	6	3
6. Sept.	5	6	3	1. Dez.	4½	6½	3
1957 11. Jan.	4½	5½	3	1973 12. Jan.	5	7	3
19. Sept.	4	5	3	4. Mai	6	8	3
1958 17. Jan.	3½	4½	3	1. Juni	7	3) 9	3
27. Juni	3	4	3	1974 25. Okt.	6½	8½	3
1959 10. Jan.	2¾	3¾	3	20. Dez.	6	8	3
4. Sept.	3	4	3	1975 7. Febr.	5½	7½	3
23. Okt.	4	5	3	7. März	5	6½	3
1960 3. Juni	5	6	3	25. April	5	6	3
11. Nov.	4	5	3	23. Mai	4½	5½	3
1961 20. Jan.	3½	4½	3	15. Aug.	4	5	3
5. Mai	3	2) 4	3	12. Sept.	3½	4½	3
1965 22. Jan.	3½	4½	3	1977 15. Juli	3½	4	3
13. Aug.	4	5	3	16. Dez.	3	3½	3
1966 27. Mai	5	6½	3	1979 19. Jan.	3	4	3
1967 6. Jan.	4½	5½	3	30. März	4	5	3
17. Febr.	4	5	3	1. Juni	4	5½	3
14. April	3½	4½	3	13. Juli	5	6	3
12. Mai	3	4	3	1. Nov.	6	7	3
11. Aug.	3	3½	3	1980 29. Febr.	7	8½	3
				2. Mai	7½	9½	3
				19. Sept.	7½	3) 9	3
				1982 27. Aug.	7	8	3
				22. Okt.	6	7	3
				3. Dez.	5	6	3
				1983 18. März	4	5	3

1 Zugleich Zinssatz für Kassenkredite. Bis Mai 1956 galten für Auslandswechsel und Exporttratten auch niedrigere Sätze; für bestimmte Kredite an die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Ende 1958 ausliefen, wurden feste Sonderätze berechnet (Einzelheiten vgl. Anmerkun-

gen zur gleichen Tabelle im Geschäftsbericht für das Jahr 1961, S. 95). — 2 Auf die in der Zeit vom 10. Dezember 1964 bis 31. Dezember 1964 in Anspruch genommenen Lombardkredite wurde den Kreditinstituten eine Vergütung von ¾ % p. a. gewährt. — 3 Lombardkredit zum

Lombardsatz ist den Kreditinstituten in folgenden Zeiten grundsätzlich nicht zur Verfügung gestellt worden: vom 1. Juni 1973 bis einschl. 3. Juli 1974; vom 20. Februar 1981 bis einschl. 6. Mai 1982.

### III. Regelungen des Außenwirtschaftsverkehrs

Auf dem Gebiet des Geld- und Kapitalverkehrs mit dem Ausland bestehen seit dem Jahre 1981 keinerlei außenwirtschaftsrechtliche Beschränkungen mehr.

Beschränkungen

107

Die außenwirtschaftsrechtlichen Meldevorschriften wurden im Zuge der 52. und 54. Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung (BGBl. 1982 I, S. 849 und BGBl. 1983 I, S. 29) mit Wirkung vom 1. September 1982 bzw. 23. Januar 1983 geändert. Die Änderungen trugen zum einen datenschutzrechtlichen Belangen Rechnung, zum anderen wurde durch Erhöhung verschiedener Meldefreigrenzen im Bereich des Kapital- und Zahlungsverkehrs eine beachtliche Verringerung des Melde- und Aufbereitungsaufwandes erzielt.

Meldewesen

## IV. Regelungen des innerdeutschen Zahlungsverkehrs

108

Innerdeutscher  
Verrechnungsverkehr

### a) Kommerzieller Zahlungsverkehr

Die Zahlungen für Waren und Dienstleistungen auf den für den kommerziellen Zahlungsverkehr im Rahmen des Berliner Abkommens geführten Unterkonten 1/2 und 3 betragen:

	1981	1982
	— in Mio VE —	
Zahlungen für West/Ost-Lieferungen und -Leistungen	6 106,2	6 875,3
Zahlungen für Ost/West-Lieferungen und -Leistungen	6 307,2	6 967,9
	<hr/>	<hr/>
	12 413,4	13 843,2

Nach einer im Jahre 1974 getroffenen Vereinbarung betrug der Swinghöchstbetrag in den Jahren 1976 bis 1981 25% der Haben-Umsätze der vorangegangenen Jahre auf den Unterkonten 1/2 und 3, höchstens jedoch 850 Mio VE. Diese Regelung wurde um sechs Monate bis zum 30. 6. 1982 verlängert.

Durch eine Vereinbarung vom 18. Juni 1982 wurden die Swinghöchstbeträge bis Ende 1985 festgesetzt:

für die zweite Jahreshälfte 1982 auf 850 Mio VE, für 1983 auf 770 Mio VE, für 1984 auf 690 Mio VE, für 1985 auf 600 Mio VE.

Im Laufe des Jahres 1985 wird über eine Anschlußregelung verhandelt.

Ende 1982 war der Swing mit 491 Mio VE (Ende 1981: 583 Mio VE) in Anspruch genommen.

### b) Nichtkommerzieller Zahlungsverkehr

Nichtkommerzielle Zahlungen im Rahmen der Vereinbarungen vom 25. April 1974 über den Transfer von Unterhaltszahlungen und den Transfer aus Guthaben in bestimmten Fällen werden über die bei der Deutschen Bundesbank und der Staatsbank der DDR geführten Verrechnungskonten U (Unterhaltszahlungen) und T (Transferzahlungen) durchgeführt.

Über das Verrechnungskonto U wurden folgende Unterhaltszahlungen abgewickelt:

	1981	1982
	— in Mio DM —	
West/Ost-Zahlungen	6,77	6,15
Ost/West-Zahlungen	3,82	3,71
Überschuß zugunsten der Unterhaltsberechtigten in der DDR und Berlin (Ost)	<hr/>	<hr/>
	2,95	2,44

Der im Jahre 1982 erzielte Überschuß wurde der Staatsbank der DDR vereinbarungsgemäß vierteljährlich auf das bei der Deutschen Bundesbank geführte Konto S gutgeschrieben.

Über das Verrechnungskonto T wurden folgende Zahlungen abgewickelt:

109

	1981	1982
	— in Mio DM —	
West/Ost-Zahlungen	2,49	2,21
Einzahlungen der DDR gemäß Protokoll vom 16. November 1978	50,00	50,00
Ost/West-Zahlungen	52,21	52,75

In dem Zusatzprotokoll vom 16. November 1978 zu der Vereinbarung über den Transfer aus Guthaben in bestimmten Fällen hat sich die DDR bereit erklärt, in den Jahren 1979 bis 1982 jährlich 50 Millionen DM in Vierteljahresraten zur Ausführung der Transferaufträge von Kontoinhabern mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) zur Verfügung zu stellen. Die vierteljährlichen Einzahlungen der DDR und der Gegenwert der von Bewohnern der DDR und von Berlin (Ost) eingereichten Transferaufträge reichten im Jahre 1982 ebenso wie im Vorjahr nicht aus, um die aus dem Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) eingereichten Transferaufträge ohne Wartezeiten ausführen zu können; die Wartezeit zwischen Einreichung und Ausführung der Transferaufträge betrug 1982 bis zu 6 Monate.

Am 18. Juni 1982 wurde zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR eine dreijährige Verlängerung des Ende 1982 auslaufenden Zusatzprotokolls vereinbart. Die DDR ging hierbei die Verpflichtung ein, in den Jahren 1983 bis 1985 jährlich 60 Millionen DM, also 10 Millionen DM mehr als bisher, für den Sperrkontentransfer zur Verfügung zu stellen.

## V. Währungsrechtliche Genehmigungen

Über die Genehmigung von Wertsicherungsklauseln entscheidet die Deutsche Bundesbank nach ihren zuletzt im Jahre 1978 geänderten „Grundsätzen bei der Entscheidung über Genehmigungsanträge nach § 3 des Währungsgesetzes (Nr. 2 c der Währungsverordnung für Berlin)“<sup>1)</sup>.

Die Genehmigungsanträge und ihre Erledigung haben sich wie folgt entwickelt:

<b>Anträge auf Genehmigung gemäß § 3 Satz 2 WährG und deren Erledigung</b>				
Jahr	Anträge	Genehmigungen	Negativatteste 1)	Abgelehnte Anträge
1960	10 485	7 122	1 840	1 523
1961	12 482	9 293	1 738	1 458
1962	14 913	11 333	2 010	1 570
1963	16 588	12 903	2 205	1 480
1964	21 012	16 322	2 837	1 853
1965	23 822	17 497	3 686	2 639
1966	26 415	20 321	3 734	2 360
1967	24 261	19 026	3 614	1 621
1968	25 595	20 324	3 943	1 328
1969	29 363	22 776	5 127	1 460
1970	33 796	24 999	6 585	2 212
1971	40 884	31 189	7 554	2 141
1972	42 964	33 254	7 583	2 127
1973	49 033	36 747	10 045	2 241
1974	44 975	33 830	8 813	2 332
1975	39 686	29 712	7 778	2 196
1976	38 529	29 189	7 494	1 846
1977	39 344	30 145	7 323	1 876
1978	40 002	30 617	7 555	1 830
1979	41 761	32 231	7 632	1 898
1980	43 375	33 237	8 032	2 106
1981	45 375	35 129	7 960	2 286
1982	44 036	34 096	7 798	2 142

<sup>1</sup> Erklärungen, daß eine Genehmigung nicht erforderlich ist.

<sup>1</sup> Mitteilung der Deutschen Bundesbank Nr. 1015/78 vom 9. Juni 1978, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 109 vom 15. Juni 1978; zur Genehmigungspraxis siehe auch den Aufsatz „Geldwertsicherungsklauseln – Überblick zur Genehmigungspraxis der Deutschen Bundesbank“, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 23. Jg., Nr. 4, April 1971, S. 25 ff.



Teil B: Erläuterungen zum  
Jahresabschluß 1982  
der Deutschen Bundesbank

## 1. Rechtsgrundlagen, Gliederung und Bewertung

Rechtsgrundlagen, Rechnungswesen und Jahresabschluß	Rechtsgrundlage für den Jahresabschluß der Bank ist § 26 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank — BBankG — vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 745); die hierin enthaltenen Vorschriften über das Rechnungswesen und den Jahresabschluß haben im Berichtsjahr keine Änderung erfahren.
Gliederung des Jahresabschlusses	<p>Auf der Aktivseite der Bilanz wurden die bisherigen Positionen „Sonstige Forderungen“ und „Sonstige Aktiva“ zu einer Position unter der laufenden Nr. 21 mit der Bezeichnung „Sonstige Vermögensgegenstände“ zusammengefaßt. Im übrigen ist bei der Position 6 die Unterposition „Forderungen aus Devisenausgleichsabkommen mit den USA“ entfallen.</p> <p>Auf der Passivseite wurde die Position 10 „Sonstige Passiva“ umbenannt in „Sonstige Verbindlichkeiten“.</p> <p>Die Gewinn- und Verlustrechnung ist auf der Aufwandsseite um die Position 7 „Abschreibungen auf Währungsreserven und sonstige Fremdwährungspositionen“ erweitert worden. Auf der Ertragsseite ist die Position „Erträge aus An- und Verkauf von Fremdwährungen“ weggefallen.</p>
Bewertung	Bei der Bewertung sind die Vorschriften des Aktiengesetzes sinngemäß angewandt worden (§ 26 BBankG).

## 2. Jahresabschluß

Der als Anlage 1 beigefügte Jahresabschluß 1982 wird wie üblich in der Reihenfolge der Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erläutert. Zugleich wird über die Tätigkeit der Bank im Jahre 1982 berichtet.

### Bilanz

Bilanzvergleich	Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 1982 erhöhte sich gegenüber Ende 1981 um 9 262,2 Mio DM auf 207 349,9 Mio DM.
-----------------	--

<b>Bilanzvergleich</b>					
<b>Mio DM</b>					
Aktiva	31. Dezember		Passiva	31. Dezember	
	1981	1982		1981	1982
Gold	13 687,5	13 687,5	Banknotenumlauf	83 790,3	88 574,7
Reserveposition im Internationalen Währungsfonds und Sonderziehungsrechte			Einlagen von Kreditinstituten	50 608,8	51 875,1
Ziehungsrechte in der Reservetranche	3 120,2	4 178,3	Einlagen von öffentlichen Haushalten		
Bund			Bund	293,2	723,6
Kredite auf Grund von besonderen Kreditvereinbarungen	2 437,1	3 159,2	Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen	43,0	162,2
Sonderziehungsrechte	3 628,5	4 881,5	Länder	391,7	330,0
Forderungen an den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen des Europäischen Währungssystems			andere öffentliche Einleger	38,7	42,3
Guthaben in Europäischen Währungseinheiten (ECU)	37 189,1	38 496,9	Einlagen von anderen inländischen Einlegern		
sonstige Forderungen	2 751,1	2 120,8	Bundesbahn	6,2	19,8
Guthaben bei ausländischen Banken und Geldmarktanlagen im Ausland	37 245,6	38 955,7	Bundespost	1 512,1	2 865,8
Sorten	26,7	25,0	sonstige Einleger	628,4	629,7
Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland			Verbindlichkeiten aus abgegebenen Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren	4 905,1	4 651,6
Forderungen aus Devisenausgleichsabkommen mit den USA	416,0	—	Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft	8 910,2	12 035,0
sonstige Kredite an ausländische Währungsbehörden	685,9	—	Gegenposten im Zusammenhang mit der Bewertung der in den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit vorläufig eingebrachten Gold- und Dollarreserven	23 369,4	21 021,9
Kredite an die Weltbank	2 485,7	2 455,7	Ausgleichsposten für zugeleitete Sonderziehungsrechte	3 177,7	3 174,0
Auslandswechsel	5 367,4	7 050,4	Rückstellungen	3 866,0	4 306,0
Inlandswechsel	44 827,9	46 688,8	Sonstige Verbindlichkeiten 2)	244,6	186,4
Im Offenmarktgeschäft mit Rücknahmevereinbarung angekaufte Wertpapiere	11 875,6	9 103,4	Rechnungsabgrenzungsposten	993,1	675,7
Lombardforderungen	5 985,4	12 031,1	Grundkapital	290,0	290,0
Kassenkredite (Buchkredite)	4 744,6	1 395,4	Rücklagen	1 874,3	4 479,5
Ausgleichsforderungen an den Bund und unverzinsliche Schuldverschreibung wegen Berlin	8 683,6	8 683,6	Bilanzgewinn	13 144,9	11 306,6
Wertpapiere	3 732,3	5 409,4			
Deutsche Scheidemünzen	913,6	1 084,2			
Postscheckguthaben	327,8	150,3			
Grundstücke und Gebäude	1 185,3	1 267,0			
Betriebs- und Geschäftsausstattung	90,2	107,7			
Schwebende Verrechnungen	3 938,7	2 970,4			
Sonstige Vermögensgegenstände 1)	2 707,4	3 411,6			
Rechnungsabgrenzungsposten	34,5	36,0			
<b>Bilanzsumme</b>	<b>198 087,7</b>	<b>207 349,9</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>198 087,7</b>	<b>207 349,9</b>
Eventualforderungen	0,6	1,2	Eventualverbindlichkeiten	0,6	1,2

1 Bis 1981 unterteilt in „Sonstige Forderungen“ und „Sonstige Aktiva“. — 2 Bis 1981 „Sonstige Passiva“.

### Aktiva

Der Goldbestand wird am 31. Dezember 1982 gegenüber Ende 1981 unverändert mit 13 687,5 Mio DM ausgewiesen.

Die Ziehungsrechte beim IWF in der Reservetranche werden am 31. Dezember 1982 mit 4 178,3 Mio DM ausgewiesen gegenüber 3 120,2 Mio DM Ende 1981. Zugängen aus DM-Ziehungen anderer Mitgliedsländer und Transaktionen mit gleicher Auswirkung im Gegenwert von 557,1 Mio SZR standen Abgänge aus DM-Rückzahlungen anderer Mitgliedsländer und Transaktionen mit gleicher Auswirkung im Gegenwert von 152,2 Mio SZR gegenüber. Der Bestand an Ziehungsrechten in der Reservetranche ergibt sich als Differenz aus der deutschen Quote von 3 234 Mio SZR und dem am Jahresende zur Verfügung des IWF stehenden DM-Guthaben im Gegenwert von 1 640,2 Mio SZR.

### Gold

**Reserveposition im Internationalen Währungsfonds und Sonderziehungsrechte**  
**Ziehungsrechte in der Reservetranche**

**Kredite auf Grund von besonderen Kreditvereinbarungen**

Die Kredite auf Grund von besonderen Kreditvereinbarungen werden am 31. Dezember 1982 mit 3 159,2 Mio DM ausgewiesen gegenüber 2 437,1 Mio DM Ende 1981. Bei den zum Jahresschluß 1982 ausstehenden Krediten handelt es sich um eine Forderung an den IWF in Höhe von 582,9 Mio SZR im Rahmen der Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) aus der Finanzierung einer DM-Ziehung der USA im Jahre 1978 und um Forderungen an den IWF in Höhe von 622,2 Mio SZR aus der Finanzierung von Ziehungen anderer Mitgliedsländer im Rahmen der Zusätzlichen Finanzierungsvorkehrung; im Berichtsjahr wurden dem IWF Kredite in Höhe von 276,5 Mio SZR aus dieser Kreditfazilität gewährt.

**Sonderziehungsrechte**

Der Bestand an Sonderziehungsrechten (SZR) wird zum 31. Dezember 1982 mit 4 881,5 Mio DM ausgewiesen gegenüber 3 628,5 Mio DM am Ende des Vorjahres. Er setzt sich zusammen aus 1 210,8 Mio zugeteilten SZR, für die auf der Passivseite ein Ausgleichsposten eingestellt ist, und 651,3 Mio erworbenen SZR. Im Berichtsjahr erhielt die Bank im Wege der Designierung 574,6 Mio SZR, im Rahmen des Saldenausgleichs im EWS 152,6 Mio SZR und an Zinsen und Vergütungen 128,4 Mio SZR. Im Zusammenhang mit frei vereinbarten Geschäften gab die Bank insgesamt 376,1 Mio SZR ab.

**Forderungen an den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen des Europäischen Währungssystems**

In dieser Position werden die ECU-Guthaben der Bank sowie die Forderungen, die bei Inanspruchnahme der sehr kurzfristigen Finanzierung durch andere Notenbanken entstehen, ausgewiesen.

**Guthaben in Europäischen Währungseinheiten (ECU)**

Die ECU-Guthaben in Höhe von 38 496,9 Mio DM resultieren aus den in Form von Drei-Monats-Swaps vorläufig übertragenen 20% der Gold- und Dollarreserven der Bundesbank auf den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit und den von anderen Notenbanken auf die Bundesbank übertragenen Reserve-ECU.

**sonstige Forderungen**

Den sonstigen Forderungen in Höhe von 2 120,8 Mio DM liegen Kreditgewährungen an andere Notenbanken im Rahmen der sehr kurzfristigen Finanzierung von Interventionen zugrunde.

**Guthaben bei ausländischen Banken und Geldmarktanlagen im Ausland**

Die Guthaben bei ausländischen Banken und die Geldmarktanlagen im Ausland, die zum weitaus überwiegenden Teil auf US-Dollar lauten und zinsbringend angelegt sind, beliefen sich am 31. Dezember 1982 auf 38 955,7 Mio DM gegenüber 37 245,6 Mio DM am 31. Dezember 1981.

**Devisenhandel**

Die Umsätze im Devisen-Kassahandel der Bank (Fremdwährung gegen Deutsche Mark) verringerten sich im Berichtsjahr vor allem auf Grund niedrigerer Interventionen in US-Dollar auf 29 031,1 Mio DM gegenüber 63 584,1 Mio DM im Jahre 1981. Die Zahl der Abschlüsse verminderte sich infolge der Zunahme kommerzieller Transaktionen nur auf 5 926 gegenüber 6 596 im Vorjahr. Im einzelnen betrug die

		1981		1982	
	Abschlüsse	Mio DM	Abschlüsse	Mio DM	
Käufe	2 412	20 486,2	2 635	9 725,1	
Verkäufe	4 184	43 097,9	3 291	19 306,0	
	6 596	63 584,1	5 926	29 031,1	

Die Usancegeschäfte (Fremdwährung gegen eine andere Fremdwährung) verzeichneten im Berichtsjahr mit 474 Abschlüssen im Gegenwert von 3 836,5 Mio DM gegenüber 590 Abschlüssen im Gegenwert von 4 466,8 Mio DM im Jahre 1981 ebenfalls einen Rückgang. Dagegen erhöhete sich das Volumen der SZR/US-Dollar- bzw. SZR/D-Mark-Geschäfte auf 130 Abschlüsse im Gegenwert von 2 546,2 Mio DM nach 68 Abschlüssen im Gegenwert von 1 310,8 Mio DM im Jahre 1981. Außerdem wurden 123 US-Dollar-Tauschgeschäfte über insgesamt 24,9 Mio US-Dollar abgeschlossen gegenüber 142 Geschäften im Gesamtbetrag von 34,6 Mio US-Dollar im Vorjahr.

Per Termin („outright“) wurden 4 US-Dollar-Käufe im Betrage von insgesamt 50 Mio US-Dollar und 13 US-Dollar-Verkäufe im Gesamtbetrag von 750 Mio US-Dollar abgeschlossen, verglichen mit 17 US-Dollar-Käufen in Hohede von insgesamt 600 Mio US-Dollar und 34 US-Dollar-Verkäufen im Gesamtbetrag von 1 050 Mio US-Dollar im Vorjahr.

Zur Steuerung des Geldmarktes wurden im Berichtsjahr mit inländischen Kreditinstituten 65 liquiditatsanreichernde Dollarswapgeschafte im Gesamtbetrag von 13 492,1 Mio DM gegenüber 100 liquiditatsanreichernden Swapgeschäften im Gesamtbetrag von 20 186,3 Mio DM im Vorjahr abgeschlossen. Im Jahre 1982 fanden keine liquiditatsverknappenden Devisenswap- und Devisenpensionsgeschafte statt.

Die von der Bank im Rahmen des Auslandszahlungsverkehrs ausgeführten Zahlungsaufträge zeigen folgende Entwicklung:

Auslandszahlungsverkehr

<b>Auslandszahlungsverkehr</b>					
<b>Stück</b>					
Jahr	Zahlungsaufträge nach dem Ausland			darunter:	
	in Fremdwährung	in D-Mark	insgesamt	im automatisierten Dauer- auftrags- verfahren abgewickelt	über S.W.I.F.T. automatisiert ab- gewickelt 1)
1981	459 727	1 546 075	2 005 802	1 752 600	145 934
1982	450 038	1 770 714	2 220 752	1 963 234	155 190
Jahr	Zahlungsaufträge aus dem Ausland			darunter: ber S.W.I.F.T. erhaltene Zahlungen	
	in Fremdwährung	in D-Mark	insgesamt		
1981	14 205	204 221	218 426	153 890	
1982	15 134	206 043	221 177	176 014	

1 S.W.I.F.T. (= Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) ist eine belgische Gesellschaft, die Nachrichten des Auslandszahlungsverkehrs im Wege der Datenfernübertragung weiterleitet. Die Deutsche Bundesbank ist Mitglied dieser Gesellschaft und benutzt die von S.W.I.F.T. angebotenen Dienste seit Mitte 1978.

Im Jahre 1982 wurden 11 949 (1981 10 620) Orderschecks auf das Ausland im Werte von 898,8 Mio DM (1981 788,7 Mio DM) verkauft. Außerdem gab die Bank 31 298 Reiseschecks im Werte von 3,4 Mio DM gegenüber 30 536 Reiseschecks im Werte von 3,0 Mio DM im Vorjahr ab.

Verkauf von Auslandschecks

Stückzahl und Betrag der im vereinfachten Einzug von Auslandsschecks heringenommenen Abschnitte haben sich im Berichtsjahr weiter erhöhet. Einzelheiten sind aus der Anlage 3 des Berichts zu entnehmen.

Vereinfachter Einzug von Auslandsschecks

Zur Verwertung im Auslandsauftragsgeschäft hat die Bank hereingenommen:

	1981	1982
	Stück	Stück
Auftragspapiere (Wechsel, Schecks u. ä.)	53 560	49 885
Sorten	5 765	6 518
	<hr/>	<hr/>
	59 325	56 403.

**Sorten** Der Sortenbestand war Ende 1982 mit 25,0 Mio DM um 1,7 Mio DM niedriger als am 31. Dezember 1981. Im Berichtsjahr hat die Bank 21 448 Sortenankäufe (1981 21 151) und 39 418 Sortenverkäufe (1981 39 907) vorgenommen.

**Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland** Nachdem die mit den USA getroffenen Devisenausgleichsabkommen nach Rückzahlung der im Berichtsjahr fällig gewordenen Restforderung abgewickelt sind, ist die entsprechende Unterposition entfallen.

**Kredite im Rahmen des mittelfristigen EG-Währungsbeistands** Kredite im Rahmen des mittelfristigen EG-Währungsbeistands wurden im Berichtsjahr — wie bereits im Vorjahr — nicht gewährt.

**sonstige Kredite an ausländische Währungsbehörden** Der am 31. Dezember 1981 unter dieser Position ausgewiesene Kredit an eine ausländische Währungsbehörde wurde im Berichtsjahr zurückgezahlt.

**Kredite an die Weltbank** Die Kredite an die Weltbank sind wie in den Vorjahren hauptsächlich gegen auf D-Mark lautende Schuldscheine gewährt.

**Auslandswechsel** Der Bestand an Auslandswechseln aus dem Ankauf im Inland betrug am Jahreschluß 1982 7 050,4 Mio DM gegenüber 5 367,4 Mio DM am 31. Dezember 1981. Der Anteil der D-Mark-Abschnitte am Gesamtwert der angekauften Auslandswechsel stellte sich im Jahresdurchschnitt 1982 auf rd. 90% (1981 ebenfalls rd. 90%).

<b>Ankauf von Auslandswechseln in den Landeszentralbank-Bereichen</b>				
	1981		1982	
	Stück	Mio DM	Stück	Mio DM
Landeszentralbank				
Baden-Württemberg	37 160	2 412,0	40 541	2 985,7
Bayern	24 189	3 619,1	22 490	3 980,6
Berlin	1 388	1 837,2	1 326	2 113,4
Bremen	2 887	314,2	2 651	364,0
Hamburg	12 050	2 755,7	11 717	3 604,8
Hessen	21 701	5 895,7	24 312	8 634,1
Niedersachsen	4 575	563,7	4 506	597,7
Nordrhein-Westfalen	35 262	6 117,9	39 164	6 918,7
Rheinland-Pfalz	7 885	770,0	7 829	894,1
Saarland	3 364	762,9	3 492	840,4
Schleswig-Holstein	1 339	281,7	1 588	444,0
Insgesamt	151 800	25 330,1	159 616	31 377,5

**Inlandswechsel** Ende 1982 befanden sich für 46 688,8 Mio DM Inlandswechsel im Bestand der Bank gegenüber 44 827,9 Mio DM Ende 1981. Auch im Durchschnitt aller Ausweisstichtage lag der Bestand der Bank an Inlandswechseln mit 46 525 Mio DM höher als im Vorjahr (43 631 Mio DM). Der verstärkte Ankauf wurde durch die Erhöhung der Rediskont-Kontingente und der Obergrenze für Einreichungen von Privatkonten im Juni 1982 ermöglicht; auch im Rahmen der Rediskontlinien der AKA-Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH (Plafond B) und der Gesell-

schaft zur Finanzierung von Industrieanlagen mbH (Plafond II) wurden mehr Wechsel als im Vorjahr rediskontiert.

Der Inlandswechselbestand enthielt	31. 12. 1981	31. 12. 1982
	Mio DM	Mio DM
im Diskontgeschäft angekaufte Inlandswechsel	41 974,7	43 453,3
im Offenmarktgeschäft hereingenommene Privatkonten	2 853,2	3 235,5
	<u>44 827,9</u>	<u>46 688,8</u>

Ankauf von Inlandswechseln in den Landeszentralbank-Bereichen				
Landeszentralbank	1981		1982	
	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM
Baden-Württemberg	605	25 645,7	610	26 682,5
Bayern	386	25 471,6	393	26 101,3
Berlin	26	5 566,3	28	5 860,9
Bremen	49	4 408,6	49	4 464,9
Hamburg	121	16 297,2	119	15 937,2
Hessen	356	39 703,9	373	47 101,1
Niedersachsen	175	13 017,0	179	13 437,7
Nordrhein-Westfalen	621	47 486,9	625	49 539,2
Rheinland-Pfalz	101	5 914,5	101	6 070,3
Saarland	27	2 486,2	30	2 560,6
Schleswig-Holstein	49	3 997,9	46	3 862,9
Insgesamt	2 516	189 995,8	2 553	201 618,6

Der Durchschnittsbetrag der im Berichtsjahr angekauften Wechsel betrug 79,0 Tsd DM gegenüber 75,5 Tsd DM im Vorjahr.

Von den angekauften Wechseln sind den Einreichern mangels Zahlung zurückberechnet worden:

	1981		1982	
	Stück	Mio DM	Stück	Mio DM
	10 289	153,0	15 139	222,8
in % des Ankaufs	0,41	0,08	0,59	0,11.

Der Diskontsatz für Inlands- und Auslandswechsel betrug im Berichtsjahr bis 26. August 7½ %, vom 27. August bis 21. Oktober 7 %, vom 22. Oktober bis 2. Dezember 6 % und ab 3. Dezember 5 %.

Diskontsatz

Der Gesamtbetrag an Privatkonten, den die Bank im Offenmarktgeschäft anzukaufen bereit ist, wurde mit Wirkung vom 23. Juni 1982 um 500 Mio DM erhöht. Obwohl der Ankaufssatz der Bank bis Ende August 1982 über dem Diskontsatz und erst seit Oktober 1982 darunter lag, begünstigten die vergleichsweise deutlich höheren Geldmarktsätze — auch in Verbindung mit der Erweiterung der Ankaufslinie — eine abermals regere Nutzung dieser Refinanzierungsmöglichkeit. Die Ankäufe von Privatkonten über die Privatkont-Aktiengesellschaft erreichten ein Volumen von 13 749,9 Mio DM (1981 12 974,1 Mio DM). Rückschleusungen über die Maklerfirma in den Markt kamen 1982 nicht zustande.

Privatkonten

Die Einlösungen von Privatkonten bei Fälligkeit aus dem Bestand der Bank betragen 13 102,6 Mio DM (1981 12 708,0 Mio DM). Die Bestände der Bank an Privatkonten beliefen sich zum 31. Dezember 1982 auf 3 235,5 Mio DM (Ende 1981 2 853,2 Mio DM).

**Offenmarktgeschäfte mit Wechseln unter Rücknahmevereinbarung** Offenmarktgeschäfte mit Wechseln unter Rücknahmevereinbarung hat die Bank zum Ausgleich besonderer Spannungen am Geldmarkt in der Zeit vom 14. bis 21. Januar und vom 11. bis 18. März 1982 angeboten. Im Rahmen solcher Geschäfte erwarb die Bank außerhalb der Rediskont-Kontingente Handelswechsel zum Marktsatz unter der Voraussetzung, daß die einreichenden Kreditinstitute die Wechsel gleichzeitig per Termin zurückkauften; die Rückkaufsfrist betrug jeweils 10 Tage. Der höchste Wechselbestand der Bank aus solchen Offenmarktgeschäften belief sich auf 641,5 Mio DM (am 17. März 1982). Die Marktsätze betragen vom 14. bis 21. Januar 1982 10% und vom 11. bis 18. März 1982 9½%.

**Im Offenmarktgeschäft mit Rücknahmevereinbarung angekaufte Wertpapiere** Zur Liquiditätsbereitstellung auf begrenzte Frist hat die Bank den Kreditinstituten im Berichtsjahr wiederholt Offenmarktgeschäfte mit Wertpapieren unter Rücknahmevereinbarung jeweils im Ausschreibungswege angeboten. Im Rahmen solcher Geschäfte erwarb die Bank lombardfähige festverzinsliche Wertpapiere unter der Bedingung, daß die Verkäufer die Wertpapiere per Termin zurückkauften. Die Rückkaufsfristen lagen in einer Spanne von 28 bis 36 Tagen, die Zinssätze reichten von 5,9 bis 10,25%. Am Jahresende befanden sich Wertpapiere in Höhe von 9 103,4 Mio DM aus solchen Geschäften im Bestand der Bank.

**Lombardforderungen** Die Lombardforderungen der Bank an Kreditinstitute beliefen sich Ende 1982 auf 12 031,1 Mio DM gegenüber 5 985,4 Mio DM Ende 1981. Im Durchschnitt aller Ausweisstichtage des Berichtsjahres betragen sie 4 552 Mio DM gegenüber 3 528 Mio DM im Vorjahr. Der Forderungsbestand unterlag wie in den Vorjahren starken Schwankungen; der höchste Stand wurde mit 12 862 Mio DM am 7. Mai 1982 erreicht. Lombardkredit zum Lombardsatz stand den Kreditinstituten im Berichtsjahr erst ab 7. Mai 1982 zur Verfügung. Vorher hatte die Bank Sonderlombardkredit zu einem Sonderlombardsatz gewährt.

**Lombard- und Sonderlombardsatz** Der Lombardsatz betrug im Berichtsjahr bis 26. August 9%, vom 27. August bis 21. Oktober 8%, vom 22. Oktober bis 2. Dezember 7% und ab 3. Dezember 6%. Der Sonderlombardsatz betrug im Berichtsjahr bis 21. Januar 10½%, vom 22. Januar bis 18. März 10% und vom 19. März bis 6. Mai (d. h. bis zur Einstellung des Sonderlombardkredits) 9½%.

**Kassenkredite (Buchkredite)** In § 20 Abs. 1 Nr. 1 BBankG sind Kreditplafonds mit folgenden Höchstgrenzen vorgesehen für

	Mio DM
den Bund	6 000
die Bundesbahn	600
die Bundespost	400
den Ausgleichsfonds	200
das ERP-Sondervermögen	50

die Länder 40 DM je Einwohner, Berlin, Bremen und Hamburg jeweils 80 DM je Einwohner.

Anzurechnen auf die Kreditplafonds sind außer Buchkrediten auch Schatzwechsel, die die Bank im eigenen Bestand hält oder deren Ankauf sie zugesagt hat.



<b>Stand der Kassenkredite (Buchkredite)</b>		
<b>Mio DM</b>		
<b>Kreditnehmer</b>	<b>31. 12. 1981</b>	<b>31. 12. 1982</b>
Bund	3 200,1	—
Länder		
Bayern	88,5	181,6
Berlin	157,6	—
Bremen	54,7	54,7
Hamburg	144,0	144,0
Hessen	192,1	186,1
Niedersachsen	187,1	192,2
Nordrhein-Westfalen	561,4	517,0
Rheinland-Pfalz	19,4	—
Saarland	41,9	30,5
Schleswig-Holstein	97,8	89,3
Insgesamt	4 744,6	1 395,4

Der Lastenausgleichsfonds und das ERP-Sondervermögen haben im Berichtsjahr keine Kassenkredite in Anspruch genommen.

Buchkredite an Bundesbahn und Bundespost, die zusammen mit den Forderungen aus dem Ankauf von Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen in der Aktivposition „Kredite an Bundesbahn und Bundespost“ auszuweisen sind, waren am 31. Dezember 1982 nicht gewährt.

Bundesbahn,  
Bundespost

Der Zinssatz für Buchkredite entsprach während des ganzen Jahres jeweils dem Diskontsatz.

Bei der Begebung von unverzinslichen Schatzanweisungen (U-Schätzen) war die Bank wieder als Verkaufsagent für den Bund und seine Sondervermögen tätig. Von diesen U-Schätzen, die Finanzierungszwecken dienen, sind die gemäß den §§ 42 und 42a BBankG begebenen Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere zu unterscheiden, über die weiter unten gesondert berichtet wird. Schatzwechsel, die Finanzierungszwecken dienen, wurden im Berichtsjahr nicht begeben.

**Schatzwechsel und  
unverzinsliche  
Schatzanweisungen**

Zur Deckung des Kreditbedarfs des Bundes wurden U-Schätze im Betrage von 10 497,6 Mio DM (1981 8 673,9 Mio DM) begeben. Ein großer Teil davon, nämlich 5 651,4 Mio DM, entfiel auf den Absatz von nicht vor Fälligkeit rückgebbaren Titeln Lit. BN an inländische Banken, die u. a. auch wieder in zwei Ausschreibungsverfahren angeboten wurden.

**Bund**

In dem Gesamtplacement sind mit 4 006,2 Mio DM (1981 2 308,6 Mio DM) „Finanzierungs-Schätze“ des Bundes enthalten, die als Sonderform von U-Schätzen in einem standardisierten Verfahren und in kleinerer Stückelung seit Februar 1975 als nicht vor Fälligkeit rückgebbare U-Schätze zum größten Teil über Banken (aber auch unmittelbar von der Bundesbank bzw. den Landeszentralbanken) an Nichtbanken verkauft werden. Die restlichen 840,0 Mio DM wurden von einem institutionellen Anleger erworben.

Nach Einlösung der fälligen U-Schätze (einschließlich Finanzierungs-Schätze) in Höhe von 2 966,8 Mio DM (1981 3 937,7 Mio DM) belief sich der Gesamtumlauf an U-Schätzen des Bundes Lit. B und BN am 31. Dezember 1982 auf 18 230 Mio DM (Ende 1981 10 699,2 Mio DM). Davon waren 1 090 Mio DM mit einer Ankaufszusage der Bundesbank versehen (U-Schätze Lit. B).

**Bundesbahn** Die im Jahre 1982 fällig gewordenen — rückgebbaren — U-Schätze der Deutschen Bundesbahn (Lit. Ba) in Höhe von 100,0 Mio DM wurden neu begeben. Am Jahresende 1982 waren danach wieder U-Schätze der Bahn Lit. Ba in Höhe von 231,0 Mio DM (wie im Vorjahr) im Umlauf.

**Bundespost** Die Deutsche Bundespost hat im Berichtsjahr — erstmals wieder seit Jahren — nicht rückgebbare U-Schätze Lit. PN begeben; der Emissionsbetrag von 524,9 Mio DM befand sich am Jahresende 1982 noch vollständig im Umlauf (Ende 1981 kein Umlauf).

Der Gesamtumlauf der für Rechnung des Bundes und seiner Sondervermögen emittierten Geldmarktpapiere betrug am 31. Dezember 1982 18 985,9 Mio DM (Ende 1981 10 930,2 Mio DM). Näheren Aufschluß gibt die nachstehende Übersicht.

<b>Für Rechnung des Bundes und seiner Sondervermögen begebene Geldmarktpapiere</b>				
<b>Mio DM</b>				
Art der Papiere	1981	1982		am 31. 12. im Umlauf
	am 31. 12. im Umlauf	begeben	eingelöst	
Unverzinsliche Schatzanweisungen der Bundesrepublik Deutschland „B“ <b>1)</b> bzw. „BN“ <b>2)</b> darunter: „Finanzierungs-Schätze“	10 699,2 (3 494,0)	10 497,6 (4 006,1)	2 966,8 (2 126,8)	18 230,0 (5 373,3)
Unverzinsliche Schatzanweisungen der Deutschen Bundesbahn „Ba“	231,0	100,0	100,0	231,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen der Deutschen Bundespost „PN“ <b>2)</b>	—	524,9	—	524,9
<b>Insgesamt</b>	<b>10 930,2</b>	<b>11 122,5</b>	<b>3 066,8</b>	<b>18 985,9</b>

**1** Der Zusatz „B“ dient zur Unterscheidung dieser Schuldtitel von den weiter unten behandelten Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren. — **2** Der Zusatz „BN“ bzw. „PN“ bezeichnet solche Titel, die nicht vor Fälligkeit zurückgegeben werden können.

**Länder** Im Berichtsjahr wurden im Benehmen mit der Bank erstmals wieder seit 1976 U-Schätze eines Landes begeben; der Emissionsbetrag von 800 Mio DM war am Jahresende 1982 noch vollständig im Umlauf (Ende 1981 kein Umlauf von Geldmarktpapieren der Länder). Diese Titel sind nicht in die Geldmarktregulierung einbezogen.

**Ausgleichsforderungen an den Bund und unverzinsliche Schuldverschreibung wegen Berlin** Die Ausgleichsforderungen der Bank an den Bund und die unverzinsliche Schuldverschreibung wegen Berlin blieben im Berichtsjahr unverändert.

**Kredite an Bundesbahn und Bundespost** Bundesbahn und Bundespost hatten am 31. Dezember 1982 — wie auch im Vorjahr — keine Kredite in Anspruch genommen. Im übrigen wird auf die Ausführungen zu den Positionen „Kassenkredite (Buchkredite)“ und „Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen“ verwiesen.

**Wertpapiere** Der Wertpapierbestand der Bank — im wesentlichen Schuldverschreibungen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost — erhöhte sich im Berichtsjahr infolge von Offenmarkttransaktionen per Saldo um 1 677,1 Mio DM auf 5 409,4 Mio DM (Ende 1981 3 732,3 Mio DM).

**Emission von Anleihen** Über das unter Führung der Bank stehende Bundesanleihe-Konsortium wurden im Jahre 1982 fünfzehn Anleihen im Gesamtbetrag von 20 000 Mio DM (1981 elf Anleihen in Höhe von 13 150 Mio DM) begeben. Von diesen Anleihen

blieb im Zeitpunkt der Begebung ein Betrag von 4 650 Mio DM (1981 2 575 Mio DM) für eigene Einrichtungen der Emittenten sowie für die Marktpflege reserviert.

Am Jahresende 1982 betrug der Umlauf von Anleihen der Bundesrepublik Deutschland 55 882,5 Mio DM (Ende 1981 44 499,3 Mio DM), der Deutschen Bundesbahn 16 733,0 Mio DM (Ende 1981 14 905,3 Mio DM) und der Deutschen Bundespost 9 930,6 Mio DM (Ende 1981 8 825,8 Mio DM).

**Anleiheemissionen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost im Jahre 1982**

Emittent	Anleihebetrag in Mio DM		Konditionen				Verkaufsbeginn
	insgesamt	darunter über das Bundesanleihekonsortium plaziert	Nominalzinssatz %	Laufzeit in Jahren	Ausgabekurs %	Rendite %	
Bundesrepublik Deutschland	1 600	1 200	9,75	10	100	9,75	4. 1.
Deutsche Bundesbahn	900	750	10	10	100,50	9,92	18. 1.
Deutsche Bundespost	1 000	800	9,75	10	100,25	9,71	9. 2.
Bundesrepublik Deutschland	1 600	1 200	9,75	10	100	9,75	24. 2.
Bundesrepublik Deutschland	1 600	1 200	9,50	10	100,50	9,42	11. 3.
Bundesrepublik Deutschland	1 600	1 200	9	10	100,50	8,92	13. 4.
Bundesrepublik Deutschland	1 600	1 200	8,50	10	99,50	8,58	17. 5.
Deutsche Bundespost	1 000	800	8,75	10	99,50	8,83	7. 6.
Deutsche Bundesbahn	850	700	9,50	10	100,50	9,42	28. 6.
Bundesrepublik Deutschland	1 600	1 200	9	10	99,75	9,04	28. 7.
Bundesrepublik Deutschland	1 600	1 200	8,75	10	99,75	8,79	24. 8.
Deutsche Bundespost	1 000	800	8,50	10	99	8,65	20. 9.
Deutsche Bundesbahn	850	700	8	10	99	8,15	18.10.
Bundesrepublik Deutschland	1 600	1 200	7,75	8	99	7,92	27.10.
Bundesrepublik Deutschland	1 600	1 200	7,75	10	100	7,75	7.12.

Unter Mitwirkung der Bank an der Abwicklung des Verkaufs wurden über Kreditinstitute sowie mit eigener Beteiligung der Bank am Verkauf im Jahre 1982 Bundesschatzbriefe im Betrage von 2 870,2 Mio DM (brutto) bei privaten Erwerbern untergebracht (1981 4 998,8 Mio DM).

Emission von Bundesschatzbriefen

Im Verlauf des Berichtsjahres wurde die Verzinsung der Bundesschatzbriefe in Anpassung an das Marktzinsniveau zweimal erhöht und fünfmal gesenkt. Einzelheiten enthält die nachstehende Übersicht.

Brutto-Absatz, Zinssätze und Renditen von Bundesschatzbriefen im Jahre 1982												
Ausgaben	Verkaufszeitraum 1982	Brutto-Absatz in Mio DM			Zinssätze (Z) und Renditen (R) in bzw. nach dem . . .							
		zu- sammen	Bundes- schatz- briefe A 1)	Bundes- schatz- briefe B 2)	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	
					Jahr der Laufzeit in % p. a.							
1981/ 13 + 14	3) 4.1.-11.1.	4) 56,8	20,7	36,1	Z	7,00	8,50	8,75	9,25	9,50	10,00	
					R	7,00	7,72	8,04	8,30	8,50	8,70	
					Z	7,00	8,50	8,75	9,25	9,50	10,00	10,00
					R	7,00	7,75	8,08	8,37	8,60	8,83	9,00
1982/ 1 + 2	12.1.-11.3.	886,4	340,0	546,4	Z	8,00	9,50	9,50	9,75	9,75	10,00	
					R	8,00	8,72	8,96	9,13	9,23	9,33	
					Z	8,00	9,50	9,50	9,75	9,75	10,00	10,00
					R	8,00	8,75	9,00	9,19	9,30	9,41	9,50
1982/ 3 + 4	12.3.-5.4.	463,7	209,1	254,6	Z	7,50	9,00	9,00	9,50	9,75	10,00	
					R	7,50	8,22	8,46	8,69	8,86	9,01	
					Z	7,50	9,00	9,00	9,50	9,75	10,00	10,00
					R	7,50	8,25	8,50	8,75	8,95	9,12	9,25
1982/ 5 + 6	6.4.-28.6.	463,2	203,8	259,4	Z	7,00	8,50	8,75	9,00	9,00	9,25	
					R	7,00	7,72	8,04	8,25	8,38	8,49	
					Z	7,00	8,50	8,75	9,00	9,00	9,25	9,25
					R	7,00	7,75	8,08	8,31	8,45	8,58	8,68
1982/ 7 + 8	29.6.-25.8.	436,9	142,8	294,1	Z	7,00	9,00	9,25	9,50	9,75	10,00	
					R	7,00	7,96	8,36	8,61	8,80	8,96	
					Z	7,00	9,00	9,25	9,50	9,75	10,00	10,00
					R	7,00	8,00	8,41	8,68	8,90	9,08	9,21
1982/ 9 + 10	1.9.-22.10.	270,0	115,2	154,8	Z	6,50	8,00	8,25	8,50	8,75	9,00	
					R	6,50	7,22	7,54	7,75	7,92	8,07	
					Z	6,50	8,00	8,25	8,50	8,75	9,00	9,00
					R	6,50	7,25	7,58	7,81	8,00	8,16	8,28
1982/ 11 + 12	25.10.- 6.12.	198,4	83,0	115,4	Z	5,75	7,25	7,50	8,00	8,25	9,00	
					R	5,75	6,48	6,79	7,06	7,27	7,51	
					Z	5,75	7,25	7,50	8,00	8,25	9,00	9,00
					R	5,75	6,50	6,83	7,12	7,35	7,62	7,82
1982/ 13 + 14	7.12.- 31.12.*)	94,8	39,6	55,2	Z	5,00	7,00	7,50	8,00	8,25	8,50	
					R	5,00	5,97	6,45	6,80	7,05	7,25	
					Z	5,00	7,00	7,50	8,00	8,25	8,50	8,50
					R	5,00	6,00	6,49	6,87	7,14	7,37	7,53
Insgesamt	4.1.- 31.12.*)	2 870,2	1 154,2	1 716,0								

1 Mit jährlicher Zinszahlung. — 2 Mit Zinsansammlung. — 3 Verkaufsbeginn am 15. 10. 1981. — 4 Absatz vom 15. 10. 1981 — 31. 12. 1981 BSB/A 55,3 Mio DM. BSB/B 107,4 Mio DM = Insgesamt 162,7 Mio DM. — \* Der Verkauf der Ausgaben war am 31. 12. 1982 nicht beendet.

Aus früher begebenen Tranchen wurden dem Emittenten im Berichtsjahr Bundesschatzbriefe im Betrage von 961,7 Mio DM (1981 10 941,3 Mio DM) vor Fälligkeit zurückgegeben; weitere 2 241,9 Mio DM wurden bei Fälligkeit eingelöst. Der Umlauf an Bundesschatzbriefen verringerte sich wegen des Übergewichts der Rücknahmen und Einlösungen durch den Emittenten von 13 841,4 Mio DM (Ende 1981) auf 13 508,0 Mio DM am 31. Dezember 1982.

#### Emission von Bundesobligationen

Die im Dezember 1979 erstmals als neue Daueremission begebenen Bundesobligationen wurden im Berichtsjahr weiter unter Mitwirkung der Bank über die Kreditinstitute sowie mit eigener Beteiligung der Bank am Verkauf in steigendem Umfang abgesetzt.

Bundesobligationen werden mit einer Laufzeit von 5 Jahren in aufeinanderfolgenden Serien vor Börseneinführung nur an inländische natürliche Personen und Einrichtungen, die gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen, verkauft. Ex Emission gelangten diese Titel im Berichtsjahr im Betrage von 13 133,8 Mio DM (1981 10 625,8 Mio DM) an den Markt. Daneben blieben

nach Abschluß der Begebung der jeweils aufliegenden Serie 1 515,5 Mio DM für die Kurs- und Marktpflege reserviert.

Die Konditionen der Bundesobligationen im Erstabsatz wurden im Verlauf des Berichtsjahres 23mal den Marktverhältnissen angepaßt. Weitere Einzelheiten zu den verschiedenen Serien können aus der nachstehenden Übersicht ersehen werden.

<b>Absatz und Emissionskonditionen von Bundesobligationen im Jahre 1982</b>									
Bezeichnung Serie	Verkaufsbeginn	Zinsausstattung %			Emissionsbetrag Mio DM				Datum der Börseneinführung 1982
		Nominalzinsatz	Ausgabekurs	Rendite	Absatz		Kurspflegequote	insgesamt	
					je Ausgabekurs	zusammen			
S. 23 v. 1981 (1986)	1) 4. 1.	9,50	99,80	9,55	150,2	2) 150,2	101,8	850	25. 1.
S. 24 v. 1982 (1987)	12. 1. 26. 1.	9,75	99,80 100,20	9,80 9,70	398,0 1 266,9	1 664,9	135,1	1 800	19. 3.
S. 25 v. 1982 (1987)	5. 3. 10. 3.	9,50	99,80 100,40	9,55 9,40	201,1 671,5	872,6	127,4	1 000	30. 3.
S. 26 v. 1982 (1987)	19. 3. 24. 3.	9,25	100,20 100,60	9,20 9,10	159,0 730,3	889,3	110,7	1 000	21. 4.
S. 27 v. 1982 (1987)	5. 4. 6. 4. 15. 4.	9,00	100,20 100,80 101,20	8,95 8,80 8,69	82,6 143,0 164,8	390,4	59,6	450	10. 5.
S. 28 v. 1982 (1987)	28. 4. 15. 6.	8,50	99,80 98,40	8,55 8,91	448,1 57,1	505,2	94,8	600	9. 7.
S. 29 v. 1982 (1987)	29. 6.	9,50	100,60	9,34	1 031,9	1 031,9	118,1	1 150	5. 8.
S. 30 v. 1982 (1987)	26. 7. 17. 8. 20. 8.	9,00	99,60 99,20 100,40	9,10 9,21 8,90	366,0 1 246,2 32,6	1 644,8	155,2	1 800	1. 9.
S. 31 v. 1982 (1987)	23. 8. 30. 8.	8,75	99,80 100,60	8,80 8,60	231,0 699,2	930,2	169,8	1 100	4. 10.
S. 32 v. 1982 (1987)	22. 9. 11. 10.	8,25	99,20 99,80	8,45 8,30	952,2 371,9	1 324,1	175,9	1 500	26. 10.
S. 33 v. 1982 (1987)	14. 10.	8,00	99,60	8,10	1 142,3	1 142,3	157,7	1 300	4. 11.
S. 34 v. 1982 (1987)	25. 10.	7,75	99,40	7,90	2 090,6	2 090,6	109,4	2 200	21. 12.
S. 35 v. 1982 (1987)	7. 12. 30. 12.	7,50	99,40 100,00	7,65 7,50	489,0 8,3	497,3	3) —	3) —	...

1 Verkaufsbeginn am 16. 11. 1981. — 2 Absatz vom 16. 11. 1981 — 31. 12. 1981 = 598,0 Mio DM. — 3 Der Verkauf der Serie war am 31. 12. 1982 nicht beendet.

Der Umlauf an Bundesobligationen betrug am Jahresende 1982 35 417,4 Mio DM (Ende 1981 20 649,4 Mio DM).

Durch Vermittlung der Bank wurden im Jahre 1982 in drei Ausschreibungen (Tenderverfahren) Schatzanweisungen (Kassenobligationen) der Bundesrepublik Deutschland sowie der Deutschen Bundespost im Betrage von 3 234,8 Mio DM (im Vorjahr bei zwei Ausschreibungen 1 238,2 Mio DM) plaziert. Die Ausstattung der vier Emissionen geht aus der nachstehenden Übersicht hervor.

Emission von Kassenobligationen

**Im Jahre 1982 im Wege der Ausschreibung (Tenderverfahren) verkaufte Schatzanweisungen (Kassenobligationen) der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Bundespost**

Emittent	Betrag Mio DM	Nominalzinssatz %	Laufzeit in Jahren	Verkaufskurs %	Emissionsrendite %	Verkaufsmonat
Deutsche Bundespost	941,0	8,75	4	100	8,75	Mai
Bundesrepubl. Deutschland	995,1	9	4	99,30	9,22	August
Bundesrepubl. Deutschland	660,7	8,25	3	99,70	8,37	September
Bundesrepubl. Deutschland	638,0	8,25	4	99,30	8,46	September

Am Jahresende 1982 betrug der Umlauf von Kassenobligationen der Bundesrepublik Deutschland 8 957,6 Mio DM (Ende 1981 11 402,1 Mio DM), der Deutschen Bundesbahn 933,4 Mio DM (Ende 1981 1 033,4 Mio DM) sowie der Deutschen Bundespost 2 100,9 Mio DM (Ende 1981 1 159,9 Mio DM).

**Börseneinführungen** Die Bank hat die neu emittierten Anleihen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost und der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie die Serien 23 bis 34 der Bundesobligationen an allen deutschen Wertpapierbörsen in den amtlichen Handel und außerdem fünf Ausgaben von Inhaberschuldverschreibungen der Lastenausgleichsbank in den geregelten Freiverkehr an der Düsseldorfer Wertpapierbörse eingeführt.

Ferner hat die Bank die neu emittierten Kassenobligationen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Bundespost in den geregelten Freiverkehr an der Frankfurter Wertpapierbörse eingeführt.

**Kurspflege** Die Bank hat im Berichtsjahr — wie in den Vorjahren — für Rechnung der Emittenten die Kurse der Anleihen des Bundes und seiner Sondervermögen, von Anleihen eines Landes sowie der Anleihen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Lastenausgleichsbank an den acht deutschen Wertpapierbörsen gepflegt.

**Die Bank als Zahl- und Einzugsstelle für Anleihen** Als Zahl- und Einzugsstelle vornehmlich für Schuldverschreibungen des Bundes (einschließlich Auslandsbonds) und seiner Sondervermögen hat die Bank im Jahre 1982 1 492 271 Zinsscheine und fällige Stücke eingelöst bzw. zur Einlösung gebracht (im Vorjahr 2 456 670).

**Deutsche Scheidemünzen** Der Bestand der Bank an deutschen Scheidemünzen belief sich Ende 1982 auf 1 084,2 Mio DM (Ende 1981 913,6 Mio DM). Dem Bund sind im Jahre 1982 für die von den Münzstätten übernommenen Münzen 483,0 Mio DM gutgeschrieben und für nicht mehr umlauffähige und eingeschmolzene Münzen 8,7 Mio DM belastet worden. Insgesamt hat die Bank in den Jahren 1948 bis 1982 für Rechnung des Bundes Münzen im Betrage von 10 868,4 Mio DM übernommen und 1 663,9 Mio DM nicht mehr umlauffähige oder aufgerufene Münzen eingelöst.

Der Gesamtbetrag der Ende 1982 im Umlauf befindlichen Münzen (8 120,2 Mio DM) ergibt bei Zugrundelegung der Einwohnerzahl der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Landes Berlin vom 30. September 1982 (61,6 Mio Einwohner) je Kopf der Bevölkerung einen Betrag von 131,81 DM gegenüber 126,69 DM im Vorjahr.

Im Berichtsjahr sind die 5-DM-Gedenkmünzen „Umweltkonferenz der Vereinten Nationen“ und „Johann Wolfgang von Goethe“ in den Verkehr gegeben worden.

Die Postscheckguthaben betragen am 31. Dezember 1982 unter Einschluß der unterwegs befindlichen Überweisungen der Zweiganstalten auf das Postscheckkonto der Bank (Direktorium) in Frankfurt am Main 150,3 Mio DM (1981 327,8 Mio DM). Die nicht für den laufenden Zahlungsverkehr benötigten Guthaben der Bank auf diesem Konto und auf dem Postscheckkonto der Landeszentralbank in Berlin werden täglich in abgerundeten Beträgen mit den Giroguthaben der Generalpostkasse bzw. des Postscheckamtes Berlin (West) verrechnet.

Postscheckverkehr mit Dritten								
Bereich	1981				1982			
	Von Dritten eingegangene Überweisungen		An Dritte ausgeführte Überweisungen		Von Dritten eingegangene Überweisungen		An Dritte ausgeführte Überweisungen	
	Stück	Mio DM	Stück	Mio DM	Stück	Mio DM	Stück	Mio DM
Landeszentralbank								
Baden-Württemberg	62 138	17 806,0	11 260	2 314,0	64 932	18 391,1	5 981	2 344,0
Bayern	51 504	13 314,9	7 772	6 665,9	40 666	13 148,4	6 802	6 545,5
Berlin	17 397	2 946,5	2 252	790,5	17 842	2 963,8	2 305	977,8
Bremen	4 954	387,9	479	0,1	4 654	380,8	94	0,0
Hamburg	108 880	18 045,4	1 090	142,5	114 112	18 913,2	1 306	317,2
Hessen	77 635	8 127,3	4 470	7 352,9	75 927	8 605,3	3 660	7 392,0
Niedersachsen	49 871	7 704,5	3 527	2 106,2	50 597	8 215,3	3 218	2 314,6
Nordrhein-Westfalen	130 474	21 433,2	14 127	6 636,1	141 715	22 885,4	10 789	7 202,3
Rheinland-Pfalz	18 417	1 422,8	5 857	1 029,2	18 858	1 278,3	4 161	825,6
Saarland	5 828	1 885,9	214	0,1	5 564	1 926,9	159	0,1
Schleswig-Holstein	4 106	54,4	1 341	0,5	4 768	84,9	723	0,5
Zusammen	531 204	93 128,8	52 389	27 038,0	539 635	96 793,4	39 198	27 919,6
Bundesbank — Direktorium —	9 365	1 674,0	1 117	3,4	5 169	1 912,1	828	3,3
Insgesamt	540 569	94 802,8	53 506	27 041,4	544 804	98 705,5	40 026	27 922,9

Die Grundstücke und Gebäude werden nach Zugängen von 191,9 Mio DM und Abschreibungen von 110,2 Mio DM mit 1 267,0 Mio DM ausgewiesen.

**Grundstücke und Gebäude**

Der Bilanzwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung von 107,7 Mio DM errechnet sich nach Zugängen in Höhe von 64,1 Mio DM und Abschreibungen von 46,6 Mio DM.

**Betriebs- und Geschäftsausstattung**

Die Position „Schwebende Verrechnungen“ enthält in der Hauptsache die am Jahresschluß innerhalb der Bank unterwegs befindlichen Fernübertragungen und -belastungen sowie die schwebenden Scheck- und Lastschriftverrechnungen. Der Saldo der schwebenden Verrechnungen belief sich am 31. Dezember 1982 auf 2 970,4 Mio DM gegenüber 3 938,7 Mio DM am Ende des Vorjahres.

**Schwebende Verrechnungen**

In der Position „Sonstige Vermögensgegenstände“ sind die bisher getrennt ausgewiesenen Positionen „Sonstige Forderungen“ und „Sonstige Aktiva“ zusammengefaßt worden. Ende 1982 werden hier 3 411,6 Mio DM ausgewiesen gegenüber 2 707,4 Mio DM Ende 1981<sup>1)</sup>. Im wesentlichen enthält diese Position die im Jahre 1983 fällig werdenden, der Erfolgsrechnung des Berichtsjahres zuzurechnenden Zinsen aus Geldanlagen im Ausland und aus Wertpapieren (2 514,0 Mio DM gegenüber 1 909,3 Mio DM Ende 1981) und den aus der Abwicklung des innerdeutschen Verrechnungsverkehrs (kommerzieller Zahlungsverkehr nach dem „Berliner Abkommen“) stammenden Saldo von 489,8 Mio DM (1981 582,6 Mio DM). Die Regelungen des innerdeutschen Zahlungsverkehrs sind in Teil A, IV erläutert.

**Sonstige Vermögensgegenstände**

<sup>1</sup> „Sonstige Forderungen“ 799,5 Mio DM  
„Sonstige Aktiva“ 1 907,9 Mio DM.

Aus der in dieser Position ebenfalls enthaltenen 30%igen Beteiligung in Höhe von 75 Mio DM an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, besteht für die Bank eine im Gesellschaftsvertrag vorgesehene Nachschußpflicht von maximal 225 Mio DM.

### Rechnungsabgrenzungsposten

Bei den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich fast ausschließlich um im Berichtsjahr gezahlte, das Jahr 1983 betreffende Dienst- und Versorgungsbezüge.

### Passiva

### Banknotenumlauf

Der Banknotenumlauf wird am 31. Dezember 1982 mit 88 574,7 Mio DM um 4 784,4 Mio DM höher ausgewiesen als Ende 1981.

Entwicklung des Bargeldumlaufs			
Mio DM			
Jahresende	Banknoten	Bundesmünzen	Bargeldumlauf insgesamt
1977	65 567,4	6 097,6	71 665,0
1978	74 799,1	6 577,5	81 376,6
1979	79 385,6	6 988,7	86 374,3
1980	83 730,3	7 461,0	91 191,3
1981	83 790,3	7 816,6	91 606,9
1982	88 574,7	8 120,2	96 694,9

Die Aufgliederung der im Umlauf befindlichen Banknoten und Bundesmünzen nach Stückelungen ergibt sich aus Anlage 3 des Berichts.

Die Bank hat auch im Berichtsjahr neue kursfähige Bundesbanknoten von den Druckereien übernommen und dem Verkehr zugeführt oder hierfür bereitgestellt.

An nicht mehr umlauffähigen und an aufgerufenen Banknoten einschließlich Kleingeldzeichen wurden vernichtet:

	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Mio Stück	459,1	560,9	505,9	466,4	662,3	834,5
Mio DM	18 086,2	22 682,1	20 829,6	18 495,1	28 793,9	39 604,0.

Stückzahl und Betrag der in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) im Zahlungsverkehr festgestellten falschen Bundesbanknoten und Bundesmünzen haben im Berichtsjahr weiter zugenommen.

Die Zunahme ist insbesondere auf den Anfall einer neuen Fälschung von Noten zu 50 DM, deren Hersteller bereits ermittelt wurde, sowie auf den erhöhten Anfall falscher Münzen zu 2 DM und 5 DM zurückzuführen.

Im Zahlungsverkehr festgestellte Falsifikate				
Jahr	Banknoten		Bundesmünzen	
	Stück	Tsd DM	Stück	Tsd DM
1977	9 754	946,0	6 754	25,7
1978	6 341	586,4	9 835	35,5
1979	3 388	296,6	7 405	24,3
1980	2 421	183,4	9 428	25,1
1981	2 896	219,1	17 172	34,3
1982	3 317	250,7	19 975	43,3



Die Einlagen von Kreditinstituten auf Girokonten stellen im wesentlichen die bei der Bank zu unterhaltenden Mindestreserven dar. In der Unterposition „sonstige“ werden die Einlagen inländischer Kreditinstitute auf US-Dollar-Konten ausgewiesen. Am Jahresschluß ergaben sich im Vergleich zu 1981 folgende Bestände:

**Einlagen von  
Kreditinstituten**

	31. 12. 1981 Mio DM	31. 12. 1982 Mio DM
Einlagen von Kreditinstituten auf Girokonten	50 583,8	51 854,9
sonstige	25,0	20,2
	<hr/> 50 608,8	<hr/> 51 875,1.

In der Position „Einlagen von öffentlichen Haushalten“ werden die laufenden Guthaben der öffentlichen Hand folgendermaßen ausgewiesen:

**Einlagen von  
öffentlichen  
Haushalten**

	31. 12. 1981 Mio DM	31. 12. 1982 Mio DM
Bund	293,2	723,6
Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen	43,0	162,2
Länder	391,7	330,0
andere öffentliche Einleger	38,7	42,3
	<hr/> 766,6	<hr/> 1 258,1.

Die Einlagen von anderen inländischen Einlegern setzen sich wie folgt zusammen:

**Einlagen von anderen  
inländischen  
Einlegern**

	31. 12. 1981 Mio DM	31. 12. 1982 Mio DM
Bundesbahn	6,2	19,8
Bundespost (einschl. Postscheck- und Postsparkassenämter)	1 512,1	2 865,8
sonstige Einleger	628,4	629,7
	<hr/> 2 146,7	<hr/> 3 515,3.

Von den Umsätzen auf den Girokonten wurden wie im Vorjahr stückzahl- und betragsmäßig fast 100% bargeldlos abgewickelt.

Giroverkehr, vereinfachter Scheck- und Lastschriftinzug

Jahresumsätze auf den Girokonten der Bank						
Umsatzart	1981			1982		
	Stückzahl	Betrag	Durchschnittsbetrag	Stückzahl	Betrag	Durchschnittsbetrag
	Tsd	Mio DM	Tsd DM	Tsd	Mio DM	Tsd DM
a) Gutschriften						
Barzahlungen	1 080	212 783	197,0	1 069	214 935	201,1
Verrechnungen mit Kontoinhabern	4 336	4 481 638	1 033,6	4 219	4 584 719	1 086,7
Platzübertragungen	27 307	4 553 872	166,8	78 972	4 764 580	60,3
Fernübertragungen	270 736	4 657 892	17,2	291 028	4 899 258	16,8
Scheck- und Lastschrifteinzug (Einreichungen)	1 023 578	1 924 742	1,9	1 097 794	2 041 085	1,9
Zusammen	1 327 037	15 830 927	—	1 473 082	16 504 577	—
b) Belastungen						
Barzahlungen	1 526	215 834	141,4	1 546	222 819	144,1
Verrechnungen mit Kontoinhabern	3 233	4 327 694	1 338,6	3 127	4 453 782	1 424,3
Platzübertragungen	27 307	4 553 872	166,8	78 972	4 764 580	60,3
Fernübertragungen	271 356	4 806 700	17,7	291 337	5 021 074	17,2
Scheck- und Lastschrifteinzug (Einlösungen)	1 019 432	1 923 063	1,9	1 098 323	2 038 695	1,9
Zusammen	1 322 854	15 827 163	—	1 473 305	16 500 950	—
c) Anteil am Gesamtumsatz (Gutschriften und Belastungen)		%			%	
Barzahlungen		1,35			1,33	
Verrechnungen mit Kontoinhabern		27,83			27,38	
Platzübertragungen		28,77			28,87	
Fernübertragungen		29,90			30,06	
Scheck- und Lastschrifteinzug (Einreichungen/Einlösungen)		12,15			12,36	
		100,00			100,00	

Die Umsätze auf den Girokonten der Deutschen Bundesbank haben sich im Jahre 1982 gegenüber dem Vorjahr stückzahlmäßig um 11 % und betragsmäßig um 4 % erhöht. Die Anzahl der ausgeführten Fernübertragungen nahm weiterhin um 7 % zu, jedoch nicht mehr in dem starken Maße wie in den beiden Vorjahren mit jeweils rd. 20 %. Der außerordentliche Zuwachs bei den Platzübertragungen mit rd. 190 % ist im wesentlichen auf eine geänderte Erfassung eines Teils der Zahlungen (auf Magnetband) zurückzuführen. Die Einreichungen der Kreditinstitute in den vereinfachten Scheck- und Lastschrifteinzug stiegen der Stückzahl nach um 7 % (Vorjahr 17 %). Nahezu gleichgeblieben ist die Anzahl der Barauszahlungen (1,5 Mio Stück) und Bareinzahlungen (1,1 Mio Stück), die über die Kassenschalter der Bank abgewickelt worden sind.

Im Berichtsjahr wurden 99 % der 519 Mio eingereichten Einzugsbriefe und 97 % der 186 Mio eingereichten Überweisungsbelege sowie die auf Magnetband aufgezeichneten 579 Mio Lastschriften (im Vorjahr 525 Mio) und 105 Mio Überweisungen (im Vorjahr 102 Mio) von den Rechenzentren der Bank bearbeitet. Im beleglosen Datenträgeraustausch (DTA) sind gegenüber dem Vorjahr rund 9 % mehr Zahlungen abgewickelt worden. Ihr Anteil macht inzwischen die Hälfte (49,7 %) des im automatisierten Verfahren eingereichten Zahlungsverkehrsmaterials aus. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 99 % des gesamten Fernzahlungsverkehrs (Beleg- und DTA-Verkehr) automatisiert bearbeitet. Die Entwicklung der Automatisierung des Fernzahlungsverkehrs seit 1973 ergibt sich aus der folgenden Übersicht.

Entwicklung der Automatisierung im Fernverkehr														
Jahr	Eingereichte Einzugsaufträge							Eingereichte Fernüberweisungen						
	davon bearbeitet							davon bearbeitet						
	im Belegverkehr				im beleglosen Datenträgeraustausch			im Belegverkehr				im beleglosen Datenträgeraustausch		
	insgesamt	konventionell	automatisiert					insgesamt	konventionell	automatisiert				
	Mio Stück	Mio Stück	in %	Mio Stück	in %	Mio Stück	in %	Mio Stück	Mio Stück	in %	Mio Stück	in %	Mio Stück	in %
1973	317	175	55	142	45	—	—	113	113	100	—	—	—	—
1974	374	142	38	232	62	0,2	0	123	75	61	48	39	0,1	0
1975	423	143	34	272	64	8	2	163	85	52	73	45	5	3
1976	501	83	17	313	62	105	21	174	62	36	83	48	29	16
1977	587	47	8	359	61	181	31	169	36	21	87	51	46	28
1978	694	31	5	412	59	251	36	183	26	14	89	49	68	37
1979	775	15	2	441	57	319	41	192	13	7	95	49	84	44
1980	873	11	1	473	54	389	45	230	7	3	125	54	98	43
1981	1 023	8	1	490	48	525	51	271	7	2	162	60	102	38
1982	1 098	7	1	512	46	579	53	291	6	2	180	62	105	36

Bezieht man den Platz- und Abrechnungsverkehr, der — abgesehen vom Platzüberweisungsverkehr in Hamburg — noch nicht automatisiert ist, in die Berechnung mit ein, beläuft sich der Automatisierungsgrad im unbaren Zahlungsverkehr der Deutschen Bundesbank auf rd. 78%. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Abrechnungsverkehr in zunehmendem Maße Magnetbänder mit Zahlungen zwischen Kreditinstituten am Bankplatz ausgetauscht werden; hierbei werden aber nur die Gesamtbeträge in diesem (konventionellen) Verfahren verrechnet.

Infolge der weiteren Automatisierung setzte sich der Verdichtungstrend bei dem hereingenommenen Zahlungsverkehrsmaterial auch im Jahre 1982 fort. So hat sich die Anzahl der auf den Girokonten zu buchenden Posten im Fernzahlungsverkehr seit 1973 — trotz gleichzeitigem Anwachsen der Zahlungsvergänge von 430 Mio auf 1 389 Mio Stück — auf der Auslieferungsseite von 166 Mio auf inzwischen 30,5 Mio Stück verringert.

Der Verkauf von Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren gem. §§ 42 und 42a BBankG hat im Berichtsjahr mit 29 165,4 Mio DM gegenüber dem Vorjahr (67 916,7 Mio DM) deutlich abgenommen. Bei den Mobilisierungs- und Liquiditäts-Schatzwechselln konzentrierte sich der Umschlag auf die revolvingende Anlage von Geldern ausländischer Institutionen; mit inländischen Banken wurden im Berichtsjahr keine Transaktionen vorgenommen. Abgaben in Höhe von 29 004,6 Mio DM (1981 67 857,9 Mio DM) standen Einlösungen von 29 361,9 Mio DM (1981 67 145,7 Mio DM) gegenüber, so daß der Umlauf auf 4 501,8 Mio DM (Ende 1981 4 859,1 Mio DM) zurückgegangen ist.

#### **Verbindlichkeiten aus abgegebenen Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren**

An Mobilisierungs- und Liquiditäts-U-Schätzen wurden 160,8 Mio DM (1981 58,8 Mio DM) begeben, so daß sich der Umlauf nach Einlösung von 57,0 Mio DM am 31. Dezember 1982 auf 149,8 Mio DM stellte (Ende 1981 46,0 Mio DM).

Insgesamt betragen die Verbindlichkeiten aus umlaufenden Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren am 31. Dezember 1982 4 651,6 Mio DM (Ende 1981 4 905,1 Mio DM).

<b>Verkaufte und eingelöste Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere</b>				
<b>Mio DM</b>				
Art der Papiere	1981	1982		am 31. 12. im Umlauf
	am 31. 12. im Umlauf	verkauft	eingelöst	
Schatzwechsel (Laufzeit bis zu 90 Tagen)	4 859,1	29 004,6	29 361,9	4 501,8
Unverzinsliche Schatzanweisungen (Laufzeit von 6 bis 24 Monaten)	46,0	160,8	57,0	149,8
Insgesamt	4 905,1	29 165,4	29 418,9	4 651,6

### **Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft**

Die Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft haben sich gegenüber 1981 von 8 910,2 Mio DM auf 12 035,0 Mio DM erhöht. Die Zunahme beruht vor allem auf einer Sondertransaktion mit einer ausländischen Zentralbank, die zu einer Erhöhung der verschiedenen Verbindlichkeiten führte. Im einzelnen setzten sich die Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft wie folgt zusammen:

	31. 12. 1981		31. 12. 1982	
	Mio DM	Mio DM	Mio DM	Mio DM
Einlagen ausländischer Einleger				
Banken	8 245,6		9 108,6	
sonstige Einleger	568,6	8 814,2	401,4	9 510,0
sonstige				
Deckungsanschaffungen für Akkreditive u. a.	9,8		11,3	
verschiedene Verbindlichkeiten	86,2	96,0	2 513,7	2 525,0
		8 910,2		12 035,0

### **Gegenposten im Zusammenhang mit der Bewertung der in den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit vorläufig eingebrachten Gold- und Dollarreserven**

Die Bank hat im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS) 20% ihrer Gold- und Dollarreserven vorläufig auf den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit (EFWZ) gegen ECU-Gutschrift zu Marktpreisen und damit zu höheren als in der Bilanz angesetzten Werten übertragen. Der sich daraus ergebende Unterschiedsbetrag wird in dieser Position ausgewiesen.

### **Ausgleichsposten für zugeweilte Sonderziehungsrechte**

Der Ausgleichsposten zu den vom Internationalen Währungsfonds zugeteilten und auf der Aktivseite in der Unterposition 2.3 ausgewiesenen Sonderziehungsrechten entspricht den Zuteilungen von SZR an die Bundesrepublik in den Jahren 1970 bis 1972 sowie 1979 bis 1981 über insgesamt 1 210,8 Mio SZR.

### **Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen**

Den Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen wurden zur Zahlung der Ruhegehalts-, Witwen- und Waisenbezüge 132,3 Mio DM entnommen. Nach einer Zuführung von 192,3 Mio DM betragen sie am 31. Dezember 1982 2 036,0 Mio DM gegenüber 1 976,0 Mio DM Ende 1981.

Den sonstigen Rückstellungen wurden 214,0 Mio DM entnommen und 594,0 Mio DM zugeführt. Ende 1982 belaufen sie sich damit auf insgesamt 2 270,0 Mio DM (Ende 1981 1 890,0 Mio DM). Sie dienen zur Deckung allgemeiner Wagnisse im In- und Auslandsgeschäft.

**sonstige  
Rückstellungen**

131

In der Position „Sonstige Verbindlichkeiten“ (1981 „Sonstige Passiva“) werden 186,4 Mio DM ausgewiesen gegenüber 244,6 Mio DM Ende 1981.

**Sonstige  
Verbindlichkeiten**

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten beliefen sich am 31. Dezember 1982 auf 675,7 Mio DM (Ende 1981 993,1 Mio DM). Wie bisher sind in dieser Position vor allem im Berichtsjahr vereinnahmte, auf das nächste Jahr entfallende Zinsen auf In- und Auslandswechsel sowie US-Schatzwechsel enthalten.

**Rechnungs-  
abgrenzungsposten**

Das Grundkapital der Bank, das dem Bund zusteht, beträgt gemäß § 2 BBankG 290 Mio DM.

**Grundkapital**

Aus dem Bilanzgewinn 1981 sind auf Grund des Beschlusses des Zentralbankrats vom 22. April 1982 der gesetzlichen Rücklage 2 605,2 Mio DM zugeführt worden. Nach dieser Zuweisung beträgt die gesetzliche Rücklage 4 189,5 Mio DM; sie erreichte damit die gesetzlich vorgeschriebene Höchstgrenze von 5% des Banknotenumlaufs, der sich Ende 1981 auf 83 790,3 Mio DM belief. Die sonstigen Rücklagen haben bereits Ende 1980 die gesetzliche Höchstgrenze von 290 Mio DM erreicht.

**Rücklagen**

Hierzu wird auf die Ausführungen auf Seite 134 des Berichts verwiesen.

**Bilanzgewinn**

Die Eventualverbindlichkeiten und -forderungen betragen 1,2 Mio DM gegenüber 0,6 Mio DM Ende 1981.

**Eventualverbindlich-  
keiten und  
-forderungen**

### Gewinn- und Verlustrechnung

<b>Aufwands- und Ertragsvergleich</b>					
<b>Mio DM</b>					
<b>Aufwand</b>	<b>1981</b>	<b>1982</b>	<b>Ertrag</b>	<b>1981</b>	<b>1982</b>
Zinsen für Devisenpensions- und Swapgeschäfte mit inländischen Kreditinstituten	172,4	14,0	Zinsen für Geldanlagen im Ausland	7 566,8	8 044,8
Zinsen für Mobilisierung- und Liquiditätspapiere	477,4	360,1	Kredite an inländische Kreditinstitute	4 462,6	5 011,9
Sonstige Zinsen	9,8	10,3	Ausgleichsforderungen	244,1	244,1
	659,6	384,4	Wertpapiere	333,7	407,0
Verwaltungskosten			Kassenkredite (Buchkredite)	215,1	173,9
persönliche	676,9	700,3	Sonstige Zinsen	4,1	3,5
sächliche	144,5	155,7		12 826,4	13 885,2
Notendruck	138,5	139,5	Gebühren	16,4	16,4
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	136,9	156,8	Erträge aus An- und Verkauf von Fremdwährungen	3 945,0	—
Zuweisungen an Rückstellungen			Sonstige Erträge	55,5	103,5
Pensionsverpflichtungen	201,0	192,3			
sonstige	1 590,0	594,0			
Versorgungsleistungen wegen Reichsbank	32,5	30,9			
Sonstige Aufwendungen	118,6	33,9			
Abschreibungen auf Währungsreserven und sonstige Fremdwährungspositionen	—	310,7			
Jahresüberschuß (= Bilanzgewinn)	13 144,8	11 306,6			
<b>Insgesamt</b>	<b>16 843,3</b>	<b>14 005,1</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>16 843,3</b>	<b>14 005,1</b>

*Ertrag*

<b>Zinsen</b>	1981	1982
	Mio DM	Mio DM
Die Zinserträge in Höhe von	12 826,4	13 885,2
werden nach Abzug der Zinsaufwendungen von	659,6	384,4
in der Gewinn- und Verlustrechnung mit ausgewiesen.	12 166,8	13 500,8

Die Zinseinnahmen waren im Berichtsjahr mit insgesamt 13 885,2 Mio DM trotz rückläufiger Entwicklung der Zinssätze um 1 058,8 Mio DM höher als im Jahre 1981. Die Zinserträge im Auslandsgeschäft sind von 7 566,8 Mio DM auf 8 044,8 Mio DM angestiegen. Hierbei hat im wesentlichen eine Rolle gespielt, daß wie im Vorjahr die DM-Abwertung den DM-Gegenwert der in Dollar gezahlten Zinseinnahmen steigen ließ. Die Einnahmen aus Krediten an inländische Kreditinstitute — Inlandswechsel, Wertpapierpensionsgeschäfte, Lombardforderungen und im Inland angekaufte Auslandswechsel — vermehrten sich infolge höherer Inanspruchnahme um 549,3 Mio DM auf 5 011,9 Mio DM. Die Zinseinnahmen aus Wertpapieren stiegen bei höheren Beständen um 73,3 Mio DM auf 407,0 Mio DM. Die Zinsen für Ausgleichsforderungen blieben mit 244,1 Mio DM unverändert. Die übrigen Zinserträge haben sich insbesondere als Folge der rückläufigen Zinseinnahmen aus Kassenkrediten von 219,2 Mio DM auf 177,4 Mio DM verringert.

Die Zinsaufwendungen sind mit 384,4 Mio DM um 275,2 Mio DM niedriger als im Vorjahr. Für Devisenpensions- und Swappeschäfte wurden 14,0 Mio DM (Vorjahr 172,4 Mio DM) aufgewendet; für Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes (Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere gemäß §§ 42 und 42a BBankG) sind Kosten in Höhe von 360,1 Mio DM gegenüber 477,4 Mio DM im Vorjahr entstanden.

<b>Gebühren</b>	Die Gebühreneinnahmen beliefen sich wie im Vorjahr auf 16,4 Mio DM.
<b>Sonstige Erträge</b>	Die sonstigen Erträge werden mit 103,5 Mio DM ausgewiesen (55,5 Mio DM im Vorjahr).

*Aufwand*

<b>Verwaltungskosten persönliche</b>	Die persönlichen Verwaltungskosten stiegen gegenüber dem Vorjahr um 23,4 Mio DM auf 700,3 Mio DM. Ausschlaggebend hierfür waren die besoldungs- bzw. tarifrechtlichen Aufbesserungen der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter.
--	---

Die Personalzunahme bei der Bank hat sich bereits seit 1980 abgeschwächt (1979: +750, 1980: +417, 1981: +277). Der Einsparungsbeschluß des Zentralbankrats vom 17. Dezember 1981 führte nunmehr im Jahre 1982 erstmals seit 1977 zu einer Verringerung des Personalstandes. Die Zahl der Beschäftigten verminderte sich um 71 (= 0,5%) auf insgesamt 15 031. Trotz dieser Einsparung konnten im Gesamtbereich der Bank mehr als 60 neue Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Die Zahl der Vollarbeitsplätze bei der Bank verringerte sich um 139 auf 13 594 am 1. Januar 1983. Die vom Zentralbankrat beschlossene Verminderung um 136 Arbeitsplätze (rd. 1%) konnte somit voll erreicht werden.

Die Bezüge der Organmitglieder der Bank beliefen sich im Berichtsjahr auf 7 070 661,70 DM. Frühere Mitglieder des Direktoriums der Bank bzw. des Zentralbankrats sowie des Direktoriums der Bank deutscher Länder und der Vorstände der Landeszentralbanken einschließlich deren Hinterbliebene erhielten Bezüge in Höhe von 7 277 211,13 DM.

Die Bank hat im Jahre 1982 wiederum eine Reihe von Tarifverträgen abgeschlossen, durch die die Rechtsverhältnisse ihrer Angestellten und Arbeiter jeweils denen der entsprechenden Arbeitnehmer des Bundes angeglichen wurden. Außerdem hat sie für ihre Angestellten am 20. Oktober 1982 einen Tarifvertrag über die Änderung und Ergänzung von Tätigkeitsmerkmalen im Geldbearbeitungsdienst vereinbart.

Änderungen auf personalrechtlichem Gebiet

<b>Beschäftigte der Bank</b>										
	Anfang 1982					Anfang 1983				
	Direktorium	Landeszentralbanken	insgesamt <sup>1)</sup>	davon:		Direktorium	Landeszentralbanken	insgesamt <sup>1)</sup>	davon:	
				männlich	weiblich				männlich	weiblich
Beamte	871	5 329	6 200	5 770	430	880	5 419	6 299	5 832	467
Angestellte	1 613	6 208	7 821	3 647	4 174	1 600	6 054	7 654	3 568	4 086
Arbeiter	229	852	1 081	200	881	237	841	1 078	217	861
<b>Zusammen</b>	<b>2 713</b>	<b>12 389</b>	<b>15 102</b>	<b>9 617</b>	<b>5 485</b>	<b>2 717</b>	<b>12 314</b>	<b>15 031</b>	<b>9 617</b>	<b>5 414</b>
<b>1</b> darunter:										
a) außerhalb der Bank tätige oder beurlaubte Beamte und Angestellte			70					77		
b) Beamtenanwärter und Auszubildende			616					680		
c) Teilzeitbeschäftigte Beamte und Angestellte Arbeiter			458 749					477 729		

Die sächlichen Verwaltungskosten haben sich im Geschäftsjahr 1982 um 11,2 Mio DM auf 155,7 Mio DM erhöht.

**Verwaltungskosten sächliche**

Die Ausgaben für den Notendruck beliefen sich auf 139,5 Mio DM gegenüber 138,5 Mio DM im Vorjahr.

**Notendruck**

Die Abschreibungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sind ebenso wie die Zuweisungen an die Rückstellungen bei den jeweiligen Bilanzpositionen erläutert.

**Abschreibungen und Zuweisungen an Rückstellungen**

Die Leistungen für die unter das Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Angehörigen der ehemaligen Deutschen Reichsbank und sonstigen Personen, zu deren Versorgung die Bank gemäß § 41 BBankG verpflichtet ist, sind im Berichtsjahr mit 30,9 Mio DM gegenüber dem Vorjahr geringfügig zurückgegangen.

**Versorgungsleistungen wegen Reichsbank**

Die sonstigen Aufwendungen werden mit 33,9 Mio DM ausgewiesen (118,6 Mio DM im Vorjahr).

**Sonstige Aufwendungen**

Die Bewertung der Währungsreserven und sonstigen Fremdwährungspositionen führte im Jahresabschluß 1982 zu Abschreibungen in Höhe von 310,7 Mio DM; sie stehen hauptsächlich im Zusammenhang mit der im Berichtsjahr eingetretenen Höherbewertung der D-Mark gegenüber der Europäischen Währungseinheit (ECU).

**Abschreibungen auf Währungsreserven und sonstige Fremdwährungspositionen**

*Jahresüberschuß*

<b>Bilanzgewinn</b>	Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1982 schließt ab mit einem Jahresüberschuß von		DM
	der in der Bilanz als Bilanzgewinn (Reingewinn) ausgewiesen wird.	11 306 580 217,48,	
Gewinnverteilungs- vorschlag	Das Direktorium schlägt dem Zentralbankrat gemäß § 27 BBankG vor,		DM
	der gesetzlichen Rücklage	239 200 000,—	
	und dem Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen zuzuführen.	30 000 000,—	269 200 000,—
		<hr/>	<hr/>
	Der Restbetrag von		11 037 380 217,48
	wird an den Bund abgeführt.		<hr/> <hr/>

Nach dieser Zuweisung wird die gesetzliche Rücklage 4 428 700 000,— DM betragen; sie erreicht damit wie im Vorjahr die gesetzlich vorgeschriebene Höchstgrenze von 5% des Banknotenumlaufs, der sich Ende 1982 auf 88 574 737 030,— DM belief. Die sonstigen Rücklagen haben bereits Ende 1980 die gesetzliche Höchstgrenze von 290 000 000,— DM erreicht.

Frankfurt am Main, im April 1983

Deutsche Bundesbank  
Das Direktorium  
Pöhl Dr. Schlesinger  
Dr. Emde Dr. Gleske Prof. Dr. Köhler Werthmüller



## Teil C: Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen

Im Jahre 1982 konnte die Deutsche Bundesbank nach einem Gewinnausweis für das Jahr 1981 dem Ankaufsfonds — wie im Vorjahr — den in § 27 Nr. 3 BBankG vorgesehenen Betrag von 30 Mio DM zuweisen. Daneben flossen dem Fonds Zins- und Tilgungsleistungen der Schuldner der Ausgleichsforderungen von 110,7 Mio DM und Zinsen aus der kurzfristigen Anlage verfügbarer Fondsmittel von 2,7 Mio DM zu. Außerdem erhielt der Fonds durch Vermögensübertragung gemäß § 8 Abs. 4 des Währungsumstellungsschlußgesetzes vom Umschuldungsverband deutscher Gemeinden, Berlin, Vermögenswerte in Höhe von insgesamt 12,4 Mio DM. Die flüssigen Mittel ergaben zusammen mit dem aus dem Geschäftsjahr 1981 übernommenen Betrag von 58,9 Mio DM insgesamt 211,9 Mio DM; 57,9 Mio DM davon waren jedoch am Jahresende 1982 fällig und können deshalb erst 1983 eingesetzt werden.

Zum Ankauf von Ausgleichsforderungen nach § 9 Abs. 1 und 2 Nr. 2 des Gesetzes über die Tilgung von Ausgleichsforderungen und zur Befriedigung von Gläubigern von Ausgleichsforderungen nach § 9 Abs. 3 (lineare Übernahme) wurden 1982 142,1 Mio DM aufgewendet. Davon entfielen auf Ankäufe 3,3 Mio DM und auf die lineare Übernahme von Ausgleichsforderungen 138,8 Mio DM.

Für Ankäufe von Ausgleichsforderungen nach § 9 Abs. 1 des Gesetzes, und zwar ausschließlich für Ankäufe von Versicherungen, insbesondere Pensionskassen, wurden 1982 3 Mio DM benötigt. Die Ankäufe kleiner Ausgleichsforderungen nach § 9 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetzes erforderten 1982 lediglich 0,3 Mio DM.

Mit einem Aufwand von 138,8 Mio DM wurde zur Jahresmitte 1982 die elfte Übernahmerunde durch lineare Übernahme von vier Prozent der Ausgleichsforderungen gegen die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz fortgesetzt. Gleichzeitig wurde die zwölfte Übernahmerunde begonnen durch Übernahme von vier Prozent der Ausgleichsforderungen gegen die Länder Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen.

Am 31. Dezember 1982 standen dem Fonds einschließlich der am Jahresende fälligen Zins- und Tilgungsleistungen flüssige Mittel in Höhe von 69,7 Mio DM für das Geschäftsjahr 1983 zur Verfügung; davon waren 4,7 Mio DM durch Ankaufszusagen oder angekündigte Ankaufsanträge bereits gebunden. Die flüssigen Mittel waren fast vollständig in unverzinslichen Schatzanweisungen des Bundes und in festverzinslichen Wertpapieren angelegt.

<b>Entwicklung des Bestandes an Ausgleichsforderungen</b>					
	Anfangskapital			Restkapital	
	Bestand am 31. 12. 1981	Zugang durch Ankauf, Um- tausch sowie lineare und unentgeltliche Übernahme	Abgang durch Umtausch	Bestand am 31. 12. 1982	Bestand am 31. 12. 1982
Zinssatz	DM				
0%					
3	1 092 401 603,32	168 056 022,90	75 910,—	1 260 381 716,22	741 765 069,01
3½	1 124 520 414,29	64 964 249,14	—	1 189 484 663,43	662 077 318,77
4½	201 577 126,61	14 773 499,40	—	216 350 626,01	104 559 364,57
Insgesamt	2 418 499 144,22	247 793 771,44	75 910,—	2 666 217 005,66	1 508 401 752,35

Der zur Veröffentlichung im Bundesanzeiger bestimmte Bericht über den Stand des Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen am 31. Dezember 1982 wird als Anlage 2 beigefügt.

137

Frankfurt am Main, im April 1983

Deutsche Bundesbank  
Das Direktorium  
Pöhl Dr. Schlesinger  
Dr. Emde Dr. Gleske Prof. Dr. Köhler Werthmüller

## Teil D: Bericht des Zentralbankrats

Der Jahresabschluß der Deutschen Bundesbank für 1982 sowie der Bericht über den Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen nach dem Stand am 31. Dezember 1982 sind von der Treuarbeit Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Frankfurt am Main, und der Dr. Wollert — Dr. Elmendorff KG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, geprüft worden, die der Zentralbankrat nach § 26 BBankG zu Abschlußprüfern bestellt hatte.

Die Abschlußprüfer haben in ihren Prüfungsvermerken uneingeschränkt bestätigt, daß der Jahresabschluß 1982 und die Buchführung nach dem Buchungsstand vom 31. Dezember 1982 den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und der Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen ordnungsmäßig verwaltet wurde.

Der Zentralbankrat hat den Jahresabschluß für 1982 am 7. April 1983 festgestellt und dem Vorschlag des Direktoriums zur Gewinnverteilung zugestimmt. Gleichzeitig hat er den Bericht über den Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen nach dem Stand am 31. Dezember 1982 genehmigt.

Seit der Veröffentlichung des Geschäftsberichts für das Jahr 1981 haben sich in den Organen der Deutschen Bundesbank folgende Veränderungen ergeben:

In den Ruhestand sind getreten

mit Ablauf des 31. Mai 1982

der Präsident der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg  
Herr Hans Hermsdorf,

mit Ablauf des 31. Dezember 1982

der Vizepräsident der Landeszentralbank in Rheinland-Pfalz  
Herr Ernst Adamski.

Wiederbestellt wurden

mit Wirkung vom 1. Oktober 1982

Herr Professor Dr. Claus Köhler  
zum Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank,

mit Wirkung vom 1. Dezember 1982

Herr Walter Kulla  
zum Mitglied des Vorstandes der Landeszentralbank in Hessen,

mit Wirkung vom 1. April 1983

Herr Dr. Volkhard Szagunn  
zum Vizepräsidenten der Landeszentralbank in Baden-Württemberg.

Neu bestellt wurden

mit Wirkung vom 1. Juni 1982

Herr Dr. Wilhelm Nölling  
zum Präsidenten der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg,

mit Wirkung vom 1. Januar 1983

Herr Eberhard Weiler  
zum Vizepräsidenten der Landeszentralbank in Rheinland-Pfalz.

Den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Deutschen Bundesbank spricht der Zentralbankrat — zugleich im Namen des Direktoriums und der Vorstände der Landeszentralbanken — für ihre im Jahre 1982 geleistete treue und verständnisvolle Mitarbeit seinen Dank aus. Er würdigt auch die unverändert vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen.

Frankfurt am Main, im April 1983

Karl Otto Pöhl  
Präsident der Deutschen Bundesbank

# Anlagen zu Teil B und C

Bilanz der Deutschen Bundesbank zum 31. Dezember 1982

142 **Aktiva**

	DM	DM
1 Gold		13 687 518 821,70
2 Reserveposition im Internationalen Währungsfonds und Sonderziehungsrechte		
2.1 Ziehungsrechte in der Reservetranche	4 178 266 696,24	
2.2 Kredite auf Grund von besonderen Kreditvereinbarungen	3 159 216 645,64	
2.3 Sonderziehungsrechte	<u>4 881 475 722,65</u>	12 218 959 064,53
3 Forderungen an den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen des Europäischen Währungssystems		
3.1 Guthaben in Europäischen Währungseinheiten (ECU)	38 496 853 645,76	
3.2 sonstige Forderungen	<u>2 120 800 294,86</u>	40 617 653 940,62
4 Guthaben bei ausländischen Banken und Geldmarktanlagen im Ausland		38 955 702 736,78
5 Sorten		25 026 514,74
6 Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland		
6.1 Kredite im Rahmen des mittelfristigen EG-Währungsbeistands	—	
6.2 sonstige Kredite an ausländische Währungsbehörden	—	
6.3 Kredite an die Weltbank	<u>2 455 698 000,—</u>	2 455 698 000,—
7 Auslandswechsel		7 050 394 702,76
8 Inlandswechsel		46 688 839 696,04
9 Im Offenmarktgeschäft mit Rücknahmevereinbarung angekaufte Wertpapiere		9 103 371 080,10
10 Lombardforderungen		12 031 132 100,—
11 Kassenkredite (Buchkredite)		
11.1 Bund	—	
11.2 Lastenausgleichsfonds	—	
11.3 Länder	<u>1 395 369 379,—</u>	1 395 369 379,—
12 Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		
12.1 Bund	—	
12.2 Länder	<u>—</u>	—
13 Ausgleichsforderungen an den Bund und unverzinsliche Schuldverschreibung wegen Berlin		8 683 585 988,93
14 Kredite an Bundesbahn und Bundespost		
14.1 Kassenkredite (Buchkredite)	—	
14.2 Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	<u>—</u>	—
15 Wertpapiere		5 409 350 308,80
16 Deutsche Scheidemünzen		1 084 207 277,17
17 Postscheckguthaben		150 335 701,94
18 Grundstücke und Gebäude		1 267 016 793,43
19 Betriebs- und Geschäftsausstattung		107 749 181,—
20 Schwebende Verrechnungen		2 970 398 603,37
21 Sonstige Vermögensgegenstände		3 411 597 833,21
22 Rechnungsabgrenzungsposten		35 986 943,46
Rückgriffsrechte aus Eventualverbindlichkeiten	1 176 214,63	
		<u>207 349 894 667,58</u>



	DM	DM
1 Banknotenumlauf		88 574 737 030,—
2 Einlagen von Kreditinstituten		
2.1 auf Girokonten	51 854 889 630,06	
2.2 sonstige	<u>20 189 356,14</u>	51 875 078 986,20
3 Einlagen von öffentlichen Haushalten		
3.1 Bund	723 564 449,71	
3.2 Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen	162 148 636,27	
3.3 Länder	330 031 775,07	
3.4 andere öffentliche Einleger	<u>42 331 423,30</u>	1.258 076 284,35
4 Einlagen von anderen inländischen Einlegern		
4.1 Bundesbahn	19 730 262,76	
4.2 Bundespost (einschl. Postscheck- und Postsparkassenämter)	2 865 816 578,37	
4.3 sonstige Einleger	<u>629 705 464,75</u>	3 515 252 305,88
5 Verbindlichkeiten aus abgegebenen Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren		4 651 600 000,—
6 Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft		
6.1 Einlagen ausländischer Einleger	9 510 025 029,30	
6.2 sonstige	<u>2 524 974 115,62</u>	12 034 999 144,92
7 Gegenposten im Zusammenhang mit der Bewertung der in den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit vorläufig eingebrachten Gold- und Dollarreserven		21 021 929 151,44
8 Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte		3 174 043 662,80
9 Rückstellungen		
9.1 für Pensionsverpflichtungen	2 036 000 000,—	
9.2 sonstige Rückstellungen	<u>2 270 000 000,—</u>	4 306 000 000,—
10 Sonstige Verbindlichkeiten		186 377 949,33
11 Rechnungsabgrenzungsposten		675 719 935,18
12 Grundkapital		290 000 000,—
13 Rücklagen		
13.1 gesetzliche Rücklage	4 189 500 000,—	
13.2 sonstige Rücklagen	<u>290 000 000,—</u>	4 479 500 000,—
14 Bilanzgewinn		11 306 580 217,48
Eventualverbindlichkeiten	1 176 214,63	

---



---

207 349 894 667,58

Gewinn- und Verlustrechnung der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1982

144 Aufwand

	DM	DM
1 Verwaltungskosten		
1.1 persönliche	700 334 319,94	
1.2 sächliche	155 727 203,08	856 061 523,02
2 Notendruck		139 497 814,13
3 Abschreibungen		
3.1 auf Grundstücke und Gebäude	110 183 953,54	
3.2 auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	46 578 415,24	156 762 368,78
4 Zuweisungen an Rückstellungen		
4.1 Pensionsverpflichtungen	192 287 089,67	
4.2 sonstige	594 000 000,—	786 287 089,67
5 Versorgungsleistungen wegen Reichsbank		30 873 502,57
6 Sonstige Aufwendungen		33 961 965,01
7 Abschreibungen auf Währungsreserven und sonstige Fremdwährungspositionen		310 756 072,19
8 Jahresüberschuß (= Bilanzgewinn)		11 306 580 217,48
		<u>13 620 780 552,85</u>

Ertrag

	DM
1 Zinsen	13 500 839 884,38
2 Gebühren	16 489 024,72
3 Sonstige Erträge	103 451 643,75
	<u>13 620 780 552,85</u>

Frankfurt am Main, den 3. Februar 1983

Deutsche Bundesbank  
Das Direktorium  
Pöhl Dr. Schlesinger  
Dr. Emde Dr. Gleske Prof. Dr. Köhler Werthmüller

Die Buchführung und der Jahresabschluß entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

Frankfurt am Main, den 8. März 1983

Treuarbeit Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Wollert — Dr. Elmendorff KG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Scholz  
Wirtschaftsprüfer

Goldbach  
Wirtschaftsprüfer

Thoennes  
Wirtschaftsprüfer

Euskirchen  
Wirtschaftsprüfer

## Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen

Stand am 31. Dezember 1982

	Ausgleichs- forderungen (Restkapital) DM	Verfügbare Mittel DM	Verbindlich- keiten DM	Gesamtes Fondsvermögen DM	145
Stand am 31. Dezember 1981	1 424 555 878,37	58 878 844,59	—	1 483 434 722,96	
Zuführung aus dem Reingewinn 1981 der Deutschen Bundesbank	—	30 000 000,—	—	30 000 000,—	
Übernahme der Aktiva und Passiva des Umschuldungs- verbandes deutscher Gemeinden, Berlin	3 024 138,87	9 485 838,96	64 032,49	12 445 945,34	
Sonderzuführung nach endgültiger Bestätigung der Umstellungsrechnung eines Kreditinstituts	—	87 819,30	—	87 819,30	
Ankauf und lineare Übernahme von Ausgleichsforderungen	142 100 690,86	./ 142 100 690,86	—	—	
Tilgungen	./ 61 278 955,75	61 278 955,75	—	—	
Zinsen					
auf Ausgleichsforderungen	—	49 410 501,52	—	49 410 501,52	
aus vorübergehender Anlage der Barmittel des Fonds	—	2 698 928,17	—	2 698 928,17	
Stand am 31. Dezember 1982	1 508 401 752,35	69 740 197,43	64 032,49	1 578 077 917,29	

Frankfurt am Main, den 3. Februar 1983

Deutsche Bundesbank  
Das Direktorium  
Pöhl Dr. Schlesinger  
Dr. Emde Dr. Gleske Prof. Dr. Köhler Werthmüller

## Ausweise der Deutschen Bundesbank\*)

## Aktiva

Mio DM

Ausweis- stichtag	Währungsreserven											Nach- richt- lich: Wäh- rungs- reser- ven ab- züglich Gegen- posten im Zu- sammen- hang mit der Bewer- tung der in den EFWZ vorläu- fig ein- gebrach- ten Gold- und Dollar- reserven	Kredite und Forderungen		
			Reserveposition im Internationalen Währungsfonds und Sonder- ziehungsrechte				Forderungen an den EFWZ im Rahmen des Europä- ischen Währungssystems			Devisen und Sorten			insge- samt	Kredite im Rah- men des mittel- fristigen EG- Wäh- rungs- beis- stands	
	ins- gesamt	Gold	zusam- men	Zie- hungs- rechte in der Re- serve- tranche	Kredite auf Grund von beson- deren Kredit- verein- barun- gen	Son- der- zie- hungs- rechte	zusam- men	Gutha- ben in Euro- pä- ischen Wäh- rungs- einhei- ten (ECU)	sonsti- ge For- derun- gen	zusam- men	Gut- haben bei aus- ländi- schen Banken und Geld- markt- anla- gen im Aus- land				Sorten
1982															
7. 1.	100 012	13 688	9 186	3 120	2 437	3 629	39 697	37 189	2 508	37 441	37 414	27	76 642	3 451	—
15. 1.	97 643	13 688	9 491	3 106	2 437	3 948	36 106	36 106	—	38 358	38 331	27	76 410	3 451	—
23. 1.	96 987	13 688	9 493	3 123	2 437	3 933	36 106	36 106	—	37 700	37 673	27	75 755	3 451	—
31. 1.	96 181	13 688	9 508	3 138	2 437	3 933	36 122	36 122	—	36 863	36 837	26	74 948	3 451	—
7. 2.	96 338	13 688	9 577	3 200	2 437	3 940	36 122	36 122	—	36 951	36 924	27	75 105	3 451	—
15. 2.	96 435	13 688	9 599	3 231	2 437	3 931	36 122	36 122	—	37 026	36 999	27	75 202	3 456	—
23. 2.	96 591	13 688	9 637	3 216	2 437	3 984	36 122	36 122	—	37 144	37 118	26	75 358	3 456	—
28. 2.	96 555	13 688	9 694	3 219	2 498	3 977	36 142	36 142	—	37 031	37 005	26	75 322	3 456	—
7. 3.	96 512	13 688	9 694	3 219	2 498	3 977	36 142	36 142	—	36 988	36 962	26	75 279	3 456	—
15. 3.	96 600	13 688	9 694	3 219	2 498	3 977	36 142	36 142	—	37 076	37 050	26	75 367	3 424	—
23. 3.	96 708	13 688	9 694	3 219	2 498	3 977	36 142	36 142	—	37 184	37 157	27	75 475	3 367	—
31. 3.	97 581	13 688	9 691	3 219	2 497	3 975	36 670	36 166	504	37 532	37 505	27	76 348	3 367	—
7. 4.	96 599	13 688	9 609	3 137	2 498	3 974	35 520	35 016	504	37 782	37 755	27	76 687	2 894	—
15. 4.	96 396	13 688	9 607	3 137	2 497	3 973	35 520	35 016	504	37 581	37 554	27	76 484	2 894	—
23. 4.	98 587	13 688	9 547	3 137	2 497	3 913	37 968	37 464	504	37 385	37 359	26	78 676	2 894	—
30. 4.	98 837	13 688	9 912	3 478	2 694	3 740	37 989	37 485	504	37 248	37 221	27	78 925	2 894	—
7. 5.	99 289	13 688	10 126	3 481	2 694	3 951	37 989	37 485	504	37 486	37 459	27	79 377	2 894	—
15. 5.	99 437	13 688	10 124	3 481	2 694	3 949	37 996	37 492	504	37 629	37 602	27	79 526	2 893	—
23. 5.	99 801	13 688	10 292	3 481	2 865	3 946	37 996	37 492	504	37 825	37 798	27	79 890	3 008	—
31. 5.	99 946	13 688	10 283	3 478	2 865	3 940	38 016	37 512	504	37 959	37 932	27	80 034	3 085	—
7. 6.	99 418	13 688	10 374	3 460	2 865	4 049	38 016	37 512	504	37 340	37 313	27	79 507	3 085	—
15. 6.	103 678	13 688	10 495	3 581	2 865	4 049	42 714	39 956	2 758	36 781	36 754	27	83 767	3 085	—
23. 6.	102 108	13 688	10 517	3 564	2 865	4 088	42 714	39 956	2 758	35 189	35 162	27	82 196	3 070	—
30. 6.	102 224	13 688	10 495	3 542	2 865	4 088	42 739	39 981	2 758	35 302	35 275	27	82 313	3 070	—
7. 7.	102 361	13 688	10 564	3 624	2 865	4 075	39 893	37 135	2 758	38 216	38 189	27	82 348	2 901	—
15. 7.	100 465	13 688	10 860	3 674	2 996	4 190	39 893	37 135	2 758	36 024	35 997	27	80 453	2 901	—
23. 7.	99 838	13 688	10 788	3 700	2 996	4 092	39 282	36 524	2 758	36 080	36 053	27	79 826	2 901	—
31. 7.	99 862	13 688	10 767	3 701	2 996	4 070	39 304	36 546	2 758	36 103	36 076	27	79 849	2 901	—
7. 8.	99 844	13 688	10 856	3 836	2 996	4 024	39 304	36 546	2 758	35 996	35 969	27	79 831	2 901	—
15. 8.	99 410	13 688	10 887	3 833	2 996	4 058	39 096	36 842	2 254	35 739	35 713	26	79 397	2 832	—
23. 8.	99 844	13 688	10 867	3 813	2 996	4 058	39 096	36 842	2 254	36 193	36 167	26	79 831	2 717	—
31. 8.	99 882	13 688	10 847	3 793	2 996	4 058	39 120	36 866	2 254	36 227	36 201	26	79 869	2 640	—
7. 9.	99 894	13 688	10 797	3 793	2 996	4 008	39 120	36 866	2 254	36 288	36 262	26	79 881	2 740	—
15. 9.	99 393	13 688	10 882	3 796	2 996	4 090	37 287	35 033	2 254	37 536	37 510	26	79 380	2 740	—
23. 9.	99 653	13 688	11 082	3 797	2 996	4 289	37 287	35 033	2 254	37 596	37 570	26	79 640	2 738	—
30. 9.	99 625	13 688	11 094	3 809	2 996	4 289	37 310	35 056	2 254	37 533	37 507	26	79 612	2 738	—
7. 10.	99 700	13 688	11 203	3 809	2 996	4 398	37 310	35 056	2 254	37 499	37 473	26	79 687	2 738	—
15. 10.	102 978	13 688	11 186	3 792	2 996	4 398	40 748	38 494	2 254	37 356	37 330	26	79 859	2 738	—
23. 10.	103 893	13 688	11 196	3 805	2 996	4 395	41 474	39 220	2 254	37 535	37 509	26	80 774	2 738	—
31. 10.	103 971	13 688	11 164	3 789	2 996	4 379	41 496	39 242	2 254	37 623	37 597	26	80 852	2 738	—
7. 11.	104 184	13 688	11 138	3 785	2 996	4 357	41 496	39 242	2 254	37 862	37 836	26	81 065	2 738	—
15. 11.	103 574	13 688	11 560	4 225	2 996	4 339	40 772	38 518	2 254	37 554	37 528	26	80 455	2 738	—
23. 11.	104 097	13 688	11 725	4 225	3 163	4 337	40 615	38 361	2 254	38 069	38 043	26	80 978	2 738	—
30. 11.	106 724	13 688	11 725	4 225	3 163	4 337	43 144	40 890	2 254	38 167	38 141	26	83 605	2 738	—
7. 12.	106 991	13 688	11 698	4 181	3 163	4 354	43 144	40 890	2 254	38 461	38 435	26	83 872	2 638	—
15. 12.	108 813	13 688	11 782	4 181	3 163	4 438	43 144	40 890	2 254	40 199	40 173	26	85 695	2 638	—
23. 12.	109 552	13 688	11 785	4 183	3 163	4 439	43 144	40 890	2 254	40 935	40 909	26	86 433	2 453	—
31. 12.	105 505	13 688	12 219	4 178	3 159	4 882	40 617	38 497	2 120	38 981	38 956	25	84 483	2 456	—

\* Die auf \$, ECU und SZR lautenden Auslandspositionen sind zu den am Jahresende 1981 festgestellten Bilanzkursen ausgewiesen (s. auch Sonderaufsatz: Die Währungsreserven der Bundesbank im Spiegel des Wochenausweises, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 34. Jg., Nr. 1, Januar 1982, S. 15 ff.).



## noch: Ausweise der Deutschen Bundesbank

## Aktiva

Mio DM

Ausweis- stichtag	noch: Kredite und Forde- rungen an öffent- liche Haushalte		Kredite an Bundesbahn und Bundespost			Wert- papiere	Deut- sche Scheide- münzen	Post- scheck- gut- haben	Sonstige Aktiva	Summe
	Schatz- wechsel und unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen — Bund und Län- der —	Aus- gleichs- forde- rungen und unver- zinsliche Schuld- ver- schrei- bung	ins- gesamt	Kassen- kredite (Buch- kredite)	Schatz- wechsel und unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen					
1982										
7. 1.	—	8 684	—	—	—	3 748	911	291	4 980	195 321
15. 1.	—	8 684	—	—	—	3 905	947	153	5 119	191 188
23. 1.	—	8 684	—	—	—	4 001	957	147	3 406	184 189
31. 1.	—	8 684	—	—	—	3 998	958	3 195	9 652	198 258
7. 2.	—	8 684	—	—	—	3 946	975	157	3 844	192 455
15. 2.	—	8 684	—	—	—	3 940	963	87	6 135	188 869
23. 2.	—	8 684	—	—	—	3 958	950	108	4 182	185 794
28. 2.	—	8 684	—	—	—	3 957	943	3 233	10 111	201 616
7. 3.	—	8 684	—	—	—	3 932	943	173	3 739	193 224
15. 3.	—	8 684	—	—	—	3 927	934	96	6 109	192 275
23. 3.	—	8 684	—	—	—	3 828	927	125	4 960	198 043
31. 3.	—	8 684	—	—	—	3 822	907	3 307	10 529	206 871
7. 4.	—	8 684	—	—	—	3 846	885	164	5 468	195 564
15. 4.	—	8 684	—	—	—	3 835	872	172	7 610	188 956
23. 4.	—	8 684	—	—	—	3 833	883	54	4 447	184 488
30. 4.	—	8 684	—	—	—	3 833	870	1 038	5 370	187 731
7. 5.	—	8 684	—	—	—	3 834	887	156	4 778	185 988
15. 5.	—	8 684	—	—	—	3 893	885	119	5 170	186 111
23. 5.	—	8 684	—	—	—	3 928	886	214	5 362	187 305
31. 5.	—	8 684	—	—	—	3 966	863	3 188	10 815	196 777
7. 6.	—	8 684	300	300	—	4 218	878	163	4 487	187 992
15. 6.	—	8 684	—	—	—	4 412	860	134	8 441	191 597
23. 6.	—	8 684	—	—	—	4 807	862	169	5 165	191 018
30. 6.	—	8 684	—	—	—	4 877	876	3 307	11 804	201 956
7. 7.	—	8 684	—	—	—	4 947	900	185	5 110	191 799
15. 7.	—	8 684	—	—	—	5 081	914	165	5 335	188 681
23. 7.	—	8 684	—	—	—	5 104	931	116	3 775	186 523
31. 7.	—	8 684	—	—	—	5 130	937	292	5 752	192 628
7. 8.	—	8 684	—	—	—	5 109	954	148	3 628	189 937
15. 8.	—	8 684	—	—	—	5 256	963	116	5 180	192 285
23. 8.	—	8 684	—	—	—	5 237	975	144	4 089	184 696
31. 8.	—	8 684	—	—	—	5 227	973	3 480	10 985	206 311
7. 9.	—	8 684	—	—	—	5 366	981	162	4 924	192 925
15. 9.	—	8 684	—	—	—	5 381	986	131	6 851	196 935
23. 9.	—	8 684	—	—	—	5 383	990	49	3 762	191 819
30. 9.	—	8 684	—	—	—	5 490	987	3 319	10 880	210 358
7. 10.	—	8 684	—	—	—	5 481	992	183	4 801	190 024
15. 10.	—	8 684	—	—	—	5 471	1 001	141	5 017	187 046
23. 10.	—	8 684	—	—	—	5 474	998	128	4 505	197 411
31. 10.	—	8 684	—	—	—	5 531	1 017	1 264	8 102	203 924
7. 11.	—	8 684	—	—	—	5 523	1 056	162	4 248	191 022
15. 11.	—	8 684	—	—	—	5 569	1 074	118	6 508	193 138
23. 11.	—	8 684	—	—	—	5 682	1 067	121	5 651	192 195
30. 11.	—	8 684	—	—	—	5 688	1 047	3 358	12 963	214 257
7. 12.	—	8 684	—	—	—	5 460	1 043	175	4 870	201 923
15. 12.	—	8 684	—	—	—	5 503	1 018	87	6 726	200 863
23. 12.	—	8 684	—	—	—	5 498	1 022	98	4 359	199 024
31. 12.	—	8 684	—	—	—	5 409	1 084	150	7 793	207 350

## noch: Ausweise der Deutschen Bundesbank

## Passiva

Mio DM

Ausweis- stichtag	Bank- noten- umlauf	Einlagen von Kreditinstituten			Einlagen von öffentlichen Haushalten					Einlagen von anderen inländischen Einlegern				Ver- bind- lichkei- ten ge- genüber Kredit- instituten
		ins- gesamt	auf Giro- konten	son- stige	ins- gesamt	Bund	Lasten- aus- gleichs- fonds und ERP- Sonder- vermö- gen	Länder	andere öffent- liche Einleger	ins- gesamt	Bun- des- bahn	Bun- des- post (einschl. Post- scheck- und Post- spar- kassen- ämter)	sonstige Einleger	
1982														
7. 1.	84 097	49 631	49 606	25	612	83	145	357	27	2 072	4	1 533	535	—
15. 1.	82 121	48 539	48 520	19	2 246	292	278	1 630	46	1 337	7	872	458	—
23. 1.	79 756	40 650	40 632	18	5 503	2 426	208	2 834	35	1 169	3	697	469	—
31. 1.	81 292	46 969	46 950	19	1 812	43	148	1 591	30	10 640	6	10 144	490	—
7. 2.	82 178	48 765	48 745	20	1 260	45	120	1 063	32	1 990	4	1 526	460	—
15. 2.	80 423	46 126	46 103	23	2 560	238	118	2 135	69	1 319	5	813	501	—
23. 2.	78 663	43 745	43 722	23	3 849	322	40	3 449	38	1 096	4	599	493	—
28. 2.	81 109	49 555	49 533	22	1 492	100	54	1 311	27	10 501	4	9 998	499	—
7. 3.	82 806	47 335	47 313	22	1 123	64	117	916	26	1 980	3	1 478	499	—
15. 3.	81 172	44 994	44 972	22	3 960	262	98	3 558	42	2 416	3	1 898	515	—
23. 3.	78 671	46 911	46 887	24	11 097	5 348	186	5 477	86	1 993	3	1 486	504	—
31. 3.	81 512	52 538	52 516	22	2 228	195	51	1 927	55	11 659	4	11 140	515	—
7. 4.	83 201	49 609	49 588	21	1 365	62	169	1 105	29	2 793	4	2 296	493	—
15. 4.	81 407	43 942	43 921	21	3 185	292	395	2 463	35	1 749	4	1 232	513	—
23. 4.	79 435	45 916	45 894	22	7 333	3 503	311	3 476	43	1 059	5	618	436	—
30. 4.	82 958	46 871	46 848	23	2 869	1 597	126	1 105	41	4 075	6	3 593	476	—
7. 5.	83 265	47 289	47 266	23	2 421	1 533	88	759	41	1 657	7	1 170	480	—
15. 5.	82 234	49 171	49 150	21	1 912	953	57	833	69	821	7	345	469	—
23. 5.	81 165	43 336	43 315	21	9 582	5 752	23	3 748	59	912	7	424	481	—
31. 5.	83 553	49 048	49 027	21	2 381	1 349	78	915	39	9 538	18	9 051	469	—
7. 6.	83 254	47 749	47 725	24	1 012	79	68	817	48	2 895	3	2 409	483	—
15. 6.	82 385	49 200	49 179	21	3 453	266	85	3 055	47	2 300	5	1 775	520	—
23. 6.	80 839	43 862	43 835	27	9 603	4 564	87	4 904	48	1 730	6	1 235	489	—
30. 6.	83 987	49 818	49 796	22	2 152	328	157	1 625	42	11 726	6	11 155	565	—
7. 7.	85 439	50 591	50 571	20	1 049	91	75	844	39	2 910	4	2 428	478	—
15. 7.	85 416	45 129	45 106	23	2 911	245	247	2 384	35	1 799	4	1 345	450	—
23. 7.	83 740	41 411	41 390	21	6 856	3 444	178	3 210	24	1 203	4	761	438	—
31. 7.	86 125	48 577	48 556	21	997	123	95	755	24	3 830	3	3 344	483	—
7. 8.	86 614	46 664	46 643	21	893	94	46	720	33	2 178	3	1 717	458	—
15. 8.	85 383	49 059	49 036	23	1 124	155	95	804	70	2 553	4	2 103	446	—
23. 8.	82 936	38 612	38 594	18	7 105	3 649	41	3 341	74	1 568	3	1 132	433	—
31. 8.	84 979	53 152	53 133	19	2 121	859	62	1 162	38	13 241	3	12 773	465	—
7. 9.	85 262	49 328	49 309	19	1 213	59	60	1 068	26	2 474	3	1 975	496	—
15. 9.	84 166	52 392	52 375	17	4 027	339	60	3 593	35	1 653	4	1 162	487	—
23. 9.	82 490	42 817	42 798	19	10 016	4 448	136	5 398	34	1 977	2	1 532	443	—
30. 9.	85 178	53 987	53 969	18	4 548	1 554	47	2 919	28	11 432	3	10 902	527	—
7. 10.	85 831	42 220	42 203	17	2 571	109	119	2 320	23	3 110	3	2 642	465	—
15. 10.	84 748	36 803	36 786	17	5 787	1 370	170	4 196	51	637	4	159	474	—
23. 10.	82 683	39 579	39 561	18	14 921	9 387	131	5 372	31	583	3	142	438	—
31. 10.	85 476	46 094	46 076	18	6 746	4 771	55	1 875	45	5 962	4	5 472	486	—
7. 11.	85 843	39 205	39 190	15	4 429	2 955	77	1 373	24	1 725	3	1 217	505	—
15. 11.	84 988	43 321	43 304	17	2 835	255	75	2 383	122	2 278	4	1 745	529	—
23. 11.	83 268	38 507	38 491	16	8 223	3 845	59	4 274	45	1 561	4	1 071	486	—
30. 11.	87 885	50 656	50 635	21	812	118	30	629	35	11 588	27	11 017	544	—
7. 12.	90 694	45 856	45 838	18	847	79	75	663	30	1 945	3	1 444	498	—
15. 12.	89 888	42 226	42 209	17	4 542	285	72	4 126	59	1 588	8	980	600	—
23. 12.	90 205	41 391	41 374	17	4 464	1 679	70	2 653	62	1 418	6	873	539	—
31. 12.	88 575	51 875	51 855	20	1 258	724	162	330	42	3 515	20	2 866	629	—

## noch: Ausweise der Deutschen Bundesbank

## Passiva

Mio DM

Ausweisstichtag	Verbindlichkeiten aus abgegebenen Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren	Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft			Verbindlichkeiten gegenüber dem EFWZ im Rahmen des Europäischen Währungssystems	Gegenposten im Zusammenhang mit der Bewertung der in den EFWZ vorläufig eingebrachten Gold- und Dollarreserven	Ausgleichsposten für zgeteilte Sonderziehungsrechte	Rückstellungen	Sonstige Passiva	Grundkapital	Rücklagen	Summe	Nachrichtlich: Bargeldumlauf (Banknoten und Scheidemünzen)
		insgesamt	Einlagen ausländischer Einleger	sonstige									
1982													
7. 1.	4 719	9 019	8 945	74	—	23 369	3 178	2 206	14 254	290	1 874	195 321	91 916
15. 1.	4 515	9 204	9 193	11	—	21 233	3 178	2 206	14 445	290	1 874	191 188	89 917
23. 1.	4 509	9 037	8 994	43	—	21 233	3 178	2 206	14 784	290	1 874	184 189	87 546
31. 1.	4 442	9 014	8 984	30	—	21 233	3 178	2 206	15 308	290	1 874	198 258	89 090
7. 2.	4 643	9 273	9 259	14	—	21 233	3 178	2 206	15 565	290	1 874	192 455	89 966
15. 2.	5 185	8 814	8 782	32	—	21 233	3 178	2 206	15 661	290	1 874	188 869	88 230
23. 2.	4 965	8 538	8 468	70	—	21 233	3 178	2 206	16 157	290	1 874	185 794	86 486
28. 2.	5 266	8 594	8 556	38	—	21 233	3 178	2 206	16 318	290	1 874	201 616	88 942
7. 3.	5 301	9 312	9 284	28	—	21 233	3 178	2 206	16 586	290	1 874	193 224	90 649
15. 3.	4 972	9 324	9 311	13	—	21 233	3 178	2 206	16 656	290	1 874	192 275	89 031
23. 3.	4 615	9 246	9 216	30	—	21 233	3 178	2 206	16 729	290	1 874	198 043	86 550
31. 3.	4 729	8 498	8 452	46	—	21 233	3 178	2 206	16 926	290	1 874	206 871	89 420
7. 4.	4 835	8 702	8 685	17	—	19 911	3 178	2 206	17 600	290	1 874	195 564	91 140
15. 4.	4 826	8 551	8 531	20	—	19 911	3 178	2 206	17 837	290	1 874	188 956	89 363
23. 4.	4 834	10 887	8 419	2 468	—	19 911	3 178	3 866	3 299	290	4 480	184 488	87 384
30. 4.	4 847	10 904	8 443	2 461	—	19 911	3 178	3 866	3 482	290	4 480	187 731	90 923
7. 5.	4 804	11 004	8 543	2 461	—	19 911	3 178	3 866	3 823	290	4 480	185 988	91 232
15. 5.	5 027	11 344	8 870	2 474	—	19 911	3 178	3 866	3 877	290	4 480	186 111	90 213
23. 5.	4 790	11 363	8 910	2 453	—	19 911	3 178	3 866	4 432	290	4 480	187 305	89 160
31. 5.	4 736	11 341	8 879	2 462	—	19 911	3 178	3 866	4 455	290	4 480	196 777	91 573
7. 6.	4 684	11 554	9 067	2 487	—	19 911	3 178	3 866	5 119	290	4 480	187 992	91 278
15. 6.	5 019	12 071	9 546	2 525	—	19 911	3 178	3 866	5 444	290	4 480	191 597	90 429
23. 6.	5 192	11 750	9 291	2 459	—	19 911	3 178	3 866	6 317	290	4 480	191 018	88 865
30. 6.	4 645	11 557	9 062	2 495	—	19 911	3 178	3 866	6 346	290	4 480	201 956	92 029
7. 7.	4 874	9 224	9 219	5	—	20 013	3 178	3 866	5 885	290	4 480	191 799	93 469
15. 7.	4 980	9 684	9 675	9	—	20 013	3 178	3 866	6 935	290	4 480	188 681	93 436
23. 7.	4 927	9 355	9 303	52	—	20 013	3 178	3 866	7 204	290	4 480	186 523	91 750
31. 7.	4 775	9 175	9 162	13	—	20 013	3 178	3 866	7 322	290	4 480	192 628	94 135
7. 8.	4 655	9 271	9 231	40	—	20 013	3 178	3 866	7 835	290	4 480	189 937	94 615
15. 8.	4 713	9 559	9 538	21	—	20 013	3 178	3 866	8 067	290	4 480	192 285	93 381
23. 8.	4 803	9 395	9 355	40	—	20 013	3 178	3 866	8 450	290	4 480	184 696	90 929
31. 8.	3 268	9 138	9 111	27	—	20 013	3 178	3 866	8 585	290	4 480	206 311	92 980
7. 9.	4 839	9 249	9 220	29	—	20 013	3 178	3 866	8 733	290	4 480	192 925	93 262
15. 9.	5 135	9 404	9 385	19	—	20 013	3 178	3 866	8 331	290	4 480	196 935	92 166
23. 9.	5 007	9 260	9 223	37	—	20 013	3 178	3 866	8 425	290	4 480	191 819	90 493
30. 9.	5 448	9 324	9 297	27	—	20 013	3 178	3 866	8 614	290	4 480	210 358	93 189
7. 10.	5 389	9 995	9 972	23	—	20 013	3 178	3 866	9 081	290	4 480	190 024	93 850
15. 10.	5 352	9 719	9 688	31	—	23 119	3 178	3 866	9 067	290	4 480	187 046	92 767
23. 10.	6 018	9 466	9 422	44	—	23 119	3 178	3 866	9 228	290	4 480	197 411	90 707
31. 10.	5 451	9 987	9 958	29	—	23 119	3 178	3 866	9 275	290	4 480	203 924	93 488
7. 11.	5 931	9 476	9 461	15	—	23 119	3 178	3 866	9 480	290	4 480	191 022	93 828
15. 11.	5 817	9 276	9 262	14	—	23 119	3 178	3 866	9 690	290	4 480	193 138	93 005
23. 11.	5 817	9 838	9 802	36	—	23 119	3 178	3 866	10 048	290	4 480	192 195	91 306
30. 11.	5 428	12 914	10 216	2 698	—	23 119	3 178	3 866	10 041	290	4 480	214 257	95 948
7. 12.	5 556	11 961	9 289	2 672	—	23 119	3 178	3 866	10 131	290	4 480	201 923	98 824
15. 12.	5 406	12 869	10 189	2 680	—	23 119	3 178	3 866	9 411	290	4 480	200 863	98 051
23. 12.	5 009	12 444	9 695	2 749	—	23 119	3 178	3 866	9 160	290	4 480	199 024	98 388
31. 12.	4 651	12 035	9 510	2 525	—	21 022	3 174	3 866	12 609	290	4 480	207 350	96 695



## Umsätze auf den Girokonten der Deutschen Bundesbank

Bereich	Belastungen				Gutschriften			
	1981		1982		1981		1982	
	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM
Landeszentralbank								
Baden-Württemberg	200 748	1 511 665	220 639	1 624 699	195 892	1 512 136	215 445	1 624 395
Bayern	196 937	1 758 591	263 258	1 868 450	182 032	1 758 461	242 223	1 868 111
Berlin	34 882	298 692	36 798	312 316	25 919	298 400	27 564	312 703
Bremen	28 730	186 888	30 395	195 831	20 428	187 006	21 124	195 811
Hamburg	132 335	1 538 638	136 312	1 609 855	187 928	1 541 144	193 510	1 612 865
Hessen	179 978	3 898 601	193 940	3 963 916	210 121	3 896 324	230 993	3 965 955
Niedersachsen	108 871	843 308	116 910	865 398	99 129	843 104	106 103	865 763
Nordrhein-Westfalen	319 671	3 711 979	343 743	3 838 995	296 024	3 714 595	318 487	3 836 100
Rheinland-Pfalz	62 653	450 648	69 160	465 186	70 754	450 810	75 651	464 965
Saarland	17 924	130 932	19 469	139 343	11 536	131 141	12 358	139 174
Schleswig-Holstein	38 878	208 975	41 557	216 293	26 420	209 081	28 765	215 960
Zusammen	1 321 607	14 538 917	1 472 181	15 100 282	1 326 183	14 542 202	1 472 223	15 101 802
Bundesbank – Direktorium –	1 247	1 288 246	1 124	1 400 668	854	1 288 725	859	1 402 775
Insgesamt	1 322 854	15 827 163	1 473 305	16 500 950	1 327 037	15 830 927	1 473 082	16 504 577

## Vereinfachter Scheck- und Lastschrifteinzug

Bereich	Einreichungen				Einlösungen			
	1981		1982		1981		1982	
	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM
Landeszentralbank								
Baden-Württemberg	148 110	296 754	165 870	322 866	156 095	289 132	172 569	311 875
Bayern	146 214	246 940	150 448	262 208	153 250	290 258	163 408	308 304
Berlin	18 635	35 958	19 732	37 244	25 640	45 251	27 105	47 854
Bremen	15 955	41 793	16 368	42 183	23 254	42 075	24 921	46 803
Hamburg	128 610	199 005	134 255	203 852	76 819	148 126	80 397	153 466
Hessen	175 368	242 023	188 798	261 564	154 650	293 143	165 501	316 857
Niedersachsen	73 031	147 849	79 089	155 825	83 402	136 390	90 460	144 829
Nordrhein-Westfalen	234 300	554 798	253 487	587 077	256 960	531 544	277 507	557 833
Rheinland-Pfalz	56 786	103 390	60 009	107 322	47 077	90 238	50 287	92 006
Saarland	9 191	20 780	10 077	21 193	14 388	20 522	15 520	21 111
Schleswig-Holstein	17 359	34 880	19 642	39 155	27 809	36 129	30 550	37 420
Zusammen	1 023 559	1 924 170	1 097 775	2 040 489	1 019 344	1 922 808	1 098 225	2 038 358
Bundesbank – Direktorium –	19	572	19	596	88	255	98	337
Insgesamt	1 023 578	1 924 742	1 097 794	2 041 085	1 019 432	1 923 063	1 098 323	2 038 695

## Telegrafischer Giroverkehr

### abgesandte telegrafische Giroüberweisungen

Bereich	1981		1982	
	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM
Landeszentralbank				
Baden-Württemberg		95		358 807
Bayern		73		394 128
Berlin		11		80 898
Bremen		8		35 237
Hamburg		51		243 744
Hessen		114		842 618
Niedersachsen		44		213 787
Nordrhein-Westfalen		166		955 969
Rheinland-Pfalz		30		135 319
Saarland		6		22 981
Schleswig-Holstein		21		48 290
Zusammen		619		3 331 778
Bundesbank – Direktorium –		14		28 923
Insgesamt		633		3 360 701

Vereinfachter Einzug von Auslandsschecks				
Landeszentralbank	1981		1982	
	Stück	Tsd DM	Stück	Tsd DM
Baden-Württemberg	118 545	131 418	149 831	219 355
Bayern	109 332	186 713	133 866	261 312
Berlin	17 220	5 263	17 057	7 360
Bremen	666	690	508	413
Hamburg	11 526	19 605	15 489	82 175
Hessen	28 998	444 150	39 542	485 023
Niedersachsen	39 623	33 676	50 940	66 679
Nordrhein-Westfalen	29 685	158 232	36 950	199 405
Rheinland-Pfalz	46 955	43 609	69 365	70 286
Saarland	22 988	362 556	24 659	314 090
Schleswig-Holstein	2 927	23 614	4 593	16 719
Insgesamt	428 465	1 409 526	542 800	1 722 817

Bestätigte Schecks				
Landeszentralbank	1981		1982	
	Stück	Mio DM	Stück	Mio DM
Baden-Württemberg	1 873	6 038	1 821	6 022
Bayern	937	1 637	1 088	1 554
Berlin	405	42	535	46
Bremen	146	63	168	63
Hamburg	601	52	717	44
Hessen	1 173	892	1 218	808
Niedersachsen	533	34	633	40
Nordrhein-Westfalen	4 715	6 465	4 817	4 013
Rheinland-Pfalz	377	30	352	31
Saarland	31	1	7	1
Schleswig-Holstein	221	14	336	26
Insgesamt	11 012	15 268	11 692	12 648

### Umsätze im Abrechnungsverkehr

Landeszentralbank	1981						1982					
	Eingelieferte Wechsel, Schecks usw.		Eingelieferte Platzübertragungen		Gesamtsumme		Eingelieferte Wechsel, Schecks usw.		Eingelieferte Platzübertragungen		Gesamtsumme	
	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM	Tsd Stück	Mio DM
Baden-Württemberg	14 297	96 255	27 163	159 078	41 460	255 333	13 624	98 437	26 142	169 634	39 766	268 071
Bayern	27 629	131 752	44 733	162 053	72 362	293 805	27 811	134 960	42 612	187 176	70 423	322 136
Berlin	3 459	25 391	17 482	138 808	20 941	164 199	3 354	25 551	17 197	142 336	20 551	167 887
Bremen	2 096	13 834	7 252	23 660	9 348	37 494	1 920	13 708	6 760	23 294	8 680	37 002
Hamburg 1)	1 653	35 840	22 191	787 536	23 844	823 376	1 620	34 571	20 811	868 330	22 431	902 901
Hessen	12 967	106 517	31 551	22 501 995	44 518	22 608 512	11 586	111 693	29 914	27 425 716	41 500	27 537 409
Niedersachsen	8 015	53 333	11 652	53 112	19 667	106 445	7 636	54 527	11 337	56 213	18 973	110 740
Nordrhein-Westfalen	16 678	148 122	51 326	655 052	68 004	803 174	14 956	144 879	49 167	755 204	64 123	900 083
Rheinland-Pfalz	3 854	25 327	9 290	28 835	13 144	54 162	3 563	22 190	9 298	31 294	12 861	53 484
Saarland	1 794	10 778	2 694	37 995	4 488	48 773	1 862	10 712	2 799	37 581	4 661	48 293
Schleswig-Holstein	3 591	11 621	8 135	27 290	11 726	38 911	3 370	10 552	7 729	26 433	11 099	36 985
Insgesamt	96 033	658 770	233 469	24 575 414	329 502	25 234 184	91 302	661 780	223 766	29 723 211	315 068	30 384 991

1 Über die Abrechnung Hamburg, für die Sondervereinbarungen gelten, wurden ferner verrechnet: 1982 2 142 Tsd Stück Fernübertragungen mit 7 059 Mio DM (1981 2 349 Tsd Stück Fernübertragungen mit 7 738 Mio DM)

### Banknotenumlauf

#### Stand am Jahresende

Noten zu DM	1979		1980		1981		1982	
	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%
1 000	10 862,47	13,68	11 986,5	14,31	12 054,1	14,39	14 614,9	16,50
500	8 676,06	10,93	9 278,2	11,08	9 215,3	11,00	10 179,9	11,49
100	42 128,31	53,07	44 222,7	52,82	44 250,6	52,81	45 455,5	51,32
50	11 080,77	13,96	11 334,0	13,54	11 255,1	13,43	11 230,4	12,68
20	3 965,11	4,99	4 142,9	4,95	4 224,7	5,04	4 277,7	4,83
10	2 536,79	3,20	2 639,5	3,15	2 674,0	3,19	2 699,6	3,05
5	136,06	0,17	126,5	0,15	116,5	0,14	116,7	0,13
Insgesamt	79 385,57	100,00	83 730,3	100,00	83 790,3	100,00	88 574,7	100,00

### Münzumlaufl

#### Stand am Jahresende

Münzen zu DM	1979		1980		1981		1982	
	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%
10,-	953,36	13,64	957,3	12,83	960,3	12,29	960,1	11,82
5,-	2 624,08	37,55	2 857,0	38,29	3 044,2	38,95	3 227,7	39,75
2,-	873,36	12,50	938,0	12,57	984,7	12,60	1 006,2	12,39
1,-	1 241,30	17,76	1 319,6	17,69	1 364,6	17,46	1 402,2	17,27
—,50	567,73	8,12	604,9	8,11	630,1	8,06	655,2	8,07
—,10	434,31	6,21	466,7	6,25	494,2	6,32	513,6	6,32
—,05	141,50	2,03	152,2	2,04	161,3	2,06	167,7	2,07
—,02	70,65	1,01	76,7	1,03	82,2	1,05	86,8	1,07
—,01	82,42	1,18	88,6	1,19	94,9	1,21	100,7	1,24
Insgesamt	6 988,71	100,00	7 461,0	100,00	7 816,5	100,00	8 120,2	100,00

# Verzeichnis der Zweiganstalten der Deutschen Bundesbank

Stand am 1. April 1983

153

Orts-Nr.	Bankplatz	Zuständige Hauptstelle	Landes-zentral-bank <sup>1)</sup>	Orts-Nr.	Bankplatz	Zuständige Hauptstelle	Landes-zentral-bank <sup>1)</sup>
390	5100 Aachen	Aachen	NW	420	4650 Gelsenkirchen	Bochum	NW
614	7080 Aalen	Ulm	BW	513	6300 Gießen	Gießen	H
653	7470 Albstadt	Reutlingen	BW	610	7320 Göppingen	Stuttgart	BW
752	8450 Amberg	Regensburg	BY	260	3400 Göttingen	Göttingen	N
765	8800 Ansbach	Nürnberg	BY	268	3380 Goslar	Braunschweig	N
464	5760 Arnsberg	Hamm	NW	478	4830 Gütersloh	Bielefeld	NW
795	8750 Aschaffenburg	Würzburg	BY	384	5270 Gummersbach	Bonn	NW
720	8900 Augsburg	Augsburg	BY				
				450	5800 Hagen	Hagen	NW
662	7570 Baden-Baden	Karlsruhe	BW	200	2000 Hamburg	Hamburg	HH
532	6430 Bad Hersfeld	Fulda	H	206	2000 Hamburg-Altona	Hamburg	HH
560	6550 Bad Kreuznach	Mainz	R	207	2100 Hamburg-		
710	8230 Bad Reichenhall	München	BY		Harburg	Hamburg	HH
684	7880 Bad Säckingen	Freiburg	BW	254	3250 Hameln	Hannover	N
770	8600 Bamberg	Nürnberg	BY	410	4700 Hamm	Hamm	NW
773	8580 Bayreuth	Hof	BY	506	6450 Hanau	Frankfurt	H
412	4720 Beckum	Münster	NW	250	3000 Hannover	Hannover	N
509	6140 Bensheim	Darmstadt	H	218	2240 Heide	Flensburg	SH
100	1000 Berlin (West)	Berlin	B	672	6900 Heidelberg	Mannheim	BW
573	5240 Betzdorf	Koblenz	R	632	7920 Heidenheim	Ulm	BW
654	7950 Biberach	Ulm	BW	620	7100 Heilbronn	Heilbronn	BW
480	4800 Bielefeld	Bielefeld	NW	494	4900 Herford	Bielefeld	NW
586	5520 Bitburg	Trier	R	259	3200 Hildesheim	Hildesheim	N
428	4290 Bocholt	Münster	NW	780	8670 Hof	Hof	BY
430	4630 Bochum	Bochum	NW	272	3450 Holzminden	Göttingen	N
380	5300 Bonn	Bonn	NW	217	2250 Husum	Flensburg	SH
270	3300 Braunschweig	Braunschweig	N				
290	2800 Bremen	Bremen	HB	562	6580 Idar-Oberstein	Mainz	R
292	2850 Bremerhaven	Bremen	HB	721	8070 Ingolstadt	München	BY
663	7520 Bruchsal	Karlsruhe	BW	445	5860 Iserlohn	Dortmund	NW
492	4980 Bünde	Minden	NW	222	2210 Itzehoe	Kiel	SH
257	3100 Celle	Hannover	N	540	6750 Kaiserslautern	Kaiserslautern	R
783	8630 Coburg	Hof	BY	660	7500 Karlsruhe	Karlsruhe	BW
241	2190 Cuxhaven	Lüneburg	N	520	3500 Kassel	Kassel	H
				734	8950 Kaufbeuren	Augsburg	BY
508	6100 Darmstadt	Darmstadt	H	733	8960 Kempten	Augsburg	BY
741	8360 Deggendorf	Regensburg	BY	210	2300 Kiel	Kiel	SH
476	4930 Detmold	Minden	NW	791	8710 Kitzingen	Würzburg	BY
516	6340 Dillenburg	Gießen	H	324	4190 Kleve	Duisburg	NW
440	4600 Dortmund	Dortmund	NW	570	5400 Koblenz	Koblenz	R
395	5160 Düren	Aachen	NW	370	5000 Köln	Köln	NW
300	4000 Düsseldorf	Düsseldorf	NW	690	7750 Konstanz	Konstanz	BW
350	4100 Duisburg	Duisburg	NW	523	3540 Korbach	Kassel	H
				320	4150 Krefeld	Mönchen-	
221	2200 Elmshorn	Lübeck	SH			gladbach	NW
284	2970 Emden	Oldenburg	N	771	8650 Kulmbach	Hof	BY
763	8520 Erlangen	Nürnberg	BY				
522	3440 Eschwege	Kassel	H	682	7630 Lahr	Freiburg	BW
360	4300 Essen	Essen	NW	548	6740 Landau	Ludwigshafen	R
611	7300 Esslingen	Stuttgart	BW	743	8300 Landshut	Regensburg	BY
382	5350 Euskirchen	Bonn	NW	285	2950 Leer	Oldenburg	N
				482	4920 Lemgo	Minden	NW
215	2390 Flensburg	Flensburg	SH	375	5090 Leverkusen	Köln	NW
500	6000 Frankfurt	Frankfurt	H	511	6250 Limburg	Wiesbaden	H
680	7800 Freiburg	Freiburg	BW	735	8990 Lindau	Augsburg	BY
518	6360 Friedberg	Gießen	H	266	4450 Lingen	Osnabrück	N
651	7990 Friedrichshafen	Konstanz	BW	416	4780 Lippstadt	Hamm	NW
762	8510 Fürth	Nürnberg	BY	683	7850 Lörrach	Freiburg	BW
530	6400 Fulda	Fulda	H	604	7140 Ludwigsburg	Stuttgart	BW
				545	6700 Ludwigshafen	Ludwigshafen	R
703	8100 Garmisch-	München	BY	230	2400 Lübeck	Lübeck	SH
	Partenkirchen			458	5880 Lüdenscheid	Hagen	NW
507	6460 Gelnhausen	Fulda	H	240	2120 Lüneburg	Lüneburg	N

# Verzeichnis der Zweiganstalten der Deutschen Bundesbank

Stand am 1. April 1983

154

Orts-Nr.	Bankplatz	Zuständige Hauptstelle	Landes-zentral-bank <sup>1)</sup>	Orts-Nr.	Bankplatz	Zuständige Hauptstelle	Landes-zentral-bank <sup>1)</sup>
550	6500 Mainz	Mainz	R	403	4440 Rheine	Münster	NW
670	6800 Mannheim	Mannheim	BW	711	8200 Rosenheim	München	BY
533	3550 Marburg	Gießen	H	642	7210 Rottweil	Reutlingen	BW
781	8590 Marktredwitz	Hof	BY				
576	5440 Mayen	Koblenz	R				
731	8940 Memmingen	Augsburg	BY	590	6600 Saarbrücken	Saarbrücken	S
490	4950 Minden	Minden	NW	593	6630 Saarlouis	Saarbrücken	S
310	4050 Mönchen-gladbach	Mönchen-gladbach	NW	594	6670 St Ingbert	Saarbrücken	S
354	4130 Moers	Duisburg	NW	216	2380 Schleswig	Flensburg	SH
674	6950 Mosbach	Heilbronn	BW	764	8540 Schwabach	Nürnberg	BY
362	4330 Mülheim a d Ruhr	Essen	NW	613	7070 Schwäbisch Gmünd	Ulm	BW
700	8000 München	München	BY	622	7170 Schwäbisch Hall	Heilbronn	BW
400	4400 Münster	Münster	NW	793	8720 Schweinfurt	Würzburg	BY
				386	5200 Siegburg	Bonn	NW
				460	5900 Siegen	Hagen	NW
212	2350 Neumünster	Kiel	SH	603	7032 Sindelfingen	Stuttgart	BW
592	6680 Neunkirchen	Saarbrücken	S	692	7700 Singen	Konstanz	BW
305	4040 Neuss	Düsseldorf	NW	414	4770 Soest	Hamm	NW
213	2430 Neustadt	Lübeck	SH	342	5650 Solingen	Wuppertal	NW
546	6730 Neustadt	Ludwigshafen	R	547	6720 Speyer	Ludwigshafen	R
574	5450 Neuwied	Koblenz	R	255	3060 Stadthagen	Hannover	N
256	3070 Nienburg	Hannover	N	742	8440 Straubing	Regensburg	BY
722	8860 Nördlingen	Augsburg	BY	600	7000 Stuttgart	Stuttgart	BW
283	2980 Norden	Oldenburg	N				
267	4460 Nordhorn	Osnabrück	N	587	5580 Traben-Trarbach	Trier	R
262	3410 Northeim	Göttingen	N	585	5500 Trier	Trier	R
760	8500 Nürnberg	Nürnberg	BY	641	7400 Tübingen	Reutlingen	BW
612	7440 Nürtingen	Reutlingen	BW	643	7200 Tuttlingen	Konstanz	BW
365	4200 Oberhausen	Essen	NW	258	3110 Uelzen	Lüneburg	N
505	6050 Offenbach	Frankfurt	H	630	7900 Ulm	Ulm	BW
664	7600 Offenburg	Freiburg	BW	443	4750 Unna	Hamm	NW
280	2900 Oldenburg	Oldenburg	N				
462	5960 Olpe	Hagen	NW	314	4060 Viersen	Mönchen-gladbach	NW
265	4500 Osnabrück	Osnabrück	N				
263	3360 Osterode	Göttingen	N	694	7730 Villingen-Schwenningen	Freiburg	BW
472	4790 Paderborn	Bielefeld	NW				
740	8390 Passau	Regensburg	BY	602	7050 Waiblingen	Stuttgart	BW
252	3150 Peine	Hildesheim	N	753	8480 Weiden	Regensburg	BY
666	7530 Pforzheim	Karlsruhe	BW	673	6980 Wertheim	Heilbronn	BW
542	6780 Pirmasens	Kaiserslautern	R	356	4230 Wesel	Duisburg	NW
				515	6330 Wetzlar	Gießen	H
665	7550 Rastatt	Karlsruhe	BW	510	6200 Wiesbaden	Wiesbaden	H
650	7980 Ravensburg	Konstanz	BW	282	2940 Wilhelmshaven	Oldenburg	N
426	4350 Recklinghausen	Bochum	NW	452	5810 Witten	Dortmund	NW
750	8400 Regensburg	Regensburg	BY	553	6520 Worms	Mainz	R
577	5480 Remagen	Koblenz	R	790	8700 Würzburg	Würzburg	BY
340	5630 Remscheid	Wuppertal	NW	330	5600 Wuppertal	Wuppertal	NW
214	2370 Rendsburg	Kiel	SH				
640	7410 Reutlingen	Reutlingen	BW	543	6660 Zweibrücken	Kaiserslautern	R

<sup>1</sup> Abkürzungen  
 BW = Baden-Württemberg;  
 BY = Bayern;  
 B = Berlin;

HB = Bremen;  
 HH = Hamburg;  
 H = Hessen;  
 N = Niedersachsen;

NW = Nordrhein-Westfalen;  
 R = Rheinland-Pfalz;  
 S = Saarland;  
 SH = Schleswig-Holstein.

Druck: Johannes Weisbecker, Frankfurt am Main

Der Bericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main. Er wird auf Grund des § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26.7.1957 veröffentlicht. Der Bericht wird an Interessenten kostenlos abgegeben.